

Anträge zum außerordentlichen Parteitag der SPD – 01. Juni 2003 in Berlin

Anträge zum außerordentlichen Parteitag der SPD

Berlin
Estrel Convention Center
01. Juni 2003

SPD

SPD



Anträge zum außerordentlichen Parteitag der SPD

**Berlin
Estrel Convention Center
01. Juni 2003**



SPD

Inhaltsverzeichnis

	Anträge	Seite
Anträge zur Agenda 2010		
Antrag des Parteivorstandes.	1	5 – 15
A) Anträge zu den Kapiteln „Präambel“, „Unser Auftrag“, „Erneuerung hat bei uns Tradition“	1 – 8	17 – 21
B) Anträge zum Kapitel „Herausforderung und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts“		
C) Anträge zum Kapitel „Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010“	1 – 3	24 – 25
D) Anträge zum Kapitel „Arbeit und Wachstum“	1 – 32	27 – 39
E) Anträge zum Kapitel „Bildung, Ausbildung und Innovation“	1 – 4	41 – 42
F) Anträge zum Kapitel „Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“	1 – 31	43 – 52
G) Anträge zum Kapitel „Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme“	1 – 37	53 – 74
H) Anträge zum Kapitel „Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Deutschland“		
I) Anträge zu mehreren Kapiteln	1 – 65	76 – 154
S) Sonstige Anträge	1 – 15	155 – 160

Mitglieder der Antragskommission

Vom Parteivorstand benannte Mitglieder:

Franz Müntefering (Vorsitz)
Wolfgang Clement
Hans Eichel
Manfred Stolpe
Joachim Poß
Ulla Schmidt
Renate Schmidt
Heidmarie Wieczorek-Zeul

Beratende Mitglieder

Niels Annen
Edelgard Bulmahn
Ursula Engelen-Kefer
Karin Junker
Ottmar Schreiner
Frank-Walter Steinmeier
Ludwig Stiegler
Henry Cordes
Heinrich Tiemann
Inge Wettig-Danielmeier
Andrea Nahles

Von den Bezirken/Landesverbänden benannte Mitglieder

LV Schleswig-Holstein	Ernst-Dieter Rossmann
LV Mecklenburg-Vorpommern	Rolf Christiansen
LO Hamburg	Ties Rabe
LO Bremen	Prof. Dr. Detlev Albers
Bez Nord-Niedersachsen	Wolfgang Neumann
Bez Weser-Ems	Alfred Hilger
Bez Hannover	Günter Lenz
Bez Braunschweig	Hubertus Heil
LV Sachsen-Anhalt	Dr. Wolfgang Eichler
LV Brandenburg	Katrin Molkentin
LV Berlin	Andreas Matthaes
LV Nordrhein-Westfalen	Kurt Bodewig
Bez Hessen-Nord	Detlef Ruffert
Bez Hessen-Süd	Matthias Kollatz-Ahnen
LV Thüringen	Petra Heß
LV Sachsen	Rolf Schwanitz
LV Saar	Ottmar Schreiner
LV Rheinland-Pfalz	Michael Hartmann
LV Baden-Württemberg	Peter Friedrich
LV Bayern	Walter Kolbow

Nach § 19 des Organisationsstatuts besteht die Antragskommission aus je einem/r Delegierten der Bezirke bzw. Landesverbände (20) und acht vom Parteivorstand zu benennenden Mitgliedern. Die Antragskommission hat am 10. Mai 2003 getagt und legt ihre Stellungnahme gemäß § 18 (2) des Organisationsstatuts fristgemäß den Delegierten und den antragstellenden Organisationsgliederungen vor.

Antrag des Parteivorstandes

Die Empfehlungen der Antragskommission werden als separates Dokument verschickt

Anträge

Notizen

Mut zur Veränderung

*Leitantrag des SPD-Parteivorstands zum Sonderparteitag
am 1. Juni 2003 in Berlin*

1		
5	Präambel	2
	Unser Auftrag	4
10	Erneuerung hat bei uns Tradition	4
	Herausforderungen und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts	6
	Wirtschaftliche und finanzpolitische Lage	6
	Demografischer Wandel	7
15	Internationaler Wettbewerb	8
	Gerechtigkeit heute	9
	Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010 – Arbeit und Wachstum, Bildung, Ausbildung und Innovation, Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung, Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme	11
20	1. ARBEIT UND WACHSTUM	14
	Steuern senken	14
	Investitionen anregen	15
25	Mittelstand und Handwerk stärken	16
	2. BILDUNG, AUSBILDUNG UND INNOVATION	16
	Investitionen in Bildung und Forschung	16
	Ausbildung oder Beschäftigung für alle unter 25	17
30	Ausbau der Kinderbetreuung	18
	3. MODERNISIERUNG VON ARBEITSMARKT UND ARBEITSVERMITTLUNG	18
	Frühverrentung beenden	19
	Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	20
35	Reform der Sozialhilfe – gerechter, effizienter, mehr Eigenverantwortung	21
	Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht	21
	4. ZUKUNFTSSICHERUNG DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME	22
	Bezahlbare Gesundheit für alle	23
40	Die Rente für die Zukunft sichern	25
	Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Deutschland	26

Präambel

Der SPD-Parteivorstand hat die in der Agenda 2010 aufgezeigten Ziele und Leitlinien am 24. März 2003 unterstützt. Die damit verbundenen Reformen sind für unser Land dringend erforderlich. Der SPD-Parteivorstand bekräftigt seine Unterstützung für den Reformkurs des Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder.

Für die anstehenden Diskussionen und Entscheidungen der SPD legt der Parteivorstand seinen Leitantrag „Mut zu Veränderung“ vor. Dieser Leitantrag des SPD-Parteivorstandes enthält die Leitlinien der Reformagenda 2010 und begründet die Notwendigkeit der Reformen. Die bisherigen Vorschläge der Regierung und die Diskussionen in der Bundestagsfraktion und in der Partei zur Ausgestaltung der Reformagenda 2010 sind einbezogen worden.

Folgende Fragen müssen bis zur Beratung der Antragskommission noch erörtert und beantwortet werden:

- 1) Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ergeben sich für die Gemeinden erhebliche Einsparungen bei den Aufwendungen für die Sozialhilfe. Welcher Anteil der damit verbundenen Einsparungen kann direkt und endgültig bei den Gemeinden verbleiben?
- 2) Wie können für über 55-jährige Bezieher des beitragsfinanzierten Arbeitslosengeldes nach Auslaufen der Übergangsfrist und 18 Monaten Arbeitslosengeld Perspektiven für Beschäftigung eröffnet werden?

Anträge	Notizen
3) Die Bundesregierung hat mit unterschiedlichen Förderprogrammen ihren Beitrag für mehr Ausbildung und Arbeitsplätze für Jugendliche geleistet. Wie wollen wir reagieren, wenn die Wirtschaft ihre Ausbildungsverpflichtung nicht erfüllt?	1
4) Besonders strukturschwache Gebiete wie z. B. große Teile Ostdeutschlands haben weiterhin eine hohe Arbeitslosigkeit aufzuweisen und stehen vor großen Herausforderungen. Wie soll den besonderen Bedingungen dieser Regionen bei der Umsetzung der Agenda 2010 Rechnung getragen werden?	5
5) Die Rürup-Kommission hat ihre Vorschläge zur Rentenversicherung vorgelegt. Wie soll auf die langfristigen demografischen Probleme der Rentenversicherung reagiert und insbesondere die gesetzliche Altersgrenze verändert werden?	
Der SPD-Parteivorstand beauftragt zu jedem dieser Themen Arbeitsgruppen mit dem Ziel, deren Vorschläge in den Leitantrag einzuarbeiten.	10
Die mit der Agenda 2010 verbundenen Entscheidungen beinhalten politische Weichenstellungen, die weit in die Zukunft weisen. Deshalb bekräftigt der SPD-Parteivorstand seine Entscheidung auf dem ordentlichen Parteitag im November über „Wachstum und Arbeit – Globalisierung“ und über eine zeitgemäße „Politik für Gerechtigkeit“ zu diskutieren. Auch die wiederaufgenommene Programmdebatte wird zu diesen Fragen Stellung nehmen müssen.	15
<i>Unser Auftrag</i>	
Wir haben von den Menschen in Deutschland bei der Bundestagswahl im vergangenen Jahr ein klares Mandat bekommen: Sie haben sich für unsere Politik der Erneuerung und Gerechtigkeit ausgesprochen. Darunter verstehen wir, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, unsere sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren, die Lebensverhältnisse zwischen Ost und West weiter anzugleichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, in Bildung und Forschung zu investieren und durch eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik Vorsorge für künftige Generationen zu treffen. Diese Ziele sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Verantwortung und Verpflichtung zugleich.	20
<i>Erneuerung hat bei uns Tradition</i>	
Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundwerte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie sind die Grundlagen unserer Politik – seit mehr als 140 Jahren. Dafür haben sich Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen immer engagiert. Dies bleiben auch heute und für die Zukunft die Grundwerte unserer Politik. Wir suchen und wir übernehmen Verantwortung, weil wir unsere Gesellschaft im Geiste dieser Grundwerte gestalten wollen, in guten wie in weniger guten Zeiten.	25
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die älteste Partei in Deutschland und in Europa. Sie steht für die Freiheit eines jeden Einzelnen, für Chancengleichheit bei der sozialen und politischen Teilhabe und für die Solidarität mit jenen, die nicht aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung ein menschenwürdiges Dasein führen können. Ohne Solidarität gibt es keine menschliche Gesellschaft.	30
Die SPD hat sich wie keine andere Partei in der Vergangenheit den wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen gestellt. Nur so kann in einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, neuer Fortschritt möglich werden. Das Bestehende nur zu verteidigen hieße, das Erreichte zu gefährden. Es durch Innovationen im umfassenden Sinn zu verändern, eröffnet dagegen neue Chancen für mehr Wohlstand, Freiheit und Zusammenhalt.	35
Das Godesberger Programm war ein Aufbruch dafür, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Reformen auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft zu verwirklichen. Dieser Aufbruch war für viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schmerzhaft. Er war jedoch die Grundlage für eine erfolgreiche Regierungspolitik unter Willy Brandt, die die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Betrieb erweitert, die rechtliche Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen beseitigt, die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft vorgenommen und mit der Entspannungspolitik gegenüber Osteuropa neue Maßstäbe gesetzt hat. Mit ihrer Politik der Entspannung hat die SPD die Grundlage zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes gelegt, der 1989 zum Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa und zur Deutschen Einheit führte.	40
Mit allen, die an der deutschen Einheit beteiligt waren, sind wir stolz auf dieses Kapitel deutscher Geschichte. Seitdem wächst – auch Dank großer Unterstützung aus Europa – zusammen, was zusammen gehört. Für diesen Prozess des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenwachsens gab es kein Lehrbuch und wir merken auch heute noch, dass die Jahrzehnte der Trennung tiefe Spuren hinterlassen haben. Keine andere Volkswirtschaft in Europa hätte diesen in der Geschichte beispiellosen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integrationsprozess so leisten können.	45
Wir gehören zu den stärksten Volkswirtschaften in der Welt. Aber wir haben durch die Vereinigung auch weit stärkere Belastungen zu tragen als andere. Jahr für Jahr werden vier Prozent des gesamtdeutschen Bruttoinlandsproduktes in die ostdeutschen Bundesländer übertragen. Das sind über 80 Mrd. Euro. Kein anderes Land in Europa hat solche Herausforderungen zu meistern. Dies sind aber auch wichtige Investitionen in die Zukunft, die Chancen für Frieden, Wohlstand, höheres Wachstum und für neue Beschäftigung eröffnen.	50
Für uns bleibt wichtigstes Ziel die Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen und Chancen in Ost und West. Wir wollen die Voraussetzungen für zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, damit die Bürger der ostdeutschen Länder selbstbestimmt und mit eigener Kraft ihre Zukunft gestalten können.	55
Unter den Bedingungen weltumspannender Märkte für Güter und hochwertige Dienstleistungen muss Europa seine Rolle als zweitgrößter Wirtschaftsraum und sein an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft orien-	60
	65

1 tiertes Gesellschaftsmodell gegen wachsenden Wettbewerbsdruck behaupten und gleichzeitig an der Sicherung
des Weltfriedens und an einer gerechteren Weltordnung mitwirken. Teilhabe am Haben und Sagen, Chancen-
gleichheit, Wohlstand und optimale individuelle Entfaltungsmöglichkeiten – diese Bausteine der pluralen De-
5 mokratie und der sozialen Marktwirtschaft wollen wir als tragende Säule des europäischen Gesellschafts-
modells erhalten und weiterentwickeln. Dies kann nur mit einem wirtschaftlich starken Deutschland in Europa ge-
lingen.

Herausforderungen und Chancen zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Wirtschaftliche und finanzpolitische Lage

10 Deutschland befindet sich in einer wirtschaftlich und sozial schwierigen Lage. So gehen die Wirtschaftsfors-
chungsinstitute, die OECD und die EU-Kommission derzeit von einem realen Wachstum in Deutschland von
etwa 0,5 % in 2003 aus. Die Folgen der anhaltenden, weltweiten Wachstumsschwäche sind auch für Deutsch-
15 land dramatisch:

- Die Arbeitslosigkeit steigt: Wir wollten die Arbeitslosigkeit deutlich unter die 4-Millionen-Grenze drü-
cken. Zurzeit sind in Deutschland 4,6 Millionen Menschen arbeitslos (März 2003). Die Prognosen der
Wirtschaftsforschungsinstitute lassen keine Änderung in absehbarer Zeit auf dem Arbeitsmarkt erkennen.
- Die strukturellen Probleme der sozialen Sicherungssysteme werden durch zurückgehende Einnahmen ver-
20 schärft: Der niedrige Beschäftigungsstand bringt für die Sozialversicherungen Probleme. Wenn weniger
Menschen in die Sozialversicherungen einzahlen, steigen die Beitragssätze. Durch steigende Lohnneben-
kosten verteuert sich der Faktor Arbeit, weitere Stellen werden wegrationalisiert oder nicht mehr besetzt.
- Die Steuereinnahmen brechen weg: Die Steuereinnahmen in 2002 sind um rund 1,2 % bzw. 5,3 Mrd. Euro
gegenüber 2001 zurückgegangen. Dieser Trend hat sich im 1. Quartal 2003 fortgesetzt. Gegenüber dem
25 Vorjahresquartal ist das Steueraufkommen (ohne Gemeindesteuern) um 2,9 % zurückgegangen.
- Investitionen und Ausgaben für den Konsum sind drastisch zurückgegangen, nicht zuletzt seit an den Bö-
rsen in Deutschland während der vergangenen drei Jahre Kapital buchstäblich vernichtet wurde.
- Die Staatsverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen ist stetig weiter gewachsen, trotz der von der
Bundesregierung entschlossen umgesetzten Konsolidierungsstrategie. Sie stieg ab 1994 von 840 Mrd.
30 Euro auf 1.153 Mrd. Euro in 1998 und bis 2002 auf 1.247 Mrd. Euro. Nachdem die Neuverschuldung nach
1998 zunächst drastisch gesenkt werden konnte, haben wir 2002 durch die weltwirtschaftliche Krise und
die Wirkung der automatischen Stabilisatoren die Maastricht-Obergrenze nicht einhalten können.
- Sozial- und Zinsausgaben engen den Bundeshaushalt und damit das Potential für Zukunftsausgaben immer
weiter ein. Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt betragen 1961 4,1 Mrd. Euro, 1994 waren es 78,5 Mrd.
35 Euro, 1998 85,6 Mrd. Euro und 2002 106,9 Mrd. Euro. Die Zinsen betragen 1961 0,4 Mrd. Euro, 1994
27,1 Mrd. Euro, 1998 28,7 Mrd. Euro und 2002 inklusive der von der neuen Bundesregierung in den
Bundeshaushalt überführten Sondervermögen 37,1 Mrd. Euro. Im Vergleich dazu betragen die Ausgaben
des Bundes für Bildung, Wissenschaft und Forschung 1961 0,4 Mrd. Euro, 1994 9,8 Mrd. Euro, 1998 9,6
Mrd. Euro und 2002 11 Mrd. Euro.

Demografischer Wandel

40 Deutschland altert. Zum einen steigt erfreulicherweise seit Jahren die Lebenserwartung an. Dieser Trend wird
sich aller Voraussicht nach weiter fortsetzen. Zum anderen werden immer weniger Kinder geboren, so dass al-
lein schon aus diesem Grund die Zahl der Erwerbspersonen in Zukunft abnehmen wird.

45 Immer weniger Beitragszahler müssen für die steigenden Ausgaben der sozialen Sicherungssysteme sorgen.
Während im Jahr 2001 drei Beitragszahler für einen Rentner aufkamen, werden es im Jahr 2030 weniger als
zwei Beitragszahler sein.

Der Anteil der Beitragszahler zwischen 15 und 64 Jahren gegenüber den über 65-Jährigen wird in den kom-
menden Jahren immer kleiner. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung auch dank des medizinischen Fort-
50 schritts weiter. So wird voraussichtlich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer im Zeitraum von 1980 bis
2030 von 12 auf 18 Jahre, also um 50% steigen. Der damit einsetzende Ausgabendruck führt ebenfalls zu ei-
nem Anstieg der Beitragssätze. Daher müssen die eingeleiteten Strukturreformen fortgesetzt werden.

Internationaler Wettbewerb

55 Europäischer Binnenmarkt und Globalisierung sind wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität. Sie sind
nicht umkehrbar. Dieser Prozess wird sich weiter beschleunigen und den wirtschaftlichen und gesellschaft-
lichen Wandel prägen.

Wirtschaftlich heißt das, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen auch in Zukunft zu
hohen Produktivitätssteigerungen gezwungen sein werden. Um so wichtiger ist es deshalb, dass wir hierzulan-
60 de Arbeitsplatzreserven dort erschließen, wo die größten Beschäftigungspotentiale bestehen: bei den Dienst-
leistungen, bei den Existenzgründern, im Handwerk, in den privaten Haushalten, aber auch dort, wo wir tech-
nologisch sehr weit fortgeschritten sind – etwa in der ökologischen Modernisierung.

Mehr wirtschaftliche Dynamik als Grundlage für Wertschöpfung und Beschäftigung braucht neue Produkte,
Verfahren und Märkte. Die ökonomische und ökologische Effizienzrevolution erschließt diese Chancen im
65 großen Stil, insbesondere im Handwerk und Mittelstand, weil sie Kostensenkung mit starken Nachfrageimpul-
sen verbindet.

Wir wissen, dass die Unternehmen bei ihrer Standortwahl heute freier sind, als je zuvor. Aber auch heute und
zukünftig ist Standortwahl nicht beliebig. Denn in der wissensbasierten Wirtschaft der Zukunft entscheiden

Anträge	Notizen
Schnelligkeit, Kapitalkraft und die Fähigkeit, in Netzwerken zu kooperieren, über den Erfolg von Unternehmen und Volkswirtschaften. Für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektiven unseres Landes sind deshalb Bildung und Qualifizierung, Mobilität sowie Innovations- und Veränderungsbereitschaft von zentraler Bedeutung.	1
Globalisierung, Europäisierung, demographische Entwicklung waren auch in den 90er Jahren schon sichtbar. Die Kohl-Regierung hat den Fehler gemacht, die Deutsche Einheit in erheblichem Maße über die sozialen Sicherungssysteme und Verschuldung zu finanzieren. Die sichtbar werdenden Strukturprobleme wurden mit Konjunkturoffnungen beantwortet. Das geht jetzt nicht mehr.	5
Mit unserer Regierungsübernahme haben wir den Einstieg in Strukturreformen begonnen. Das geringe Wachstum in den vergangenen drei Jahren hat aber gezeigt, dass dies nicht ausreichend war und den grundsätzlichen Handlungsbedarf offensichtlich gemacht. Wir befinden uns in einer Struktur- und in einer Konjunkturkrise. Beides muss nun in einer klugen Kombination angegangen werden, damit sie sich nicht gegenseitig negativ verstärken. Darum geht es in der Agenda 2010.	10
Gerechtigkeit heute	15
Wir müssen angesichts dieser gewaltigen Herausforderungen bestimmen, was heute die konkreten Ziele einer an unseren Grundwerten orientierten Politik sind. Dies gilt insbesondere für eine neue Bestimmung dessen, was Inhalt sozialer Gerechtigkeit ist.	
Mit der Regierungsübernahme 1998 hat die SPD-geführte Bundesregierung für soziale Gerechtigkeit Sorge getragen und zusätzliche Anreize für private und öffentliche Investitionen gesetzt:	20
<ul style="list-style-type: none"> • Das durchschnittliche Nettoeinkommen je Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer/Jahr stieg von 1998 bis 2001 um 530 Euro, während es von 1994 bis 1998 um 920 Euro zurückging. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Zahnersatz für Jugendliche muss nicht mehr privat finanziert werden. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Arbeitgeber wurde wieder auf 100 % aufgestockt. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Aufwendungen für Familien stiegen insgesamt von 40,2 Mrd. Euro (1998) auf 59,2 Mrd. Euro (2002). So wurde das Kindergeld von 112 Euro (1998) auf 154 Euro (2002) angehoben. Ebenso wird seit der Rentenreform 2001 Kindererziehung wesentlich stärker berücksichtigt. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Einführung der sozialen Grundsicherung für Rentnerinnen und Rentner stellen wir sicher, dass Altersarmut vermieden wird und Ältere nicht mehr zum Sozialamt müssen. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Rentenreform 2001 haben wir die Bedingungen für die betriebliche Altersversorgung umfassend verbessert. Sie wird durch die Möglichkeiten der Entgeltumwandlung sowie durch die staatliche Förderung der arbeitnehmereigenen Beiträge als zweite Säule der Altersversorgung massiv gestärkt. 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Aufbau einer kapitalgedeckten privaten Vorsorge neben der Umlagefinanzierung in der Rentenversicherung haben wir die Altersvorsorge auf eine dritte Säule gestellt. Wir fördern den Aufbau der privaten Vorsorge in den Endstufen mit rd. 12 Mrd. Euro pro Jahr. 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Steuerreform haben wir über 70 Ausnahmeregelungen und Steuervergünstigungen, die vor allem die Bezieher von Spitzeneinkommen ungerechtfertigt begünstigt haben, gestrichen und eingeschränkt. Damit haben wir wieder mehr Steuergerechtigkeit hergestellt. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Wir haben das Unternehmenssteuerrecht international wettbewerbsfähig gemacht und damit den Standort Deutschland verbessert. Wir haben aber auch sicher gestellt, dass große Unternehmen auf Gewinne zukünftig wieder Steuern zahlen. Damit verstetigen wir die Körperschaftsteuereinnahmen. Wir halten aber an unserer Forderung fest, die Verlustabzugsmöglichkeiten von Großunternehmen zukünftig zu begrenzen (sog. Mindestbesteuerung). Diese Forderung ist Bestandteil des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses zwischen der Union und uns. Deshalb sind wir sicher, dass sich die Union dieser Forderung zur Verstetigung der Steuereinnahmen anschließen wird. 	40
Für uns ist gerecht, was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben in einer solidarischen Gesellschaft so zu gestalten, wie sie es gerne gestalten möchten. Deshalb ist es immer das Ziel sozialdemokratischer Gerechtigkeitspolitik gewesen, größere Teilhabechancen für mehr Menschen zu schaffen. Daran ändert sich nichts. Gerade deshalb aber muss unter den Bedingungen des intensiven und fortgesetzten Umbruchs gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen immer wieder aufs Neue bestimmt werden, mit welchen Mitteln das Ziel der Gerechtigkeit am besten verfolgt werden kann. Gerecht ist heute, was neue Chancen und neue ökonomische Dynamik ermöglicht, was den Zusammenhalt der Gesellschaft festigt und verhindert, dass ganze Gruppen oder Generationen von der Teilhabe an Bildung, Erwerbschancen und politischer Gestaltung ausgeschlossen werden.	45
Ungerecht ist angesichts von fortgesetzter Massenarbeitslosigkeit und einer dramatischen Finanzierungskrise der sozialen Sicherungssysteme und des Staates jeder statische, auf die Verwaltung und Zuteilung fixierte Gerechtigkeitsbegriff. Ungerecht wäre es, jetzt nichts zu verändern. Wer gerecht sein will, braucht den Mut zur Veränderung.	50
Die über die Jahre strukturell wie konjunkturell weiter gestiegene Arbeitslosigkeit beschneidet heute die Teilhabechancen viel zu vieler Menschen, ja selbst noch ihrer Kinder und Kindeskiner. Es droht damit der Zerfall unserer Gesellschaft in solche, die an unserem Sozial- und Wirtschaftssystem teilhaben und solche, die davon ausgeschlossen sind. Damit dürfen sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht abfinden.	55
	60
	65

1 ***Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010 – Arbeit und Wachstum,
Bildung, Ausbildung und Innovation, Modernisierung von Arbeits-
markt und Arbeitsvermittlung, Zukunftssicherung der sozialen
5 Sicherungssysteme***

Die SPD-geführte Bundesregierung stellt sich den neuen Herausforderungen. Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit. Das reicht bis in unseren Alltag, unsere Familien und unsere Gewohnheiten hinein.

10 Um unserer Verantwortung in und für Europa gerecht werden können, müssen wir zum Wandel im Innern bereit sein.

Die Alternative ist eindeutig: Entweder wir modernisieren unsere soziale Marktwirtschaft oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen.

Wir brauchen mutige Schritte, um soziale Sicherheit auch künftig gewährleisten zu können und um ökonomische Dynamik in unserem Land zu entfalten. Die SPD ist sich dieser Herausforderung bewusst und stellt sich ihrer Verantwortung. In einer Welt, die sich immer schneller verändert, können nur die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten soziale Sicherheit und den Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleisten. CDU/CSU und FDP gefährden mit ihren maßlosen Angriffen auf den Sozialstaat und die Gewerkschaften den Wohlstand und die Stabilität unseres Landes. Sie gefährden damit die Fundamente, auf denen unser Land zur drittgrößten Wirtschaftsnation in der Welt gewachsen ist.

20 Starke Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften bleiben für die Stabilität unseres Landes unverzichtbar. Deshalb werden wir die Mitbestimmung, die Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag erhalten. Sie haben sich in Deutschland als anpassungsfähig an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse erwiesen und als Garanten für wirtschaftliche und soziale Sicherheit bewährt. Es ist unabdingbar, dass – wie vielfach geschehen – in Tarifverträgen Optionen geschaffen werden, um den Betriebspartnern Spielräume zu bieten, Beschäftigung zu sichern.

Diese Reform des Sozialstaates ist ein sozialdemokratisches Projekt. Wie in den vergangenen 140 Jahren geht es der SPD um den Erhalt und den Ausbau der Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung und Hilfe in unserer Gesellschaft – um ein solidarisches Gemeinwesen.

30 Genau das wird aber nur gelingen, wenn nicht gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familie die Belastungen aus dieser gesellschaftlichen Solidarität als zu hoch, ungerecht und letztlich für sich selbst unzureichend empfinden.

Wir wollen den europäischen Sozialstaat als Gegenmodell zu einer nur über Marktgesetze gesteuerten Gesellschaft erhalten. Es geht um neues Vertrauen und neues Zutrauen in den Sozialstaat. Und es geht um ein neues Verständnis des Sozialstaats, in dessen Mittelpunkt nicht finanzielle Transferleistungen, sondern die Möglichkeiten stehen, an Bildungschancen wie am Erwerbsleben teilnehmen zu können. Es geht darum, möglichst vielen Menschen ein Leben in Eigenverantwortung zu ermöglichen. Es geht um ein neues Gleichgewicht von Rechten und Pflichten, von Fördern und Fordern. Dafür zu kämpfen lohnt sich für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

40 Wir werden eine gewaltige gemeinsame Anstrengung unternehmen müssen, um unser Ziel zu erreichen. Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Unternehmer und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, freiberuflich Tätige und Rentnerinnen und Rentnern. Niemand darf sich entziehen. Nur gemeinsam können wir Erfolg haben. Gruppeninteressen und Egoismus müssen in einer großen und solidarischen Gemeinschaftsanstrengung überwunden werden.

45 Die Agenda 2010 ist aber nicht nur ein Programm für den notwendigen Umbau unserer sozialen Sicherungssysteme. Sie ist vor allem ein Programm, um Deutschland und Europa wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Unser zentrales Ziel ist es, bis 2010 wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Agenda 2010 ist ein sozialdemokratisches Programm für Wachstum und Beschäftigung. Sie steht im Einklang mit dem Beschluss der Europäischen Staats- und Regierungschefs von Lissabon, die Europäische Union innerhalb von 10 Jahren zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wachstumsregion weltweit auszubauen und die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung in der Europäischen Union zu schaffen.

50 Der Umfang eines für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so schwierigen Umbaus und teilweisen Abbaus sozialer Leistungen wird letztlich bestimmt von den Ergebnissen wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland und von der Verteilung der Ergebnisse dieses Wachstums. Denn wir können nur das verteilen, was wir vorher erwirtschaftet haben.

55 Die in der Agenda 2010 vorgelegten Maßnahmen dürfen deshalb nicht einzeln, sondern müssen im Zusammenhang gesehen werden. Mit Investitionsmaßnahmen für Kommunen, private Haushalte und Bauwirtschaft, die bereits beschlossene investive Maßnahmen wie die Steuerreform ergänzen, schaffen wir mehr Wachstum und Arbeit. Ergänzt werden diese investiven Maßnahmen durch verstärkte Investitionen in Bildung, Ausbildung und Innovationen, weil wir nur über die Entwicklung neuer Technologien und neuer, besserer Produkte und hochwertiger Dienstleistungen Wachstum erzielen können. Die Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung und die Durchführung von Strukturmaßnahmen in den sozialen Sicherungssystemen, vor allem bei der Gesundheit, schaffen auch Freiraum für Investitionen und mehr Wachstum.

60 Unser Leitbild für diese Aufgabe ist das Konzept der Nachhaltigkeit, der Zusammenhang zwischen innovativer Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und soliden Finanzen. Nachhaltigkeit ist die Leitlinie und das Ziel für die Modernisierung unserer Gesellschaft unter den globalen Herausforderungen. Sie muss gegen starke Kräfte durchgesetzt werden.

Anträge	Notizen
<p>Die eingeleiteten Maßnahmen können nicht von heute auf morgen Wirkung zeigen. Aber diese Vorschläge müssen jetzt schnell und umfassend in gesetzgeberisches Handeln umgesetzt werden. In dieser Situation stellen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns der Verantwortung und handeln. Wer, wenn nicht wir, kann die vor uns stehenden Herausforderungen bewältigen. Dabei kommt es auf die sozialdemokratische Prägung an. Deshalb wollen wir die Gestaltungsmacht behalten.</p>	<p>1 5</p>
<p>1. ARBEIT UND WACHSTUM</p>	
<p>Der Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik wird nicht allein am Aufbau eines modernen und tragfähigen Sozialstaates gemessen, sondern vor allem an der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Deshalb legen wir ein sozialdemokratisches Programm für Wachstum und Beschäftigung vor.</p>	<p>10</p>
<p>Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung verbessern. Dazu gehört für uns die Balance zwischen Konsolidierung und Wachstum. Daran halten wir fest. Deutschland wird der Verpflichtung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nachkommen. Wir werden dabei auch die Flexibilität, die der Pakt bietet, im europäischen Rahmen nutzen. Wir wissen, dass stetiges und nachhaltiges Wachstum die Voraussetzung für die unabdingbare Entschuldung und die Konsolidierung der Staatsfinanzen ist.</p>	<p>15</p>
<p>Steuern senken</p>	
<p>Die Steuerpolitik dieser Bundesregierung wird die privaten Haushalte bis einschließlich 2004 um insgesamt rund 28 Mrd. Euro entlastet haben. Inklusiv der Steuerreformstufe 2005 werden es rund 42 Mrd. Euro sein. Allein gegenüber 2002 werden die privaten Haushalte 2004 u.a. durch die Steuerreformstufe sowie durch das Altersvermögensgesetz um zusätzlich knapp 10 Mrd. Euro entlastet. Mit diesen Entlastungen werden Kaufkraft und Nachfrage gestärkt:</p>	<p>20</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 20.000 Euro zahlt im kommenden Jahr (2004) so gut wie keine Steuern mehr. • Eine Familie mit zwei Kindern und einem jährlichem Einkommen von 30.000 Euro in 2003 wird durch die nächsten Stufen in 2004 und 2005 um insgesamt 566 Euro pro Jahr entlastet. • Die prozentuale Entlastung ist bei geringeren Einkommen am größten, bei höheren Einkommen nimmt sie ab. Gerade kleine und mittlere Einkommen profitieren deshalb von unserer Steuerpolitik. 	<p>25 30</p>
<p>Investitionen anregen</p>	
<p>Wir fördern Wachstum auch durch die Stärkung öffentlicher Investitionen gerade in Zeiten einer schwächeren Konjunktur. Die Investitionen im Bundeshaushalt steigen von 25 Mrd. Euro (2002) auf 26,7 Mrd. Euro (2003). Mit einem Zinsverbilligungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die Kommunen werden wir Investitionen in Höhe von 7 Mrd. Euro freisetzen und damit nachfragewirksame Investitionen in Höhe von 21 Mrd. Euro anstoßen. Zusätzlich erhalten die Kommunen 0,8 Mrd. Euro zur Soforthilfe durch Freistellung von der Finanzierung des Flutopferfonds. Damit setzen wir kurzfristige Impulse für mehr Investitionen in den Städten und Gemeinden.</p>	<p>35</p>
<p>Eine nachhaltige Stärkung der Investitionskraft werden die Kommunen über die geplante Gemeindefinanzreform erfahren. Auf der Einnahmenseite geht es um die Reform der Gewerbesteuer. Wichtigstes Ziel ist die Verstärkung der kommunalen Steuereinnahmen. Dadurch, und nicht durch zusätzliche Einnahmen, soll die Investitionsfähigkeit der Kommunen verbessert werden. Vor allem strukturschwache Regionen werden durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige mit Entlastungen rechnen können.</p>	<p>40</p>
<p>Es ist ein Gebot von Vernunft und Gerechtigkeit, für die Staatsaufgaben sämtliche Einkommen heranzuziehen, also auch Einkünfte aus Kapitalvermögen. Der Erfolg der EU-Zinsrichtlinie hängt von der Flankierung durch nationale Regelungen ab. Andere europäische Staaten haben mit einer Abgeltungssteuer gute Erfahrungen gemacht. Wenn wir es schaffen, mit einer attraktiven Abgeltungssteuer auf Zinserträge Deutschland zu einem für das Kapital interessanten Standort auszubauen, dann erhalten wir zusätzliche Steuereinnahmen, die letztlich auch den Kommunen zugute kommen. Steuerflucht soll damit rückgängig gemacht und in Zukunft verhindert werden.</p>	<p>45 50</p>
<p>Mit dem bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegten Wohnraum- und Modernisierungsprogramm in Höhe von 8 Mrd. Euro geben wir Nachfrageimpulse über die privaten Haushalte. Damit sollen zusätzliche Investitionen in Höhe von 14 Mrd. Euro in der Bauwirtschaft und im Handwerk entstehen.</p>	
<p>Mittelstand und Handwerk stärken</p>	
<p>Für die Schaffung neuer Arbeitsplätze spielen kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk eine entscheidende Rolle. Deshalb wollen wir die Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven kleiner und mittlerer Unternehmen nachhaltig verbessern.</p>	<p>55</p>
<p>Um die Finanzierungsprobleme im Mittelstand zu entschärfen, haben wir eine schlagkräftige Mittelstandsbank gegründet, neue Finanzierungsmöglichkeiten eingeführt, das Programm Kapital für Arbeit auf Ausbildungsplätze ausgedehnt und den Mittelstand so unabhängiger gemacht von den Finanzierungsbedingungen des Geschäftsbankensektors.</p>	<p>60</p>
<p>Mit dem sog. Small-Business-Act (Steuerbefreiung für Kleinstunternehmen) werden rückwirkend zum 1.1.2003 positive Impulse gesetzt. Der „Masterplan Bürokratieabbau“ wird zu zusätzlichen bürokratischen Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen führen.</p>	<p>65</p>
<p>Auch die Wirtschaft muss zu mehr Flexibilität bereit sein. Dazu zählt für uns auch, dass die Handwerksordnung verändert werden muss. Wir werden zwei Drittel der bisherigen Meisterberufe vom Meisterzwang be-</p>	

1 freien. Damit können Handwerksge-sellen künftig sofort ein Unternehmen gründen. Darüber hinaus sollen Ge-sellen ohne Meisterprüfung nach 10 Jahren einen Betrieb übernehmen und führen dürfen.

2 Mit der Reform der Handwerksordnung schaffen wir die Möglichkeit für mehr Existenzgründungen. Das
5 unterstützen wir auch, indem Existenzgründer in der Gründungsphase von den Pflichtbeiträgen an die Hand-
werks- bzw. Industrie- und Handelskammern befreit werden, sofern sie einen bestimmten Gewerbeertrag nicht
übersteigen. So können mehr Arbeitsplätze entstehen und langfristig gesichert werden.

2. BILDUNG, AUSBILDUNG UND INNOVATION

Investitionen in Bildung und Forschung

Wir werden unser Wohlstandsniveau nur halten können, wenn wir in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situ-
ation verstärkt in Bildung und Forschung investieren. Deshalb haben wir in der vergangenen Legislaturperiode
in der Forschungspolitik erfolgreich umgesteuert und die Investitionen in Bildung und Forschung um rund 25
15 Prozent erhöht.

Wir werden in einer wirtschaftlich schwierigen Situation ein Zeichen setzen und die Etats der Deutschen For-
schungsgemeinschaft und anderer Forschungsorganisatio-nen im nächsten Jahr wieder um 3 Prozent erhöhen.

Wir brauchen neue Ansätze in der vorschulischen Bildung, wir brauchen mehr Sprachunterricht für Ausländer
und wir brauchen Lehrer, die Zeit haben, um auf die individuellen Schwierigkeiten der Kinder einzugehen.

20 Deshalb ist das Angebot einer Ganztagsbetreuung richtig, um die pädagogischen Chancen dieser Schulform
wirklich zu nutzen. Wir begrüßen daher die Initiative des Bundeskanzlers, noch in diesem Jahr auf einem Bil-
dungsgipfel vor allem mit den Ministerpräsidenten über Möglichkeiten der Verbesserung unseres Bildungssys-
tems zu verhandeln.

Junge Menschen haben ein Recht auf neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb ist es die Pflicht von Poli-
tik und Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass junge Menschen eine Chance auf Ausbildung und Arbeit bekommen.
25 Die Bundesregierung hat ihren Beitrag dazu geleistet. Sie sorgt mit Förder-programmen dafür, dass junge
Menschen eine Chance auf Ausbildung und Arbeit bekommen. Es liegt jetzt an den Unternehmen, sich ihrer
sozialen und gesellschaft-lichen Verantwortung zu stellen. Und diese Verantwortung zeigt sich zunächst und
vor allem im Engagement für diejenigen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen.

30 Deshalb ist unabdingbar, dass die Wirtschaft die gemeinsam mit den Gewerkschaf-ten getroffenen Verabredun-
gen einhält: Jeder Ausbildungsplatzsuchende muss einen Ausbildungsplatz bekommen!

Wenn die Wirtschaft ihre Zusage nicht einhalten kann, werden wir zu einer gesetzlichen Regelung kommen
müssen.

Ausbildung oder Beschäftigung für alle unter 25

35 Derzeit sind über 560.000 junge Menschen arbeitslos. Deutschland kann es sich nicht leisten, einen Großteil
seiner Talente einfach „liegen zu lassen“. Und dies gilt in besonderem Maße für die jungen Menschen. Wir
dürfen nicht zulassen, dass sie sich zurückziehen in dem Gefühl, dass unsere Gesellschaft sie nicht braucht!

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung eine Kampagne für Ausbildung und Beschäftigung von jungen Men-
40 schen startet. Gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden wird sie eine Task-Force für mehr Ausbildungsplätze
einrichten. Sie wird die Ausbildereignungsverordnung für fünf Jahre aussetzen, um gerade Unternehmens-
gründern die Ausbildung zu erleichtern und wird bürokratische Hemmnisse in der beruflichen Bildung beseiti-
gen. In Ostdeutschland wird das Ausbildungsplatzprogramm 2003 mit 14.000 Plätzen verstetigt.

Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Förderung von Menschen legen, die Sozialhilfe beziehen
45 und unter 25 Jahre alt sind. Dazu wird der Bund in diesem Jahr ein Sonderprogramm für 100.000 jugendliche
Sozialhilfeempfänger auflegen und ihren Einstieg in Beschäftigung oder Ausbildung fördern.

Ausbau der Kinderbetreuung

Die Stärkung der Familien, eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt, die Verbesserung der Chancen von
50 Kindern sind Schlüsselfragen für unsere gesellschaftliche Entwicklung. Möglichst alle Eltern, Mütter und Vä-
ter sollen die wirtschaftliche Existenz ihrer Familie selbst sichern können: durch Teilhabe am Arbeitsmarkt und
ein ausreichendes Einkommen.

Im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer Leistung ist mit einer deut-
lichen Entlastung der Kommunen von Sozialhilfeausgaben zu rechnen. Kommunen sollen die zusätzlichen fi-
55 nanziellen Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote einsetzen.

Kindererziehende Mütter und Väter benötigen geeignete Hilfen (z.B. Vermittlung von Betreuung jeder Art für
Kinder) um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Die versprochenen Anstrengungen der Bundesanstalt
für Arbeit, auf lokaler Ebene Kooperationsvereinbarungen zwischen Jugendämtern und JobCentern zur Ver-
60 besserung der Betreuungsangebotes für Arbeitssuchende zu schließen, sind zukunftsweisend.

3. MODERNISIERUNG VON ARBEITSMARKT UND ARBEITSVERMITTLUNG

65 Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab, vor allem nicht mit der Jugendarbeitslosigkeit und der Lang-
zeitarbeitslosigkeit. Unser Ziel bleibt der Abbau der Massenarbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung am Ende
dieses Jahrzehnts. Mit der Neugestaltung der Bundesanstalt für Arbeit wird die Vermittlung in Arbeit durch-
greifend verbessert. Wir wollen, dass ein Vermittler (Fallmanager) in Zukunft nur noch 75 Arbeitssuchende zu

Anträge	Notizen
betreuen hat und nicht mehr 800 Arbeitslose wie heute. Diese Verbesserung wird zunächst bei den unter 25-Jährigen erreicht und dann schrittweise auch auf alle anderen ausgedehnt.	1
Frühverrentung beenden	
Seit Mitte der achtziger Jahre gab es für ältere Arbeitslose eine stufenweise Heraufsetzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Dies war keine soziale Wohltat der Kohl-Regierung. Ziel war es, den Bundeshaushalt von Zahlungen für Arbeitslosenhilfe zu entlasten und dies wiederum zu Lasten der Beitragszahler in der Arbeitslosenversicherung.	5
Wir stellen seit vielen Jahren fest, dass die verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld bis zu 32 Monate dazu geführt hat, dass sich vor allem große Unternehmen ihrer älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Kosten der Solidargemeinschaft, auf Kosten der Beitragszahler, entledigt haben. Heute beschäftigen rund 60 % der Unternehmen in Deutschland keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre sind. Nur jede sechste durch Frühverrentung weggefallene Stelle wurde wieder besetzt.	10
Wirtschaft und Sozialstaat werden es sich aus demografischen und ökonomischen Gründen nicht mehr länger leisten können, nur auf jüngere Arbeitskräfte zu bauen. Das Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt enthält bereits gezielte Maßnahmen zur Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Bundesregierung wird sich mit der Wirtschaft um die Verbreitung von Beispielen „guter Praxis“ gegen Altersbarrieren bemühen.	15
Es kann nicht der Sinn einer längeren Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sein, dass Betriebe ihren älteren Beschäftigten eine günstige Brücke in den vorzeitigen Ruhestand bauen, und dies auf Kosten der Beitragszahler. Denn wir müssen feststellen, dass sich die durchschnittliche Lebensarbeitszeit von früher 45 Jahre auf heute 38 Jahre verkürzt hat. Und das bei weiterhin steigender Lebenserwartung. Das können die Sozialkassen nicht mehr tragen und es ist ungerecht gegenüber der Gemeinschaft der Beitragszahler. Es ist deshalb notwendig die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wieder auf zwölf bzw. achtzehn Monate für über 55-Jährige zurückzuführen. Der notwendige Vertrauensschutz wird durch Übergangsregelungen gewährleistet. Bei erfolgreichem Wirken unserer ökonomischen und konjunkturpolitischen Maßnahmen wird in dieser Übergangszeit ein neuer Beschäftigungsaufbau entstehen.	20
Dem Trend zur Frühverrentung muss auch von Seiten der Unternehmen durch eine zukunftsorientierte betriebliche Personalpolitik entgegengewirkt werden mit Maßnahmen zur Qualifizierung und Arbeitsplatzgestaltung im Sinne des lebenslangen Lernens.	30
Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	
Heute gibt es zwei unterschiedliche Leistungssysteme und entsprechend unterschiedliche Betreuungssysteme für langzeitarbeitslose Menschen. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sind beide steuerfinanziert, ihr Bezug ist abhängig von der Bedürftigkeit des Einzelnen. Dennoch gibt es Unterschiede. Zum Beispiel hatten arbeitslose und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger bisher kaum die Möglichkeit, an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Arbeitsämter teilzunehmen. Andererseits gibt es über 200.000 Arbeitslose, die ergänzende Sozialhilfe beziehen, weil ihre Leistung unterhalb der Bedürftigkeitsgrenze der Sozialhilfe liegt. Durch die Doppelexistenz der beiden Leistungssysteme haben sich vielfach Doppelzuständigkeiten von Arbeitsämtern und Sozialämtern für den gleichen Personenkreis ergeben, die eine Wiedereingliederung der Betroffenen in den Arbeitsmarkt eher behindert haben.	35
Wir wollen dieses ineffiziente Nebeneinander zweier Leistungen und zweier Systeme beenden. Wir wollen Hilfe aus einer Hand bieten. In den neuen Job-Centern werden die erwerbsfähigen Hilfeempfänger künftig individuell und umfassend mit dem Ziel der Eingliederung in das Erwerbsleben betreut. Für die über 900.000 erwerbsfähigen bisherigen Sozialhilfeempfänger verbessert sich damit ihre arbeitsmarktpolitische Betreuung sowie ihre sozialpolitische Absicherung.	45
Wir wollen Langzeitarbeitslose fördern und fordern. Sie müssen künftig angebotene Stellen annehmen, dürfen aber über eine verbesserte Freibetragsregelung eine höhere Transferleistung als nach der geltenden Sozialhilfep Praxis behalten.	
Wir wollen eine armutsfeste Regelung. Die neue Leistung gewährleistet daher Sicherung des Unterhaltes einschließlich Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung, sozialen Pflegeversicherung und zur Rentenversicherung sowie Eingliederungsleistungen. Sie umfasst auch Leistungen für die im Haushalt lebenden Kinder, den im Haushalt lebenden nicht erwerbsfähigen Partner und die Kosten der Unterkunft. Die angemessene Altersvorsorge der Einzelnen wird dabei ebenso wenig angerechnet wie der Besitz von selbstgenutztem Wohneigentum.	50
Im Sinne von Fördern und Fordern ist ein aktives Bemühen um Eingliederung eine Voraussetzung für die Leistung. Wer sich nicht ausreichend um Eingliederung bemüht oder eine zumutbare Arbeit ablehnt, muss mit einer Reduzierung der Leistung bis hin zum Wegfall der Leistung rechnen.	55
Reform der Sozialhilfe – gerechter, effizienter, mehr Eigenverantwortung	
Unsere Reform der Sozialhilfe hat das Ziel, diese soziale Hilfeleistung unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit und Effizienz zu modernisieren. Gleichzeitig wollen wir das Prinzip des „Fördern und Fordern“ in der Sozialhilfe verankern und vor allem bis 2006 die Zahl der von Sozialhilfe abhängigen Kinder deutlich senken. Bei der Reform ist die Ausgestaltung der neuen Leistung „Arbeitslosengeld II“ besonders zu berücksichtigen. Sie soll parallel zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum 1. Januar 2004 in Kraft treten.	60
Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht	65
Wir haben in der Vergangenheit verschiedenen Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht und den Arbeitsmarkt erneuert. Mit dem Gesetz zur stärkeren Förderung von Teilzeitarbeit, das zum 1.1.2001 in Kraft getreten	

1 ist, haben wir klare Regelungen für befristete Arbeitsverhältnisse aufgestellt und die zulässige Beschäftigungsdauer auf 2 Jahre verlängert. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die älter als 52 sind, können ebenfalls ohne Einschränkungen befristet eingestellt werden. Jetzt geht es darum, dass diese Freiräume auch von den Unternehmen ausreichend genutzt werden. Deshalb räumen wir Existenzgründern ein, befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Befristungsgrund bis zur Dauer von vier Jahren abzuschließen.

5 Mit der Einrichtung von PersonalServiceAgenturen in jedem Arbeitsamtsbezirk haben wir neue Möglichkeiten der Zeit- und Leiharbeit als Einstiegschance für Arbeitslose in Beschäftigung erschlossen. Für die gesamte Zeitarbeitsbranche haben wir in diesem Zusammenhang das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz flexibilisiert. Die Leiharbeiter erhalten zum 1.1.2004 den gleichen Lohn wie die Stammebelegschaft der Entleiherfirma.

10 Wir werden den Kündigungsschutz zukünftig für Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser handhabbar machen. Der Kündigungsschutz bleibt erhalten. Ein Hire und Fire wird es mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht geben. Niemand, der heute Kündigungsschutz genießt, wird ihn verlieren.

Der Schwellenwert von 5 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in kleinen Betrieben bleibt. Kleine Betriebe, die heute nicht unter das Kündigungsschutzgesetz fallen, können künftig in begrenztem Umfang befristet Beschäftigte einstellen.

15 Bei betriebsbedingten Kündigungen wollen wir den Bestandsschutz erhalten, aber durch eine Abfindungsmöglichkeit für den Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin ergänzen. Damit wollen wir arbeitsgerichtliche Verfahren, die letztlich nur auf Zahlung einer Abfindung hinauslaufen, vermeiden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behalten aber selbstverständlich ihr Recht auf eine Kündigungsschutzklage.

20 Und wir wollen die Regelungen der Sozialauswahl vereinfachen und mehr Rechtssicherheit schaffen. Die Sozialauswahl wird nicht abgeschafft, sondern auf drei Kriterien begrenzt: das Alter, die Betriebszugehörigkeit und eventuelle Unterhaltspflichten. Der notwendige soziale Schutz bei Krankheit und Schwerbehinderung bleibt erhalten. Wir wollen bei der Sozialauswahl auch dazu beitragen, dass das berechtigte Interesse der Betriebe an einer ausgewogenen Personal- und Altersstruktur berücksichtigt wird.

25 **4. ZUKUNFTSSICHERUNG DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME**

30 Wir wollen unsere sozialen Sicherungssysteme in einer globalisierten Welt erhalten. Das können wir aber nur, wenn wir diese an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Die Sozialversicherungsbeiträge haben eine Höhe erreicht, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer hohen Belastung geworden ist. Und die auf der Arbeitgeberseite als Hindernis wirkt, Beschäftigung zu schaffen. Zwischen 1982 und 1998 sind die Sozialversicherungsbeiträge von 34 auf fast 42 Prozent angewachsen. Mit dem Regierungswechsel 1998 haben wir die Sozialversicherungsbeiträge auf 41,3 v.H. reduziert. Das reicht aber nicht aus.

Deshalb sind die Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme dringend notwendig, unabhängig von der wirtschaftlichen Situation unseres Landes. Die aktuelle Wirtschaftskrise lässt die Reformnotwendigkeit der sozialen Sicherungssysteme nur deutlicher zu Tage treten.

40 **Bezahlbare Gesundheit für alle**

Die soziale Leitschnur unserer Politik lautet: Jeder und jede Versicherte muss unabhängig vom Geldbeutel die medizinischen Leistungen erhalten, die notwendig sind und die dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechen. Dies muss unsere soziale Leitschnur bleiben.

45 Der Prävention messen wir größere Bedeutung bei. Wir werden sie zu einer vierten Säule der gesundheitlichen Versorgung neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausbauen.

Allein diese Maßnahmen werden nicht ausreichen, die Sozialversicherungsbeiträge spürbar und deutlich senken. Deshalb müssen wir die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung im Hinblick auf Belastungsgerechtigkeit und gesamtwirtschaftliche Wirkungen neu ordnen. Die Erneuerung muss jetzt erfolgen. Ein Aufschieben der dringend notwendigen Erneuerung würde später zu Lasten der Menschen gehen. Das entspricht nicht unserem Verständnis von Gerechtigkeit.

Wir wollen die Qualität der Gesundheitsversorgung für die Menschen spürbar und dauerhaft verbessern. Dies tun wir mit gut durchdachten ineinandergreifenden Maßnahmen zur Modernisierung des Gesundheitswesens. Ziele und Maßnahmen bei der Modernisierung des Gesundheitswesens sind:

- 55 • Wir machen ernst mit mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen. Wir erweitern Wahlmöglichkeiten für Versicherte und Ärztinnen und Ärzte. Wir beteiligen Gesundheitszentren und Krankenhäuser an der ambulanten Versorgung. Darüber hinaus werden wir den Arzneimittelmarkt neu ordnen, damit die Preise sinken. Und wir modernisieren die Vergütung für Ärztinnen und Ärzte.
- 60 • Wir schaffen Transparenz im Gesundheitswesen. Wir werden ab 1. Januar 2006 eine elektronische Gesundheitskarte einführen. Die elektronische Gesundheitskarte wird Daten enthalten, die den Patientinnen und Patienten erstmals eine Kontrollchance geben. Die Karte wird die Arzneimittelsicherheit verbessern und Arbeitsabläufe entbürokratisieren.
- Mit der Arzneimittelpositivliste werden wir die Qualität der Arzneimittelversorgung verbessern und die Kosten senken.
- 65 • Jeder Euro, der von den Kassen ausgegeben wird, muss den Versicherten Nutzen bringen. Deshalb werden wir überprüfen, was heute medizinisch notwendig ist und was nicht. Leistungen werden aber nicht vom Alter, vom Gesundheitszustand oder Einkommen abhängen.

Anträge	Notizen
Wir wollen zukünftig jene belohnen, die sich im Gesundheitssystem vernünftig und sparsam verhalten. Wer das nicht tut, muss mit höherer Eigenbeteiligung rechnen. Deshalb ordnen wir die Zuzahlungs- und Befreiungsregelungen neu. Um eine nachhaltige Umgestaltung der Finanzierung des Gesundheitswesens zu erreichen, setzen wir folgende Maßnahmen um:	1
<ul style="list-style-type: none"> Die gesetzlichen Krankenkassen müssen von einer Reihe sogenannter versicherungsfremder Leistungen befreit werden, die bisher von den Beitragszahlern getragen werden. Dazu gehört z.B. das Mutterschaftsgeld, das künftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden muss. Einige andere werden auch ganz entfallen. 	5
<ul style="list-style-type: none"> Eine Anzahl verschreibungsfreier Arzneimittel werden wir aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen nehmen. Wir setzen darauf, dass der Wettbewerb hier deutlich niedrigere Preise bewirkt. 	10
<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen gleiche Beitragssätze auf sonstige Versorgungsbezüge aller freiwillig und pflichtversicherten Rentner erheben. Das ist notwendig zur Stabilisierung der Finanzen der Gesetzlichen Krankenversicherung. Zur Entlastung der Sozialversicherungsbeiträge wollen wir das Krankengeld aus der paritätischen Finanzierung nehmen. Es wird nicht der Privatversicherung überlassen, sondern es bleibt bei der solidarischen Finanzierung der Versicherten. Dies ist zumutbar, weil heute die Arbeitgeber im Krankheitsfall (bis 6 Wochen) rd. 26,8 Mrd. Euro (23,8 Mrd. Euro alte Länder; 3 Mrd. Euro neue Länder) für die Lohnfortzahlung aufwenden. Demgegenüber betragen die Krankengeldausgaben der Gesetzliche Krankenversicherung rund 7 Mrd. Euro. 	15
Die Rente für die Zukunft sichern	20
Die Rentenversicherung ist und bleibt das wichtigste Alterssicherungssystem in Deutschland. Die Menschen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass ihr Lebensunterhalt im Alter gesichert ist. Dazu braucht die Rentenversicherung ein stabiles wirtschaftliches Fundament. Die Rente ist dann sicher und zukunftsfest, wenn sie finanzierbar ist. Eine sichere Rente setzt einen hohen Beschäftigungsstand voraus. Gerade um einen hohen Beschäftigungsstand zu halten, sind bezahlbare Beiträge unerlässlich.	25
Dies erfordert eine ständige Überprüfung der getroffenen Annahmen über die künftige Entwicklung. Auch deshalb hat die Bundesregierung die Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme eingesetzt, die zur Rentenversicherung erste Vorschläge vorgelegt hat. Aufgrund des demografischen Wandels und der Beschäftigungsentwicklung ist es unabweisbar, bei der Rentenversicherung nachzujustieren.	30
Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, die sich verändernde Relation zwischen Beitragszahlern und Rentenbeziehern bei der jährlichen Anpassung der Renten zu berücksichtigen. Dazu soll die Rentenanpassungsformel durch einen sog. „Nachhaltigkeitsfaktor“ modifiziert werden.	
Wir sehen in dem vorgeschlagenen „Nachhaltigkeitsfaktor“ einen möglichen Weg, bei der Rentenanpassungsformel nachzujustieren. Unser Ziel ist und bleibt, die Eckwerte der Rentenreform 2001 auch unter den verschärften ökonomischen Bedingungen zu sichern.	35
Darüber hinaus sind wir mit der Kommission einig:	
<ul style="list-style-type: none"> Eine Differenzierung der Beitragssätze und der Rentenhöhe in Abhängigkeit von der Kinderzahl ist nicht geeignet, die Rentenversicherung gerechter oder stabiler zu machen. 	40
<ul style="list-style-type: none"> Es soll bei der beitragsbezogenen Rentenhöhe bleiben, eine steuerfinanzierte Grundrente wird abgelehnt. Erworbene Rentenanwartschaften und der Eigentumsschutz gingen verloren. 	40
<ul style="list-style-type: none"> Die Rentenanpassungen sollen einheitlich bleiben, d.h. eine je nach Rentenhöhe gestaffelte Anpassung wird ebenfalls abgelehnt. 	40
Die Kommission hat die Rentenreform 2001 und insbesondere die Einführung der Riester-Rente als zusätzliche Säule der Alterssicherung befürwortet. Für uns gilt der Grundsatz, im Alter eine angemessene Altersversorgung zu gewährleisten und die Beiträge für die heutige Generation bezahlbar zu halten.	45
Wir sehen die Tarifvertragsparteien in der Pflicht, besondere Anstrengungen zu unternehmen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Beschäftigung zu halten und älteren Arbeitslosen neue Chancen zu geben und altersangemessene Beschäftigungsformen zu entwickeln. Erforderlich sind geeignete Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote ebenso wie eine höhere Bereitschaft seitens der Arbeitgeber, verstärkt auf die Erfahrung und das Fachwissen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu setzen. Wir werden Vorschläge vorlegen, um die Weiterbildungslandschaft zielgerichtet weiterzuentwickeln und die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen.	50
Wie bei der Rente muss die Sicherung der nachhaltigen Finanzierbarkeit auch für die Pflegeversicherung gelten.	55
Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Deutschland	55
Unser Ziel ist, Deutschland, bis zum Jahre 2010 wieder zum Wachstumsmotor in Europa zu machen.	
Unser Ziel ist, die Massenarbeitslosigkeit zu senken und 2010 Vollbeschäftigung zu erreichen.	
Unser Ziel ist, den Millionen Menschen, die heute unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gerückt sind, wieder eine Chance in Erwerbsarbeit zu eröffnen.	60
Unser Ziel ist, die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft zu machen und dem veränderten Altersaufbau der Bevölkerung anzupassen.	
Unser Ziel ist, die Generationengerechtigkeit dauerhaft zu gewährleisten. Dazu wollen wir die langfristige Tragfähigkeit öffentlichen Finanzen sichern.	65
Und unser Ziel ist und bleibt eine gerechte Gesellschaftsordnung.	
Deshalb unterstützen wir die rot-grüne Bundesregierung und die schnelle Umsetzung der Agenda 2010.	

A

Anträge zu den Kapiteln

„Präambel“,

„Unser Auftrag“,

„Erneuerung hat bei uns Tradition“

Antrag A 1

**Kreisverband Hamburg-Mitte
(LO Hamburg)**

Mut zur Veränderung – „Agenda 2010“: Bundeskanzler Gerhard Schröder bei der Umsetzung unterstützen!

Der Bundesparteitag unterstützt die „Agenda 2010“, so wie sie Bundeskanzler Gerhard Schröder am 14. März im Deutschen Bundestag vorgetragen hat. Die Absicht der „Agenda 2010“ darf nicht verwässert werden. Der Bundesparteitag fordert den Bundeskanzler auf, keinerlei Zugeständnisse gegenüber den Initiatoren des Mitgliederbegehrens bei der Agenda 2010 zu machen und an der eingeschlagenen Linie entschieden festzuhalten. Soweit es einem breiteren Konsens dient, können zusätzliche, der Agenda 2010 nicht entgegenstehende Forderungen, die den sozialen Ausgleich noch mehr ermöglichen, aufgenommen werden.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen wir für Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die großen Lebensrisiken solidarisch getragen und die wichtigsten Aufgaben gemeinsam organisiert werden. Das Engagement für diese solidarische und gerechte Gesellschaft zu schaffen ist die Aufgabe aller gesellschaftlichen Gruppen, der Initiativen und Bewegungen, der Sportverbände, der Kirchen und Gewerkschaften, aber auch der Arbeitgeber. Der Staat hat den Rahmen für ein Engagement vieler zu schaffen und seine eigenen, staatlichen Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehört, die sozialen Sicherungssysteme so einzurichten, dass sie die Menschen weder allein lassen noch durch eine Vielzahl von Einzelregelungen ihrer Handlungsfreiheit berauben.

Der Bundesparteitag begrüßt deshalb, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder die Initiative ergriffen hat, das staatliche Engagement für Gerechtigkeit und Solidarität neu zu definieren. Mit dem Programm „Agenda 2010“ wird die öffentliche Verantwortung für die wichtigsten Lebensrisiken verlässlich abgesichert, zugleich werden wichtige Freiräume für die notwendigen Initiativen aus allen Teilen der Gesellschaft eröffnet. Daher wird nicht verkannt, dass mit dem Programm auch neue Anforderungen auf Einzelne zukommen.

Der Bundesparteitag weist jedwede Kritik an der „Agenda 2010“ zurück, die einseitig auf den Erhalt einzelner, derzeit geltender Regelungen gerichtet ist. Diese Kritik verkennt, dass Gerechtigkeit und Solidarität nicht statisch organisierbar ist. Der Bundesparteitag stellt fest, dass die Maßnahmen der Agenda 2010 nur ein Teil der notwendigen Reformen sind, die benötigt werden, um den Sozialstaat so umzubauen, dass er dauerhaft gesichert ist. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen nach ihren Möglichkeiten und Fähigkeiten an diesem Reformprozess beteiligt werden, um einen gerechten und sozial ausgewogenen Lastenausgleich auch hier zu gewährleisten. Es ist daher erforderlich, dass bei einem nächsten weiteren Schritt, die Partei rechtzeitig mit in die Diskussion einbezogen wird.

Der Bundesparteitag fordert die Initiatoren des Mitgliederbegehrens auf, das Mitgliederbegehren einzustellen und den Beschluss des Bundesparteitages zur Unterstützung der Politik von Gerhard Schröder zu akzeptieren.

Antrag A 2

**OV Castrop-Rauxel-Altstadt
(Landesverband NRW)**

Neuausrichtung der SPD-Politik

Auch in Zeiten raschen Wandels bleiben die SPD-Grundwerte Freiheit, soziale Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität Orientierung und Maßstab sozialdemokratischer Politik. Sie setzen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Politik zu erfolgen hat, damit die Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dies war in den vergangenen Jahrzehnten mit dem ständigen Ausbau des sozialen Netzes auch möglich.

In den letzten Jahren und besonders heute wird immer häufiger festgestellt „Deutschland lebt über seine Verhältnisse, der deutsche Wohlfahrtsstaat ist unbezahlbar geworden“.

Dabei wächst das gesamtgesellschaftliche Produkt immer noch (1999 +2,4%, 2000 +2,8%, 2001 +1,8%), hat jedoch 2002 mit +0,2 eine starke Abschwächung erfahren. Zur gleichen Zeit wurden die Kapital- und Vermögenseinkommen massiv durch die Steuer- und Abgabenpolitik begünstigt. Damit sind zur Verfügung stehende Mittel durch bewusste politische Entscheidungen den sozialen Zwecken entzogen worden.

So erfolgten wichtige Politikveränderungen in den vergangenen Jahrzehnten, die die sozialen Grundwerte ausgehöhlt haben:

- Vorrang der monetären Stabilität vor anderen Politikbereichen wie z.B. sozialen Fragen
- angebliche Voraussetzungen und Zwänge eines „rentablen Betriebsergebnisses“ fiskalischer Maßnahmen und wirtschaftspolitischer Prioritäten für politische Beschlüsse
- Marktfreiheit, Wettbewerb und Deregulierung als Grundprinzipien, auch bei den sozialen Schutzeinrichtungen
- forcierte Privatisierungen von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Infrastruktur-Angelegenheiten: Strom, Gas, Wasser, Verkehr, Schulen, Studium, Forschung, Rente, Gesundheit, Kultur, Bibliotheken, Medien ...

Anträge	Notizen
– Markt und Wettbewerb bieten nur das an, was profitabel ist, d.h. notwendige soziale Bedürfnisse ohne Kaufkraft werden nicht erfüllt	1
– Konzentration von Einkommen, Vermögen, Zugang zu Chancen und Macht – eine soziale Umverteilung hat nicht stattgefunden	
– Benachteiligung der nicht genügend Zahlungskraftigen und Leistungsfähigen, die ausscheiden müssen und häufig als „Sündenböcke“ dienen.	5
Gegen diese Politik der Privatisierung der öffentlichen Angelegenheiten und der Bevorzugung der Kapital- und Besitzeinkommen leisteten Sozialdemokraten, auch die deutsche Sozialdemokratie, nur ungenügenden Widerstand. Sie bewegten sich auf die neoliberalen Politikvorstellungen zu.	
Die Veränderungen wurden als „Reform“ angekündigt. Unter gesellschaftlichen und sozialen Reformen wird in der Regel ein Schritt hin zu mehr Emanzipation, Entfaltungsfreiheit, Demokratie und gesellschaftlicher Wohlfahrt verstanden. Diese neuen „Reformen“ bringen jedoch weniger Rechte für die Betroffenen. Dies nannte man früher „Restauration“!	10
Eine Tendenz, die die Grundlagen der Sozialdemokratie zerstört. Der Markt übernimmt die Macht – Politik sieht für sich kaum noch Spielräume.	
Auf die existenzielle Verunsicherung und Bedürfnisse immer größerer Schichten von Betroffenen in der Bevölkerung geht die Sozialdemokratie nicht mehr ein.	15
Folglich nehmen diese Gruppen nicht mehr an Wahlen teil oder entziehen den Sozialdemokraten ihre Stimmen. So geschehen bei der Bundestagswahl 2002, den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen und den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein	
Es handelt sich um eine „... Entfremdung zwischen der SPD und dem zahlenstarken und breit gefächertem Wählerspektrum, das von der Sozialdemokratie in erster Linie eine auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ausgerichtete Politik erwartet ...“ (Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg zu den jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, aus FR 7.2.2002).	20
Für die weiteren Wahlen in 2004 und später ist zu befürchten, dass dieser Trend anhält und die SPD weitere Stimmen verlieren wird.	25
Damit geben große Wählergruppen zu erkennen, dass die Sozialdemokratie nicht mehr ihre Interessen vertritt. Diese Tendenz kann nur aufgehalten werden, wenn die Sozialdemokratie die Politikveränderungen der vergangenen Jahrzehnte nach und nach wieder rückgängig macht.	
Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik müssen zu einer stringenten Beschäftigungspolitik verzahnt werden, um die Arbeitslosigkeit mit ihren Auswirkungen wirksam bekämpfen zu können.	30
Die Politik muss wieder die öffentlichen Angelegenheiten regeln. Politische Alternativen müssen wieder diskutiert werden. Politik muss wieder Streit um bessere Ideen werden.	
Diese Politik hat zu erfolgen auf den Ebenen	
– kommunal: durch Orientierung an einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die besonders sozialen Interessen der BürgerInnen entspricht	35
– national: durch „neue inhaltliche“ Politik für mehr Beschäftigung und Beibehaltung des Sozialstaats (siehe weitere Anträge des OV-Castrop-Rauxel Altstadt zu verschiedenen Sozialbereichen)	
– EU-weit: durch Gewinnung der Partner für eine neue Rolle der Politik und gemeinsame Politiken für Arbeit und Soziales	40
– Internationale Organisationen: durch Gewinnung von Unterstützern für ein neues für ein staatlich-garantiertes Verständnis von Freiheit, sozialer Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.	45
 Antrag A 3	
 Ortsverein Greifenstein (Bezirk Hessen-Süd)	50
 Rückbesinnung der SPD als Arbeitnehmerpartei	
1. Der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der SPD werden aufgefordert, unverzüglich in allen Politikfeldern die Interessen von Arbeitnehmern, Rentnern und sozial Schwachen wieder in den Mittelpunkt ihrer Beratungen und Entscheidungen zu stellen.	55
2. Das Hauptziel der SPD muss bleiben, ausreichende soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen und eine gute Lebensqualität der genannten Personengruppen zu sichern.	
3. Damit ist dem drastischen Wähler- und Mitgliederverlust entgegenzuwirken.	60
	65

Antrag A 4

**Ortsverein Greifwald-Nordost
(LV Mecklenburg-Vorpommern)**

Für Erneuerung und soziale Gerechtigkeit

Die SPD ist unter der Losung: „Für Erneuerung und soziale Gerechtigkeit“ angetreten, die Politik in Deutschland zu gestalten. Die Agenda 2010, entwickelt als Regierungsprogramm vom Bundeskanzler Gerhard Schröder, wird diesem Anspruch nicht gerecht. Die Agenda 2010 ist keine Erneuerung und auch keine Reform, sondern sie stellt eine unausgewogene und einseitige Kürzung der Sozialleistungen dar.

Unbestritten ist die Erfordernis, die Sozialsysteme und andere Bereiche des Sozialstaates prinzipiell neu zu strukturieren. Wir schlagen deshalb vor:

1. Die Agenda 2010 abzulehnen
2. Ein Konzept zur Reform der Sozialsysteme von der Partei in Übereinstimmung mit dem Grundsatzprogramm der SPD unter Einbeziehung der Parteibasis und der Gewerkschaft bis Mitte Oktober 2003 zu erarbeiten und zur Beschlussfassung den Parteigremien vorzulegen.

Antrag A 5

**Unterbezirk Landkreis Harburg
(Bezirk Hannover)**

Agenda 2010

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, in die Agenda 2010 im Gesetzgebungsverfahren die notwendigen Konkretisierungen und Erweiterungen einzuarbeiten.

Die Anregungen im Papier der parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion geben hier wichtige Hinweise, sowohl zur Revitalisierung wirtschaftlicher Dynamik als auch zur Gewährleistung der sozialen Balance bei dem unstrittigen Umbau der sozialen Sicherungssysteme.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, den über die Agenda 2010 hinausgehenden Reformbedarf durch intensive programmatische Debatte seitens der Partei zu organisieren.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, für die Klärung der programmatischen Ausrichtung der SPD die Ansätze der Ende 2001 unterbrochenen Programmdebatte umgehend wieder aufzunehmen und mit den aktuellen Diskussionen um die Reformausrichtung zu verbinden.

Der Parteivorstand wird aufgefordert, dafür unverzüglich ein Arbeits- und Kommunikationskonzept vorzulegen.

Antrag A 6

**Unterbezirk Bochum
(Landesverband NRW)**

Sozial gerechte Kostendämpfung

Die SPD distanziert sich von den unsozialen Ankündigungen in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 14. März 2003. Sie fordert den Kanzler und die Bundesregierung auf in einen Dialog auch mit den Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen zu treten, um gemeinsam nach Möglichkeiten einer sozialgerechten Kostendämpfung zu suchen.

Anträge	Notizen
Antrag A 7	1
Kreisverband Hamburg-Mitte (LO Hamburg)	5
Mitgliederentscheid für „Agenda 2010“ durchführen	10
Der Bundesparteitag fordert den Parteivorstand der SPD auf, nach § 39a Abs. 4 b einen Mitgliederentscheid für die „Agenda 2010“ durchzuführen. Der Mitgliederentscheid für das Reformvorhaben „Agenda 2010“ soll dann durchgeführt werden, wenn die Initiatoren des Mitgliederbegehrens nach dem Bundesparteitag am 1. Juni 2003 das Mitgliederbegehren nicht unverzüglich zurückzieht. Die Mitglieder der SPD sollen dann schnellstens, d.h. noch vor der Sommerpause, per Briefwahl darüber entscheiden, ob das Reformvorhaben „Agenda 2010“ der Bundesregierung in der vom Bundesparteitag beschlossenen Fassung die mehrheitliche Zustimmung der gesamten Partei findet.	15
Antrag A 8	20
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	25
Unterbezirk Ennepe-Ruhr (LV Nordrhein-Westfalen)	30
Gleichstellung verwirklichen	35
1. Im Kapitel „Unser Auftrag“ nach „die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern,“ einfügen: <i>die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklichen,</i>	30
2. Neues Kapitel nach dem Kapitel „4. Zukunftssicherung der Sozialen Sicherungssysteme“ einfügen	35
5. GLEICHSTELLUNG VERWIRKLICHEN	35
Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind dem Ziel einer geschlechtergerechten Demokratie verpflichtet. Nur eine solche Politik ermöglicht die Modernisierung unserer Gesellschaft und gibt ausgewogene und gerechte Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.	40
Chancengleichheit im Erwerbsleben als Modernisierungs- und Beschäftigungsimpuls	45
Die notwendige Reform des Arbeitsmarkts nutzen wir, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Erwerbslebens voranzutreiben. Dies entspricht nicht nur den Wünschen der allermeisten Frauen, sondern wird auch zur Bewältigung der Arbeitsmarktkrise und der Folgen des demographischen Wandels sowie zur Lösung der Probleme unserer sozialen Sicherungssysteme beitragen.	50
Zur Verwirklichung der Chancengleichheit im Erwerbsleben verpflichtet uns auch die Europäische Union. Mit der Umsetzung der entsprechenden Richtlinien werden wir adäquate Rahmenbedingungen schaffen und diese mit flexiblen, unbürokratischen und effektiven gesetzlichen Regelungen zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft verbinden.	55
<i>Mit dem Ausbau von Ganztagschulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder bis zu drei Jahren nehmen wir die entscheidende Weichenstellung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor: Die Folge werden eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und eine Ankurbelung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor sein.</i>	60
<i>Die Umgestaltung des Arbeitsmarktes bietet die Gelegenheit, das Prinzip des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit zu verwirklichen. Hierzu sind u.a. die Neugestaltung des Bundesangestelltentarifs und die Überarbeitung der Steuerklasse V geeignete Maßnahmen.</i>	65
Sozialsysteme geschlechtergerecht modernisieren	60
Wir werden die Reform der sozialen Sicherungssysteme geschlechtergerecht gestalten. Wir nutzen sie als Chance, Anreize für die Erwerbstätigkeit von Frauen zu schaffen und Beschäftigungshemmnisse für Frauen abzubauen. Bei der notwendigen Veränderung der Leistungskataloge der Sozialsysteme werden wir eine überproportionale Belastung von Frauen verhindern.	65
3. Im Kapitel „Für ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Deutschland“ nach „Unser Ziel ist, die Generationengerechtigkeit dauerhaft zu gewährleisten. Dazu wollen wir die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sichern“ einfügen: Unser Ziel ist, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Frauen und Männer in allen Lebensbereichen die gleichen Chancen haben.	65

B

Anträge zum Kapitel
„Herausforderung und Chancen
zu Beginn des 21. Jahrhunderts“

C

Anträge zum Kapitel
„Unser Weg in die Zukunft:
Agenda 2010“

Anträge	Notizen
Antrag C 1	1
<i>Ortsverein Burgtor (Lübeck) (LV Schleswig-Holstein)</i>	
Änderungsantrag zum Leitantrag	5
Im Kapitel „Unser Weg in die Zukunft“, 7. Absatz, soll hinter dem Satz „Genau das wird aber nur gelingen ... selbst unzureichend empfinden.“ eingefügt werden :	10
Alle gesellschaftlichen Schichten müssen entsprechend Ihrer Leistungsfähigkeit und Ihres Vermögens an der Gesundung der Gesellschaft beteiligt werden.	
Antrag C 2	15
<i>Ortsverein Unna-Massen (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	
Unser Land auf der Basis sozialdemokratischer Grundwerte zukunftsfähig gestalten	20
Wir unterstützen die Forderungen nach einem wirtschaftlich starken und sozial gerechten Deutschland. Hierzu sind grundlegende Reformen nötig und kein Herumdoktern an Symptomen. Weitsichtiges Handeln ist gefragt und kein kurzfristiger Aktionismus!	25
Damit dies gelingt, werden Bundesregierung und Bundestagsfraktion aufgefordert, alle zu beschließenden Maßnahmen zunächst den folgenden Prüfungen zu unterziehen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Welche Ziele können tatsächlich mit der Maßnahme erreicht werden? (Konkrete Darlegung, keine unverbindlichen Floskeln) • Welche Nachteile sind mit der Maßnahme verbunden? • Stehen die zu erzielenden Vorteile in einer vertretbaren Relation zu den damit verbundenen Nachteilen? • Gibt es sinnvolle Alternativen? • Gibt es bei den Maßnahmen eine Gleichbehandlung oder werden Privilegien gefestigt bzw. neu geschaffen? (Wenn Leistungen für Arbeitnehmer gekürzt oder gestrichen werden, wie sieht es dann bei Regierungsmitgliedern, Abgeordneten, Beamten etc. aus?) • Sind die Maßnahmen sozial gerecht und stärken unsere Wirtschaftskraft? 	30
	35
	40
Antrag C 3	
<i>Ortsverein Quadrath-Ichendorf (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	45
Tarifautonomie	
Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen und ihrer Gewerkschaften stärken und ausbauen. Hände weg von der bestehenden Tarifautonomie!	50
Die Angriffe auf die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen und ihrer Gewerkschaften sowie auf die Tarifautonomie und die Flächentarifverträge sind haltlos und gefährden nachhaltig den Wirtschaftsstandort Deutschland.	
Demokratie endet nicht am Werkstor. Mitbestimmung ist Bürgerrecht.	
„Mehr Demokratie wagen“, dieser Leitsatz von Willy Brandt gilt und galt für Sozialdemokraten immer auch für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen und ihrer Gewerkschaften bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen am Arbeitsplatz, im Betrieb und in allen Großunternehmen. Wirtschaftsdemokratie erfordert gleichberechtigte Beteiligung und qualifizierte Mitbestimmung. Die SPD wird auf der Grundlage ihres Grund- satzprogrammes von 1989 die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen und ihrer Gewerkschaften stärken und ausbauen.	55
Das gilt ausdrücklich auch für die Tarifautonomie. Wirtschaftsdemokratie ist ohne Tarifautonomie nicht vor- stellbar. Das Gleichgewicht zwischen den Tarifvertragsparteien muss sichergestellt bleiben. Gesetzlich verord- nete Öffnungsklauseln sind ein Irrweg und schwächen die Arbeitnehmer/innen und ihre Gewerkschaften. Star- ke Gewerkschaften sind für die SPD ein unverzichtbarer Teil des Wirtschaftslebens in Deutschland und Euro- pa.	60
	65

D

Anträge zum Kapitel
„Arbeit und Wachstum“

1 **Antrag D 1***Landesverband Nordrhein-Westfalen*5 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Kapitel 1. Arbeit und Wachstum
Abschnitt „Investitionen anregen“
Absatz 3 ersetzen durch

10 Die Investitionskraft der Kommunen wollen wir durch eine modernisierte Gewerbesteuer spürbar ausweiten. Ziel der Reform ist die Stärkung der kommunalen Finanzkraft und die Verstetigung der Steuereinnahmen. Es ist nicht zuletzt auch eine Frage der Steuergerechtigkeit, den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern und die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Wir erwarten die Umsetzung konkreter Reformvorschläge bereits zum
15 1. Januar 2004. Die Abschaffung der Gewerbesteuer und ihren Ersatz durch Beteiligung an anderen Steuereinnahmen lehnen wir ab. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige können vor allem strukturschwache Regionen mit zusätzlichen Entlastungen rechnen.

20 **Antrag D 2***Abteilung 10, Kreuzberg
(LV Berlin)*25 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Im Kapitel Arbeit und Wachstum, Investitionen anregen
Laufender Text ... „geht es um die Reform der Gewerbesteuer“

30 **Einfügen:**
, aber auch um eine verbesserte Form institutionalisierter Mitwirkungsrechte der Kommunen z.B. nach dem Vorbild der österreichischen Beteiligungsregelungen sowie um eine grundgesetzlich verankerte Konnexitätsregelung.

35 Weiter im Text
„Wichtigstes Ziel ist die ...“

40 **Einfügen:**
... konjunkturunabhängige...

Weiter im Text
„Verstetigung der kommunalen Steuereinnahmen. Dadurch ... Investitionsfähigkeit der Kommunen verbessert werden.“

45 **Einfügen:**
Eine weitere Verbesserung der notwendigen Investitionsfähigkeit der Kommunen wird durch ein dem Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) von 1978 nachempfundenenes fiskalisch gesichertes öffentliches Investitionsprogramm erfolgen.

50 **Weiter einfügen:**
Überlegungen, Länder und Kommunen für Überschreitungen der Maastricht-Kriterien zur Rechenschaft zu ziehen, erteilen wir eine deutliche Absage.

55

Antrag D 3*Distrikt Mühlenkamp
(LO Hamburg)*60 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Zu:
65 1. ARBEIT UND WACHSTUM/Abschnitt „Investitionen anregen“
dritter Absatz, dritter Satz
Ergänzung des Satzes um die Wörter:
„auf dem Niveau des Jahres 2002“

Anträge	Notizen
Antrag D 4	1
<i>Distrikt Mühlenkamp (LO Hamburg)</i>	
Änderungsantrag zum Leitantrag	5
Zu: 1. ARBEIT UND WACHSTUM/Abschnitt „Investitionen anregen“ Streichung des vierten Absatzes	10
Antrag D 5	15
<i>Distrikt Mühlenkamp (LO Hamburg)</i>	
Änderungsantrag zum Leitantrag	20
Zu: 1. ARBEIT UND WACHSTUM/Abschnitt „Steuern senken“ Ergänzung um folgende Sätze: Es kann allerdings nicht hingenommen werden, dass die Unternehmen, insbesondere die großen Kapitalgesellschaften, keinen nennenswerten steuerlichen Beitrag zum Gemeinwesen leisten.	25
Antrag D 6	30
<i>Distrikt Mühlenkamp (LO Hamburg)</i>	
Änderungsantrag zum Leitantrag	35
Zu: 1. ARBEIT UND WACHSTUM/Abschnitt „Investitionen anregen“ dritter Absatz, zweiter Satz Streichung des Wortes „Reform“ und Ersetzung durch „Modernisierung“	40
Antrag D 7	45
<i>OV Düsseldorf-Hennekamp (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	
Für eine gerechte Lastenverteilung bei den anstehenden Reformen	50
Der Parteitag begrüßt den Willen der SPD zu Reformen für mehr Beschäftigung und erkennt an, dass hierzu auch schmerzhafte Maßnahmen erforderlich sein werden. Dabei weist die Agenda 2010 in die richtige Richtung.	50
Allerdings sind wir der Auffassung, dass hierbei für eine gerechtere Lastenverteilung im sozialdemokratischen Sinne gesorgt werden muss. Die in der Agenda 2010 vorgesehenen Maßnahmen sollen unter anderen dem Ziel dienen, die Lohnnebenkosten zu senken und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen. Mit diesem Ziel stimmen wir überein; nicht jedoch mit den bisherigen Plänen, dass die Lasten der Reform weitestgehend von den Arbeitnehmern und Arbeitslosen geschultert werden sollen. Sie sind durchaus bereit, ihren Teil der Belastungen zu tragen. Eine sozialdemokratische Politik muss jedoch dafür sorgen, dass breite Schultern mehr Lasten tragen, damit es zu einer solidarischen Gemeinschaftsanstrengung kommt. Dementsprechend fordern wir, dass die höhere Belastungsfähigkeit von Besitzern hoher Vermögen und Beziehern hoher Einkommen bei den Reformen für Arbeitsmarkt und Sozialsystemen deutlicher berücksichtigt werden.	55
Das von Arbeitnehmern und Erwerbslosen verlangte Prinzip „Fördern und Fordern“ muss auch für Arbeitsgeber gelten. Dies gehört zum sozialen Kern unserer Partei.	60
Darüber hinaus erfordert die innerparteiliche Demokratie der SPD, dass einschneidende Reformen wie die anstehenden, breiter und offener in der Partei diskutiert werden können, als dies geschehen ist.	65
Wir wollen nicht blockieren, wir wollen mitgestalten. Denn in der momentanen Diskussion gibt es kein Platz für konstruktive Lösungen. Diese sind jedoch in der Basis vorhanden und werden auch durch die Basis akzeptiert.	

1 **Antrag D 8**

*Unterbezirk Steinfurt
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

5 **Reform der Handwerksordnung**

Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, umgehend eine Gesetzesinitiative zur Entbürokratisierung der Wirtschaft und Reform der Handwerksordnung auf den Weg zu bringen. Ziel muss es sein, u.a. die Handwerksordnung in allen Bundesländern einheitlich und großzügig auszulegen.

10 Die SPD im Unterbezirk Steinfurt fordert die Abschaffung des Meisterbriefes als Voraussetzung für die Selbstständigkeit im Handwerk. Gesellen, die über drei Jahre Berufserfahrung verfügen, sollten einen Betrieb gründen dürfen. Ausgenommen davon sollen die so genannten gefahren geneigten Handwerke und die Gesundheitsberufe sein, wie z.B. Elektriker und Zahntechniker.

15 Der „Große Befähigungsnachweis“ (= Meisterbrief) als Qualitätssiegel soll erhalten bleiben. Verbraucherinnen und Verbraucher können dann entscheiden, ob sie ein Produkt oder eine Dienstleistung nach Gesellen- oder einem Meisterbrief kaufen.

20 Das Recht zur Ausbildung sollen Gesellen erhalten, die zwei Jahre erfolgreich einen Betrieb geführt haben und ihre pädagogischen Fähigkeiten nachgewiesen haben. Schon heute sind es in der Regel die Gesellen, die die Ausbildung der Lehrlinge übernehmen, während die Meister sich um die kaufmännische Führung des Betriebes kümmern.

25 **Antrag D 9**

*Abteilungen 9 und 10, Kreuzberg
(LV Berlin)*

30 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Im Kapitel „Mittelstand und Handwerk stärken“, 4.Absatz

Hinter „Darüber hinaus sollen Gesellen ohne Meisterprüfung nach 10 Jahren einen Betrieb übernehmen und führen dürfen“ wird angefügt:

35 Diese Veränderungen stellen im übrigen ebenfalls sinnvolle Regelungen für Migranten in Handwerksberufen dar, deren Möglichkeiten in einem erlernten Gewerk trotz fehlender Meisterprüfung einen Betrieb erfolgreich zu führen, verbessert werden.

40 **Antrag D 10**

*Abteilungen 9 und 10, Kreuzberg
(LV Berlin)*

45 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Im Kapitel „Bildung, Ausbildung und Innovation“, wird im 3. Absatz

nach „Dazu wird der Bund in diesem Jahr ein Sonderprogramm für 100.000 jugendliche Sozialhilfeempfänger ...“ angefügt:

50 ... und ein weiteres Programm für junge Migranten ... auflegen.

55 **Antrag D 11**

*Ortsverein Albersweiler
(LV Rheinland-Pfalz)*

60 **Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie und Handelskammern – Schaffung eines modernen, zukunftsorientierten IHK-Gesetzes**

65 Der SPD-Sonderparteitag fordert die Bundesregierung und alle politischen Mandatsträger in der SPD auf, sich kurzfristig mit der Reform der IHK-Gesetzgebung zu befassen. Wichtige Pfeiler hierfür müssen sein:

- Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft
- Rückbesinnung auf die im Gesetz für die IHKs vorgesehenen Kernpunkte

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> – Verbot unternehmerischer Tätigkeiten für die IHKs – Selbstfinanzierung der Kammern. 	1
<p>Die Industrie und Handelskammern (IHKs) stammen noch aus einer Zeit in der Selbstverwaltung und örtliche Interessensvertretung innerhalb der Kaufmannschaft nicht üblich war. Ihr Recht auf Existenz wird durch ein Gesetz (dieses ist als „vorläufig“ definiert) aus dem Jahre 1956, das die Zwangsmitgliedschaft festschreibt, bestimmt. Die Aufgaben der Kammern sind darin wie folgt beschrieben:</p>	5
<ol style="list-style-type: none"> 1. Vertretung des Gesamtinteresses der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden, 2. Ausstellung von Ursprungszeugnissen und 3. Organisation der beruflichen Ausbildung. 	
<p>Die IHKs sind jedoch nicht nur in diesem definierten Bereich tätig, vielmehr treten Sie noch als Unternehmer im Handels- und Dienstleistungssektor auf und stehen mit Ihren Mitgliedern in klarer Konkurrenz, wobei sie durch die Zwangsmitgliedsbeiträge nicht einmal ein unternehmerisches Risiko tragen müssen. Bundesregierung, Bundesländer und die EU in Brüssel stärken sogar noch diese Position der Kammern, in dem sie ihnen Steuermittel in Form von Zuschüssen (Fördermitteln) für Projekte der Kammern zuleiten, die auch von Unternehmen erfüllt werden können, die Zwangsmitglied dieser Einrichtungen sind. Zu nennen sind hier Bereiche aus dem E-Commerce, der Zertifizierung als Mittel der Qualitätssicherung, Maßnahmen zur Unternehmensgründung und der Finanz- und Rechtsberatung für Unternehmen (diese Auflistung lässt sich natürlich noch erweitern). In diesen Bereichen werden Mitgliedsunternehmen der IHK mit Hilfe ihrer eigenen Geldmittel und zusätzlicher Steuermittel vom Markt gedrängt.</p>	10
<p>Über die Jahre hinweg haben die IHKs Strukturen aufgebaut und Tatsachen geschaffen, die freies unternehmerisches Handeln einschränken und blockieren, nur um eigene Strukturen und Positionen zu festigen. So gelangten die Kammern durch ihre unternehmerischen Tätigkeiten, zusammen mit ihnen zugewiesenen Aufgaben in eine Position, die es ihnen ermöglicht den Zugang zum freien Unternehmertum zu kontrollieren und zu blockieren und andere Wirtschaftsunternehmen so zu unterdrücken, dass sie gar nicht aufkommen können. Chancengleichheit wird hier absolut unterdrückt.</p>	20
<p>Die meisten Unternehmen, die in die Kammermitgliedschaft gezwungen sind, sehen ihre Interessen weit besser in Fachverbänden vertreten, die auch das fachspezifische Wissen haben und auch die tatsächlichen Interessen, der jeweiligen Unternehmensgruppen, auf nichtunternehmerischer Basis vertreten. — Andere Länder (auch die Mehrzahl der EU-Mitgliedsländer) zeigen uns, dass Kammern auch mit freiwilliger Mitgliedschaft funktionieren und die gewünschten Aufgaben erfüllen.</p>	25
<p>Ebenfalls fühlen sich viele kleine und mittelständische Unternehmen (über 90% der Mitgliedsbetriebe der Kammern sind kleine und mittelständische Unternehmen) mit der Zwangsmitgliedschaft in einen „Verband“ gezwängt der gar nicht ihre Interessen vertritt, aber sich nach außen so darstellt, als verträte er die Interessen und Meinungen aller Unternehmen. – So wurden in der Zeit des letzten Bundestagswahlkampfes von den IHKs teilweise politische Stellungnahmen abgegeben, die bestimmte politische Gruppierungen als die einzig mögliche Alternative für die Wirtschaft hervorgehoben haben.</p>	30
<p>In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (1 BvR 1806/98 vom 7.12.1998/ Pressemitteilung Nr. 4/2002 vom 17.1.2002 des BVerfG) wird die Zwangsmitgliedschaft in den IHKs zwar als rechtmäßig erkannt, doch passt diese Zwangsvereinigung nicht mehr in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung, die auch frei von Monopolen sein sollte.</p>	35
<p>Es mag in einigen Bereichen stimmen, dass die IHKs oft vor Ort gute Arbeit leisten, aber es kann nicht der Sinn unserer modernen Politik sein freie Unternehmen und Unternehmer zur Mitgliedschaft in einer Vereinigung zu zwingen, deren Zweck aus vergangenen Jahrhunderten stammt und deren Sinn es nur ist, bestehende Strukturen zu festigen und die Interessen weniger (in der Regel nur der Geschäftsführer der Kammern und deren Lobby) zu festigen. – Der Etat der Kammern liegt bei rd. 1 Milliarde Euro, wovon mehr als die Hälfte auf Personalkosten entfällt.</p>	40
<p>Eine Einflussnahme der Mittelständler auf die Strukturen innerhalb der IHKs ist fast nicht möglich, da die Delegierten für die Kammervollversammlungen in sehr komplizierten Gruppenwahlverfahren nominiert werden. – Das Resultat dieser Delegiertenwahlen ist dann die Bestätigung bestehender Machtstrukturen innerhalb der Kammern.</p>	45
<p>Als Partei, die die kleinen und mittelständischen Unternehmen stark unterstützt, diese in ihrer Existenz zu festigen versucht und deren Neugründungen fördert, muss die SPD dafür sorgen, dass die bestehende Gesetzgebung innerhalb der nächsten Monate geändert wird.</p>	50
	55
<p>Antrag D 12</p>	
<p>Kreisverband Hamburg-Mitte (LO Hamburg)</p>	60
<p>Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden abschaffen!</p>	
<p>Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die Abschaffung von Zwangsmitgliedschaften in Kammern und Verbänden als Beitrag zur Deregulierung und zum Abbau bürokratischer Hürden durchzuführen und die Änderung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen zu initiieren. Die Kammern und Verbände sollen nicht aufgelöst werden, auch sollen ihre Aufgaben nicht vom Staat übernommen werden, sondern ihre Aufgaben sollen im Interesse der Unternehmen auf einem „Markt der Kammern und Verbände“ ausgeschrieben und vergeben werden.</p>	65

1 **Antrag D 13***Bezirk Braunschweig*5 **Die Integrationskraft unserer Kommunen stärken – Städte und Gemeinden als lebendige Orte sozialen Lebens und Lernens**10 **I. Es geht um mehr als um Finanzpolitik.**

Die aktuelle Situation über die teilweise dramatischen Steuerausfälle und die Finanznot der Kommunen sollte nicht vordergründig als Auseinandersetzung auf dem Feld der Steuerpolitik geführt werden. Eine technokratische Diskussion zwischen Finanzministern auf der einen und Kämmerern auf der anderen Seite verstellt den Blick auf die Aufgaben unserer Gemeinden, Städte und Landkreise für unser Zusammenleben und unser Gemeinwesen.

15 Im Kern geht es nicht um eine vordergründige Finanzdebatte, sondern um viel mehr:

Neben der Familie und dem Arbeitsplatz sind Städte und Gemeinden die wohl wichtigste soziale Integrationsinstanz in unserer Gesellschaft. Ob Sport und Kultur, Kindergarten und Schulen, Wohnungs- und Siedlungsstruktur, Beratung und Hilfe für Behinderte, Alte, Jugendliche, Obdachlose, Drogensüchtige, ausländische Mitbürger, Straßenbau und Lärmschutz; Personennahverkehr und Wirtschaftsförderung, Denkmalpflege und Umweltschutz: für all dies sorgen mittelbar bzw. unmittelbar unsere Kommunen.

20 Städte, Gemeinden und Landkreise sind damit der Garant für ein attraktives, lebendiges und solidarisches Zusammenleben der Menschen vor Ort. Sie sind Orte sozialen Lebens und Lernens. Diese soziale Integrationsleistung ist mit dem Art. 28 des Grundgesetzes als kommunale Selbstverwaltung entstanden, und dies gehört zu den echten Erfolgsgeschichten der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist es nicht der Erfolg der hauptamtlichen Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern, sondern der Erfolg der ehrenamtlichen Rats- und Kreistagsmitglieder und ihrer Bürgermeister und Landräte. Dies macht übrigens den Kern der von vielen apostrophierten Zivilgesellschaft aus.

30 Gerade in einer Zeit, in der sich alles unglaublich schnell zu ändern scheint und in der Schlagworte wie Globalisierung und Digitalisierung eher Ängste als Hoffnungen wecken, schaffen unsere Kommunen damit auch Räume von Sicherheit und Wärme. Die öffentlichen Angebote und Einrichtungen führen Menschen in unserem Land zusammen und schaffen soliden Grund unter den Füßen. Dabei entsteht auch Heimat oder mindestens ein Gefühl davon. Und das ist weit mehr als der von Volkswirten abstrakt formulierte Wirtschaftsstandort. Nein, unsere Städte, Gemeinden und Landkreise sind Lebensstandorte, sie stärken die Kohäsionskräfte in einer Zeit, in der die Zentrifugalkräfte uns immer mehr auseinander treiben.

35 Und all dies, was vor Ort für die Menschen getan wird, gehört rechtlich zu den so genannten „freiwilligen Leistungen“ der kommunalen Selbstverwaltung. Für das Leben in den Städten, Gemeinden und Landkreisen sind es aber eigentlich soziale und politische Pflichten. Sie müssen indes aus dem eigenen Finanzaufkommen der Kommunen finanziert werden und sind deshalb in der aktuellen dramatischen Finanzkrise in Gefahr. Denn diese „freiwilligen Leistungen“, diese elementaren sozialen Integrationsleistungen unserer Kommunen, sind nicht marktfähig. Wer sie privatisieren will, entscheidet sich letztlich für die Streichung, denn auch dort, wo private oder freie Träger kommunale Angebote und Aufgaben übernehmen, bedürfen sie immer erheblicher Zuschüsse durch die öffentliche Hand.

40 Letztlich geht es um die Frage, ob wir in Deutschland „privatisierte“ Städte, Gemeinden und Landkreise wollen, wie z. B. in den USA oder in großen Teilen in Großbritanniens, die nur noch die absolut überlebensnotwendigen „Herz-Kreislauf-Funktionen“ wie Stromversorgung, Wasser- und Abwasserversorgung bereit stellen, oder ob auch die hochdifferenzierten feinen Verästelungen der kommunalen Versorgung, sozusagen das „vegetative Nervensystem“, also das soziale und kulturelle Zusammenleben wieder funktionieren soll. Es geht um die Entscheidung: Wollen wir vielfältige vitale oder verarmte privatisierte Kommunen?

50 Nicht nur für Sozialdemokraten ist die Antwort klar! Wir wissen, dass nur sehr reiche Menschen auch bequem in armen Städten leben können. Es geht also um eine hoch politische Debatte. Es geht um den Erhalt von Städten, Gemeinden und Landkreisen als Orte sozialen Lebens und Lernens. Es geht um Lebenschancen und um Antworten auf die Frage, was uns in unserer Gesellschaft zusammenführt, zusammenhält und wie wir unser solidarisches Zusammenleben auch in Zukunft sichern können.

55

II. Die Grundlagen der Kommunalpolitik neu sichern.

Auch wenn derzeit sehr viele steuerliche Faktoren ungünstig zusammentreffen und die kommunale Finanzsituation zusätzlich dramatisch verschlechtern: Konjunkturkrisen hat es in der Vergangenheit immer gegeben. Und bisher haben die Städte und Gemeinden diese konjunkturbedingten Steuerausfälle immer überwinden können. Sie würden es auch diesmal schaffen, wenn sie ihre Leistungsfähigkeit nicht längst anderweitig, nämlich strukturell verloren hätten.

60 Das Kernproblem für die Finanzausstattung der Kommunen ist die seit Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit und ihre gravierenden Folgen für die Kommunen als Sozialhilfeträger. Die Sozialhilfelasten für die Kommunen haben sich in den letzten 25 Jahren mehr als verfünffacht (1975: 7 Mrd. DM; 2000: 41 Mrd. DM). Im gleichen Zeitraum haben sich die Einnahmen der Städte, Gemeinden und Landkreise lediglich verdreifacht. Was einmal als Einzelfallhilfe für in Not geratene Bürgerinnen und Bürger im Sozialhilferecht gedacht war und daher ausschließlich als Solidarakt der örtlichen Gemeinschaft durch das kommunale Steueraufkommen

Anträge	Notizen
<p>finanziert werden sollte, ist längst zur allgemeinen Lohnersatzleistung geworden. Hinzu kommt: auch die Dauer des durchschnittlichen Sozialhilfebezuges hat in den letzten Jahren dramatisch zugenommen (1998: 26,8 Monate, 2001: 32,7 Monate). Diese Entwicklung ist es, die unsere Kommunen strukturell überfordert. Etwa ein Drittel der Sozialhilfeempfänger stehen dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung. Dementsprechend müsste etwa ein Drittel der Sozialhilfekosten durch die Bundesanstalt oder den Bund übernommen werden. Das wären derzeit mindestens 5 Mrd. Euro bundesweit.</p>	1
<p>Hier muss eine Lösung der Finanzprobleme zuerst in Angriff genommen werden:</p>	
<p>1. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einem Arbeitslosengeld II muss alle prinzipiell arbeitsfähigen Personen umfassen und darf nicht zu einer Ausgrenzung aufgrund schwerer Vermittelbarkeit aus dem Aufgabenbereich der Arbeitsverwaltung zu Lasten der Kommunen führen.</p>	5
<p>2. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Arbeitslosengeld II) sind die Kommunen vollständig von den Kosten der Sozialhilfe zu entlasten.</p>	10
<p>3. Im Rahmen dieser Entlastung dürfen durch Bundes- und Landesgesetze keine neuen Aufgaben auf die Kommunen überwältigt werden (z.B. die Schaffung von Kinderkrippenplätzen). Die SPD fordert deshalb die verfassungsrechtliche Verankerung des sogenannten „Konnexitätsprinzips“: Wer eine Aufgabe rechtlich vorschreibt, muss auch für ihre Finanzierung sorgen.</p>	15
<p>4. Parallel dazu muss es auch zu einer Reformierung der Besteuerung von Betrieben kommen. Anzustreben ist die steuerliche Gleichbehandlung von Freiberuflern, Gewerbe- sowie land- und forstwirtschaftlichen Betrieben bei den Gewinnermittlungsvorschriften und bei der Gewerbesteuer, denn es ist schwer zu erklären, warum ein kleiner Handwerksmeister mit einem niedrigen Betriebsergebnis durchaus bilanzierungs- und gewerbesteuerpflichtig ist, ein Freiberufler trotz eines höheren Betriebsergebnisses aber generell nicht. Es ist auch nicht einzusehen, warum jeder kleine Gewerbebetrieb seinen tatsächlichen Gewinn zu ermitteln hat, aber ein Teil der Land- und Forstwirte nicht. Hier gibt es eine Fülle von Widersprüchen und Ungeheimheiten im Steuerrecht, deren Klärung aus Gründen der Steuergerechtigkeit, der Steuervereinfachung und des Subventionsabbaus (u.a. § 13 a Einkommensteuergesetz) so schnell wie möglich auf die politische Agenda gehört.</p>	20
<p>Antrag D 14</p>	30
<p>Unterbezirk Hannover-Stadt (Bezirk Hannover)</p>	
<p>Änderungsantrag zum Leitantrag</p>	35
<p>a. Kapitel „Investitionen anregen“, Absatz 3 („Eine nachhaltige Stärkung ... rechnen können“) wird gestrichen.</p>	
<p>b. Neu eingefügt als Abschnitt 5. wird folgender Text:</p>	40
<p>5. Kommunale Leistungsfähigkeit wiederherstellen</p>	
<p>Die Gemeindefinanzreform gehört zu den zentralen Reformvorhaben mit Schlüsselwirkung für die gesamte politische Perspektive der SPD. Die kommunalen Finanzen haben sich in den vergangenen Jahren erheblich verschlechtert. Die Ursachen dafür liegen vor allem in drastischen Einnahmerückgängen bei der Gewerbesteuer – insbesondere bei Großunternehmen – und in anhaltend hohen Sozialkosten.</p>	45
<p>Die Folgen dieser Entwicklung sind gravierend: Viele Städte und Gemeinden müssen Einrichtungen schließen, die für den sozialen Zusammenhalt unentbehrlich sind. Die Investitionen der Kommunen, die mehr als 2/3 aller öffentlichen Investitionen umfassen, müssen drastisch zurückgefahren werden. Diese Entwicklung gefährdet auf Dauer unser Gemeinwesen insgesamt: Ohne Städte ist kein Staat zu machen.</p>	
<p>Wir werden an dieser Stelle energisch entgegensteuern und noch im Jahr 2003 eine Gemeindefinanzreform durchsetzen:</p>	50
<p>Auf der Einnahmeseite geht es um die Reform der Gewerbesteuer. Dabei wollen wir vor allem eine Verstärkung der Einnahmen. Deswegen unterstützen wir die Forderungen der Kommunen, den Kreis der Steuerpflichtigen zu erweitern und die Bemessungsgrundlage um gewinnunabhängige Elemente zu erweitern. Gleichzeitig werden wir die Steuermaßzahlen senken, so daß heute belastete Unternehmen unter dem Strich in der Regel entlastet werden. Das Aufkommen aus der Gewerbesteuer soll sich an den Einnahmen vor den Einbrüchen der Jahre 2000ff orientieren.</p>	55
<p>Auf der Ausgabe Seite rechnen wir mit erheblichen Entlastungen für die Kommunen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige unter staatlicher Finanzverantwortung. Damit helfen wir vor allem strukturschwachen Regionen</p>	60
<p>Auf diese Weise werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen sichern und die Grundlagen für eine erfolgreiche politische Arbeit vor Ort gewährleisten.</p>	
	65

Antrag D 15

KV Karlsruhe-Land
(LV Baden-Württemberg)

Durch eine mutige Gemeindefinanzreform die Kommunen stärken

Ein zukunftsfähiges Gemeindefinanzsystem muss für die Kommunen stetige und verlässliche Einnahmen schaffen.

Unsere Kommunen sind für uns mehr als bloße Verwaltungseinheiten. Sie sind die Ebene des Staates, in der vor allen anderen soziale und gesellschaftliche Integration stattfindet und Gemeinschaft entsteht. Deshalb wollen wir die Infrastruktur unserer Gemeinden und Städte ausbauen.

Unser Ziel ist, dass unsere Kommunen ihre Aufgaben so weit wie möglich aus eigenen Einnahmen finanzieren können. Dazu wollen wir, dass die Kommunen ihre Einkünfte selbst gestalten können und zugleich gegenüber der Bürgerschaft auch verantworten.

Neben Gebühren u. ä. besteht eine ausgewogene Kommunalfinanzierung aus drei Steuerquellen:

Kommunale Einkommensteuer

Die bisherigen Zuweisungen aus der Einkommensteuer an die Kommunen wird durch ein Zuschlagsrecht der Kommunen auf die Einkommensteuer in Form eines Hebesatzes ersetzt. Damit kann jede Kommune autonom darüber entscheiden, wie hoch ihr Steueraufkommen aus der Einkommenssteuer ist. Die Bemessungsgrundlage und der Verlauf des Steuertarifs werden bei der Einkommenssteuer weiterhin vom Bund bestimmt. Beim Steuerzahler wird die Einkommenssteuer für Bund, Land und Kommune weiterhin durch das Finanzamt gemeinsam erhoben.

Kommunale Unternehmensteuer

Die Gewerbesteuer muss in eine moderne kommunale Unternehmensteuer mit Hebesatzrecht übergeführt werden, langfristig streben wir eine Cash-Flow-Steuer als Ersatz für die Gewerbesteuer an. Dies wird die tatsächliche Wertschöpfung aller Unternehmen gerecht besteuern. Hierzu wollen wir in einem ersten Schritt bei der Gewerbesteuer die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Absenkung des Steuersatzes. Damit wird die Steuerbasis stabiler und die Belastung gerechter verteilt. Konkret heißt dies:

- Einbeziehung von Forst- und Landwirten und Freiberuflern,
- Stärkung des Betriebsstättenprinzips durch Abschaffung von Verrechnungsmöglichkeiten wie der gewerbesteuerlichen Organschaft,
- Besteuerung der Wertschöpfung in Form einer Cash-Flow-Steuer: durch ihre breite Bemessungsgrundlage ermöglicht sie niedrigere Steuersätze. Zugleich belastet sie weder den Faktor Arbeit noch den Faktor Kapital einseitig und verschont die Unternehmenssubstanz.

Mit dieser Unternehmensbesteuerung stärken wir die Unternehmen, die Arbeitsplätze bieten und aufbauen. Wir wollen den kommunalen Finanzausgleich vereinfachen und Anreize für die Kommunen schaffen, beschäftigungsintensive Betriebe anzusiedeln und zu fördern.

Kommunale Bodensteuer

Die Grundsteuer ist die dritte Säule der autonomen Kommunalfinzen. Sie muss in zwei Punkten reformiert werden:

- Abschaffung der Grundsteuer A (Land- und Forstwirte werden von der kommunalen Unternehmensteuer erfasst),
- Eine aufkommensneutrale Annäherung der Grundstückswerte an die Verkehrswerte, um eine realistische Besteuerung zu erreichen.

Konnexitätsprinzip verankern und absichern: Wer bestellt, bezahlt!

Auf Bundesebene muss das Konnexitätsprinzip verankert werden: Wenn der Bund neue Aufgaben für Länder oder Kommunen schafft, so muss die Finanzierung geregelt sein. Da das Konnexitätsprinzip im Verhältnis Land – Kommunen in Baden-Württemberg und in anderen Bundesländern zwar schon verankert ist, aber zu oft wirkungslos bleibt, ist eine verfahrensmäßige Absicherung in Gestalt eines Konsultationsmechanismus erforderlich: Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, sich wechselseitig über finanzwirksame Gesetzesvorhaben zu unterrichten. Wird dabei eine Einigung über die Kostentragung erzielt, so ist diese maßgebend. Kommt es zu keiner Einigung, so muss diejenige Ebene, die das Gesetz beschließt, auch die Kosten tragen.

Anträge	Notizen
Antrag D 16	1
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	5
Investitionsförderprogramm für die Kommunen	10
Die Bundesrepublik legt eine Investitionsförderprogramm für die Kommunen auf. Dabei werden verschuldete Kommunen in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt. Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit und Erlaubnis der Kommunalaufsicht zur Gegenfinanzierung sind bis zu 100 % der Maßnahmen durch den Bund zu finanzieren.	10
Antrag D 17	15
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	20
hinterzogene Steuerschuld	25
Die Bundesrepublik führt für sog. Schwarzgelder höhere Strafen ein. Eine Amnestie ist zur Erhaltung des allgemeinen Vertrauens in den Rechtsstaat abzulehnen. Keine Strafe darf unter 2 Jahren Gefängnis ab einer hinterzogenen Steuerschuld von 100.000 Euro sein. Für eine Übergangsfrist von maximal 6 Monaten kann eine Strafe in Höhe der Steuerschuld verhängt werden. Eine Zinsabgeltungssteuer, die für weite Kreise der Vermögenden zudem eine Senkung ihrer Steuerschuld durch die Hintertür bedeutet (pauschal 25 % anstelle des jeweiligen Einkommenssteuersatzes) wird als nicht in die finanzielle Lage der Bundesrepublik passend verworfen. Die Mehreinnahmen werden in ein Investitionsförderprogramm investiert.	25
Antrag D 18	30
<i>OV Castrop-Rauxel-Altstadt (Landesverband NRW)</i>	35
Öffentliches Investitionsprogramm	40
Zur Abwendung einer weiteren Konjunkturverschlechterung, dem Abbau von Arbeitslosigkeit und von infrastrukturellen Defiziten ist ein mehrjähriges öffentliches Investitionsprogramm erforderlich. Dies soll zunächst über eine öffentliche Höherverschuldung (Abkehr von den europäischen Stabilitätskriterien), später aber über höhere und neue Steuern finanziert werden. Mit der Steuerfinanzierung wird auch eine Kehrtwendung der Steuerpolitik eingeleitet, um die einseitige Begünstigung der Wohlhabenden aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu mindern. Durch die Steuerzahlung dieser Gruppen wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht geschwächt.	40
Die Kommunen sollen wesentliche Teile des Programms zur Entwicklung der Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge ausgeben.	45
Ausgabenschwerpunkte des Investitionsprogramms	50
Aufbau Ost zur Modernisierung und zum weiteren Ausbau der Infrastruktur in Ostdeutschland	€ 20 Mrd.
Investitionsprogramm Bildung	€ 15 Mrd.
Ökologisches Umbauprogramm	€ 40 Mrd.
davon: Bahninfrastruktur (nicht Metrorapid)	
Öffentlicher Personen Nahverkehr (ÖPNV)	55
Energieeinsparung bei Gebäuden	
Wasserver- und -entsorgung.	
Die Steuereinnahmen	60
Erhebung der Vermögenssteuer	€ 14 Mrd.
Erhöhung der Erbschaftssteuer	€ 4 Mrd.
Erhebung einer erhöhten Umsatzsteuer auf Luxusgüter	€ 5 Mrd.
Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer	€ 9 Mrd.
Spekulationssteuer	€ 17 Mrd.
Abschaffung des Ehegattensplittings	€ 22 Mrd.
Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität	ca. € 30 Mrd.
Korrektur der Unternehmensbesteuerung	weitere Mrd. €.

Antrag D 19

*UB Frankfurt (Oder)
(LV Brandenburg)*

Aktivitäten für eine bessere Gemeindefinanzierung

Es ist so schnell wie möglich eine Gemeindefinanzreform in die Wege zu leiten, die den Städten, Landkreisen und Gemeinden eine ergiebige und stabile Finanzbasis sichert. Dazu stellen wir die folgenden Forderungen:

- kurzfristig zusätzliche Finanzhilfen des Bundes für kommunale Investitionen,
- Rückgängigmachung der Senkung der Gewerbesteuermulde der Gemeinden zugunsten des Bundes und der Länder von 30 auf 20 Prozent,
- die Zurücknahme der Gewerbesteuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen,
- eine grundlegende Reform der Gemeindesteuereinnahmen, die u.a. dazu führt, dass die Maßgaben des Grundgesetzes (Art. 106 a und b) berücksichtigt werden,
- den Abbau von Ausnahmen und Vergünstigungen und die Erweiterung der Steuerbasis, um zu erreichen, dass alle in der Kommune wirtschaftenden Unternehmen und Selbständigen Gewerbesteuern zahlen,
- keine Kürzung der Zuweisung des Landes an die Kommunen,
- die Wiedereinführung der Steuer auf hohe Vermögen und die Erhöhung des Aufkommens aus der Erbschaftsteuer, die Überprüfung von kostentreibenden technischen Normen und Standards.

Antrag D 20

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)*

Sicherung der Finanzausstattung der Gemeinden und Gemeindeverbände

Der Bundesparteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, die Gemeindefinanzreform umgehend voranzutreiben mit dem Ziel, durch die Schaffung verlässlicher Einnahmen für die Gemeinden und Gemeindeverbände die wichtige Arbeit der Kommunen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern.

Antrag D 21

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)*

Steuergerechtigkeit – Handlungsfähigkeit der Kommunen

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert aufgrund der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage in Deutschland und aus Gründen der sich verschlechternden sozialen Gerechtigkeit eine höhere Beteiligung der Wohlhabenden an den staatlichen Aufgaben von Bund, Ländern und Gemeinden gesetzlich umzusetzen, um wirksame Impulse für die Öffentlichen Haushalte zu erreichen. Dazu gehören u.a. folgende Maßnahmen:

1. Keine Reduzierung des Spitzensteuersatzes in 2004,
2. Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
3. Anhebung der Erbschaftsteuer,
4. Wegnahme der Befreiung der Kapitalgesellschaften von der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen,
5. Bemühung um die Einführung einer internationalen Devisenumsatzsteuer (nach Tobin) auf der Ebene der Europäischen Union.

Antrag D 22

*Unterbezirk Frankfurt am Main
(Bezirk Hessen-Süd)*

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Der Parteitag fordert die Wiedereinführung der Vermögenssteuer unter Ausschöpfung der von dem Bundesverfassungsgericht vorgesehenen Grenzen.

Anträge	Notizen
Antrag D 23	1
<i>Ortsverein Treysa (Bezirk Hessen-Nord)</i>	5
Wiedereinführung der Vermögenssteuer	
Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, im Zuge der Agenda 2010 die private Vermögenssteuer wieder einzuführen und dabei die Freibeträge höher anzusetzen, als es in der vorangegangenen Diskussion der Fall war.	10
Antrag D 24	15
<i>Ortsverein Salzwedel (LV Sachsen-Anhalt)</i>	20
Vermögenssteuer	25
In den Leitantrag des SPD-Parteivorstandes zum Sonderparteitag wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer aufgenommen.	30
Antrag D 25	35
<i>UB Northeim-Einbeck (Bezirk Hannover)</i>	40
Wiedereinführung der Vermögenssteuer	
Die Abgeltungssteuer ist in keiner Weise ein adäquater Ersatz für die Vermögenssteuer und somit auch kein Grund, Pläne zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer fallenzulassen. Der Parteivorstand wird aufgefordert, entsprechende Initiativen SPD-geführter Landesregierungen solidarisch zu unterstützen statt an ihrer öffentlichen Vernichtung mitzuwirken. Die Abgeltungssteuerpläne der Bundesregierung lehnen wir ab.	45
Antrag D 26	50
<i>Unterbezirk Erlangen (LV Bayern)</i>	55
Vermögenssteuer	60
Die Vermögenssteuer muss wiedereingeführt werden. Dabei soll ein Freibetrag von 250 000 EUR pro Haushalt gelten, sowie das selbstgenutzte Immobilienvermögen ausgenommen sein. Der Steuersatz soll 1% betragen. Ab einem Vermögen von 5 Mio. EUR soll der Satz auf 2 – 3% steigen.	65
Antrag D 27	70
<i>Ortsverein Großenhain (Landesverband Sachsen)</i>	75
Einführung der Vermögenssteuer	
Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, gemeinsam mit dem Koalitionspartner eine Vermögenssteuer wieder einzuführen. Alle Möglichkeiten zur Beseitigung verfassungsrechtlicher Bedenken sind auszuschöpfen.	80

1 **Antrag D 28**

Ortsverein Dannenberg
(Bezirk Hannover)

5

Vermögenssteuer

Es dürfen nur Sozialreformen beschlossen werden, die absehbar zu einer besseren Finanzierung der Sozialversicherung einerseits und zum Abbau der Arbeitslosigkeit andererseits führen (Nachhaltigkeit). Schritte, die nach den Erfahrungen der letzten 22 Jahre nur kurzfristige oder gar keine Erfolge haben, sind abzulehnen! Für eine verbesserte Situation sind im Gegensatz zur Vergangenheit die teilweise steuerfrei Gewinne erwirtschaftenden Groß-Konzerne sowie die vergeblich zur Steigerung des Luxus-Konsums erheblich entlastenden Vermögenden und Höchst-Einkommen heranzuziehen (Anteil der Oberschicht am Steueraufkommen USA 14 %; Bundesrepublik 3,6 %).

15

20 **Antrag D 29**

OV Oberes Enztal
(LV Baden-Württemberg)

20

Steuerpolitik

25

Die Bundesregierung wird gebeten, in Verbindung mit den Gesetzesinitiativen zur Umsetzung der Agenda 2010 auch einen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und zur verfassungsgemäßen Erbschaftssteuer im Deutschen Bundestag einzubringen.

Weiter wird die Bundesregierung gebeten, einen Gesetzentwurf zur Versteuerung der Gewinne aus Kapitalvermögen und Wertpapierhandel zu erarbeiten und im Deutschen Bundestag einzubringen.

30

35 **Antrag D 30**

Unterbezirk Frankfurt am Main
(Bezirk Hessen-Süd)

35

Stopp der Umverteilung von unten nach oben

40

Der Parteitag fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zeitnah umzusetzen:

- Die Einführung einer 25%igen Abgeltungssteuer für Kapitalerträge findet nicht statt bzw. wird gestoppt.
- Kapitalerträge sollen lückenlos der Finanzverwaltung mitgeteilt werden.

45

50 **Antrag D 31**

Unterbezirk Frankfurt am Main
(Bezirk Hessen-Süd)

50

Für eine sozial gerechte und verfassungskonforme Erbschaftssteuer

Die SPD setzt sich auf Bundes- und Landesebene für eine Reform der Erbschaftssteuer ein, deren vorrangiges Ziel es ist, die gewaltigen Steuerschlupflöcher, die es derzeit bei der Steuer gibt, zu schließen. Wichtige Eckpfeiler dieser Reform müssen sein:

55

- a. Der Marktwert der erworbenen Gegenstände muss zum alleinigen Maßstab der Besteuerung gemacht werden. Insbesondere müssen die massiven Steuervergünstigungen für Betriebsvermögen (Steuerbilanzwerte, Bewertungsabschlag von 40 %) und Grundstücke (Bewertungsansatz liegt durchschnittlich nur bei 51 % des Marktwertes) abgeschafft werden. Die derzeitigen Freibeträge sind ausreichend (307.000 Euro für Ehegatten, 205.000 Euro für jedes Kind) und dürfen nicht erhöht werden.
- b. Alle Erwerbe – egal von welcher Person sie stammen – müssen zusammengerechnet und dem progressiven Steuertarif unterworfen werden.
- c. Die Unterteilung des Tarifs in verschiedene Steuerklassen begünstigt vor allen Dingen reiche Familien. In Zukunft soll es nur noch einen einheitlichen Tarif für alle geben.

65

Anträge	Notizen
Antrag D 32	1
<i>Ortsverein Großenhain (Landesverband Sachsen)</i>	5
Besteuerung deutscher Staatsbürger mit Wohnsitz im Ausland	
Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, gemeinsam mit dem Koalitionspartner Regelungen zu schaffen, die sicherstellen, dass deutsche Staatsbürger ihr in Deutschland verdientes Geld unabhängig von ihrem Wohnsitz nach deutschem Recht in Deutschland versteuern.	10
	15
	20
	25
	30
	35
	40
	45
	50
	55
	60
	65

E

Anträge zum Kapitel
„Bildung, Ausbildung und Innovation“

Antrag E 1*Landesverband Nordrhein-Westfalen***Änderungsantrag zum Leitantrag**

Kapitel 2. Bildung, Ausbildung und Innovation

Abschnitt „Ausbau der Kinderbetreuung“

10 Abschnitt 2 ersetzen durch

Im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer Leistung ist mit einer deutlichen Entlastung der Kommunen von Sozialhilfeausgaben zu rechnen. Im Zuge dieser Entlastung dürfen die Kommunen nicht mit neuen pflichtigen Auf- und Ausgaben belastet werden. Deshalb brauchen wir eine Verständigung mit ihnen, in welchen Schritten der Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten erfolgen soll.

Antrag E 2*Ortsverein Mönchengladbach-Stadtmitte
(LV Nordrhein-Westfalen)***Änderungsantrag zum Leitantrag**

Im Kapitel „Ausbildung oder Beschäftigung für alle unter 25“ wird Satz 7 gestrichen bis „aussetzen.“

Antrag E 3*Jusos in der SPD***Allen Jugendlichen ein Job-Angebot – und zwar sofort!**

Die Lehrstellenmisere hat einen neuen Höhepunkt erreicht: 140.000 Jugendliche sind derzeit ohne Ausbildungsplatz. Viele Unternehmen entziehen sich weitgehend aus ihrer Verantwortung, ausreichend Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen bereitzustellen. Dies ist nicht mehr länger hinzunehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass in Deutschland die Unternehmen dazu verpflichtet sind, allen jungen Menschen ein auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot bereitzustellen. Dieses wird von vielen Unternehmen offenbar ignoriert. Deshalb ist die Bundesregierung aufgefordert zu handeln. Wir begrüßen deshalb die Ankündigung Gerhard Schröders, falls die Unternehmen weiterhin nicht genügend Ausbildungsplätze anbieten, eine Ausbildungsplatzumlage einzuführen. Wir begrüßen gleichfalls die Initiativen von Edelgard Bulmahn und Wolfgang Clement sowie der Tarifparteien zur Werbung um weitere Ausbildungsplätze.

Die Bundesanstalt für Arbeit erwartet zum neuen Ausbildungsjahr eine Lehrstellenlücke von 70.000 Jugendlichen ohne Ausbildung. Diese skandalöse Situation muss die Bundesregierung zum Anlass nehmen und handeln. Wir fordern die Regierung deshalb auf, noch in diesem Jahr, spätestens aber nach dem nächsten Ausbildungsgipfel, ein Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung einer gesetzlichen Ausbildungsplatzumlagefinanzierung einzuleiten. Dieses Gesetz sollte sofort in Kraft treten, wenn die Unternehmen ihrer Pflicht nach einem auswahlfähigen Ausbildungsangebot nicht nachkommen.

Darüber hinaus müssen angesichts von 560.000 jungen Menschen ohne Arbeit gerade in strukturschwachen Regionen weitere Arbeitsplätze angeboten werden. Um diese Jobkrise zu überwinden, sollte die im Koalitionsvertrag verankerte Fortentwicklung des JUMP-Programms zu einem „JUMP Plus“ mit 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen schnell angegangen werden. Unser Leitbild ist es, jedem Jugendlichen ein Job-Angebot zu machen. Zur Umsetzung dieser Leitidee muss die Bundesregierung das Programm „JUMP Plus“ umgehend umsetzen. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit muss mit der Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage und „JUMP Plus“ sozialdemokratisches Kernthema bleiben.

Antrag E 4*Ortsverein Boelerheide
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)***Ausbildungsabgabe 2003**

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Unternehmen, die keinen Ausbildungsplatz stellen und sich somit aus der Verantwortung der Ausbildung entziehen, mit einer noch festzulegenden Ausbildungsabgabe belastet werden.

F

Anträge zum Kapitel
„Modernisierung von Arbeitsmarkt
und Arbeitsvermittlung“

1 **Antrag F 1**

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)*

5 **Kündigungsschutzrecht**

Der Bundesparteitag spricht sich dafür aus, dass das Kündigungsschutzrecht in seiner gegenwärtigen Fassung erhalten bleibt, insbesondere dafür, dass der Schwellenwert für die Geltung des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben und die gesetzlichen Kriterien für die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen nicht zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändert werden.

15 **Antrag F 2**

*Ortsverein Harlaching
(Landesverband Bayern)*

20 **Beibehaltung des geltenden Kündigungsschutzes**

Der Bundeskanzler und Vorsitzende der SPD, Gerhard Schröder, wird aufgefordert, den Kündigungsschutz für Arbeitnehmer in vollem Umfang aufrecht zu erhalten.

25

Antrag F 3

*Unterbezirk Frankfurt am Main
(Bezirk Hessen-Süd)*

30 **Kündigungsschutz**

Die SPD lehnt bei den Regelungen zum gesetzlichen Kündigungsschutz jede Änderung zum Nachteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab.

35

40 **Antrag F 4**

*Ortsverein Quadrath-Ichendorf
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

45 **Kündigungsschutzgesetz**

Hände weg vom bestehenden Kündigungsschutzgesetz!

Die SPD lehnt eine Veränderung des Kündigungsschutzgesetzes entschieden ab. Der Abbau von Arbeitnehmerrechten schafft keine neuen Arbeitsplätze in Deutschland.

50

Antrag F 5

*Ortsverein Burg
(LV Sachsen-Anhalt)*

erwerbsfähige Hilfebezieher

60 In Abschnitt „3. Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“, Unterabschnitt „Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ wird am Ende des vorletzten Absatzes folgende Ergänzung aufgenommen:

65 „Für erwerbsfähige Hilfebezieher, die vorher Arbeitslosengeld erhalten haben und die gegenwärtig Arbeitslosenhilfe beziehen, wird während eines befristeten Zeitraums ein individueller, degressiv gestaffelter Zuschlag gewährt, der den Übergang von der nach dem vorherigen Erwerbseinkommen berechneten Leistung zu der neuen, im System der Sozialhilfe nach Bedürftigkeit berechneten Leistung, abfedert.“

Anträge	Notizen
Antrag F 6	1
<i>Unterbezirk Gießen (Bezirk Hessen-Süd)</i>	5
Hartz-Kommission	
Der Parteitag begrüßt und unterstützt die Vorhaben zur Umsetzung der Empfehlungen der sog. Hartz-Kommission, insbesondere die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und die Schaffung eines neuen einheitlichen steuerfinanzierten Leistungssystems.	10
Nicht einverstanden ist der Parteitag mit der vorgesehenen Höhe der Leistungen, die für alle erwerbsfähigen Arbeitslosen, die nicht oder nicht mehr das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld beziehen, auf einem Niveau knapp überhalb der derzeitigen Regelsätze der Sozialhilfe liegen soll.	
Deshalb fordert der Parteitag die SPD auf, das Arbeitslosengeld II so auszugestalten, dass Dauer und Höhe der Beitragszahlungen sich in der Höhe des Arbeitslosengeld II widerspiegeln müssen.	15
Ebenso fordert der Parteitag die SPD auf, im Zuge der Umsetzung der Empfehlungen der Hartz-Kommission eine vom Bund zu finanzierende Zuwendung für Plätze im Rahmen von kommunaler Beschäftigungsförderung zu sichern, um zusätzliche Arbeitsplätze auf kommunaler Ebene zu schaffen.	20
Angesichts dramatisch steigender Zahlen im Bereich der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen fordert der Parteitag die Bundesregierung auf, schnellstens eine Neuaufgabe des Sofortprogramms in die Wege zu leiten.	25
Antrag F 7	25
<i>Ortsverein Göttingen-Land (Bezirk Hannover)</i>	
Künftige Arbeitspolitik sozial gestalten	30
Bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik werden die vorgeschlagenen Leistungskürzungen bei den Arbeitslosen nicht durchgeführt und stattdessen die Arbeitsplatzfindung und -vermittlung forciert. Die Dauer des Arbeitslosengeldbezuges bleibt wie bisher erhalten.	35
Antrag F 8	40
<i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)</i>	45
Zusammenführung Arbeitslosen- und Sozialhilfe	50
Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass bei der geplanten Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch eine Experimentierklausel Trägerverbände zwischen örtlichen Arbeitsamt und örtlichen Sozialhilfeträger ermöglicht werden. Der Bundeszuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit soll für dieses Jahr erhalten bleiben.	55
Antrag F 9	60
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	65
Arbeitslosen- und Sozialhilfe	
Bei der Zusammenlegung der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe ist der individuelle Anspruch (53% und 57 % für Verheiratete) zu wahren, um den heute berufstätigen eine gewisse Sicherheit bei ihren langfristigen Kauf- und Investitionsentscheidungen zu bieten.	70
	75

Antrag F 10

Ortsverein Schwedt-West
(Landesverband Brandenburg)

Zusammenführung Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Arbeitslosenhilfe wird dann nicht auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt, wenn in Regionen mit einer Arbeitslosigkeit über 15 % Arbeitsplätze im 1. und 2. Arbeitsmarkt nicht vermittelt werden können.

Antrag F 11

Ortsverein Großenhain
(Landesverband Sachsen)

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe

Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, bei der technischen Zusammenlegung der beiden Systeme keine Absenkung der Arbeitslosenhilfe im Regelfall auf Sozialhilfe zuzulassen.

Antrag F 12

Landesverband Sachsen

Arbeitsmarktsituation in Ostdeutschland

Die in der Agenda 2010 aufgezeigten Reformmaßnahmen müssen den Besonderheiten in Ostdeutschland, insbesondere der dramatischen Arbeitsmarktsituation, gerecht werden.

Auf Grund der Situation auf dem Arbeitsmarkt ist eine mittelfristige Erhaltung des sog. zweiten Arbeitsmarktes in den Neuen Bundesländern notwendig. Deshalb sollen wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche und der hohen Arbeitslosigkeit die Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes wie zum Beispiel ABM/SAM auf dem Niveau des Jahres 2002 beibehalten werden.

Die besonderen Förderkonditionen für ABM in Ostdeutschland müssen auch über den 31. 12. 2003 bestehen bleiben. Wir brauchen Perspektiven für unsere Jugend vor Ort ebenso, wie eine zuverlässige Absicherung der älteren Arbeitslosen.

Bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss es sozialverträgliche Übergangslösungen geben, die der besonderen sozialen Situation im Osten Deutschlands gerecht werden.

Antrag F 13

OV Castrop-Rauxel-Altstadt
(Landesverband NRW)

Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe

Eine Bündelung der Aufgaben der Arbeitsämter, Sozialämter und sonstigen Institutionen für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik muss berücksichtigen, dass

- alle Erwerbsfähigen und Arbeitslosen besser und umfassend von den beteiligten Ämtern betreut werden
- das Arbeitslosengeld II als Lohnersatzleistung den Lebensstandard garantiert, also bedarfsorientiert ist. Die Kürzungen der letzten Jahre sind rückgängig zu machen.
- das Arbeitslosengeld II vom Bund finanziert wird
- für das Arbeitslosengeld II Beiträge an die Renten- und Krankenversicherung erbracht werden, für die als Bezugsgröße 80% des Bemessungsentgelts des Arbeitslosengeldes dienen soll
- für die Bedürftigkeitsprüfung die früher geltenden Kriterien der Alhi herangezogen werden, erhöht um höhere Freibeträge für eine Altersvorsorge
- als Ergänzung eine bedarfsorientierte Mindestsicherung für die Arbeitslosenversicherung einzuführen ist
- ein zu zahlendes Sozialgeld sich an einem Warenkorb orientiert, der den betroffenen Personen ein bedarfsorientiertes, menschenwürdiges Leben garantiert.

Anträge	Notizen
Antrag F 14	1
<i>Unterbezirk Duisburg (Landesverband Nordrhein-Westfalen)</i>	
Bezugsdauer von Arbeitslosengeld	5
Der Parteitag fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, den Umbau des Sozialstaates erneut zu überdenken. Die SPD lehnt eine Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (ALG) auf zwölf bzw. achtzehn Monate und die Senkung der Arbeitslosenhilfe (ALH) bei gleichzeitiger vermögensrechtlicher Gleichstellung mit Sozialhilfe ab.	10
Antrag F 15	15
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	
Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes	20
Die heute geltende Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muß beibehalten werden! Reformen in der Arbeitslosenversicherung dürfen die Binnennachfrage nicht schwächen. Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion müssen deutlich machen, das die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit zu einem wesentlichen Teil durch eine unzureichende Nachfrage mitverursacht wurde und wird (seit Anfang der 90er Jahre zu gering durchschnittliche Steigerung der Löhne und gleichzeitige massive Erhöhung der Lohnnebenkosten; Rückgang der Binnennachfrage in 2002 um 1,4 %).	25
Antrag F 16	30
<i>Ortsverein Harlaching (Landesverband Bayern)</i>	
Rücknahme der Kürzungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld Rücknahme der Senkung der Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose auf Sozialhilfeniveau	35
1. Der Bundeskanzler und Vorsitzende der SPD, Gerhard Schröder, wird aufgefordert, die Kürzungen der Bezugsdauer für Arbeitslose ab 45 Jahren sowie die Senkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zurückzunehmen und nicht als Gesetz zu verabschieden.	
2. Der Bundeskanzler und Vorsitzender der SPD, Gerhard Schröder, wird aufgefordert, geeignete gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die die Einstellungsbereitschaft der Arbeitgeber für Arbeitslose über 50 signifikant erhöht ohne den Kündigungsschutz auszuhebeln.	45
Antrag F 17	50
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	
Arbeitslosenversicherung	55
Reformen in der Arbeitslosenversicherung dürfen nicht zu einer finanziellen Verschlechterung in Haushalten mit Kindern führen. Durch entsprechende Regelungen ist auf einen Abbau der Anzahl von Kindern mit Armutserfahrung hinzuwirken. Die von den Konservativen gewollten Kürzungen bei Haushalten mit Arbeitslosigkeit sind öffentlich als unsozialer Akt gegenüber den kommenden Generationen zu brandmarken. Ihre Folgen wie z.B. steigende Jugendgewalt sind ebenfalls von der Bundesregierung öffentlich zu verurteilen.	60
	65

1 **Antrag F 18**

*Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)*

5 **Keine Absenkung des Mindestfreibetrags von Partner
Inneneinkommen beim Bezug von Arbeitslosenhilfe**

10 Wir fordern die SPD-Minister in der Bundesregierung bzw. die SPD Bundestagsfraktion auf, die Absenkung des Mindestfreibetrags bei PartnerInneneinkommen im Falle des Bezugs von Arbeitslosenhilfe zurückzunehmen, bzw. einkommensabhängig abzuändern.

15 **Antrag F 19**

*Ortsverein Dannenberg
(Bezirk Hannover)*

20 **Meldung freier Stellen**

25 Die Unternehmen werden verpflichtet, alle freien Stellen der Arbeitsverwaltung zu melden. Erst bei einem Verhältnis von Arbeitslosen zu freien Stellen von 3 : 1 werden Zwangsmaßnahmen und Kürzungen von Leistungen bei Nicht-Annahme von Arbeitsangeboten eingeleitet.

30 **Antrag F 20**

*OV Brandenbaum / OV Marli (Lübeck)
(LV Schleswig-Holstein)*

35 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

40 Der Leitantrag ist zwischen den Abschnitten „Reform der Sozialhilfe“ und „Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht“ wie folgt zu ergänzen:
Alle Sozialleistungen sollen auch in einem Rechtssystem behandelt werden. Deswegen sollen die Sozialgerichte auch für die Sozialhilfe zuständig sein.

45 **Antrag F 21**

*Ortsverein Hannover-Ahlem
(Bezirk Hannover)*

50 **Agenda 2010**

Der Bundesparteitag möge beschließen:
Das Kapitel : Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird wie folgt verändert:

1. Im 3. Absatz: einfügen nach „... Sozialhilfep Praxis behalten.“:

55 „Ältere Arbeitslose, die sich nachweislich über 2 Jahre vergeblich um eine erneute Anstellung bemüht haben, sollen Entgelte im Rahmen anerkannter „mini-Jobs“ anrechnungsfrei auf das Arbeitslosengeld II behalten können.“

2. Im 4. Absatz einfügen nach „... selbstgenutztem Wohneigentum.“

60 „, dem vorhandenen Auto und anderen Gegenständen des täglichen kulturellen Bedarfs, wie Fernseh- und Videogerät, Bücher, CDs u.ä.“

65

Anträge	Notizen
Antrag F 22	1
<i>Landesverband Nordrhein-Westfalen</i>	
Änderungsantrag zum Leitantrag	5
Kapitel 3 „Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung“	
Einfügen des Absatzes zwischen „... schrittweise auch auf alle anderen ausgedehnt“ und „Frühverrentung beenden“	10
Vermitteln statt verwalten.	
Wir brauchen mehr Bewegung und kürzere Verweildauer in der Arbeitslosigkeit. Die konsequente Umsetzung des Hartzkonzeptes ist deshalb zwingend. Der Systemwechsel vom bloßen Verwalten zum absoluten Vorrang für Vermittlung nach dem Prinzip des Förderns und Forderns ist ohne Alternative.	15
Unter diesem Blickwinkel betrachten wir die verkürzte Bezugberechtigung von Arbeitslosengeld. Niemand darf mit der Perspektive, 32 Monate und länger in der Arbeitslosigkeit zu verharren, entlassen werden. Die Qualifizierungsbrücke für jede und jeden Einzelnen muss so gebaut werden, dass der Weg zurück so kurz wie möglich wird. Dies gilt auch für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Ansprüche nicht auf den Zwang zum Vorruhestand reduziert werden dürfen.	20
Der Übergang zum absoluten Vorrang für Vermittlung wird so gestaltet, dass für die Betroffenen keine sozialen Brüche entstehen. Jede Veränderung verlangt Übergänge und Vertrauensschutz. Die Eingrenzung von Transferleistungen für Arbeitslose muss mit verbesserten Beschäftigungsperspektiven einhergehen.	
Wir tragen eine besondere Verantwortung für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung unserer strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (z.B. Ruhrgebiet, Ostdeutschland). Diese Regionen müssen im Reformprozess besonders beachtet und besonders behandelt werden, da es dort zur Zeit harte Grenzen der Vermittlung und Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt gibt. Deshalb ist der Übergang zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik so zu gestalten, dass vor allem in diesen Regionen nicht ganze Gruppen von betroffenen Menschen chancenlos werden.	25 30
Antrag F 23	
<i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)</i>	35
Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit	
Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dass die Kürzungen im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich der Förderung der beruflichen Bildung – insbesondere bei Behinderten und Benachteiligten – zurückgenommen werden. Diese Kürzungen betreffen besonders behinderte und benachteiligte Jugendliche, die ohne berufsvorbereitende und berufsausbildende Maßnahmen keine Chancen zur Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt haben.	40 45
Antrag F 24	
<i>Ortsverein Göttingen-Land (Bezirk Hannover)</i>	50
Zurücknahme der ABM-Kürzungen	
Die Kürzungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden zurückgenommen, bis eine andere Förderung als Äquivalent für soziale, kulturelle und ökologische Einrichtungen sichergestellt ist.	55
Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine solche Finanzierung sicherzustellen.	
	60
	65

1 **Antrag F 25**

*Ortsverein Großenhain
(Landesverband Sachsen)*

5

Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose

Die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion werden aufgefordert, keine Verschärfungen der Zumutbarkeitsregelungen für Arbeitslose zuzulassen.

10 Mit verschärften Zumutbarkeitsregelungen werden weder Arbeitsplätze geschaffen, noch die Konjunktur belebt. Im Gegenteil- Familien werden zerstört und die noch bestehenden Arbeitsverhältnisse werden zersetzt. Die Rechte der Arbeitnehmer werden geschwächt und der soziale Frieden wird aufs Spiel gesetzt. Gerade letzterer war immer ein wichtiger Standortvorteil der deutschen Wirtschaft.

15

Antrag F 26

*Ortsverein Göttingen-Land
(Bezirk Hannover)*

20

Erhalt der Integrationsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche und behinderte Menschen

25 Die Bundesanstalt für Arbeit wird aufgefordert, die mit der Budgetierung einhergehende Kürzung und Streichung von Rehabilitations- und Weiterbildungsmaßnahmen für behinderte Menschen und die Kürzung und Streichung von berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen für benachteiligte und behinderte Jugendliche zurückzunehmen.

30

Antrag F 27

*Unterbezirk Steinfurt
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

35

Umsetzung des „Hartz-Konzeptes“

40 Die Bundes- und Landesregierung sollen bei der Ausgestaltung und Umsetzung folgende Punkte mitberücksichtigen:

1. Um die im Gesetz geforderte organisatorische Zusammenführung aller für die Betreuung der Erwerbsfähigen notwendigen und sinnvollen Dienstleistungen ortsnah zu gewährleisten, werden in Kooperation von Kommune und Arbeitsamt gemeinsame Anlaufstellen geschaffen. Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Sozialagentur Rheine“ finden hierbei Anwendung.
- 45 2. Die Entscheidung, ob eine Nichterwerbsfähigkeit vorliegt, darf nicht allein von den Mitarbeitern der Job-Center oder vom Medizinischen Dienst des Arbeitsamtes getroffen werden. Die Durchlässigkeit des Systems muss durch die Einbindung der Träger der Sozialhilfe weiterhin sichergestellt werden.

50

Antrag F 28

*Ortsverein Göttingen-Land
(Bezirk Hannover)*

55

Integration der Kommunalen Kompetenz bei der Beschäftigungsförderung im künftigen Job-Center

60 Die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, bei der Umsetzung des 2. Hartz-Paketes und der Reform der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik folgende Prinzipien zu berücksichtigen:

- Die Kompetenz und Erfahrung der Kommunalen Beschäftigungspolitik bei der Integration und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen muss auch im künftigen Leistungssystem und im geplanten Job-Center berücksichtigt werden. Eine alleinige Zuständigkeit bei der Bundesanstalt für Arbeit für alle Arbeitslosen wird abgelehnt.
- 65 • Für die Übernahme der Integrationsaufgabe für Langzeitarbeitslose und ausbildungslose Jugendliche wird den Kommunen ein angemessener Kostenausgleich bzw. eine angemessene Interessenquote gewährt.

Anträge	Notizen
Antrag F 29	1
<i>Unterbezirk Werra-Meißner (Bezirk Hessen-Nord)</i>	
Vereinbarungen zum Arbeitsrecht	5
Alle Veränderungen des Arbeitsrechtes, bei deren Durchführung die deutsche Wirtschaft Arbeitsplätze ver- spricht, sollten künftig rechtlich abgesichert werden, so dass im Falle eines nichtgehaltenen Versprechens auf Seiten der Wirtschaft eine vorher vereinbarte Konventionalstrafe fällig wird.	10
Antrag F 30	
<i>Kreisverband Schwäbisch-Hall (LV Baden-Württemberg)</i>	15
Arbeitsmarkt und Reform der Bundesanstalt für Arbeit	20
Einführung eines „Sherpa- Systems“ im Rahmen der Arbeitsvermittlung	
Der Parteitag möge beschließen, die Bundespartei aufzufordern, bei der Reform der Bundesanstalt und der Verbesserung des Instrumentariums der dortigen Beschäftigten nicht ausschließlich Vermittlung im allgemei- nen Sinne irgendwelcher Zusammenführung von Erwerbslosen und Arbeitgebern zu betrachten, sondern die nötigen Voraussetzungen für qualifizierte Vermittlung gründlicher zu betrachten. Dazu gehört der Versuch, er- werbslos gewordenen Menschen nach gründlicher Beratung (!!!) und qualifiziertem Profiling eine Hilfe zur Seite zu stellen, die wesentlich umfassender bei der Reintegration in das Arbeitsleben und bei der Vermeidung von Effekten der typischen Dissoziation beruflicher Qualifikationen und des Selbstwertgefühls durch die Er- fahrungen der Erwerbslosigkeit und vermeintlicher oder tatsächlicher Chancenlosigkeit unterstützen kann. Die Einführung eines „Sherpa- Systems“, das möglichst sofort nach Verlust der Arbeitsstelle individuell einsetzt, sollte umgehend realisiert werden. Die Sherpas sollen aus qualifizierten Berufs- bzw. ArbeitsberaterInnen oder neu zu gewinnenden und entsprechend qualifizierten anderen Personen (z.B. SozialarbeiterInnen) rekrutiert werden. Wesentlich ist dabei, dass wirklich nur eine überschaubare bzw. handhabbare Anzahl von Erwerbslo- sen zu betreuen ist, um die erforderliche individuelle Betreuung zu gewährleisten.	25 30 35
Antrag F 31	40
<i>OV Castrop-Rauxel-Altstadt (Landesverband NRW)</i>	
Neue Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik	45
Zur Bereitstellung von weiteren Arbeitsplätzen sind aufgrund der inländischen Nachfrageschwäche die Unter- nehmen nicht bereit. Daher ist ein öffentlich finanziertes Investitionsprogramm (eigener Antrag) aufzulegen, das begleitet sein muss durch eine Umorientierung der Arbeitsmarktpolitik.	50
Diese umfasst	
– eine staatlich geförderte und unterstützte Politik der weiteren Arbeitszeitverkürzung	
– gerechtere Arbeitsverteilung zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen	
– Abbau von Überstunden durch Änderung des Arbeitszeitgesetzes	
– Bereithaltung/Ausweitung von Bildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsangeboten, um die Veränderungs- prozesse am Arbeitsmarkt zu begleiten	55
– Verhinderung von sozialer Ausgrenzung bei Langzeitarbeitslosigkeit	
– die Weiterführung wichtiger Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik	
– steuerfinanzierte und <u>bedarfsorientierte</u> Grundsicherung (einschl. der Zahlung entsprechend hoher Beiträ- ge z.B. an die Rentenversicherung) bei Arbeitslosigkeit, die eine Armut im Alter oder eine Sozialhilfeab- hängigkeit ausschließt	60
– Entlastung der Sozialhilfe von systemfremden Aufgaben	
– Beibehaltung und Verbreiterung der heutigen Finanzierungsbasis der Bundesanstalt für Arbeit aus Versi- cherungsbeiträgen (Prinzip der Parität) und staatlichen Ersatzleistungen für übernommene Aufgaben durch die Einbeziehung weiterer Personengruppen (Beamte, Selbständige)	65
– ein individuell einklagbarer Anspruch auf Förder- und Beschäftigungsangebote	
– Gleichgewicht der Vertragspartner Arbeitsamt und Arbeitsloser	

Anträge

Notizen

- 1 – Arbeitsmarktintegration und die Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit als Richtgrößen und Anspruchsgrundlagen der aktiven Arbeitsmarktpolitik anstelle nach zugewiesener Versicherungs- oder Bezugszeiten von Lohnersatzleistungen (Abkehr vom Konditionsprinzip hin zum Finalitätsprinzip)-
- Qualifizierung und Zielgruppenorientierung statt Niedriglohnsubventionierung
- 5 – Verstetigung von Beschäftigungsmaßnahmen.

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

G

Anträge zum Kapitel
„Zukunftssicherung der sozialen
Sicherungssysteme“

Antrag G 1

*Ortsvereins Mainz-Finthen
(Landesverband Rheinland-Pfalz)*

Abkopplung der Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen von den Lohnkosten

Der SPD-Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, für eine Abkopplung der Arbeitgeber-Anteile zu den Sozialversicherungen von den Lohnkosten zu sorgen und zu überprüfen, ob dafür folgendes Konzept geeignet ist:

Die von den Arbeitgebern aufzubringenden Lohnnebenkosten werden über die Umsatzsteuer auf alle umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen umgelegt, indem die Abzugsfähigkeit der Vorsteuer eingeschränkt wird. Die beschränkte Abzugsfähigkeit der Vorsteuer soll – ohne dass der Steuersatz erhöht wird – das Umsatzsteueraufkommen so erhöhen, dass die Arbeitgeberanteile aller Sozialversicherungskosten aus dem Mehraufkommen finanziert werden. Bei der Berechnung, welcher Anteil der Vorsteuer nicht mehr vom abzuführenden Umsatzsteuer-Betrag abgezogen werden darf, damit die Summe aller Lohnnebenkosten dadurch gedeckt ist, ist von Vollbeschäftigung auszugehen und es ist zu berücksichtigen, dass der Arbeitgeberanteil der Öffentlichen Hände ohnehin aus Steuermitteln aufgebracht wird.

Damit ein erhöhter Verwaltungsaufwand vermieden wird, sollten die Lohnnebenkosten zunächst vom Arbeitgeber gezahlt, aber dann von der zu zahlenden Umsatzsteuer abgezogen werden können (Negativbeträge werden vom Finanzamt erstattet).

Falls es nicht möglich ist vorauszuberechnen, wie hoch der Anteil der nichtabzugsfähigen Vorsteuer sein muss, damit das erforderliche Mehraufkommen erreicht wird (weil dazu nicht nur die durchschnittliche Gewinnspanne bekannt sein muss, sondern auch, wie oft im Durchschnitt Vorsteuer anfällt, bevor der Endpreis eines Produkts oder einer Dienstleistung in Rechnung gestellt wird), sollte die Möglichkeit der Rückvergütung aufgrund des Umsatzsteuer-Gesamtaufkommens mit eingeplant werden.

Antrag G 2

*Unterbezirk Steinfurt
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Versicherungspflicht für alle Gewerbetreibenden und Freiberufler

Die Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, für Gewerbetreibende und Freiberufler eine Versicherungspflicht in der Kranken- und Rentenversicherung einzuführen.

Antrag G 3

*OV Schwerin-Südstadt
(LV Mecklenburg-Vorpommern)*

Änderungsanträge zum Leitantrag

1. Im Kapitel „Frühverrentung beenden“ soll der letzte Satz folgendermaßen neu formuliert werden:
„Es ist deshalb notwendig die Bezugsdauer für das Arbeitslosigkeit auf zwölf bzw. vierundzwanzig Monate für über 55-Jährige zurückzuführen.“

Folgender Satz soll danach NEU eingefügt werden:
„Wer allerdings nach Ablauf von 18 Monaten einen angebotenen zumutbaren Arbeitsplatz ablehnt, muss mit der sofortigen Streichung des Arbeitslosengeldes rechnen.“

2. Im Kapitel „Bezahlbare Gesundheit“ soll im achten Spiegelstrich (Krankengeld) der zweite Satz folgendermaßen neu formuliert werden:
„Es wird nicht der Privatversicherung überlassen, sondern der Arbeitgeberanteil wird künftig aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert.“

Anträge	Notizen
Antrag G 4	1
<i>Ortsverein Kassel-Bettenhausen (Bezirk Hessen-Nord)</i>	5
Soziale Sicherungssysteme	
Der Bundesparteitag der SPD erkennt grundsätzlich die Notwendigkeit der Reform der Sozialen Sicherungssysteme, ist aber der Überzeugung, dass zur Sozialen Gerechtigkeit alle Einkommensarten zur Mitfinanzierung herangezogen werden müssen. Neben den Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit sind alle anderen Einkommensarten, z.B. aus Kapitalerträgen, angemessen zu beteiligen.	10
Antrag G 5	15
<i>Ortsverein Ediger-Eller Bremm (LV Rheinland-Pfalz)</i>	
Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen und Rentenkassen	20
Der Bundesparteitag möge beschließen, dass alle Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbstständige, Freiberufler, Abgeordnete Bund-Länder etc.) ab sofort Beiträge zu den gesetzlichen Krankenkassen und Rentenkassen ohne Beitragsbemessungsgrenze zahlen. Denn nur so können auf Dauer die Beitragssätze stabil gehalten werden und somit auch die Lohnkosten gesenkt werden.	25
Nach unseren Berechnungen können die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung von derzeit 14,9% auf 8% gesenkt werden und bei den Rentenbeiträgen von derzeit 19,4% auf 12%.	
Zu 2. Begrenzung der Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen auf 10, nicht wie bisher über 300.	
Zu 3. Beitragszahlungen für die Krankenkassen und den Rentenkassen ab der Geburt, denn je eher jemand einzahlt um so länger kann er Beiträge einzahlen und muß nicht bis 67 wie geplant arbeiten.	30
Zu 4. Beibehaltung des Renteneintrittsalters für Männer bei 65 und Frauen bei 60.	35
Antrag G 6	
<i>OV Herzogenrath-Kohlscheid (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	40
Kostensituation in den Sozialversicherungen	
Zur Verbesserung der Kostensituation in den Sozialversicherungen sollen versicherungsfremde Leistungen aus der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung durch Steuern finanziert werden. Im Gegenzug sollen Subventionen reduziert werden. Eine weitere Gegenfinanzierung könnte durch die Aufnahme von Beamten, Freiberuflern und Selbständigen in die gesetzliche Sozialversicherung geschehen.	45
Die Beiträge zur privaten Absicherung des Krankengeldes sollen nicht wie vorgeschlagen durch die Arbeitnehmer alleine finanziert werden, sondern paritätisch durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer.	50
Antrag G 7	55
<i>OV Neheim (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	
Sicherung der sozialen Leistungen und Senkung der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik Deutschland	60
Um Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die sozialdemokratischen Grundwerte zu erhalten, müssen neue Wege zur Sicherung unserer Sozialsysteme gegangen werden.	
In einer Zeit, wo wir von einem Maschinenzeitalter über eine Computer- und Mediengesellschaft in eine kapitalorientierte Gesellschaft übergehen, müssen unsere Sozialsysteme und deren Finanzierung auf eine breitere Grundlage gestellt werden.	65

1 Deshalb sollte eine Abgabe von allen Bruttoeinkünften ohne Höchstbegrenzung (eingeschlossen Bruttoeinkünfte aus Umsatz, Kapital, Aktien, Wertpapieren Lohn; Gehalt, Mieten usw.) eingeführt werden. Hiervon sollten Einkünfte ausgeschlossen sein, die nach dem Bundessozialgesetzbuch oder Beamtenversorgungsrecht (Renten, Pensionen, Arbeitslosengeld und -hilfe, Sozialhilfe, Krankengeld, Pflegegeld usw.) geleistet werden.
5 Ferner sollte auch der steuerliche Grundfreibetrag für das Existenzminimum von z. Zt. ca. 7.000,- EUR pro Person freigestellt bleiben.

Natürlich hat jede einzahlende Person einen Anspruch auf eine Rente, die jedoch ab einer Höchstgrenze (evtl. z. Zt. 2.500,- EUR) gekappt werden soll. Da bei hohen Einkünften eine Rentenkappung erfolgt, entsteht dadurch ein echter solidarischer Beitrag gegenüber der Solidargemeinschaft.

10 Zur Sicherung der Sozialsysteme in der Bundesrepublik Deutschland handelt es sich innerhalb der Solidargemeinschaft um eine gesetzlich zu regelnde Abgabe. Es könnte durch diese Abgabe und die höhere Anzahl der Beitragszahler eine stärkere Verringerung der Lohnnebenkosten, gerade bei lohnintensiven Unternehmen, erreicht werden. Auch das Ziel der Bundesregierung, die Lohnnebenkosten auf weit unter 40 % abzusenken, wäre dann möglich.

15

Antrag G 8

20 *Landesverband Nordrhein-Westfalen*

Änderungsantrag zum Leitantrag

Kapitel 4 „Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme“

25 Abschnitt „Bezahlbare Gesundheit für alle“, Abschnitt 1 und 2 ersetzen durch:

Die soziale Leitschnur unserer Politik lautet: Jeder und jede Versicherte muss unabhängig vom Geldbeutel die medizinischen Leistungen erhalten, die notwendig sind und die dem Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechen. Dies muss unsere soziale Leitschnur bleiben.

30 Um dies auch mittel- und langfristig zu gewährleisten, werden wir mit einer nachhaltigen Strukturreform die Wirtschaftlichkeit und die Qualität unseres Gesundheitssystems deutlich erhöhen.

Der Prävention messen wir größere Bedeutung bei. Wir werden sie zu einer vierten Säule der gesundheitlichen Versorgung neben der Akutbehandlung, der Rehabilitation und der Pflege ausbauen.

35 Auf Seite 14 des Leitantrages wird in Zeile 49 nach „... Wirkungen neu ordnen.“ eingefügt:

„Wir werden die Einnahmebasis der Gesetzlichen Krankenversicherung stabilisieren und dem Prinzip der finanziellen Leistungsfähigkeit bei der Bemessung der Beiträge zusätzliches Gewicht geben. Zu klären sind dabei insbesondere die künftige Regelung der Versicherungspflichtgrenze, der in die Beitragsbemessungsgrenze einbezogenen Einkommensarten und der Beitragsbemessungsgrenzen.“

40

Absatz 4 ersetzen durch

Mit der Strukturreform wollen wir die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitsversorgung für die Menschen spürbar und dauerhaft verbessern. Dies tun wir mit gut durchdachten ineinandergreifenden Maßnahmen zur Modernisierung des Gesundheitswesens. Ziele und Maßnahmen bei der Modernisierung des Gesundheitswesens sind:

45

Absatz 4, zusätzlicher Spiegelstrich

- Wir fördern integrierte Versorgungsstrukturen und -angebote, die die Sektoren überwinden und den Patientinnen und Patienten Versorgungsketten aus einer Hand anbieten, in denen die beteiligten Leistungsanbieter abgestimmt und auf der Grundlage wissenschaftlicher Behandlungsleitlinien zusammenarbeiten und deren Organisationen sich am Bedarf und an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert.

50

Absatz 4, zweiter Spiegelstrich ersetzen durch:

- Wir schaffen Transparenz im Gesundheitswesen. Wir werden ab 1. Januar 2006 eine elektronische Gesundheitskarte einführen. Die elektronische Gesundheitskarte wird Daten enthalten, die den Patientinnen und Patienten erstmals eine Kontrollchance geben. Die Karte wird die Arzneimittelsicherheit verbessern. Im Zusammenwirken mit der elektronischen Patientenakte, dem elektronischen Arztbrief und dem elektronischen Rezept erleichtert sie Kommunikation und Abstimmung der Leistungserbringer untereinander und trägt zur Entbürokratisierung der Arbeitsabläufe bei.

55

Absatz 5 ersetzen durch

Wir wollen zukünftig jene belohnen, die sich im Gesundheitssystem vernünftig und sparsam verhalten. Wer das nicht tut, muss mit höherer Eigenbeteiligung rechnen. Deshalb ordnen wir die Zuzahlungs- und Befreiungsregelungen neu.

60 Nur wenn uns diese Strukturreform gelingt, kann auch eine Umgestaltung der Finanzierung des Gesundheitswesens nachhaltig Erfolg haben. Auf dieser Grundlage setzen wir folgende Maßnahmen um:

65

- ...

Anträge	Notizen
Antrag G 9	1
SPD-Bezirk Hessen-Süd	
Anforderungen an eine nachhaltige Gesundheitsreform	5
Einleitung	
Sozialdemokratische Gesundheitspolitik steht dafür, dass Menschen – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation oder aber anderer Gründe (Behinderung, chronische Erkrankung etc.) – einen garantierten Zugang zur medizinischen Versorgung haben. Wir stellen deshalb folgende Prinzipien dem fachpolitischen Überlegungen voran:	10
<ul style="list-style-type: none"> – Sicherung eines ungehinderten Zugangs zu medizinisch notwendigen Leistungen für alle Menschen. – Medizinisch nutzlose und unsinnige Leistungen müssen aus dem Leistungskatalog gestrichen werden. Gleichzeitig müssen die Leistungskataloge dem aktuellen Stand der Medizin angepasst werden. – Keine Aufteilung in Regel- und Pflichtleistungen. – Ausbau von Prävention und Gesundheitsaufklärung im Gesundheitswesen zur Stärkung von Solidarität und Subsidiarität. – Rückbau der Kartellstrukturen und Herstellung von Transparenz im System. – Überwindung der Doppelstrukturen im Gesundheitssystem. – Verbreiterung der Einnahmesituation in der gesetzlichen Krankenversicherung. – Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus allgemeinen Steuermitteln (Mutterschaftsgeld, Sterbegeld etc.). 	15
Aus diesen Prinzipien leitet sich aus unserer Sicht ein weitergehender und umfassenderer Blick als in der bisher veröffentlichten Debatte auf das Thema Gesundheit: Die einseitige Vorgabe für eine Gesundheitsreform – die Senkung des Beitragssatzes auf 13% – wird den vorgestellten Prinzipien und den realen Herausforderungen (u.a. demographischer Wandel, Finanzierungsstrukturen, Eigenverantwortung der Patienten, Intransparenz) nicht gerecht. Sie ist schlicht nicht geeignet, die eigentlichen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesundheitsreform auch nur im Ansatz zu bearbeiten. Eine solche Reform wird auf Dauer zu einem massiven Qualitätsverlust des Systems führen. Bereits heute gilt das bundesdeutsche Gesundheitssystem als eines der teuersten der Welt mit einem unterdurchschnittlichen Ergebnis hinsichtlich des Gesundheitszustandes der bundesdeutschen Bevölkerung.	25
Leider folgt der Auftrag der sog. Rürup-Kommission der kritisierten Einschränkung. Im Auftrag heißt es wörtlich: „Die Entwicklung von Vorschlägen zur Finanzierung und Weiterentwicklung der Sozialversicherung. Insbesondere die langfristige Finanzierung des Systems, die Gewährleistung der Generationengerechtigkeit und die Senkung der Lohnnebenkosten zur Förderung der Beschäftigungsentwicklung stehen im Zentrum. Darüber hinaus soll das Thema Geschlechtergerechtigkeit Berücksichtigung finden.“ Es bleibt daher abzuwarten, ob dort wirklich geeignete Vorschläge entwickelt werden.	35
Das Ziel einer nachhaltigen Gesundheitsreform muss deshalb die Sicherung der medizinischen Versorgung für alle Personengruppen in der Bundesrepublik, die Qualitätssteigerung in der Versorgung der Patienten, eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung im Gesundheitssystem sowie eine umfassende Transparenz über Therapie und Leistung. Dies bedeutet im Einzelnen:	40
1. Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung	45
Ins Zentrum unserer Überlegungen stellen wir eine hochwertige, vor den stationären Bereich vorgelagerte poliklinische Versorgungsstruktur, welche eng mit den Krankenhäusern zusammenarbeiten sollen. Mit diesen Zentren wollen wir die Trennung des Gesundheitssystems zwischen niedergelassenen Ärzten auf der einen Seite und Krankenhäusern auf der anderen Seite konsequent überwinden. Dieser Grundgedanke findet sich im Eckpunktepapier von BGM Ulla Schmidt im Ansatz wieder, allerdings nur als eine Möglichkeit. Wir sind davon überzeugt, dass diese Zentren – gerade auch für strukturschwache Bereiche – die neue Grundversorgung darstellen müssen. Der Hausarzt wird in diesen Zentren zum Lotsen für die medizinische Versorgung. Er kann jederzeit fachärztlichen Rat einholen. Die Öffnung der stationären Versorgungssysteme für den ambulanten Bereich hat für die Patienten eine optimalere Versorgung zur Folge. Außerdem können Ressourcen (u.a. Großgeräte) durch die bessere Vernetzung von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern kostengünstig und gemeinsam von beiden Seiten genutzt werden.	50
2. Prävention und Eigenverantwortung spart Kosten	
Die Prävention muss auch im Hinblick auf die langfristige Sicherung des Systems weiter ausgebaut werden. Die skandinavischen Länder haben vorgemacht, dass dadurch erhebliche Kosteneinsparungen im Gesundheitssystem entstehen. Der Förderung und Unterstützung psychosozialer Angebote und Selbsthilfeangebote, gerade bei chronisch Kranken Menschen, kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Ein zentraler Bestandteil ist eine Stärkung des eigenverantwortlichen Umgangs des Einzelnen mit seiner Gesundheit. Jeder Patient und jede Patientin kann durch einen eigenen Beitrag zu seinem Gesundheitszustand beitragen. Dazu muss die Gesundheitserziehung zukünftig eine größere Rolle spielen.	60

Anträge	Notizen
<p>1 3. Kartelle brechen für neue Partnerschaften</p> <p>Zur Umsetzung muss eine weitestgehende Vertragsfreiheit für Ärzte, Krankenhäuser und Krankenkassen geschaffen werden.</p> <p>Die Möglichkeiten zur Kooperation und Vernetzung dürfen nicht durch ständische Interessen verhindert werden. Die bisherige Vertretung der Ärzteschaft durch die Kassenärztliche Vereinigung ist seit längerem im höchsten Maße innovationsfeindlich. Aus diesem Grund halten wir die Auflösung des Kartells der Kassenärztlichen Vereinigung für zwingend erforderlich. Eine Überwindung dieser Blockade darf aber nicht zu einer Discountmedizin führen, denn Verhandlungen zwischen einem einzelnen Arzt und den Krankenkassen werden kaum auf gleicher Augenhöhe stattfinden.</p> <p>10 Aus diesem Grund müssen mit den Krankenkassen Kriterien für die Leistungserbringungen und -abrechnung gestaltet werden, die ein Abgleiten in eine Discountmedizin verhindert. Denkbar ist beispielsweise eine regionale Gesundheitskonferenz, in der gemeinsame Budgetverhandlung von ambulanten, poliklinischen und stationären Leistungserbringern einerseits mit den Krankenversicherungen andererseits für eine bestimmte Region organisiert sind.</p> <p>15 4. Qualität und Transparenz</p> <p>Mit einem Deutschen Zentrum für Qualität in der Medizin wird aus unserer Sicht ein richtiger Schritt getan. Eine unabhängige Institution zur Überprüfung der Therapiemöglichkeiten wird die Qualität der medizinischen Versorgung erhöhen. Nur nach validen wissenschaftlichen Erkenntnissen erstellte, evidenz-basierten Leitlinien für die Behandlung von Krankheiten sichern eine qualitativ hochwertige und effiziente medizinische Versorgung und werden letztlich auch zu erheblichen Einspareffekten für unser Gesundheitssystem führen. Ähnliches gilt für die Bewertung neuer Behandlungsmethoden und Arzneimitteln.</p> <p>25 Es muss sichergestellt sein, dass das Zentrum auch tatsächlich unabhängig ist. Interessen von Leistungserbringern und Leistungsträgern dürfen seine Entscheidungen nicht beeinflussen. Eine entsprechende Form der Trägerschaft ist einzurichten. Die Leitlinien und Bewertungen müssen dem aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechen und evidenz-basiert sein; entsprechend dürfen die Maßstäbe nur Qualität und Effizienz sein, im Mittelpunkt muss der Nutzen für Patientinnen und Patienten stehen. In diesem Sinne müssen auch die Entscheidungen umgesetzt werden.</p> <p>30 Besonders die Leitlinien müssen zeitnah aktualisiert werden. Durch die rasch zunehmende Menge neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse sind die Ärztinnen und Ärzte nicht immer in der Lage, ihre Therapie nach dem aktuellen Stand auszurichten. Zeitnah angepasste Leitlinien tragen hier zu einer erheblichen Steigerung von Qualität und Effizienz bei.</p> <p>Auch der bestehende Leistungskatalog der GKV muss entsprechend überprüft werden, gleiches gilt für die bislang zugelassenen Arzneimittel. Auch hier wird sich ein erheblicher Einspareffekt ergeben, wobei Qualität und Effizienz unseres solidarischen Gesundheitssystems zum Nutzen der Patientinnen und Patienten profitieren werden.</p> <p>35 Wir halten eine Überarbeitung der Leitlinien für das Gesundheitssystem für erforderlich. Jede Fachgesellschaft erstellt heute eigene Leitlinien. Dies führt dazu, dass in der Bundesrepublik über 2000 Leitlinien existieren. Wir brauchen für die wichtigsten und häufigsten Krankheitsbilder von einer unabhängigen Stelle entwickelte Leitlinien.</p> <p>40 5. Fachwissen und Versorgungsqualität sichern</p> <p>Dieses Zentrum für Qualität in der Medizin alleine wird jedoch nicht ausreichen, die bestehenden Qualitätsprobleme im Gesundheitswesen zu überwinden. Aus diesem Grund halten wir die Ergänzung der freiwilligen Fortbildung um Pflichtelemente mit einer angemessenen Erfolgskontrolle zur Verbesserung der Versorgungsqualität für erforderlich. Wir schlagen darüber hinaus regelmäßige Prüfungen im ambulanten und stationären Bereich vor, bei denen durch eine unabhängige Institution die Einhaltung von Behandlungsstandards sichergestellt werden.</p> <p>45 Auch die medizinische Ausbildung muss weiter reformiert werden, letztlich müssen die „Patienten“ früher im Studium eine Rolle spielen.</p> <p>6. Datentransparenz zur Qualitätsverbesserung</p> <p>Das Deutsche Zentrum für Qualität in der Medizin muss für seine Arbeit über aktuelles Datenmaterial zur Durchführung von entsprechenden epidemiologischen Studien verfügen. Auch für Qualitätsprüfungen sind solche Daten erforderlich. Die Krankenkassen haben die notwendigen Datenbestände. Der Datenschutz muss so weiterentwickelt werden, dass eine Verwendung dieser Daten möglich ist. Auf der Grundlage dieser Datentransparenz sind auch die Qualifizierungsstrategien für das medizinische Personal sinnvoll planbar.</p> <p>55 7. Pflege auf stabile Füße stellen</p> <p>Die größten Qualitäts- und Finanzierungsprobleme bestehen derzeit in der Pflegeversicherung. Die Probleme in diesem Bereich werden aufgrund der demographischen Entwicklung weiter zunehmen, schon heute werden demenzkranke Menschen vom System nicht erfasst. Für das Jahr 2020 rechnen Experten mit 1 Millionen Demenzkranke. Gleichzeitig werden die pflegenden Menschen (Familienangehörige wie hauptamtliche Kräfte) weitgehend alleine gelassen. Im Pflegesystem stehen die Uhren bereits auf 5 nach 12! Die Kompromisse bei der Einführung der Pflegeversicherung rächen sich heute. Wir schlagen daher eine Überführung der organisatorischen Abwicklung der Pflege in die GKV vor. Die Leistungskataloge von GKV und Pflege müssen dabei</p>	

Anträge	Notizen
klar gefasst werden. Die Finanzierung der Pflege soll aus Steuermitteln erfolgen. Dies muss in der 3. Stufe der Steuerreform und der Gemeindefinanzreform berücksichtigt werden. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang, dass eine paritätische Finanzierung in der Pflege schon bei der Einführung umgangen wurde (Streichung eines Feiertages).	1
8. Nicht Kostenexplosion, sondern Belastungsverlagerung	5
Wir stellen fest, dass es eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen nicht gegeben hat. Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hält sich seit den frühen siebziger Jahren konstant um die 10 Prozentpunkte. Allerdings hat der im Vergleich zum Wachstum des BIP deutlich geringere Anstieg der beitragspflichtigen Arbeitnehmerinkommen und die während der Regierung Kohl entstandene Massenarbeitslosigkeit zu einer Verringerung der Einnahmen der GKV geführt, mit einem entsprechenden Anstieg der Beitragssätze. Immer weniger sozialversicherungspflichtig Beschäftigte finanzieren somit das Gesundheitssystem. Die Beitragssätze für diese Beschäftigten haben sich seit 1960 von damals ca. 7% auf heute ca. 14% verdoppelt. Diese Belastung ist für diese Personengruppe in dieser Form nicht mehr zu rechtfertigen. Verschärfend hat sich auch die Abschaffung der Sozialversicherungspflicht für geringfügig Beschäftigte ausgewirkt sowie die aktuelle Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze.	10
Die Einführung der PKV ist in diesem Zusammenhang ein zentraler Fehler der bundesdeutschen Gesundheitspolitik gewesen. Die Abschaffung der PKV könnte in der GKV zu einer erheblichen Beitragssenkung führen. Wir schlagen daher eine stufenweise Anhebung der Versicherungspflichtgrenze (- und Beitragsbemessungsgrenze) in mehreren Stufen in den nächsten 5 Jahren vor. Nur so kann für die Zukunft verhindert werden, dass gerade die wirtschaftlich stärksten außerhalb der Versicherungspflicht oder oberhalb der Versicherungspflichtgrenze von der solidarischen Finanzierung ausgenommen werden. Beamte, Freiberufler und Selbstständige werden ebenfalls in das System der GKV einbezogen. Auch die Beitragsbemessungsgrenze ist angemessen in Stufen zu erhöhen und weitere Einkunftsarten sind einzubeziehen, um eine gerechte Verteilung der Beitragslast sicherzustellen.	15
Grundsätzlich halten wir ordnungspolitisch eine Steuerbefreiung für niedrige Einkommen für sinnvoller als die Sozialversicherungsfreiheit. Lasten werden mit einer Sozialversicherungsfreiheit letztlich nur in die Zukunft verschoben und engen die Handlungsspielräume zukünftiger Generationen ein.	20
9. Falsches Signal bei Selbstbeteiligung	30
Erhebliche Einsparungspotentiale existieren auch im Bereich der Arzneimittelversorgung. Die Kosten für Arzneimittel liegen im europäischen Vergleich in der Bundesrepublik rund 30% höher als in anderen europäischen Ländern. Hier muss eine Preisreduzierung bei den Herstellern erfolgen. In diesem Zusammenhang schlagen wir eine Veränderung des Vergütungssystems für die Apotheken vor. Das Einkommen darf sich nicht länger aus der Abgabe hochpreisiger Medikamente realisieren. Vielmehr muss die Beratungsleistung eine zentrale Säule der Vergütung werden.	35
Eine Erhöhung der Selbstbeteiligungen halten wir vor dem o.g. Hintergrund für ein falsches Signal und lehnen sie daher ab. Dies gilt auch für ein sog. Eintrittsgeld. Die prognostizierten Steuerungseffekte durch Selbstbeteiligungen und Eintrittsgeld, die in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder skizziert wurden, sind bisher nicht plausibel. Dies gilt auch bei der Herausnahme von chronisch Kranker und von Personen mit niedrigen Einkommen aus diesen Selbstbeteiligungen etc.. Die behaupteten Steuerungseffekte müssten vor einer weiteren Diskussion daher plausibel begründet werden.	40
Die Herausnahme des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der GKV führt mindestens zu einer Verdoppelung der privaten Aufwendungen für die Absicherung des Status Quo beim Krankengeld für den Einzelnen. Ein Steuerungseffekt auf die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem ist von dieser Maßnahme nicht zu erwarten. Wohl handelt es sich um eine einseitige Kostenentlastung des Faktors Arbeit. Wir halten dies aber, weil einseitig, sozialpolitisch für nicht akzeptabel.	45
Wir sind gegen eine allgemeine Praxisgebühr, da sie eine unsoziale Maßnahme darstellt, die die Solidargemeinschaft im Endhinein mehr kosten wird. Die Praxisgebühr wird mittelfristig dazu führen, dass Kranke bei akuten Erkrankungen einen Arzt erst später aufsuchen. Das hat zum Ergebnis, dass Erkrankungen verschleppt werden. Ihre Heilung wird dann einen größeren Aufwand benötigen, was eine höhere Kostenbelastung entstehen lässt.	50
10. Unfallversicherung ist ein Irrweg	55
Die Einführung einer obligatorischen Unfallversicherung und die Herausnahme von sog. Freizeitunfällen lehnen wir ab. Ein System, dass letztlich zum Missbrauch auffordert, ist nicht zukunftsfähig. Die Ausführungen des Bundeskanzler in der Regierungserklärung werden von uns daher ausdrücklich begrüßt.	60
11. Missbrauch bekämpfen	60
Der Missbrauch im System hat viele Möglichkeiten, seine Quantifizierung ist nur schwer möglich. Die Einführung von Chipkarten mit Bild für Beitragszahlerinnen und Beitragszahler und elektronisch gespeicherten diagnostischen und therapeutischen Daten ist daher richtig. Dies kann Missbrauch verhindern. Genauso sinnvoll ist die Einführung von Behandlungs- und Abrechnungsmitteln an die Patientinnen und Patienten.	65

1 **Antrag G 10**

ASG

5 **Ja! zu einer Gesundheitsreform für mehr Qualität,
Wirtschaftlichkeit und soziale Gerechtigkeit!
Nein! zum Sozialabbau zu Lasten der Versicherten und Kranken**

10 1. Die Entwicklung des Sozialstaats zählt mit zu den großen Errungenschaften der Sozialdemokratie in Deutschland. Ein Herzstück dieses Sozialstaats besteht aus der sozialen Krankenversicherung. Ihre tragenden Prinzipien – Inanspruchnahme nach dem Bedarf, Finanzierungsbeitrag nach der Leistungsfähigkeit, paritätische Finanzierung, Sachleistungsprinzip, hoher Standard der Versorgung – sind Grundlage des gesellschaftlichen Ausgleichs und Friedens sowie der wirtschaftlichen Stabilität in Deutschland und dienen deshalb vielen Ländern als Vorbild.

15 Diese Gestaltungsprinzipien haben sich in zwei Weltkriegen und bei der Deutschen Einigung bewährt. Das Sozialsystem hat seine Robustheit und Tragfähigkeit unter weitaus dramatischeren Verwerfungen und Anforderungen bewiesen, als die, die es als Folge der weltweiten und nationalen wirtschaftlichen Entwicklung aktuell zu bewältigen gilt. Dies war nur möglich, weil seine Prinzipien und Kernelemente bisher niemals in Frage gestellt, sondern als unverzichtbare Elemente der Stabilität akzeptiert wurden.

20 Die deutschen Sozialsysteme im Kern erhalten und unter den veränderten Bedingungen neu zu justieren kann deshalb nicht beinhalten, die als trag- und leistungsfähig erwiesenen Prinzipien und Kernelemente zu deregulieren oder außer Kraft zu setzen, sondern verlangt zu prüfen und zu entscheiden, welche inhaltliche Ausgestaltung diese Prinzipien und Elemente unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen erfahren müssen.

25 2. Neoliberale und marktradikale „Reformer“ stellen die bewährten Prinzipien der GKV Schritt für Schritt in Frage: Statt mehr Solidarität fordern sie mehr Individualität; statt gemeinsamen Handelns mehr Privatisierung von Leistungen und Finanzierung; statt echte Reformen in hehren Worten verpackten Sozialabbau. Alle Erkenntnisse im internationalen Kontext belegen jedoch, dass sozialstaatliche Formen der Gesundheitsversorgung im Verhältnis zu über Märkte und private Zahlungen organisierten Systemen sowohl kosteneffektiver als auch verteilungsgerechter sind. Es bedarf schon eines starken Glaubens an das Prinzip Hoffnung und den Segen individualistischer Systeme, um die vorliegende Evidenz schlichtweg zu ignorieren.

30 Wir wenden uns deshalb entschieden gegen solche Forderungen – von welcher Seite sie auch immer kommen mögen – die Sozialabbau mit Reform gleichsetzen und die Sicherung und Weiterentwicklung erwiesener Maßen bewährter Gestaltungsprinzipien als Traditionalismus abtun wollen.

35 3. Die Eigentumsverpflichtung des Grundgesetzes findet im Sozialrecht ihren Niederschlag ausschließlich in der Beitragspflicht der Arbeitgeber. Dass die Arbeitgeber in den letzten zehn Jahren zunehmend durch die Privatisierung von Leistungen sowie durch Selbstbehalte, Zuzahlungen usw. aus dieser Mitverantwortung für die Gesellschaft und das Sozialleistungssystem entlassen wurden, ist nicht nur gesellschaftlich und verfassungsrechtlich bedenklich, sondern auch eine Ursache für die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherungssysteme und darf so nicht fortgesetzt werden.

40 Die sich in den letzten Jahren verschärfenden Engpässe der Finanzierung sind nicht systemverursacht, sondern überwiegend auf politische Eingriffe zurückzuführen. Würden die „Verschiebebahnhöfe“ zu Lasten der GKV rückgängig gemacht, gesamt-gesellschaftliche Leistungen über Steuern (inkl. der Alkohol- und Tabaksteuer) finanziert, die Wirtschaftlichkeitsreserven aktiviert (inkl. der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich), der Beitrag nach der tatsächlichen Leistungsfähigkeit des Einzelnen (also unter Heranziehung aller Einkommensarten) berechnet, könnten die Beiträge heute schon deutlich geringer sein. Mehr Solidarität durch Anhebung der Beitragsbemessungs- und/oder Versicherungspflichtgrenzen oder durch Ausweitung des Versichertenkreises unter Einbeziehung der heute von der Solidaritätspflicht weitgehend entbundenen Mitglieder der Gesellschaft bewirkt eine Senkung des Beitragssatzes um mehrere Prozentpunkte, ohne zusätzliche Lasten für die derzeitigen Versicherten und Patienten.

45 Die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen bewirken dagegen nur eine vorübergehende Senkung des Krankenversicherungsbeitrags und belasten allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. die Kranken – insbesondere beim Krankengeld und beim Ausbau der Zuzahlungen. Der immer wieder betonten Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steht nämlich eine weitaus höhere zusätzliche Belastung aus privater Eigenvorsorge bzw. Selbstbeteiligung gegenüber. Der politische Gegner, der solche Ziele seit Jahren verfolgt, betont nicht von ungefähr, diesen politischen Weg unterstützen zu wollen!

50 Die nachhaltige Sicherung der Finanzierung erfordert

- 55 – die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen und Erwerbseinkommen; zur kurzfristigen Beeinflussung des Beitrages sind in einem ersten Schritt die Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung anzuheben;
- 60 – die gesellschaftspolitisch begründeten Leistungen der Krankenversicherung sowie der Aufbau eines wirksamen Systems der Prävention aus Steuermitteln zu finanzieren; dazu soll die Alkohol- und Tabaksteuer erhöht werden;

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> – die Beseitigung aller strukturellen Fehlentwicklungen des Systems durch Ausrichtung auf eine bedarfsgerechte, zielgerichtete, qualitätsdefinierte und wirksame Leistungserbringung sowie die Schöpfung aller damit verbundenen Wirtschaftlichkeitsreserven. 	1
<p>Insgesamt lassen sich auf diesem Wege Mehreinnahmen der GKV in Höhe von über 20 Mrd sowie eine Entlastung des Beitragsatzes von ca. 2 v.H. (kurzfristig) bzw. ca. 4 v.H. (mittelfristig) bewirken.</p>	5
<p>4. Zur Beseitigung der strukturellen Fehlentwicklungen wiederholen wir die Forderungen, die wir gemeinsam mit den Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen und 60plus für den Bundesparteitag im November 2001 zur Weiterentwicklung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erhoben haben, beispielsweise:</p>	10
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Leistungssteuerung für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit (einschließlich Orientierung der Leistungssteuerung an Krankheitsarten, Zielgruppen und -regionen sowie Alter und Geschlecht), Erweiterung vertragsrechtlicher Möglichkeiten für Vertragsabschlüsse von Kassen direkt mit (Gruppen/Netzen von) Leistungsanbietern; Verbesserung der Verzahnung der Behandlungsabläufe; sektorübergreifende Vergütungssysteme; Gesundheitsziele und Leitlinien; Weiter(pflicht)qualifizierung der Ärztinnen und Ärzte u.a.m.; 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Versorgungsqualität durch Prävention; • Verbesserung der Patienteninformation und -beratung sowie des Patientenschutzes; • Weiterentwicklung/Überprüfung der Finanzierungsseite der GKV (einschließlich Steuerfinanzierung von gesamtgesellschaftlichen Leistungen; die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in der GKV, sowie Erweiterung des Versichertenkreises; Anpassung der Beitragsbemessungs- und Versichertenpflichtgrenze in der GKV an das Niveau der Gesetzlichen Rentenversicherung u.a.m.). 	20
<p>Viele dieser Forderungen sind in den Eckpunkten zur Gesundheitsreform 2003 der Bundesregierung enthalten, jedoch geht ihre Ausführung in den bisher bekannten Entwürfen nicht weit genug oder erscheint bereits durch die laufende politische Diskussion gefährdet.</p>	25
<p>Da jeder durch Strukturreformen nicht ausgegebene EURO Belastungen der Bürgerinnen und Bürger auf der Beitragsseite mindert, dürfen hier keine Abstriche gemacht werden.</p>	30
<p>Antrag G 11</p>	30
<p>OV Castrop-Rauxel-Altstadt (Landesverband NRW)</p>	35
<p>Gesundheitspolitik</p>	35
<p>Für die Verbesserung und zur Abwendung von Verschlechterungen des Gesundheitssystems zum weiteren Nachteil der Versicherten ist erforderlich</p>	
<ul style="list-style-type: none"> – die Sicherung einer bedarfsgerechten medizinischen Versorgung für Alle, die alles medizinisch, sozialtherapeutisch usw. Erforderliche umfasst 	40
<ul style="list-style-type: none"> – die medizinischen Leistungen, einschl. aller Maßnahmen der Prävention und Rehabilitation in Arbeits- und Lebenswelt, auf dem besten erreichbaren Stand gesicherter Erkenntnisse des medizinisch-technischen Fortschritts zu ermöglichen 	
<ul style="list-style-type: none"> – eine Qualitätssicherung (Personal und Ausstattung) auf allen Ebenen des Gesundheitssystems 	45
<ul style="list-style-type: none"> – eine solidarische Finanzierung der Krankenversicherung mit 50%iger Beteiligung des Arbeitgebers 	
<ul style="list-style-type: none"> – der Wegfall der Zuzahlungen und Zuschläge für Risikogruppen 	
<ul style="list-style-type: none"> – die Bekämpfung der Marktmacht aller Anbieter 	
<ul style="list-style-type: none"> Pharmaunternehmen 	
<ul style="list-style-type: none"> Apotheken 	50
<ul style="list-style-type: none"> Ärzte 	
<ul style="list-style-type: none"> und besonders ihrer Vereinigungen und Monopolverbände 	
<ul style="list-style-type: none"> – eine Zusammenfassung der verschiedenen Krankenversicherungen zu einer Einheitsversicherung 	
<ul style="list-style-type: none"> – ein Stopp der Privatisierung von Krankenhäusern, Kliniken und Pflegeeinrichtungen 	
<ul style="list-style-type: none"> – eine Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen 	55
<ul style="list-style-type: none"> – eine Ausweitung der Finanzierungsbasis auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Versicherten (höhere Bemessungsgrenzen) 	
<ul style="list-style-type: none"> – zukünftig die Finanzierungsbasis um eine Wertschöpfungsabgabe der Unternehmen zu ergänzen. 	60
	65
	65

Antrag G 12

KV Böblingen
(LV Baden-Württemberg)

Reform des Gesundheitswesens

Die Reform des Gesundheitswesens muss den Grundsätzen der Solidarität und der Qualität gerecht werden

1. Der defizitären Entwicklung im Gesundheitswesen muss insbesondere durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Erweiterung des Beitragszahlerkreises begegnet werden.
2. Zusätzlich muss mehr Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen geschaffen werden. Hierzu sind insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:
 - a. Die Kassen sollen nur noch Verträge mit Ärzten abschließen, die sich verpflichten, nach wissenschaftlich abgesicherten Leitlinien zu behandeln (keine unnötigen Untersuchungen-, keine Gefälligkeiten für die Pharmaindustrie usw.)
 - b. Die Ärzte müssen zur regelmäßigen Weiterbildung verpflichtet werden.
 - c. Es sollen flächendeckend Praxisnetze installiert werden. Hausärzte, Fachärzte und Krankenhäuser arbeiten zusammen, sprechen Diagnose und Behandlung miteinander ab.
 - d. Die Hausärzte sollen als Lotsen der Patienten auftreten.
 - e. Die Kassen müssen verantwortlich gemacht werden für die Kontrolle einer effizienten Behandlung der Patienten. Dazu müssen sie – zu Lasten der Kassenärztlichen Vereinigungen – mehr Einfluss erhalten.
 - f. Durch die Erstellung einer Positivliste sind nicht ausreichend wirksame Medikamente von der Verschreibung auszunehmen.
 - g. Es sollte eine dem Krankenhaus angegliederte Einrichtung geben, die Kranke versorgt, die kein teures Krankenhaus mehr brauchen, aber auch (noch) nicht auf die häusliche Pflege verwiesen werden können. Hierzu wäre eventuell ein neuer Ausbildungsgang zu schaffen, gegebenenfalls mit Fachhochschulstudium.
 - h. Der Zugang zu Fachärzten zur Schmerztherapie sollte nur durch Überweisung des Hausarztes möglich sein.
 - i. Die teuren Apparate der Krankenhäuser sollten durch Ausweitung ihrer ambulanten Einsatzmöglichkeiten besser genutzt werden. Dazu könnte eventuell ein Oberarzt mit Kassenzulassung in der Ambulanz eingesetzt werden.
 - j. Wer sich regelmäßig Vorsorgeuntersuchungen unterzieht, sollte einen Bonus erhalten.
 - k. Die Beweislast bei Medizinschadensfällen muss umgekehrt werden: Nicht der Patient muss beweisen, dass der Arzt ihn falsch behandelt hat, sondern der Arzt muss beweisen, dass er keinen Behandlungsfehler begangen hat.
 - l. Die Transparenz der Leistungen und Kosten muss für die Patienten verbessert werden.

Antrag G 13

Ortsverein Ostfildern
(Landesverband Baden-Württemberg)

Gesundheitsreform

1. Das Gesundheitswesen wird grundlegend reformiert durch die Realisierung folgender Grundsätze
 - Eigenverantwortung der Betroffenen
 - Solidarität mit den Bedürftigen
 - Unterstützung durch die öffentlichen Hände.
2. In Ausfüllung dieser Grundsätze sind folgende Zielvorgaben zu erfüllen
 - Der Patient steht als mündiger Bürger und eigenverantwortlich Handelnder im Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung
 - Für alle Bürger besteht eine Versicherungspflicht.
 - Versicherer sind Krankenkassen, die im Wettbewerb agieren. Sie erfüllen – ggf. schrittweise – die Versicherungsprinzipien "privater Krankenkassen". Probleme der Alterungsrückstellungen und ihrer Übertragbarkeit müssen gelöst werden.
 - Die Versicherungsprämien errechnen sich pro Kopf und risikoäquivalent unter Einbeziehung demographischer Faktoren
 - An den Kosten der Versicherung beteiligen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte
 - Wo Versicherungsprämien zu überproportionalen wirtschaftlichen Belastungen führen, werden Ausgleichszahlungen (soziale Transfers) gewährleistet
 - Die Versorgung der wirklich Bedürftigen erfolgt kostenlos
 - Das Versorgungsangebot (ambulante/stationäre Betreuung) ist angemessen auszulegen. Überkapazitäten sind zu vermeiden

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> Die Versorgung ist so zu regeln, dass sie alle wesentlichen (notwendigen) Bedürfnisse einer Vor- und Fürsorge abdeckt Kriterien für Kontrolle und Anreize zu wirtschaftlichem Handeln werden in die Gesundheitsversorgung so integriert, dass das Versorgungssystem ständig auf dem Prüfstand steht und sich selbst korrigieren kann. 	1 5
<p>3. Aus den genannten Zielvorgaben ergeben sich vor allem folgende Konsequenzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Alle Bürger sind zum Abschluss einer Krankenversicherung verpflichtet. Die Mindestleistungen einer Krankenversicherung legen die öffentlichen Hände fest Die Leistungserbringer rechnen ihre Leistungen gegenüber dem Patienten ab. Dieser fordert von seiner Versicherung/seinem Arbeitgeber den Ersatz der zu vergütenden Leistungen Durch Finanztransfers wird Tatbeständen wie Geringverdiensten, Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit, Erziehungsaufgaben Rechnung getragen Die Betreuung und Versorgung der Sozialhilfeempfänger erfolgt kostenlos (durch Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken) Die Arztdichte und die Anzahl der Krankenhausbetten richten sich unter Aufrechterhaltung des hohen Versorgungsniveaus in Deutschland nach internationalen Standards Ambulante und stationäre Arztbetreuung werden vor allem auf der Ebene der Facharztbetreuung durchlässig Alle an der Gesundheitsvor- und -versorgung Beteiligten können unter einander über die jeweils zu erbringenden Leistungen vertragliche Vereinbarungen abschließen Die öffentlichen Hände sorgen dafür, dass mit der Gründung eines 'Zentrums für Qualität in der Medizin' geeignete Qualitätsprüfungen erfolgen und mit einem – allgemeinverständlichen – Berichtswesen kontinuierlich über die Leistungen im Gesundheitswesen Rechenschaft abgelegt und informiert wird. Es wird eine Versicherungskarte eingeführt, die, neben den reinen Versicherungsdaten, die Krankengeschichte sowie alle medizinisch relevanten Daten speichert, außerdem die Zahl der Arztbesuche, der Untersuchungen und Verordnungen (Gesundheitsbuch). Dabei ist der Datenschutz zu berücksichtigen. Die Versicherungskarte muss den Versicherten eindeutig legitimieren. 	10 15 20 25 30
<p>Antrag G 14</p>	
<p>Ortsverein Ostfildern (Landesverband Baden-Württemberg)</p>	35
<p>Reform der gesetzlichen Krankenversicherung.</p>	
<p>A. Die gesetzliche Krankenversicherung (GKVneu) wird unter Berücksichtigung folgender Grundsätze reformiert.</p>	40
<ol style="list-style-type: none"> Die Versicherten sind mündige Bürger und entscheiden selbstverantwortlich. Für alle Bürger besteht Versicherungspflicht. 	
<p><i>Anmerkung:</i></p>	
<p>ArbeitnehmerArbeitgeber,Beamte,Selbstständige,Freiberufler,Studenten,Azubis,Menschen,die ihren Lebensunterhalt aus Kapitalvermögen beziehen, nicht verdienende Familienangehörige und Kinder müssen sich dort versichern. Bei Letzteren müsste staatlicher Finanztransfer erfolgen.(Einkommensabhängige Erhöhung des Kinder und Familiengeldes).Damit entfällt zwangsläufig das bisherige Finanzierungsmodell „Arbeitgeber-Arbeitnehmer“.</p>	45
<ol style="list-style-type: none"> Die GKVneu leistet ausschließlich im Rahmen der Gesundheitsvorsorge, bei Untersuchungen der Vorsorge und der Früherkennung, der Diagnostik und Therapie von Erkrankungen nach dem aktuellen Stand des medizinischen Standes der Technik. Sozialtransfer (Krankengeld ,Familiengeld Kindergeld und ähnliche Leistungen) sind nicht Aufgabe der GKVneu. 	50
<ol style="list-style-type: none"> Jeder Versicherte hat freien Zugang zu den medizinischen Leistungserbringern und Einrichtungen. 	
<ol style="list-style-type: none"> Die GKVneu erfährt, wenn nötig, Unterstützung durch die öffentliche Hand. 	55
<ol style="list-style-type: none"> Sie ist sonst ein in sich geschlossenes, autonomes System. 	
<ol style="list-style-type: none"> Werden aus politischen Gründen zusätzliche Leistungen von der GKV neu eingefordert ,so sind diese ihr zu erstatten. 	
<p>B. Um diese Grundsätze zu erfüllen müssen folgende Ziele erreicht werden:</p>	60
<ol style="list-style-type: none"> Im Mittelpunkt der GKVneu steht der mündige Bürger als eigenverantwortlich Handelnder 	
<ol style="list-style-type: none"> Die neu einzuführenden, Versicherungsprämien errechnen sich nach prozentual nach dem Gesamteinkommen. Es wird ein Mindest- und ein Maximalbeitrag festgelegt, der Durchschnittsbeitrag berücksichtigt die bekannten Krankheitsstatistiken, unter Einbeziehung der demographischen Risiken, der mit zu versichern den Kinder und den nicht verdienenden Familienangehörigen. 	65
<ol style="list-style-type: none"> Steigen dadurch die Versicherungsprämien überproportional, werden staatliche, steuerfinanzierte Ausgleichszahlungen gewährleistet. 	

4. Da für alle Bürger Versicherungspflicht besteht, entfällt in Zukunft die duale Finanzierung (Arbeitgeber-Arbeitnehmeranteil). Die Versicherungsprämie wird direkt vom Versicherungsnehmer bezahlt.

Anmerkung:

Hierdurch kommt es schon zu einer erheblicher Senkung der Lohnnebenkosten, da die Inkassofunktion der Betriebe entfällt.

5. Die GKVneu schließt mit den Leistungserbringern Verträge ab.

Anmerkung:

Damit erhält die GKVneu ein Steuerungsinstrument gegen Überkapazitäten.

6. Die Versicherten haben freien Zugang zu diesen Leistungserbringern.

C. Zur Durchsetzung dieser Ziele ist wie folgt zu verfahren:

1. Die GKVneu dient der Grundsicherung im Krankheitsfall. Die Grundsicherung beschränkt sich auf das Notwendige und Zweckmäßige.

2. Das zuständige Ministerium setzt durch entsprechendes Gesetz den Leistungskatalog, die Versicherungsprämien und die Art und Höhe der staatlichen Ausgleichszahlungen fest. Bonus-Malusregelungen sowie maßvolle Selbstbeteiligungen sind anzustreben, Chronisch Kranke sind davon auszuschließen.

Anmerkung:

Der Leistungskatalog kann einzelne Behandlungsfälle ausschließen: z.B. Malus bei Erkrankungen, wenn Pat die angebotenen Vorsorgeuntersuchungen nicht wahrgenommen hat.

z.B. Sportunfälle mit Sportgeräten im Gesamtwert von mehr als 1000 Euro.

z.B. Med. Behandlung aus sozialer Indikation (hier staatl. Transfer).

3. Es wird dabei ständig von einem Gremium (Sachverständigenrat) beraten, das ausschließlich aus Fachleuten besteht.

4. Es erstellt eine „Positivliste“ der zu erbringenden Leistungen (ärztliche Behandlung, Medikamente, Heil- und Hilfsmittel, med. Vorsorgeuntersuchungen). Dieses Gesetz wird regelmäßig fortgeschrieben. Medikamente werden mit dem halben Mehrwertsteuersatz belegt.

5. Die GKVneu schließt mit den Leistungserbringern direkt „Zulassungsverträge“ ab. Ein Anspruch auf Vertragsabschluss besteht nicht.

6. Bei Verträgen mit Gruppen von Leistungserbringern (Krankenhäuser, Polikliniken, Gruppenpraxen und ähnlichen Zusammenschlüssen) müssen mit allen Mitgliedern der Gruppe Verträge abgeschlossen werden.

7. Die Leistungserbringer rechnen ihre Leistungen direkt mit der GKVneu ab. Der Patient erhält eine Kopie der Rechnung.

Anmerkung:

Somit erhält der Patient Klarheit über die erbrachten oder auch nicht erbrachten Leistungen, sowie das in Anrechnung gebrachte Bonus oder Malusystem oder die Selbstbeteiligung.

8. Die strikte Trennung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung muss, auch unter wirtschaftlichen Kriterien, überdacht und neu strukturiert werden.

9. Es wird eine Versicherungskarte eingeführt, die, neben den reinen Versicherungsdaten, die Krankengeschichte sowie alle medizinisch relevanten Daten speichert, außerdem die Zahl der Arztbesuche, der Untersuchungen und Verordnungen (Gesundheitsbuch). Dabei ist der Datenschutz zu berücksichtigen. Die Versicherungskarte muss den Versicherten eindeutig legitimieren.

Anmerkung:

Die neue Versicherungskarte verhindert „Arzthopping“, verhindert unnötige Doppeluntersuchungen, verbessert die Qualität von Diagnostik und Therapie, wenn Sanktionen möglich sind, vor allem verbessert sie die Morbiditätsstatistik.

D. Grundbedingungen:

Die Vorstellungen über eine GKV neu sollen nur dann weiter verfolgt werden, wenn über die folgenden Punkte Einigkeit besteht:

1. Der Patient ist ein mündiger Bürger, er entscheidet selbstbestimmt darüber, wann und wie er Leistungen der GKV neu in Anspruch nimmt, sofern durch sein Verhalten die Allgemeinheit nicht geschädigt wird. Er hat die freie Arztwahl

2. Die GKV neu soll allen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, allen Erwerbstätigen, allen Familien und allen Kindern eine Grundsicherung im Krankheitsfall bieten. Die GKV neu arbeitet patientenorientiert.

3. Ihre Aufgabe ist es nicht, Arbeitsplätze zu erhalten, neu zu schaffen oder andere Versicherungssysteme zu unterstützen und zu erhalten.

4. Die GKVneu ist vom Einfluss sogenannter gesellschaftlich relevanter Gruppen und der Politik freizuhalten.

5. Sie darf nicht als finanzieller Verschiebebahnhof missbraucht werden.

6. Bund und Länder werden sicherlich subsidiär an der GKV neu tätig werden müssen. Vertreter beider staatlicher Einrichtungen dürfen das System nicht überstimmen können.

7. Wünscht die Politik Leistungen von der GKV neu, so müssen sie von dieser bezahlt werden.

Anträge	Notizen
F. Schlussbemerkung:	1
Grundsätzlich sind die Leistungen der GKVneu fest definiert durch Versicherungsprämie und Leistungskatalog. Ein Wettbewerb unter den einzelnen GKV ist nur mit rechtlich fragwürdigen Mitteln möglich, er ist auch nicht gewünscht, da die medizinische Grundversorgung nicht marktgängig ist.	
Werden diese Maßnahmen durchgesetzt, so verfügt die GKVneu über ausreichende Instrumente zur Vermeidung von Überangeboten und zur Qualitätssicherung.	5
Die GKVneu muss daran interessiert sein mit qualifizierten Leistungserbringern Verträge abzuschließen. Das setzt voraus, dass diesen ihre Leistungen angemessen honoriert werden. Betriebskosten müssen berücksichtigt werden. Die duale Krankenhausfinanzierung ist zu überdenken	
Der medizinische Dienst der Krankenkassen muss verbessert werden.	10
Die Kassenärztlichen Vereinigungen werden entbehrlich, der Sicherstellungsauftrag ist in Zukunft Sache der Gesundheitsministerien.	
Auf die Dauer ist es nicht sinnvoll, aus den Beiträgen der Versicherten über 320 gesetzliche Krankenversicherungen zu alimentieren.	
Die Zukunft gehört einer bundesweiten GKVneu, damit entfällt auch der Risikostrukturausgleich.	15
Die Rechtsform der GKVneu ist so zu wählen, dass sie der Prüfung durch die Rechnungshöfe unterliegt.	
Antrag G 15	20
Ortsverein Winterhude-Nord (Landesorganisation Hamburg)	
Für eine solidarische Gesundheitsreform	25
Eine solidarische Gesundheitsreform muss Maßnahmen beinhalten, die die Leistungsfähigkeit und den Solidarcharakter des Gesundheitssystems erhält.	
Deswegen unterstützen wir die Gesundheitsreformbestrebungen der Bundesregierung in Bezug auf neue Regelungen zum regionalen Vertragswettbewerb, zu ganzheitlichen	30
Versorgungsmodellen, zur besseren Prävention, Wirtschaftlichkeits- und Qualitätssicherung, zur Gewährleistung eines umfassenden Leistungskatalogs, zur Verbesserung der Arzneimittelversorgung, z.B. Positivliste usw..	
Darüber hinaus fordern wir mehr Solidarität und Ergiebigkeit im Beitragssystem.	35
Im einzelnen erfordert dies:	
– der Kreis der in der GKV versicherungspflichtigen Personen muss mittelfristig auf alle Erwerbstätigen, einschließlich der Beamten, ausgeweitet werden; dazu sollte unter anderem die Versicherungspflichtgrenze aufgehoben werden; geprüft werden sollte die Einbeziehung von Miet- und Zinseinnahmen beim Einkommen	40
– die Beitragsbemessungsgrenze sollte deutlich angehoben werden;	
– die so zusätzlich eingenommenen Finanzmittel sollten zur Stabilisierung bzw. Senkung der Beitragsätze verwendet werden;	
– die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen, z.B. durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Luxusgüter oder durch Steuererhöhungen auf gesundheitsschädigende Güter, wie Alkohol, Tabak	45
– die Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus der GKV.	
Die in der Agenda 2010 angekündigten Maßnahmen, wie	50
– die weitere Beschädigung der paritätischen Finanzierung	
– die Ausgrenzung von Leistungen aus der Erstattungspflicht der Krankenkassen und ihre Verlagerung in private Zusatzversicherungen, z.B. beim Krankengeld und durch weitere Zuzahlungen	
– die Beschädigungen des internen Solidarausgleichs im Gesundheitssystem etwa durch „Eintrittsgebühren“ bei (Fach-)Arztbesuchen werden wegen u.a. ihrer fehlenden sozialen Balance abgelehnt.	55
	60
	65

Antrag G 16

*Ortsverein Freiburg-Herdern/Neuburg
(Landesverband Baden-Württemberg)*

Gesundheitsreform 2003/2004

Der Inhalt folgender Punkte soll in eine endgültige Fassung der Gesundheitsreform übernommen werden:

- 1. Hervorhebung der sozialdemokratischen Grundwerte Gerechtigkeit, Solidarprinzip, Sachleistungs- und gleicher Leistungsanspruch**
- 2. Einführung von Patientenquittungen sowie elektronischer Gesundheitskarte**
- 3. Einrichtung eines Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin**
Prinzipiell halten wir die Schaffung eines „Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin“ für sehr positiv. Nur der Gesetzgeber ist noch in der Lage, die seit Jahren bestehende und durchgreifende Reformen verhindernde Interessenkonflikte zwischen Ärzten, Krankenkassen und Pharmaindustrie zu entschärfen., Kontrollfunktionen neu zu definieren und zu regeln.
Bei der Notwendigkeit einer wirklich durchgreifenden Reform ist die bislang angedachte „Erarbeitung von Empfehlungen und Leitlinien“ nach unserer Meinung nicht effizient genug. Nach wie vor empfehlen wir, wie in unserem „Freiburger Modell“ dargelegt, ein neu einzurichtendes Amt mit weitreichenden staatlichen Befugnissen nach Schweizer Vorbild.
- 4. Kassenärztliche Vereinigungen**
Eine Reform der KVen allein geht nicht weit genug im Sinne einer Modernisierung des Gesundheitswesens. Bei einem Neuanfang müssen die „verkrusteten Strukturen“ ganz verschwinden, die KVen ganz aufgelöst werden. Die Aufgaben der KVen einschließlich Sicherstellungsauftrag übernimmt die neu zu schaffende amtliche Behörde (Deutsches Zentrum für Qualität in der Medizin/Bundesamt für das Gesundheitswesen)
- 5. Aufgaben der Krankenversicherungen**
Die Krankenversicherungen sollen in Zukunft wie Versicherungen in der freien Wirtschaft „nur“ für abrechnungstechnische Aufgaben verantwortlich sein. Regulative Aufgaben wie Erarbeitung von Richtlinien, Kontrolle der Wirtschaftlichkeit und Qualität ärztlicher Leistungen und der Krankenhäuser übernimmt ebenfalls eine neu zu schaffende staatliche Behörde.
- 6. Zuzahlung beim Facharztbesuch von 15 Euro**
Dieses Reformvorhaben der Rürup-Kommission empfinden wir als sozial ungerecht, besonders bei Rentnern, chronisch Kranken, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Eine von Zuzahlung freie Arztwahl soll weiterhin Bestand haben.
- 7. Übernahme des Krankengeldes allein durch den Arbeitnehmer**
Das Krankengeld sollte auch weiterhin solidarisch gezahlt werden. Eine alleinige Übernahme durch den Arbeitnehmer wäre ebenfalls sozial ungerecht und widerspricht unseren Erachtens sozialdemokratischen Grundsätzen.

Antrag G 17

*Ortsverein Eppendorf
(LO Hamburg)*

Mut zur gerechten Gesundheitspolitik

Ziel der Gesundheitspolitik:

Gesundheit bzw. Gewissheit auf den Anspruch nach umfassender Versorgung ist eine wesentliche Voraussetzung für die aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe am Produktionsprozess, die Erzielung von Einkommen.

Die SPD fordert daher eine gleiche Versorgung aller Bürger mit den medizinisch notwendigen Gesundheitsleistungen unabhängig vom Einkommen. Dabei müssen die drei Solidarprinzipien bestehen bleiben:

- Solidarität zwischen Gesunden und Kranken
- Solidarität zwischen unterschiedlicher finanzieller Leistungsfähigkeit
- Solidarität zwischen Jungen und Alten

Auch künftige von der SPD durchgeführte Reformen müssen diese Anforderungen erreichen.

Reformbedarf:

Viele Menschen in Deutschland, auch viele Mitglieder der SPD, sind bereit für weitreichende Veränderungen. Das Ansteigen der Beitragssätze auf fast 15% in der GKV erzwingt deutliche Reformen.

Dabei muss für die SPD gelten:

- Sozialdemokratische Reformen müssen nachvollziehbar, sozial gerecht und nachhaltig sein.
- Über den Weg zum Ziel muss in der Partei fair diskutiert und entschieden werden!
- Die aktuelle Reformdiskussion darf nicht immer nur einzelne Säulen der Sozialversicherungen und staatlichen Leistungen isoliert betrachten sondern muss diese in ein Gesamtkonzept einbetten.

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> - Die Belastungen der Reformen müssen gerecht alle Beteiligten betreffen. Die Gruppe der Versicherten ist von allen am schlechtesten organisiert. Ihr gebührt daher der besondere Schutz durch die SPD. 	1
<p>Das derzeit in Deutschland bestehende Gesundheitswesen bietet im weltweiten Vergleich mit anderen den besten Zugang zu Leistungen. Dennoch: Einerseits bekommen Bürgerinnen und Bürger für das aufgewendete Geld noch nicht die bestmögliche Qualität, andererseits tragen derzeit bestehenden Leistungen nicht zu einer Erzielung des optimalen Gesundheitszustandes bei. Die Prävention von Krankheit ist noch mitnichten ausgereizt. Aufgrund der Massenarbeitslosigkeit und der demographischen Entwicklung wird die Finanzierungslast immer mehr auf die arbeitenden Versicherten verlagert. Allerdings stellen Maßnahmen zur kurzfristigen Senkung des Krankenversicherungsbeitrags über vollständige Verlagerung der Finanzierungslasten auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. auf die Kranken – insbesondere beim Krankengeld, beim Ausbau der Zuzahlungen, Eigenanteilen und Selbstbehalten u.a.m. – eine klare Verletzung der obengenannten Grundsätze dar; insbesondere des Solidarprinzips der Finanzierung und des Bedarfsprinzips der Inanspruchnahme.</p> <p>Reformen: Ziel der SPD ist es weiterhin den Faktor Arbeit zu entlasten. Wie schon in der Rente begonnen, sollten auch mit der Gesundheitsreform staatliche Gesundheitsaufgaben verstärkt steuerfinanziert werden. In Deutschland werden bezogen auf das Bruttosozialprodukt ca. 21% Steuern eingezogen, damit am wenigsten von allen vergleichbaren Industrienationen. Diese Steuern werden jedoch ebenfalls hauptsächlich von den lohnabhängig Beschäftigten erbracht.</p> <p>Eine erweiterte Steuerfinanzierung von Sozialabgaben muss daher auch mit einer gerechteren Besteuerung einhergehen.</p>	5 10 15 20
<p>Deshalb fordern wir:</p>	
<p>1. Verbesserung der Patienteninformation und -beratung sowie des Patientenschutzes</p>	
<p>2. Die Effizienz und Transparenz im Gesundheitswesen erhöhen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Der Versicherte soll nicht mehr Beitrag als nötig für eine optimale Versorgung zahlen. - Erweiterung vertragsrechtlicher Möglichkeiten für Vertragsabschlüsse von Kassen direkt mit (Gruppen/Netzen) von Leistungsanbietern. - die Zulassung von Gesundheitszentren mit angestellten Ärzten fördern - eine wirksame Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung. - Krankenkassen müssen kassenartübergreifend fusionieren dürfen; um den Verwaltungsaufwand zu verringern soll die Gesamtzahl verringert werden. - Die Leitfunktion des Hausarztes zu stärken. - Den Versicherten eine freiwillige Teilnahme an der „Patientencard“ zu ermöglichen zur Verbesserung der Dokumentation und Kommunikation. - Eine Positivliste für Arzneimittel zu erstellen, die auf Kosten der GKV verordnet werden können - Den Leistungskatalog auf nicht medizinisch notwendige Leistungen zu überprüfen und diese auszuschließen. 	25 30 35
<p>3. Die Teile der Gesundheitsversorgung, die Aufgabe der Allgemeinheit sind, müssen auch von allen gerecht durch Steuern finanziert werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mutterschaftsgeld, Sterbegeld. - Präventionsmaßnahmen, Gesundheitsförderung - Anzustreben ist die Gesundheitsversorgung und die Vorsorge von Kindern und Jugendlichen bis zum 18 Lebensjahr vollständig staatlich sichern. - „Verschiebebahnhöfe“ zu Lasten des Gesundheitswesens müssen durch die Systeme finanziert werden durch die diese Lasten entstehen. 	40 45
<p>4. Die Basis der gesetzlichen Krankenversicherung verbessern:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze - Einbeziehung der Beamten in die GKV - Einrechnung aller Einkünfte in die Beitragsbemessung - Keine beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern wenn diese eigenen Einkünfte aus Kapitaleinkünften, Mieten o.ä. haben. <p>Die lohnfinanzierten Beitragsanteile zur GKV sollen weiterhin paritätisch finanziert werden.</p>	50 55
<p>5. Notwendig zur gerechten Finanzierung ist eine Erhöhung der Steuereinnahmen durch mehr Steuergerechtigkeit z.B. Abbau von Steuerentlastungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der Steuerflucht.</p>	
<p>6. Alle Maßnahmen, die dazu beitragen, dass Krankheit zu einer finanziellen Belastung allein der Kranken führt und möglicherweise Armut zur Folge hat, sind gesellschaftspolitisch ungerecht. Die private Vorsorge für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Krankengeld) ist daher abzulehnen.</p>	60
	65

1 **Antrag G 18**

*Unterbezirk Frankfurt am Main
(Bezirk Hessen-Süd)*

5 ***Erhalt des solidarischen Gesundheitswesens***

Der SPD-Parteitag fordert den weiteren Erhalt der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und lehnt alle Pläne ab, welche ihre Grundlagen außer Kraft setzen.

10 Von diesem Grundprinzip ausgehend muss unser Gesundheitssystem durch

- mehr Prävention
- bessere Qualität
- höhere Wirtschaftlichkeit
- größere Transparenz

15 weiter entwickelt werden.

Der Parteitag fordert Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, sich für die Verwirklichung der folgenden Forderungen einzusetzen:

- Die wesentlichen Prinzipien der GKV sind die Umlage- und paritätische Finanzierung aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen. Diese Prinzipien müssen erhalten und verteidigt werden.
- Die gesetzliche Krankenversicherung muss auf eine breitere Basis gestellt werden. Deshalb muss die Pflichtversicherungsgrenze angehoben werden.
- Das Sachleistungsprinzip muss erhalten bleiben. Der Leistungskatalog der GKV muss das medizinisch Erforderliche enthalten. Es darf keine Umverteilung in Wahl- und Regelleistung innerhalb der GKV geben.
- Alle Pläne, die in der einen oder anderen Form auf den Aufbau eines Kapitalstocks, aus dem Krankenversicherungsleistungen bezahlt werden sollen, hinauslaufen, sind abzulehnen.
- Die Rücknahme der Selbstbeteiligungen, wie sie nach dem Regierungswechsel 1998 begonnen aber dann abgebrochen wurde, ist fortzusetzen.
- Dass die Einführung des Risikostrukturausgleichs begrüßt wird, weil es ein Element der Einschränkung des „Wettbewerbs“ unter den Kassen bedeutet, der dem solidarischen Prinzip der Krankenversicherung widerspricht.

35 **Antrag G 19**

*Kreisverband Heidelberg
(LV Baden-Württemberg)*

40 ***Das Solidaritätsprinzip ist in seinem Kern zu erhalten***

Das Postulat der Gleichheit und der Gleichbehandlung von Krankheit und Tod erfordert angesichts begrenzter Mittel Planung und Beschränkung.

Das System der Solidargemeinschaft darf nicht verlassen werden.

45 Das Solidaritätsprinzip ist in seinem Kern zu erhalten.

Der Beitrag der gesetzlichen Krankenversicherung ist auf die Kernversorgung, die alle unabdingbaren Leistungen (medizinisch notwendige, das wirtschaftliche Maß nicht überschreitende Leistungen) erfasst, zu beschränken.

Die Bemessungsgrenze ist durch die Einbeziehung von Beamten und Selbständigen zu erhöhen.

50 Die Hochleistungsmedizin (z.B. Lebertransplantation) ist wünschenswert, wenn sie eine angemessene Versorgung für alle (!) gewährleistet und verbessert.

Es ist nicht die Aufgabe des Solidaritätsprinzips bestimmte Hochleistungstechnologien zu entwickeln und zu erproben, von denen es wahrscheinlich ist, dass sie nicht allen Versicherten in gleicher Weise zu Gute kommt.

Die Rivalitäten unter den Krankenkassen, die im Widerspruch zu den Prinzipien der Solidarität und Gerechtigkeit stehen, sind abzubauen.

55 Durch private Zusatzversicherungen sind besondere Leistungen zu sichern.

Gleichgewicht zwischen Akutmedizin und Prävention

In unserem gegenwärtigen Gesundheitssystem wird der Prävention und den chronischen Erkrankungen gegenüber der kurativen Medizin zu wenig Gewicht zugeordnet.

60 Ziel ist eine Gleichgewichtung zwischen Akutmedizin und chronischen Erkrankungen.

Einsparung

Vorschläge:

65 (Kostenanteil der Krankenhäuser am GKV-System (ca. 70 %))

- Eingrenzung der Verwaltungskosten der Krankenhäuser,
- Einsparungen an Doppeldiagnostik und Mehrfachdiagnostik, überteuerte Apparatemedizin (CT, Labor, Radiologische Verfahren, Umfang Herzkatheter, etc.), bei zukünftigen Planungen zu berücksichtigen,

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> • Haushaltbudgetierung verändern („Novemberfieber“) (Kostenanteil der Niedergelassenen Ärzte am GKV-System (ca. 30 %)) • Sterbegeld soll wegfallen. • Die 3 Karenztage im Krankheitsfall sollen wegfallen. • Selbstbeteiligung bei Taxikosten. • Patientenquittung und Gesundheitskarte • Positivliste für Medikamente 	1
<p>Anmerkung: Nur Kürzen ist schwierig. Das einzelne Krankenhaus muss stärker in die Eigenverantwortung genommen werden (vom kameralistischen zu unternehmerischen Denken), Der einzelne Versicherte muss stärker in die Eigenverantwortung genommen werden. <u>Vorschlag:</u> Anreizsystem: Rückerstattung der Beiträge bei Nicht-Inanspruchnahme von Leistungen</p>	10
<p>Die Begrenzung der Kassenzulassung auf das 55. Lebensjahr Die Begrenzung der Kassenzulassung auf das 55. Lebensjahr ist aufzuheben. Die Begrenzung führt zu erheblichsten Einschränkungen der Berufsausübung älterer Ärzte und widerspricht dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit. Die Berufseinschränkung ist in Deutschland singulär.</p>	15
<p>Zusätzlich zu berücksichtigen: Die berufsständische Versorgung greift erst ab dem 60. Lebensjahr</p>	20
<p>Berufskrankheiten – mehr Gerechtigkeit: Im Unfallversicherungsrecht gilt anders als in anderen Bereichen der Sozialversicherung, das Kausalitätsprinzip. Die Beweislast obliegt dem Versicherten. Er muss nachweisen, dass besondere Einwirkungen die geltend gemachten Berufskrankheiten verursacht haben, denen bestimmte Gruppen von Beschäftigten in erheblich höherem Grad ausgesetzt als die übrige Bevölkerung. Erschwerend kommt hinzu, dass die erkrankte Person diese diffizilen sozialrechtlich relevanten Aufgaben zu einem Zeitpunkt schlechter körperlicher sowie auch geistiger Leistung und in einer Situation großer sozialer Unsicherheit erfüllen sollen. Krankheiten, deren Ursache teilweise oder überwiegend im Arbeitsvollzug zu suchen sind, werden als schicksalhafte Erkrankung der betroffenen Person behandelt. Bei den Krebserkrankungen bereitet die Tatsache, dass klinisch manifeste Tumore nur Endprodukte einer jahre- und jahrzehntelange sich unmerklich summierenden Schädigung darstellen besondere Schwierigkeit (z.B. Nasennebenhöhlenkrebs – exotische Harthölzer; Leukämien – Benzol; Lungenkrebs – Chlormethyläther; Blasenkrebs – Benzidin). Die Anerkennung von Berufskrankheiten im Einzelfall sollte rascher und weniger bürokratisch als bisher erfolgen. Die restriktive bestehende Härtefallregelung (SGB VII §9 Abs. 2) ist neu zu definieren.</p>	25
<p>Vorschläge:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umkehr der Beweislast. • Der ursächliche Zusammenhang der Krankheit mit der gefährdeten Tätigkeit muss im konkreten Fall mit Wahrscheinlichkeit feststehen. (bisheriger Sachstand: hohe Wahrscheinlichkeit) • Die isolierte Betrachtung von Expositionen gegenüber Einzelstoffen ist durch die Berücksichtigung additiver und synergistischer Wirkungen zu erweitern. 	30
<p>Antrag G 20</p>	35
<p>OV Oberes Enztal (LV Baden-Württemberg)</p>	40
<p>Gesundheitsreform</p> <p>Die Bundesregierung wird gebeten, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, die sicherstellen, dass nicht nur die Leistungsempfänger, sondern auch alle Leistungsanbieter (Pharmakonzerne, Ärzteschaft, Krankenhausträger, Krankenkassen) ihren Anteil zur notwendigen Kostenreduzierung erbringen müssen. Die Monopolstellung der Kassenärztlichen Vereinigung muss beendet werden. Das Krankengeld darf nicht für alle Einkommensgruppen als versicherungsfremde Leistung festgelegt werden. Eine Eigenbeteiligung der Versicherten bei Arzt- und Arzneimittelkosten muß nach Einkommen und Art der Erkrankung gestaffelt werden. Eine weitere Erhöhung der Krankenversicherungspflichtgrenze und die Einbeziehung weiterer Einkommen und weiterer Berufsgruppen in die Krankenversicherungspflicht wird für erforderlich gehalten. Die ärztlichen Abrechnungen mit den Krankenkassen sollen auch detailliert den Patienten zur Kenntnis gegeben werden.</p>	45
	50
	55
	60
	65

Antrag G 21

*OV Fedderwardergroden-Himmelreich
(Bezirk Weser-Ems)*

Reform des Abrechnungssystems für gesetzliche Mitglieder der Krankenkassen

Die SPD-Fraktionen in den Landtagen und im Dt. Bundestag werden aufgefordert:

1. Die Kassenärztlichen Vereinigungen mit kurzen Übergangsfristen aufzulösen und den Ärzten deren Fortführung als private Einrichtung der Ärzte zu ermöglichen.
2. Die Ärzte sind zu verpflichten, den Patienten eine verständliche Abrechnung über erbrachte Leistungen parallel zur Abrechnung mit den Krankenkassen zukommen zu lassen.

Die Verrechnung mit den Ärzten durch die Krankenkassen soll erst erfolgen, wenn von den Patienten innerhalb von vier Wochen keine Beanstandung erfolgt ist.

Die Patienten müssen nach jedem Arztbesuch oder einer ärztlichen Behandlung einen Leistungsschein oder eine Patienten-Karteikarte unterschreiben.

Antrag G 22

*Ortsverein Großenhain
(Landesverband Sachsen)*

Einnahmesituation der Gesetzlichen Krankenkassen

Die Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, gemeinsam mit dem Koalitionspartner Regelungen zu schaffen, die sicherstellen, dass alle Bevölkerungsteile (Beamte, Selbständige und hochbezahlte Angestellte) in die Gesetzlichen Krankenkassen einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze ist abzuschaffen. Hierbei sind Regelungen zu treffen, die verhindern, dass die Arbeitgeber erhebliche Mehrbelastungen zu tragen haben.

Antrag G 23

*Abteilung 10, Kreuzberg
(LV Berlin)*

Änderungsantrag zum Leitantrag

Im Kapitel „Bezahlbare Gesundheit für alle“ wird der letzte Spiegelstrich gestrichen.

Antrag G 24

*Unterbezirk Duisburg
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

Wahlversprechen

Wir appellieren an die Bundestagsabgeordneten: Bleibt unseren Wahlversprechen treu!

Lehnt Entscheidungen ab, die einseitig die Arbeitgeber entlasten, aber Arbeitnehmer zusätzlich belasten

- durch die dann wie bei der Riester-Rente notwendige private Vorsorge z.B. für Krankengeld, Zahnersatz, Freizeitunfälle
- oder durch weitere Zuzahlungen.

Unterstützt alternative Möglichkeiten zur Finanzierung der GKV (= gesetzliche Krankenversicherung), die nicht die Lohnabhängigen allein belasten wie

- Steuerfinanzierung einzelner sog. versicherungsfremder Leistungen (bei Verbleib im Leistungskatalog der Krankenkassen)
- Erweiterung des pflichtversicherten Personenkreises nach Schweizer Modell
- Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze und
- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Verschiebebahnhöfe zwischen den Sozialkassen • bei gleichzeitiger Erschließung von Ressourcen im System durch konsequente qualitative Verbesserung einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung 	1 5
<p>Antrag G 25</p> <p><i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i></p> <p>paritätisch finanzierte Sozialversicherung</p> <p>Ein Einstieg in den Systemwechsel von der paritätisch finanzierten Sozialversicherung hin zum alleine von der Arbeitnehmerschaft finanzierten Modell mittels einer Umstellung der Finanzierung des Krankengeldes ist wegen fehlender Erfolgsaussichten abzulehnen. Vielmehr hat die Regierung mit aller Kraft den tatsächlichen Ausgabentreibern wie der Pharmaindustrie, bestimmten Ärzteguppen und der Zersplitterung des Krankenversicherungswesens sowie der unterschiedlichen Regelungen bei den Einnahmen (z.B. private Versicherung für Teile der Angestellten, für die Beamtenschaft) entgegenzuwirken, um tatsächlich eine veränderten Finanzlage zu erreichen (Missbrauchsbekämpfung). Weiterhin ist ein Teil der Tabak- und der Branntweinsteuer zur Finanzierung der Krankenversicherung heranzuziehen.</p>	10 15 20
<p>Antrag G 26</p> <p><i>Unterbezirk Werra-Meißner (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Keine weiteren Leistungskürzungen in der Krankenversicherung</p> <p>Die Bundestagsfraktion und die Bundesminister der SPD werden aufgefordert, keine weiteren Einschränkungen zulasten der Versicherten einzuführen. Besonders sprechen wir uns gegen folgende Maßnahmen aus, die z.Zt. in der öffentlichen Diskussion sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • zeitliche Begrenzung des Krankengeldes • private Absicherung von Krankengeldbezug • weitere Leistungskürzungen beim Zahnersatz • Selbstbeteiligung („Eintrittsgeld“) beim Arztbesuch <p>Notwendige Sanierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen müssen nachhaltiger und sozial ausgewogen sein. Wir fordern deshalb:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einsparungen durch Zusammenlegung (z.B. BfA/LVA) bzw. Auflösung (z.B. Kassenärztliche Vereinigung) von Versicherungen und Verbänden • Beteiligung von Pharmaindustrie, Pharmahandel und Heilberufen (Ärzte, Apotheker) darf kein Tabu sein • Förderung preiswerter, alternativer Heilmethoden und Arzneimittel • Erweiterung der Beitragspflicht auf alle Berufs- und Einkommensgruppen <p>Weitgehende Kostentransparenz für Versicherte und Leistungsträger</p>	25 30 35 40 45
<p>Antrag G 27</p> <p><i>Unterbezirk Marburg-Biedenkopf (Bezirk Hessen-Nord)</i></p> <p>Reform der gesetzlichen Krankenversicherung</p> <p>Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden aufgefordert, sich in der folgenden Weise für eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung einzusetzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. schrittweise Anhebung der Versicherungspflichtgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung mit dem Ziel der Aufhebung binnen fünf Jahren 2. schrittweise An und Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Krankenversicherung binnen fünf Jahren 3. Einbeziehung aller Einkommensarten in die Berechnung des Beitrages zur gesetzlichen Krankenversicherung 4. Einbeziehung aller Personen in die gesetzliche Krankenversicherung 5. Sicherung der kostenlosen Mitversicherung von Kindern und Lebenspartnern 6. Keine weiteren Selbstbeteiligungen, Selbstbehalte oder Wahltarife 7. Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen 	50 55 60 65

1 Antrag G 28

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)*

5 *Einsparungen im Gesundheitssystem*

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die geplanten Einsparungen im Gesundheitssystem nicht allein oder überwiegend zu Lasten der Patientinnen und Patienten durchzuführen.

10 Gleichzeitig wird gefordert, die Mittel für die Gesundheitsprävention zu erhöhen, um Erkrankungen vorbeugend zu verhindern.

Die Freiheit der Arztwahl ist zu gewährleisten, unnötige Mehrfachuntersuchungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden.

15 Außerdem muss durch geeignete Maßnahmen sichergestellt werden, dass die willkürliche Preisgestaltung der Pharmakonzerne eingedämmt wird.

20 Antrag G 29

*Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)*

25 *Qualität und Transparenz im Gesundheitswesen*

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert im Rahmen der anstehenden und dringend notwendigen Reform im Gesundheitswesen die uneingeschränkte Transparenz der Kosten für alle Beteiligten (Patientinnen/Patienten, Kostenträger und Leistungserbringer) zu gewährleisten. Daneben ist es zwingend erforderlich den Qualitätsbegriff in der ärztlichen Versorgung und hier insbesondere im Bereich der ambulanten Versorgung eindeutig zu bestimmen und die Verantwortlichen durch entsprechende Regelungen ohne Ausnahme zur Umsetzung zu verpflichten.

35 Antrag G 30

*Ortsverein Oftersheim
(LV Baden-Württemberg)*

40 *Beitragsbemessungsgrenze*

Alle Bürgerinnen und Bürger, die in Deutschland Einkünfte beziehen, sollen unabhängig von der Einkommensart bis zur Beitragsbemessungsgrenze Beiträge in die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Die Höhe der zu zahlenden Rente soll nach dem gültigen Berechnungsmodus festgelegt werden.

50 Antrag G 31

*Unterbezirk Steinfurt
(Landesverband Nordrhein-Westfalen)*

55 *Öffnung der Gesetzlichen Krankenversicherung für den Personenkreis der nicht versicherten Sozialhilfe-Empfänger*

Die 1992 im Gesundheitsstrukturgesetz beschlossene Möglichkeit der Versicherungspflicht für Personen, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erhalten, soll nunmehr umgesetzt werden.

60 Wie im Gesundheitsstrukturgesetz ausgeführt, soll die Beitragsbemessung, die Meldepflicht etc. gesetzlich geregelt werden.

Da diese Forderung auch im Koalitionsvertrag aufgeführt ist, muss jetzt endlich die Umsetzung erfolgen.

Anträge	Notizen
Antrag G 32	1
<i>OV Villingen-Schwenningen (LV Baden-Württemberg)</i>	5
Rente	
Der SPD-Parteitag fordert den Parteivorstand auf, sich dafür einzusetzen, dass Arbeitnehmer/innen ab dem 1. Januar 2004 in einem bestimmten Zeitkorridor selbst darüber entscheiden können, wann sie in Rente oder Pension gehen.	10
Dazu sollte ein Zeitkorridor zwischen dem 64. und 68. Lebensjahr geschaffen werden.	
Antrag G 33	15
<i>Ortsverein Dannenberg (Bezirk Hannover)</i>	
Renteneintrittsalter	20
Eine Veränderung der Rentenhöhe durch die Hintertür (Renteneintrittsalter erhöhen, um über höhere Abschläge die tatsächlich ausgezahlte Rente zu senken) wird abgelehnt. Die Rentenkasse ist durch Einbeziehung aller Berufsgruppen finanziell besser zu stellen (ähnlich wie beim Schweizer Modell).	25
Antrag G 34	30
<i>OV München-Olympiadorf (LV Bayern)</i>	
Rentenversicherung – gesetzliche Altersgrenze	35
Den Vorschlägen der RÜRUP-Kommission zur Heraufsetzung der gesetzlichen Altersgrenze für die Rentenversicherung ist nicht zuzustimmen.	
Langfristig wird die Definition und Verteilung von Arbeit immer vordringlicher werden und innovative Lösungen verlangen. Deshalb können aus heutiger Sicht Beschlüsse zur langfristig geplanten Heraufsetzung der Altersgrenze lediglich die Minderung der gesetzlichen Rente durch Abschläge bei vorzeitiger Inanspruchnahme bezwecken. Richtigerweise wurde begonnen neben der gesetzlichen Rente eine zweite Säule aufzubauen, sei es als Riester-Rente, betriebliche oder individuelle Rentenversicherung. Hierzu könnte sich langfristig als dritte Säule eine freiwillige Weiterarbeit nach dem gesetzlichen Rentenalter im Einklang mit den Möglichkeiten des Arbeitsmarkts und dem individuellen Können und Wollen entwickeln.	40
	45
Antrag G 35	50
<i>OV Fedderwardergroden-Himmelreich (Bezirk Weser-Ems)</i>	
Alterssicherungssysteme	55
Die SPD-Fraktion im Dt. Bundestag wird aufgefordert:	
1. Die unterschiedlichen staatlichen Renten-, Pensions- und Zusatzversicherungs-Systeme mit möglichst kurzen Übergangsfristen in einem einheitlichen staatlichen Alterssicherungssystem zu vereinigen.	60
2. Die BfA Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die LVA's und die übrigen öffentlich-rechtlichen Rentenversicherungsträger (VBL und Knappschaften) in einem „Alterssicherungsamt“ mit regionalen Ämtern in allen Bundesländern zu fusionieren.	65
3. In diesem einheitlichen Alterssicherungssystem sollen alle natürlichen Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft im Alter von 18 – 65 Jahren nach den Einkünften ihrer Einkommensteuererklärungen versicherungspflichtig sein, bei einer Zusammenveranlagung anteilmäßig für jeden Steuerpflichtigen. Die Einzahlung der versicherungspflichtigen Leistungen kann durch Abzug vom Arbeitnehmereinkommen oder durch Vorauszahlungen wie bei der Steuer erfolgen.	
4. Das Alterssicherungssystem darf nicht mit systemfremden Leistungen – also nicht mit Leistungen an Personen, die nicht gem. Ziff. 3 selbst Leistungen erbracht haben – belastet oder beauftragt werden.	

- 1 5. Private Alterssicherungsverträge (Lebens- und Rentenversicherungen, betriebliche Rentenversicherungs-
verträge) werden von dieser Reform nicht beeinträchtigt. Die staatliche Förderung privater Alterssiche-
5 rungsverträge soll auf einheitliche, steuerlich abzugsfähige Vorsorgefreibeträge von max. z.B. 1.200,00 €
pro Jahr je Steuerpflichtigem begrenzt sein. Die neue „Riester-Rente“ ist zu vereinfachen und dem neuen
System anzupassen.
6. Die Alterssicherung deutscher Staatsbürger ohne steuerpflichtiges Einkommen und ohne Leistungen aus
dem staatlichen Alterssicherungssystem erfolgt durch Bundes- und Landesämter für Grundsicherung, de-
ren Leistungen nur aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Die bisher von den staatlichen Renten-
versicherungsträgern übernommenen Fremdleistungen müssen von den Grundsicherungsämtern geleistet
10 werden.

Antrag G 36

15 **Ortsverein Vechta**
(Bezirk Weser-Ems)

Frühverrentung

20 Sie SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die Bundesregierung werden aufgefordert, um die Kosten für
die Allgemeinheit bei Frühverrentungen zu senken und die Arbeitgeber diesbezüglich in die Pflicht zu nehmen,
die gesetzlichen Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch und den Arbeitsgesetzen dahingehend abzuändern,
dass gesetzlich vermutet wird, dass die Kündigung durch den Arbeitgeber eine altersbedingte Kündigung dar-
25 stellt, wenn der Arbeitnehmer das 55. Lebensjahr vollendet hat.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, für die Dauer von 5 Jahren, längstens jedoch bis zur Vollendung des 65. Le-
bensjahres des Arbeitnehmers, 50% der Arbeitslosengeldbezüge des Arbeitnehmers zu tragen.

Der Arbeitgeber kann von dieser Pflicht freigestellt werden, wenn er den Nachweis erbringt, dass die Kündi-
30 gung aus betrieblichen oder verhaltensbedingten Gründen erfolgte.

Antrag G 37

35 **Ortsverein Dippoldiswalde-Schmiedeberg**
(LV Sachsen)

Altersrente

Für eine Altersrente mit einem Grundanteil bei jeder Anpassung

40 Ein Teil der jährlichen Anpassung der Altersrente sollte als Sockelbetrag in absoluten Zahlen gewährt werden.
Der andere Teil wie üblich als prozentualer Wert.

45

50

55

60

65

H

Anträge zum Kapitel

„Für ein wirtschaftlich starkes und
sozial gerechtes Deutschland“

I

Anträge zu mehreren Kapiteln

Anträge	Notizen
Antrag I 1	1
<i>Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen</i>	
Investitionen für Wachstum und Beschäftigung Mut zu gerechten Reformen	5
1. Ausgangslage	10
Deutschland befindet sich in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation. Seit drei Jahren bewegen wir uns am Rande einer Rezession. Das Wirtschaftswachstum wird in diesem Jahr auf 0,4 Prozent prognostiziert. Dies reicht bei weitem nicht aus, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit nähert sich mit 4,6 Millionen Menschen neuen Rekordhöhen.	
Niemand bestreitet die Notwendigkeit von Reformen. Wir streiten uns nicht über das Ziel, wir diskutieren über den richtigen Weg und die richtigen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.	15
I. Die Ursachen der Arbeitslosigkeit bekämpfen Ein sozialdemokratisches Beschäftigungskonzept entwickeln	20
Zentrale Ursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist die dauerhaft schwache Konjunktur. Das Wachstum unserer Wirtschaft bleibt seit Jahren hinter den Erwartungen und den Möglichkeiten zurück. Ohne höheres Wachstum wird es uns nicht gelingen, die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Derzeit liegt die Beschäftigungsschwelle des Wachstums bei zwei Prozent. Davon sind wir weit entfernt.	
Beschäftigungspolitik ist mehr als die Reform arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Beschäftigungspolitik hat zu allererst das Ziel, Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Lohnpolitik auf das Ziel eine hohen Beschäftigungsstandes auszurichten. Hier hat es in den vergangenen Jahren Versäumnisse gegeben.	25
Die Ursache der Wachstumsschwäche unserer Wirtschaft ist der seit Jahren anhaltende binnenwirtschaftliche Nachfragemangel.	
Beschäftigung wurde in den vergangenen Jahren überwiegend in der Exportwirtschaft aufgebaut. War 1995 jeder sechste Arbeitsplatz unmittelbar von der Exportwirtschaft abhängig, so war es 2001 bereits jeder fünfte.	30
Das zentrale Ziel der Wirtschafts- und Finanzpolitik muß daher die Stärkung der Binnennachfrage sein.	
Unsere Finanzpolitik ist vorrangig auf den Abbau des enormen Schuldenbergs ausgerichtet. Dies ist verantwortlich gegenüber den kommenden Generationen und richtig in Zeiten ausreichenden Wirtschaftswachstums. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise ist es aber kontraproduktiv, an der starren Verschuldungsgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes festzuhalten, wie sie in Maastricht festgelegt wurde. Es geht nicht um maßlose Verschuldung, es geht um flexiblere Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung der Investitionskraft für Wachstum und Beschäftigung in der Konjunkturkrise.	35
Einzig die Lohnpolitik ist der Zielsetzung eines hohen Beschäftigungsstandes in den letzten Jahren gerecht geworden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben demgegenüber in den neunziger Jahren Reallohnverluste hinnehmen müssen. Die Tarifparteien haben auch die Steigerungen der Sozialversicherungsbeiträge durch niedrigere Tarifierhebungen berücksichtigt. Dies kommt in der sehr maßvollen Entwicklung der Lohnstückkosten im europäischen Vergleich zum Ausdruck. Von den Lohnnebenkosten ist keine zusätzliche Kostenbelastung, bzw. Renditeschwächung der Unternehmen ausgegangen. Insofern wäre es ein verfehelter Ansatz, sich von der Senkung der Lohnnebenkosten nennenswerte Beschäftigungseffekte zu versprechen, oder gar darin das Allheilmittel zu sehen.	40
Vor diesem Hintergrund spricht sich der SPD-Sonderparteitag für folgende Maßnahmen aus, die geeignet sind, Wachstum und Beschäftigung zu fördern:	45
<ol style="list-style-type: none"> 1. Der Anteil der öffentlichen Investitionen wird mittelfristig auf den europäischen Durchschnitt von 2,5 Prozent des BIP erhöht. 2. Die Finanzkraft der Kommunen wird gestärkt. Die in der Agenda 2010 vorgesehenen Maßnahmen werden ausdrücklich unterstützt. 3. Die Gewerbesteuer wird so reformiert, dass die kommunale Investitionskraft gestärkt wird. 4. Darüber hinaus wird die Vermögensteuer wieder eingeführt. Die Einnahmen dienen Ländern und Kommunen für dringend notwendige Bildungsinvestitionen. 5. Die nachfragewirksamen Elemente der Steuerreform werden vorgezogen. Der Eingangsteuersatz wird auf einen historischen Tiefstand gesenkt. Auf die weitere Senkung des Spitzensteuersatzes wird verzichtet. Die so eingesparten Mittel werden für die Erhöhung der Investitionen des Bundes verwendet. 6. Die Bundesregierung wird beauftragt, geeignete steuerliche Anreize für Unternehmen zu prüfen, die Arbeitsplätze schaffen. 7. Die Bundesregierung wird beauftragt, gemeinsam mit unseren europäischen Partnern eine Initiative für die flexiblere Gestaltung der Maastricht-Kriterien zu erarbeiten. 	50
II. Reform der Arbeitsmarktpolitik	65
Unser oberstes Ziel ist die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Dies sind wir den Millionen Menschen schuldig, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Wir wollen aus Arbeitslosen wieder Beitragszahler machen. Dies ist auch eine Grundvoraussetzung für die dauerhafte Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme.	

1 Die SPD-geführte Bundesregierung hat seit 1998 eine Reihe vernünftiger Strukturreformen auf den Weg gebracht, die alle in erster Linie ein Ziel hatten: die Arbeitslosigkeit zu senken. Beispielhaft seien genannt: das Job-Aktiv-Gesetz, das neue Instrumente der Arbeitsmarktpolitik eingeführt hat und die verschiedenen Sonderprogramme für besondere Problemgruppen des Arbeitsmarktes: Jugendliche, Schwerbehinderte und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Programme hatten Erfolge zu verzeichnen und müssen fortgesetzt werden.

5 Arbeitsmarktpolitik kann die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen. Arbeitsmarktpolitik kann aber unterstützend wirken, wenn es darum geht, möglichst viele Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind so lange unverzichtbar, wie das Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in einem so extremen Missverhältnis stehen wie derzeit. Dies gilt insbesondere für Ostdeutschland. Vor diesem Hintergrund ist die Politik der Bundesanstalt für Arbeit unverantwortlich, insbesondere die Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung drastisch zu reduzieren. Die Bundesregierung ist hier gefordert, ihren Einfluss für eine Korrektur dieser falschen Politik geltend zu machen.

10 Es gibt Reformbedarf in den Leistungssystemen der Arbeitslosenversicherung. Ziel kann aber nicht die Orientierung auf reine Leistungskürzungen sein. Dies wäre auch angesichts eines Verhältnisses von einer offenen Stelle für zehn Arbeitslose sozial unverantwortlich. Es wäre auch ökonomisch unvernünftig, da die verhältnismäßig geringen Unterstützungsleistungen für Arbeitslose unmittelbar nachfragewirksam sind. Die weitere Schwächung der Binnennachfrage würde die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen.

15 Die verlängerte Bezugsdauer der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld hat dazu geführt, dass sich viele Arbeitgeber auf Kosten der Solidargemeinschaft von ihren älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern getrennt haben. Dies kann nicht länger hingenommen werden. Die Arbeitgeber selbst haben im Bündnis für Arbeit einen Paradigmenwechsel bezüglich der Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschlossen. Daran müssen sie erinnert werden. Wir können auf die wertvollen Erfahrungen älterer Arbeitnehmer nicht verzichten. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die im SGB III enthaltene Erstattungspflicht der Arbeitgeber für das an ältere entlassene Arbeitnehmer gezahlte Arbeitslosengeld so zu ändern, dass Kündigungen auf Kosten der Solidargemeinschaft verhindert werden. Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird abgelehnt. Sie ist erst dann möglich, wenn sich das Verhältnis von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage wieder annähernd in einem Ausgleich befindet.

20 Das zentrale Problem der nächsten Jahre wird die Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit sein. Es ist die wichtigste soziale Frage, wie besonders Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt ist auf Jahre hinaus unverzichtbar und trägt zur Stabilisierung des sozialen Frieden bei.

25 Den nun zu gründenden Job-Centern kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Es ist auf Dauer nicht sinnvoll, zwei steuerfinanzierte Leistungssysteme mit unterschiedlichen Rechtsgrundlagen aufrechtzuerhalten, zumal eine große Zahl von Betroffenen Ansprüche an beide Systeme hat. Die Reform der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist daher notwendig. Es ist ein großer Fortschritt, wenn künftig auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger Zugang zu allen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben.

30 Die Zusammenlegung beider Systeme darf aber nicht zu einem Kahlschlag bei den Leistungen für bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger führen. Insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose, die faktisch keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben, würde dies eine soziale Härte bedeuten, die nicht vertretbar ist. Die Festlegung im Regierungsprogramm der SPD, das die Arbeitslosenhilfe nicht auf das Niveau der Sozialhilfe gesenkt wird, muss weiter Bestand haben. Ebenso dürfen die Kriterien der Vermögens- und Einkommensanrechnung nicht den Kriterien der heutigen Sozialhilfe angeglichen werden. Viele Arbeitnehmer würden ansonsten nach einem langen Arbeitsleben sehr schnell in das soziale Abseits abgeschoben. Der Vorrang muss auf der schnelleren Vermittlung und der passgenaueren Qualifizierung der Betroffenen liegen.

35 Einen besonderen Schwerpunkt legen wir Sozialdemokraten auf die Arbeitsmarktsituation junger Menschen. Es ist ein Skandal, dass derzeit 560.000 junge Menschen arbeitslos sind. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren besonders mit dem Jump-Programm viel dazu beigetragen, dass Jugendliche wieder eine Chance auf Arbeit und Ausbildung bekommen.

40 Der SPD-Sonderparteitag unterstützt ausdrücklich die in der Agenda 2010 festgelegten weiteren Maßnahmen:

1. die Task-Force für mehr Ausbildungsplätze
2. das Sonderprogramm für 100.000 jugendliche Sozialhilfeempfänger
3. die Verstetigung des Ausbildungsplatzprogramms in Ostdeutschland

45 Auf Dauer kann der Staat aber nicht die Ausbildungsverantwortung der Wirtschaft übernehmen. Der Zustand, dass nur ein Drittel der ausbildungsberechtigten Betriebe auch ausbildet, ist nicht länger hinnehmbar. Deshalb wird die Bundesregierung aufgefordert, gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, dass Unternehmen, die nicht ausbilden, mehr finanzielle Lasten tragen.

60 **III. Verkrustungen in der Wirtschaftsstruktur aufbrechen**

Der SPD-Sonderparteitag unterstützt die in der Agenda 2010 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigung im Handwerk und in mittelständischen Betrieben. Mittelstand und Handwerk spielen beim Aufbau von mehr Beschäftigung eine entscheidende Rolle.

65 Die Modernisierung des Handwerksrechtes, die Beschränkung des Meistervorbehaltes und die Erleichterungen für Gesellen, sich selbständig zu machen, werden wichtige Impulse liefern.

Das deutsche Arbeitsrecht ist in den vergangenen Jahren vielfältig flexibilisiert worden. Insbesondere sind die Möglichkeiten der befristeten Beschäftigung ausgeweitet worden und Teilzeitbeschäftigung stärker gefördert worden. Letzteres wird von vielen Arbeitgebern zu wenig genutzt. Darüber hinaus bieten eine Vielzahl von Ta-

Anträge	Notizen
rifverträgen große Gestaltungsräume, die von den Unternehmen aber nur wenig in Anspruch genommen werden.	1
Der SPD-Sonderparteitag sieht keinen weiteren Handlungsbedarf im Bereich des Arbeitsrechtes. Eine Aufweichung des Kündigungsschutzrechtes schafft nicht mehr Arbeitsplätze. Es gibt keinen belastbaren Beleg für die These vom Kündigungsschutz als Einstellungshemmnis. Die Grundorientierung des Kündigungsschutzrechtes auf den Erhalt des Arbeitsplatzes muss erhalten bleiben.	5
IV. Reformen der sozialen Sicherungssysteme	
Die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland haben sich bewährt. Die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzliche Krankenversicherung gehören zum Fundament unseres Sozialstaates und haben bereits viele Krisensituationen gemeistert.	10
Die Sozialversicherung unterliegt derzeit starken finanziellen Belastungen. Dabei sind es nicht die Kosten des Systems, sondern die Beitragssätze, die stark ansteigen. Der Anteil der Rentenausgaben und der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt ist den letzten zwanzig Jahren relativ stabil geblieben. Entgegen weitläufigen Behauptungen ist für die steigenden Beitragssätze nicht der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung verantwortlich. Ursächlich sind vor allem die anhaltende konjunkturelle Schwäche, die hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Lohnanteile der Beschäftigten und die falsche Finanzierung der deutschen Vereinigung über die Beitragszahler. Hinzu kommen finanzielle Verschiebepunkte zu Lasten der Sozialversicherung.	15
Seit Jahren wird die gesetzliche Rentenversicherung schlechtgeredet, mit der Folge, dass das Vertrauen insbesondere der jungen Generation in die GRV stark beeinträchtigt ist. Sachlich zu begründen ist dies nicht. Die umlagefinanzierte Rentenversicherung wurde immer wieder den neuen Herausforderungen angepasst, zuletzt mit der Rentenreform 2001 und der Ergänzung einer zusätzlichen kapitalgedeckten Säule.	20
Die absehbare demografische Entwicklung erfordert weitere Reformen. Dabei ist für uns Sozialdemokraten klar: Wir wollen keinen Systemwechsel. Mittelfristig muss die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden. Die Finanzierungsbasis muss verbreitert werden. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters oder deutliche Absenkungen des Rentenniveaus sind keine Lösungen, denn sie würden die Akzeptanz der Rentenversicherung bei den Menschen zerstören.	25
Reformbedarf gibt es auch in der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hat sich an den Prinzipien der solidarischen Finanzierung und der Sicherung der medizinisch notwendigen Versorgung aller versicherten Personen zu orientieren. Vorrangiges Ziel ist die Steigerung der Qualität, Effizienz und der Transparenz unseres Gesundheitssystems.	30
Vor diesem Hintergrund begrüßt der Sonderparteitag der SPD die Zielrichtung der von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt vorgelegten Eckpunkte für eine Gesundheitsreform.	35
Für uns Sozialdemokraten sind insbesondere folgende Schwerpunkte von herausragender Bedeutung:	
1. Die integrierte Versorgung muß durch die Förderung von Kompetenzzentren für Gesundheit gestärkt werden. Diese Kompetenzzentren sollten künftig den Mittelpunkt der Gesundheitsversorgung darstellen. Dadurch kann die Trennung zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern überwunden werden. Der Hausarzt sollte in diesem System der Lotse für die medizinische Versorgung werden. Die stärkere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung bedeutet eine optimalere Betreuung der Patienten und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen.	40
2. Es muß eine weitestgehende Vertragsfreiheit für Ärzte, Krankenhäuser und Krankenkassen geschaffen werden. Die Möglichkeit zur Kooperation darf nicht durch ständische Interessen verhindert werden.	
3. Die Information der Patientinnen und Patienten muß verbessert und ihre Rechte gestärkt werden.	45
4. Wir brauchen für die wichtigsten und größten Krankheitsbilder Leitlinien für die Behandlung. Dies sichert die Qualität der Versorgung und führt auch zu erheblichen Einsparungen im Gesundheitssystem. Die geplante Einrichtung eines Deutschen Zentrums für Qualität in der Medizin ist daher ein richtiger Schritt.	
5. Die Einführung einer Fortbildungspflicht für Ärztinnen und Ärzte ist ein notwendiger Schritt zur Sicherung der Qualität der Versorgung. Die Fortbildungspflicht sollte allerdings auch kontrolliert werden und daher durch zwingende Prüfungen ergänzt werden.	50
Die solidarische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung mit der hälftigen Beitragszahlung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß erhalten bleiben.	55
Die Herausnahme des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der GKV führt mindestens zu einer Verdoppelung der privaten Aufwendungen für die Absicherung des Status Quo beim Krankengeld für den Einzelnen. Ein Steuerungseffekt auf die Kostenentwicklung im Gesundheitssystem ist von dieser Maßnahme nicht zu erwarten. Vielmehr handelt es sich um eine einseitige Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und weiteren Kaufkraftentzug. Wir wollen eine Senkung der Beitragsbelastung, keine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	60
Für die dauerhafte Stabilisierung, bzw. Senkung der Beitragssätze zur GKV kommen aus unserer Sicht folgende Maßnahmen in Betracht:	
1. Die Verbreiterung des Kreises der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Langfristig sind alle Erwerbstätigen in die GKV zu integrieren.	65
2. Die Anhebung der Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze auf mindestens das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.	
3. Die stärkere Steuerfinanzierung von Leistungen ohne direkten Krankheitsbezug.	

1 Mit diesem Reformprogramm werden wir Sozialdemokraten Deutschland wieder auf den Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung bringen. Wir wollen unser Land sozial gerecht reformieren.
 Sozialdemokratische Reformpolitik hatte immer das Ziel, den Menschen zu nützen und dem Allgemeinwohl zu dienen. Sie unterscheidet sich damit von Konservativen und Liberalen, die in erster Linie Partikularinteressen verfolgen. Dies wieder in den Vordergrund zu rücken ist wesentliche Voraussetzung für die strukturelle Mehrheitsfähigkeit der SPD.

10 *Antrag I 2*

Jusos in der SPD

Die Agenda 2010 als Zukunftsprogramm formulieren!

15 Die Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit ist Leitmotiv der sozialdemokratischen Regierungspolitik seit 1998. Unsere Regierungspolitik muss sich daran messen lassen, dass sie in der Lage ist, diesen Zielen gerade in schwierigen Zeiten gerecht zu werden. Die Agenda 2010 muss daher zu einem Zukunftsprogramm weiterentwickelt werden.

20 Kern einer zukunftsfähigen Strategie muss eine fortschrittliche Wirtschafts- und Innovationspolitik zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen sein. Die aktuelle v.a. unter dem Eindruck schwindender Steuer- und Beitragseinnahmen geführte Rückschnittsdebatte reagiert dagegen nur auf ein Symptom. Die Umsetzung vieler Vorschläge wird die konjunkturelle Krise eher vertiefen, denn aus ihr heraus helfen. Dabei ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Diese darf jedoch nicht darauf angelegt sein, die großen Lebensrisiken und ihre Absicherung zu privatisieren sondern ihre kollektive Absicherung zukunftsfest zu machen.

Die konjunkturelle und strukturelle ökonomische Krise kann nur durch substanzielle ökonomische Entscheidungen und eine gemeinsame Kraftanstrengung überwunden werden. Offensichtliche Symbolpolitik und die Verweigerungshaltung der Eliten des Landes helfen dabei nicht weiter sondern behindern einen solchen Aufbruch. Die Lasten, die aktuell zu tragen sind, müssen solidarisch finanziert werden. Wir erwarten hierbei auch einen Beitrag der Vermögenden.

30 Diese und andere Punkte sind in den letzten Wochen in unserer Partei heftig diskutiert worden und haben die Parteiführung zur Einberufung eines Sonderparteitages veranlasst. Dies ist u.a. das Ergebnis des von mehreren Abgeordneten initiierten Mitgliederbegehrens „Wir sind die Partei“. Wir Jusos wenden uns entschieden gegen die innerparteiliche Diskreditierung dieses demokratischen, transparenten und in den Statuten der SPD verankerten Instruments sowie gegen die Diffamierung der InitiatorInnen.

Die Sozialdemokratie muss einen Perspektivwechsel einleiten. Statt jeden Tag neue Zumutungen zu verkünden, muss die Orientierung darauf gerichtet werden, was wir gemeinsam für die Menschen erreichen wollen und welchem Ziel die anstehenden Reformen dienen. Die Agenda 2010 bietet den Rahmen, innerhalb der die Politik der kommenden Monate diskutiert werden muss. Sie bedarf der Weiterentwicklung, Ergänzung und Korrektur an verschiedenen Punkten:

1. Für eine aktive Wirtschafts- und Innovationspolitik.

45 Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand. Wohlstand braucht Beschäftigung für alle und soziale Sicherheit. Die Sozialdemokratie tritt an, durch eine aktive Wirtschafts- und Innovationspolitik die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Notwendig bleibt weiterhin eine kluge Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik, die das Wachstum stärkt, die öffentliche und private Investitionen unterstützt und den wirtschaftlichen Strukturwandel gestaltet.

- 50 • Die im Januar beschlossene Mittelstandsoffensive und die Vorschläge zur Öffnung der Regelungen der Handwerksordnung weisen in die richtige Richtung. Ergänzt werden müssen diese Ansätze durch eine aktive Struktur- und Innovationspolitik, die gezielte Förderung von zukunftsfähigen Branchen und Qualifikationen.
- 55 • Notwendig ist eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Investitionsnachfrage. Eine mutige Gemeindefinanzreform kann hier wichtige Impulse geben, wenn die Investitionskraft der Gemeinden dadurch nachhaltig gestärkt wird. Das NRW-Modell zur Ertüchtigung der Gewerbesteuer (gemeindliche Betriebssteuer) muss deshalb Grundlage der notwendigen Verhandlungen werden. Als konjunkturstützende Brücke für das Jahr 2003 ist kurzfristig ein kommunales Investitionshilfeprogramm in Höhe von 15 Mrd. €. Aufzulegen.
- 60 • Bildung entscheidet über die Zukunft. Deswegen war es richtig, dass die Bundesregierung die Bildungsinvestitionen Jahr für Jahr erhöht hat. Sorgenkind bleibt die berufliche Ausbildung. Weit über 100.000 Jugendliche drohen in diesem Jahr unversorgt zu bleiben. Notwendig ist – sollte die Wirtschaft ihr Versprechen auch in diesem Jahr nicht einhalten – die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung. Wir erwarten dann eine entsprechende Gesetzesinitiative noch im Jahr 2003.
- 65 • Zur Bekämpfung der wieder ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit ist das im Regierungsprogramm enthaltene Programm JUMPplus kurzfristig umzusetzen.

Anträge	Notizen
2. Für eine sozialdemokratische Reform der sozialen Sicherungssysteme.	1
Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen grundlegender und weitreichender Reformen. Mit dem Wandel der Arbeitswelt und dem demographischen Wandel sind auch hier wichtige Grundlagen strukturell in Frage gestellt. Wichtige Parameter müssen neu justiert werden. Jedoch werden die Probleme des demographischen Wandels und des Wandels der Arbeitswelt durch eine Privatisierung sozialer Risiken nicht gelöst sondern verschärft.	5
<ul style="list-style-type: none"> • Notwendig ist vor allem eine schrittweise Verbreiterung der Träger der Sozialversicherungen auf alle Einkommensarten und die Einführung einer Produktivitätskomponente in die entsprechenden Beitragsformeln um die Sozialversicherungssysteme strukturell in einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Die Reform der Krankenversicherung muss mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt reformiert werden. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus geht es um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems, einschließlich der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich. Hierbei kommt den Leistungserbringern und der Pharmaindustrie eine besondere Verantwortung zu. Das Krankengeld muss als gesetzliche Pflichtleistung im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung verbleiben und weiterhin paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert werden. Auch hier ist eine Herausnahme und Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen angezeigt. In einem ersten Schritt sind die privaten Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Kassen miteinzubeziehen. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Die geplante Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für alle arbeitsfähigen Erwerbslosen ist ein wichtiger Schritt heraus aus dem unwürdigen Verschiebebahnhof der vergangenen Jahre und hin zu Hilfen zur Arbeit aus einer Hand. Personen sind als „erwerbsfähig“ einzustufen, wenn sie gemäß der Definition im SGB VI mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können. 	20
<ul style="list-style-type: none"> • Die Absenkung des sog. Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau lehnen wir ab. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der EmpfängerInnen der neuen Leistung auch wegen der notwendigen Pauschalierung einmaliger Hilfen deutlich oberhalb der Sozialhilfe gewährleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, sowie der Besitzstand von Familienangehörigen geschont wird. Bei rentennahen Jahrgängen (ab 50 Jahren) entfällt die Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung. Die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, sowie zur Rentenversicherung werden gemäß den Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung in voller Höhe steuerfinanziert übernommen. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird eine Abkehr von der über die Sozialversicherungssysteme finanzierten Frühverrentungspolitik propagiert. Diese darf aber nicht dazu führen, dass die dadurch entstehenden Probleme der Finanzierung der Frühverrentung auf die älteren Arbeitslosen abgewälzt werden. Gerade bei diesen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes einer formlosen Verlängerung der Leistungen im bisherigen Umfang, wenn nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz (nach heutiger Gesetzeslage – keine MiniJobs) durch das Arbeitsamt angeboten werden kann. 	30
Wir sprechen uns für die Einführung einer Arbeitsversicherung aus, wie sie schon im Hartz-Konzept unter dem Titel „Beschäftigungsversicherung“ thematisiert wurde, die durch die finanzielle Flankierung von Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung, öffentlicher Beschäftigung und Qualifizierung einen neuen strategischen Ansatz für eine präventive und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik bietet.	35
3. Für eine solidarische Finanzierung der Lasten.	40
Die aktuelle Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes spiegelt sich zwangsläufig in den öffentlichen Kassen aller Ebenen und aller Institutionen wieder. Diese Lasten müssen solidarisch geschultert werden. Es gilt das Prinzip, dass starke Schulden mehr tragen müssen als schwache Schultern.	45
<ul style="list-style-type: none"> • Notwendig ist die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Beide Einnahmearten würden direkt den Bundesländern zugute kommen und können so wichtige Aufgaben im Bildungssektor und im Bereich der Ganztagsbetreuung finanzieren. 	50
<ul style="list-style-type: none"> • Zu prüfen ist eine Spreizung des Mehrwertsteuersatzes, durch die handwerkliche und dienstleisterische Tätigkeiten begünstigt, Luxusgüter im Gegenzug belastet würden. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Die angedachte Zinsabgeltungssteuer ist nicht zielführend und muss deshalb aufgegeben werden. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern und Gemeinden zu dauerhaften Einnahmeausfällen in der Höhe von voraussichtlich 3 Milliarden Euro führen. 	60
<ul style="list-style-type: none"> • Die Entlastung unterer und mittlerer Einkommensarten ist sinnvoll, um die Binnennachfrage zu steigern. Allerdings sollte von der Reduzierung des Spitzensteuersatzes Abstand genommen werden. 	65
4. Für eine effektive und ergebnisorientierte Frauen- und Gleichstellungspolitik	
Neben der Umsetzung der Ganztagsbetreuung müssen weitere gesetzliche Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen eingeführt werden. Dazu gehört auch ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, das gleichen Lohn für gleiche Leistung schafft. Dieses muss vor allem klare Vorgaben zur Förderung der Chancengleichheit durch effektive Zielvorgaben für die Vergabe von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie verbindliche Gleichstellungspläne in Betrieben beinhalten.	65

Antrag I 3*Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen***Änderungsantrag zum Leitantrag****Präambel**

Nach Ende des 3. Absatz und den fünf Spiegelpunkten anfügen:

„Alle diese Fragestellungen sind auch unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen.“

Kapitel Demographischer Wandel, am Ende anfügen nach „fortgesetzt werden“

„Hierzu gehören unter anderem auch Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenerwerbsquote auf europäisches Vergleichsniveau, was auch einen Anstieg der Beitragszahlenden mit sich bringen würde.“

Im Kapitel Gerechtigkeit heute, 2. Absatz, am Ende des 3. Spiegelpunktes anfügen: „es erfolgte ein Einstieg in die eigenständige Alterssicherung von Frauen“.

Im Kapitel Gerechtigkeit heute, 2. Absatz, am Ende des 4. Spiegelpunktes anfügen: „Besonders die verschämte Altersarmut von Frauen haben wir hierdurch gemildert, da die Kinder im Regelfall nicht mehr herangezogen werden.“

Im Kapitel Gerechtigkeit heute, 2. Absatz, nach dem 6. Spiegelpunkt einen neuen 7. Spiegelpunkt einfügen:

„Um insbesondere für Geringverdienende, vor allem Frauen, die nicht dauerhaft voll erwerbstätig sind, den Genuss der staatlichen Förderung zu sichern, ist eine obligatorische Regelung zu erwägen und darüber hinaus die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch Unisex-Tarife anzustreben.“

Im Kapitel Gerechtigkeit heute, 3. Absatz, 5. Satz einfügen:

Nach „Gesellschaft festigt“ „der Gleichstellung der Geschlechter dient“

Kapitel Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010

8. Absatz, 3. Satz

einfügen nach „... sondern Möglichkeiten stehen, an Bildungschancen wie am Erwerbsleben“ „auch nach den Grundsätzen der Geschlechtergerechtigkeit“

Kapitel Unser Weg in die Zukunft: Agenda 2010

Im Absatz 13, 1. Satz einfügen zwischen „...sozialer Gerechtigkeit“ und „ökologischer Verträglichkeit...“ „Gleichstellung der Geschlechter“

Kapitel 2. Bildung, Ausbildung und Innovation, Unterkapitel Investitionen in Bildung und Forschung

Im 3. Absatz, 2. Satz einfügen nach „... wirklich zu nutzen“ „und um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu verbessern“.

Kapitel 2. Bildung, Ausbildung und Innovation, Unterkapitel Ausbau der Kinderbetreuung

Ans Ende des Unterkapitels anfügen: „Hinzu kommen muss ein Ausbau von Dienstleistungsangeboten, die von erwerbstätigen Eltern nachgefragt werden.“

Kapitel 3 Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung, Unterkapitel Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht

Am Ende des Unterkapitels anfügen: „Der Familienstand darf dabei keine Rolle spielen, d.h. Frauen dürfen nicht deshalb gekündigt werden, weil es ein anderweitiges Einkommen gibt.“

Kapitel 3 Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung, Unterkapitel Reform der Sozialhilfe – gerechter, effizienter, mehr Eigenverantwortung

Am Ende des Unterkapitels anfügen: „Dabei werden wir dafür sorgen, dass (Ehe-)Partner/innen einer Bedarfsgemeinschaft, die nur deshalb kein Arbeitslosengeld II beziehen, weil aufgrund der veränderten Bedingungen Einkommensgrenzen überschritten sind, weiterhin berechtigt sind, an Weiterbildungs- und Eingliederungsmaßnahmen teilzunehmen. Andernfalls würden die Vermittlungschancen, insbesondere von arbeitslos gewordenen Ehefrauen, drastisch sinken“.

Kapitel 4 Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme, Unterkapitel Bezahlbare Gesundheit für alle

5. Absatz, nach dem 3. Spiegelpunkt neuen Spiegelpunkt einfügen:

„Wir werden eine maßvolle Beteiligung nicht erwerbstätiger Ehepartner/innen an den Krankenkassenbeiträgen prüfen“.

Kapitel 4 Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme, Unterkapitel Die Rente für die Zukunft sichern

1. Absatz, nach dem 5. Satz einfügen: „Eine möglichst geschlossene Erwerbsbiographie von Frauen und die Steigerung der Erwerbsquote von Frauen stellen hier ein wichtiges Potenzial dar, das ausgeschöpft werden muss.“

Anträge	Notizen
<i>Antrag I 4</i>	1
<i>AG 60plus</i>	
<i>Änderungsantrag zum Leitantrag</i>	5
1. Frühverrentung:	
Es soll ein Gesetz beschlossen werden, daß Firmen, die Teile ihrer Belegschaft in den Vorruhestand schicken wollen, alle Kosten (Gehälter – Sozialabgaben) bis zum gesetzlichen Rentenanspruch der Betroffenen, das heißt, zurzeit bis zum 65 Lebensjahr bezahlen müssen.	10
Für alle Arbeitslosen über 55 Jahre, die der Arbeitsverwaltung uneingeschränkt zu Verfügung stehen, soll das Arbeitslosengeld wie bisher 32 Monate gezahlt werden.	
Das würde auch den älteren Arbeitnehmern zugute kommen, die durch die Veränderung der Kriterien der Sozialauswahl aus einer Firma ausscheiden müssen.	15
2. Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe:	
Wir begrüßen die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe. Wir fordern jedoch daß Menschen, die der Arbeitsverwaltung uneingeschränkt zu Verfügung stehen, zusätzlich Anspruch auf Kindergeld haben,sofern sie anspruchsberechtigt sind.	20
Es kann nicht angehen, daß die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft, nämlich unsere Kinder, auf Leistungen verzichten müssen, die jedem Mitglied unserer Gesellschaft, ohne Prüfung seines Einkommens, gewährt werden.	25
Ferner sollten die Kommunen per Gesetz verpflichtet werden,die Einsparungen, die sie durch die Übernahme der Kosten des Arbeitslosengeldes 2 durch den Bund haben, Vorrangig der Schul- und Bildungspolitik sowie für die Finanzierung der investiven Pflegekosten zu Verfügung zu stellen.	
3. Bezahlbare Gesundheit:	30
Wir wissen, daß bedingt durch den medizinischen Fortschritt und unsere älter werdende Gesellschaft, die Kosten im Gesundheitswesen stark angestiegen sind.	
Wir begrüßen deshalb alle Massnahmen, die geeignet sind, diese Kosten ohne Leistungsverluste für die Menschen zu begrenzen.	35
Das gilt selbstverständlich auch für die Ausgaben der medikamentösen Versorgung der Bevölkerung.	
Es ist jedoch unserer Meinung nach ein Unding, daß deutsche Beitragszahler in der gesetzlichen Krankenversicherung Medikamente, die in Ländern der europäischen Union teilweise 50 bis 60 % billiger verkauft werden, mit ihren Beiträgen subventionieren.	40
Wir fordern daher, daß alle Medikamente in der europäischen Gemeinschaft zu gleichen Preisen verkauft werden.	
Desweiteren fordern wir die Aufhebung der Preisbindung für Medikamente, um mehr Wettbewerb auf dem Arzneimittelmarkt zu schaffen.	
Wir sind der Meinung, dass bei einer Umsetzung unserer Vorschläge es nicht nötig wäre, den Beitrag für das Krankengeld aus der paritätischen Finanzierung herauszunehmen.	45
 <i>Antrag I 5</i>	 50
<i>AG 60plus</i>	
<i>Agenda 2010</i>	55
Der Parteivorstand möge dafür Sorge tragen, dass	
1. für die Erhaltung unserer sozialen Sicherungssysteme alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden, z.B. die Erweiterung der Beitragspflicht auf alle Einkommensbezieher und evtl. die Einführung einer Besteuerung von Luxusgütern,	
2. den Präventionsausbau konsequent für Alt und Jung zu forcieren,	60
3. keine Rentenkürzungen vorgenommen werden und mindestens der Teuerungsausgleich erhalten bleibt.	
	65

1 **Antrag I 6***Landesverband Mecklenburg-Vorpommern*5 **Agenda 2010**

Wir unterstützen den vom Parteivorsitzenden Gerhard Schröder vorgelegten Leitantrag „Mut zur Veränderung“ zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Wir wissen aber auch um die Sorgen und Ängste bei vielen Menschen, weil die notwendigen Reformen auch harte Einschnitte erfordern. Deshalb muss klar sein, die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Allerdings sind Veränderungen unseres Sozialstaates nötig, wenn er erhalten bleiben soll.

Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den vergangenen fünfzig Jahren grundlegend verändert, das deutsche Sozialsystem dagegen ist von seiner Struktur her nahezu unverändert geblieben.

Deutschland muss diese Veränderungen nun in wirtschaftlich schweren Zeiten angehen. Wir schaffen die Voraussetzungen für mehr Arbeit, bewahren soziale Sicherheit und sichern Wohlstand für die ganze Gesellschaft. Am Prinzip, dass denen, die einer Unterstützung bedürfen unter die Arme gegriffen werden muss, wollen und werden wir festhalten.

Die Sozialdemokratie ist sich dieser Herausforderung bewusst und stellt sich ihrer Verantwortung. Bei den notwendigen Veränderungen orientieren wir uns an den Leitlinien und Prinzipien sozialdemokratischer Politik wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Die SPD fordert ihre Mitglieder und insbesondere ihre Funktions- und Mandatsträger auf allen politischen Ebenen auf, die notwendigen Diskussionen über die Zukunft des Standortes Deutschland und über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme auch weiterhin zu führen.

Ostdeutschland ist noch immer weit entfernt von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung. Der seit der deutschen Einheit eingeleitete wirtschaftliche und soziale Angleichungsprozess ist trotz erheblicher Transferleistungen in vielen Regionen ins Stocken geraten. Es droht sogar eine dauerhafte Abkoppelung ostdeutscher Regionen, die sich insbesondere in einer dramatischen strukturellen Arbeitslosigkeit zeigt.

Die Agenda 2010 muss deshalb die besonderen Bedingungen Ostdeutschlands einbeziehen. Zur Umsetzung der Agenda 2010 sind daher folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Besonders die Menschen in den strukturschwachen Regionen, von denen die meisten in Ostdeutschland leben, brauchen mittelfristig weiterhin einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Diese Maßnahmen müssen mindestens auf dem Niveau des Jahres 2002 fortgeführt werden. Die Strukturschwäche der Regionen bei der Vergabe der Mittel muss hierbei eine stärkere Berücksichtigung finden. Bei der Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und der Einführung des Arbeitslosengeldes II muss es zu differenzierten Regelungen kommen, die die Höhe der Arbeitslosigkeit in den Regionen und die besondere Erwerbslage der Frauen berücksichtigen.

2. Angesichts des hohen Anteils älterer Arbeitsloser in Ostdeutschland halten wir ein Sonderprogramm „Aktiv zur Rente“ für erforderlich. Im Rahmen dieses Programms soll älteren Arbeitslosen die Erledigung öffentlich interessierender Aufgaben angeboten werden. Dabei kann auf Erfahrungen mit SAM, aber auch auf entsprechende Landesprogramme, z.B. aus Mecklenburg-Vorpommern zurückgegriffen werden. Weiterhin gilt es, insbesondere die beruflichen Erfahrungen der Älteren an Jüngere zu vermitteln.

3. Um eine verstärkte Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland zu vermeiden, ist ein besonderes öffentliches Engagement für Ausbildung und Arbeit junger Menschen in Ostdeutschland erforderlich. Wir begrüßen deshalb, dass das Ausbildungsprogramm für Ostdeutschland verstetigt und falls notwendig eine Umlagefinanzierung ermöglicht wird. Diese Anstrengungen müssen aufrechterhalten werden, bis die geburtenschwachen Jahrgänge im Ausbildungsalter sind. Ergänzend halten wir ein Programm für die Bewältigung der zweiten Schwelle, z. B. in Form von Lohnkostenzuschüssen für Betriebe, die Azubis übernehmen, für notwendig.

4. Die Gemeindefinanzreform muss zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Die Reform muss den Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Die Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe für erwerbsfähige Bedürftige muss nach dem Grundsatz „fördern und fordern“ die Betroffenen aktivieren und wird die Kommunen finanziell erheblich entlasten.

5. Wegen des hohen Anteils an Langzeitarbeitslosen wird sich die Kürzung bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe in Ostdeutschland besonders negativ auswirken. Der dadurch verursachte Kaufkraftentzug würde zu einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Um das zu verhindern, müssen die eingesparten Mittel in vollem Umfang bei den Kommunen verbleiben und insbesondere für die Verbesserung der Investitionstätigkeit sowie für den Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stehen.

6. Um die kommunale Investitionstätigkeit wieder zu beleben, sind verstärkte Anstrengungen notwendig. Das von der Bundesregierung initiierte Kreditprogramm (KfW-Programm) muss deshalb durch eine kommunale Investitionszuschüsse ergänzt werden. Diese Zuschüsse mit einem Volumen von mindestens 1 Mrd. EURO jährlich sollte bereits in 2003 ausgezahlt und auch in 2004 bereitgestellt werden und soll ausschließlich Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu Gute kommen. Zur Finanzierung in Ostdeutschland ist ein Vorziehen von Geldern aus dem Solidarpakt II zu prüfen.

Anträge	Notizen
7. Nach dem erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur – wenn auch noch lange nicht abgeschlossen – in den vergangenen Jahren, ist die Fortführung des Aufbaus Ost mit zusätzlichen Investitionen in die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland notwendig. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Finanzierung der großen Forschungseinrichtungen zu entflechten. Dies soll vor allem für eine Gründungs-offensive bei den Forschungszentren genutzt werden. Bei Entscheidungen über neu einzurichtende Forschungs-zentren und Bundeseinrichtungen müssen die ostdeutschen Länder grundsätzlich Vorrang haben. Darüber hin-aus soll der von der Bundesregierung angekündigte weitere Aufwuchs bei den Forschungsorganisationen pri-mär den Aufbau der Forschung im Osten ermöglichen.	1 5
8. Die ostdeutschen Bundesländer benötigen für ihre wirtschaftsstrukturelle Konsolidierung auch nach 2006 weiterhin die Ziel-1-Gebietsförderung der Europäischen Kommission und damit die Möglichkeit, europäische und nationale Höchstfördersätze gewähren zu können.	10
9. Bei der Gesundheitsreform sollten die ostdeutschen Erfahrungen (z. B. Polikliniken, Ambulanzen) ausge-wertet und ggf. aufgenommen werden.	15
10. Auch im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft benötigen wir einen grundle-genden Neuansatz, um Ostdeutschland an die künftige, gemeinsame europäische Wirtschaftsentwicklung an-zukoppeln. Deshalb wird die SPD in Ergänzung der Agenda 2010 noch in diesem Jahr ein langfristig angeleg-tes Konzept „Initiative Aufholprozess Ost“ entwickeln und umsetzen.	20
Antrag I 7	25
Landesverband Thüringen	
Agenda 2010	
Wir unterstützen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands den vom Parteivorsitzenden vorgelegten Leit Antrag „Mut zur Veränderung“.	30
Wir wissen aber auch um die Sorgen und Ängste bei vielen Menschen, weil die notwendigen Reformen auch harte Einschnitte erfordern. Deshalb muss klar sein, die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtig-keit. Allerdings sind Veränderungen unseres Sozialstaats nötig, wenn er erhalten bleiben soll.	
Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den vergangenen fünfzig Jahren grundlegend verändert, das deut-sche Sozialsystem dagegen ist von seiner Struktur her nahezu unverändert geblieben.	35
Deutschland muss diese Veränderungen nun in wirtschaftlich schweren Zeiten angehen. Dazu brauchen wir jetzt zügige Schritte, um die Voraussetzung für mehr Arbeit zu schaffen, soziale Sicherheit zu bewahren und Wohlstand zu sichern. Am Prinzip, dass denen, die einer Unterstützung bedürfen unter die Arme gegriffen wer-den muss, wollen und werden wir festhalten. Die Wege um diesem Prinzip treu zu bleiben, müssen jedoch dis-kutiert und gegebenenfalls verändert werden.	40
Die Sozialdemokratie ist sich dieser Herausforderung bewusst und stellt sich ihrer Verantwortung. Bei den not-wendigen Veränderungen orientieren wir uns an den Leitlinien und Prinzipien sozialdemokratischer Politik wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.	
Die SPD fordert ihre Mitglieder und insbesondere ihre Funktions- und Mandatsträger auf allen politischen Ebenen auf, die notwendigen Diskussionen über die Zukunft des Standortes Deutschland und über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme auch weiterhin zu führen.	45
Ostdeutschland ist noch immer weit entfernt von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung. Unter diesem Eindruck werden wir noch in diesem Jahr die Erarbeitung eines langfristigen Konzeptes für die weitere Entwicklung Ostdeutschlands initiieren und es für die Umsetzung vorbereiten. Ein solches Konzept und seine Umsetzung ist eine Ergänzung zur „Agenda 2010“ und sichert deren Umsetzung im Osten unserer Republik.	50
Als Teile eines solchen Konzeptes fordern wir von Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion:	
1. Besonders die Menschen in den strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands brauchen weiterhin einen be-sonderen, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Dieser muss vor dem Hintergrund der sich aus dem Hartz-Kon-zept ergebenden Grundlinien neu konzipiert werden. Nach der Grundsatzentscheidung, ob die Bundesanstalt für Arbeit in Zukunft die Zuständigkeit für diese Strukturmaßnahmen behalten soll, müssen diese Maßnahmen auf eine steuer- oder beitragsfinanzierte Grundlage gestellt werden. Bis zur Annäherung an westdeutsche Ver-hältnisse müssen diese Maßnahmen auf dem Niveau des Jahres 2002 fortgeführt werden, wobei sie mit zuneh-mender Annäherung degressiv auslaufen sollen.	55 60
2. Die Gemeindefinanzreform muss zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Die Reform muss den Gemeinden zu-sätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Damit gewinnen die Kommunen neuen Gestaltungsspielrau-me für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Bedürftige muss die Kommunen entlasten und darf nicht zu neuen „Verschiebebahnhöfen“ füh-ren.	65

3. Im Bereich Wissenschaft und Forschung muss die Weiterentwicklung und Fortführung der Konzepte zur regionalen Entwicklung von Innovationsinseln und Netzwerken, in denen innovative Unternehmen, Forschungszentren und Hochschulen ihre Kompetenzen bündeln, ausgebaut werden. Für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ist eine Verbindung zwischen Innovationen und dem Transfer von Forschung und Entwicklung in Produkte notwendig. Nach dem erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur in den vergangenen Jahren, ist nun die Fortführung des Aufbaues Ost mit zusätzlichen Investitionen in die Forschungslandschaft in Ostdeutschland notwendig. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Finanzierung der großen Forschungseinrichtungen zu entflechten. Dies soll für eine Gründungsoffensive bei den Forschungszentren genutzt werden. Bei Entscheidungen über neu einzurichtende Großforschungszentren müssen die ostdeutschen Länder vorrangig berücksichtigt werden. Darüber hinaus soll der von der Bundesregierung angekündigte weitere Aufwuchs bei den Forschungsorganisationen primär den Aufbau der Forschung im Osten ermöglichen.

Antrag I 8

SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Agenda Ost

Wir unterstützen den vom Parteivorsitzenden Gerhard Schröder vorgelegten Leitantrag „Mut zur Veränderung“ zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Wir wissen aber auch um die Sorgen und Ängste bei vielen Menschen, weil die notwendigen Reformen auch harte Einschnitte erfordern. Deshalb muss klar sein, die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Allerdings sind Veränderungen unseres Sozialstaates nötig, wenn er erhalten bleiben soll.

Wirtschaft und Gesellschaft haben sich in den vergangenen fünfzig Jahren grundlegend verändert, das deutsche Sozialsystem dagegen ist von seiner Struktur her nahezu unverändert geblieben.

Deutschland muss diese Veränderungen nun in wirtschaftlich schweren Zeiten angehen. Wir schaffen die Voraussetzungen für mehr Arbeit, bewahren soziale Sicherheit und sichern Wohlstand für die ganze Gesellschaft. Am Prinzip, dass denen, die einer Unterstützung bedürfen unter die Arme gegriffen werden muss, wollen und werden wir festhalten.

Die Sozialdemokratie ist sich dieser Herausforderung bewusst und stellt sich ihrer Verantwortung. Bei den notwendigen Veränderungen orientieren wir uns an den Leitlinien und Prinzipien sozialdemokratischer Politik wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Die SPD fordert ihre Mitglieder und insbesondere ihre Funktions- und Mandatsträger auf allen politischen Ebenen auf, die notwendigen Diskussionen über die Zukunft des Standortes Deutschland und über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme auch weiterhin zu führen.

Ostdeutschland ist noch immer weit entfernt von einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die Agenda 2010 muss deshalb die besonderen Bedingungen Ostdeutschlands einbeziehen. Zur Umsetzung der Agenda 2010 sind daher folgende Punkte zu berücksichtigen:

1. Besonders die Menschen in den strukturschwachen Regionen, von denen die meisten in Ostdeutschland liegen, brauchen weiterhin einen besonderen, öffentlich geförderten Arbeitsmarkt. Dieser muss vor dem Hintergrund der sich aus dem Hartz-Konzept ergebenden Grundlinien neu konzipiert werden. Nach der Grundsatzentscheidung, ob die Bundesanstalt für Arbeit in Zukunft die Zuständigkeit für diese Strukturmaßnahmen behalten soll, müssen diese Maßnahmen auf eine steuer- oder beitragsfinanzierte Grundlage gestellt werden. Bis zu einer deutlichen Annäherung an die wirtschaftlich stärkeren Regionen müssen diese Maßnahmen auf dem Niveau des Jahres 2002 fortgeführt werden, wobei sie mit zunehmender Annäherung degressiv auslaufen sollen.

2. Angesichts des hohen Anteils älterer Arbeitsloser in Ostdeutschland halten wir ein Sonderprogramm „Aktiv zur Rente“ für Ältere für erforderlich. Mit diesem Programm soll nach der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes älteren Arbeitslosen ein Übergang bis zur Rente in Arbeit ermöglicht werden. Bei dem Programm kann auf Erfahrungen mit SAM, aber auch auf Landesprogramme z.B. aus Sachsen-Anhalt zurückgegriffen werden.

3. Um eine verstärkte Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland zu vermeiden, ist ein besonderes öffentliches Engagement für Ausbildung und Arbeit junger Menschen in Ostdeutschland erforderlich. Wir begrüßen deshalb, dass das Ausbildungsprogramm für Ostdeutschland verstetigt wird. Diese Anstrengungen müssen aufrechterhalten werden, bis die geburtenschwachen Jahrgänge im Ausbildungsalter sind. Ergänzend halten wir ein Programm für die Bewältigung der zweiten Schwelle, z. B. in Form von Lohnkostenzuschüssen für Betriebe, die Azubis übernehmen, für notwendig.

4. Die Gemeindefinanzreform muss zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Die Reform muss den Gemeinden zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Damit gewinnen die Kommunen neue Gestaltungsspielräume für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Die Zusammenführung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für erwerbsfähige Bedürftige soll nicht nur die Betroffenen aktivieren, sondern muss die Kommunen entlasten.

Anträge	Notizen
5. Um die kommunale Investitionstätigkeit wieder zu beleben, sind verstärkte Anstrengungen notwendig. Das von der Bundesregierung initiierte Kreditprogramm (KfW-Programm) muss deshalb durch eine kommunale Investitionspauschale ergänzt werden. Diese Pauschale mit einem Volumen von mindestens 1 Mrd. EURO jährlich sollte bereits in 2003 ausgezahlt und auch in 2004 bereitgestellt werden. Zur Finanzierung in Ostdeutschland ist ein Vorziehen von Geldern aus dem Solidarpakt II zu prüfen. Die Pauschale soll ausschließlich Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu Gute kommen.	1 5
6. Nach dem erfolgreichen Ausbau der Infrastruktur – wenn auch noch lange nicht abgeschlossen – in den vergangenen Jahren, ist die Fortführung des Aufbaues Ost mit zusätzlichen Investitionen in die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Ostdeutschland notwendig. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Finanzierung der großen Forschungseinrichtungen zu entflechten. Dies soll für eine Gründungsoffensive bei den Forschungszentren genutzt werden. Bei Entscheidungen über neu einzurichtende Forschungszentren müssen die ostdeutschen Länder grundsätzlich Vorrang haben. Darüber hinaus soll der von der Bundesregierung angekündigte weitere Aufwuchs bei den Forschungsorganisationen primär den Aufbau der Forschung im Osten ermöglichen.	10 15
7. Bei der Gesundheitsreform sollten die ostdeutschen Erfahrungen (z. B. Polikliniken, Ambulanzen) ausgewertet und ggf. aufgenommen werden.	20
 Antrag I 9a	
Bezirk Braunschweig	
 Wachstum – Beschäftigung – soziale Verantwortung	
Die Reformen vom liberalen Kopf auf sozialdemokratische Füße stellen	
Die aktuelle politische Diskussion um die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland und die wirtschaftliche Situation unseres Landes ist bestimmt von Alarmismus und hektisch wechselnden Vorschlägen, die bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen im wesentlichen Verunsicherung und Besorgnis hervorrufen. In diesem gesellschaftlichen Klima sind gerade Reformen im und am Sozialstaat – so notwendig sie auch sein mögen – angstbesetzt und einer rationalen Diskussion nur schwer zugänglich.	25 30 35
Schluss mit der Lazarett-Stimmung – und den obszönen Vorschlägen der Meinungseliten!	
Deshalb muss zuerst die auch durch Sozialdemokraten verbreitete „Lazarett-Stimmung“ in Deutschland beendet werden. Die Stimmung ist objektiv unbegründet. Die Veränderungen, die wir vor uns haben, sind minimal gemessen z.B. an dem, was wir den Ländern in Osteuropa vor ihrem Beitritt in die EU zumuten. Und gelegentlich hilft vielleicht ein Blick zurück auf das Leben unserer Eltern und Großeltern: Die haben nach 1945 unter weit schwierigeren Bedingungen weit größere Aufgaben geschultert ohne darüber derart ins Lamentieren zu verfallen wie wir.	40
Aber auch die permanent wiederholte Forderung nach „Blut-Schweiß-und-Tränen-Reden“, die angeblich von Politikern zu halten seien, führen in die Irre. Der historische Vergleich der aktuellen innenpolitischen Situation in Deutschland mit Winston Churchills Rede zur Verteidigung Englands im II. Weltkrieg ist an sich schon absurd. Obszön wird dieser Ruf nach „schmerzhaften Einschnitten“ aber vor allem, weil er ausgerechnet von den gesellschaftlichen Gruppen erhoben wird, die selbst auf keiner „Operationsliste“ auftauchen und mithin auch weder „Schweiß“ noch „Blut“ oder gar „Tränen“ zu befürchten haben: Vorzugsweise diejenigen, die sich selbst zu den gesellschaftlichen Eliten zählen – Verbandsfunktionäre, Lobbyisten der Wirtschaft, Berufspolitiker, Chefredakteure und Kommentatoren großer Medienhäuser – pflegen diese Doppelmoral. Wenn angeblich „dramatischer Einschnitte ins soziale Netz“ und sogar „Verzicht“ notwendig sind, um Deutschland wieder flott zu machen, wo bleibt dann der Beitrag dieser (Meinungs-) Eliten unserer Gesellschaft? Schon aus Gründen der gesellschaftlichen Hygiene wäre deshalb die Wiedereinführung der Vermögenssteuer angemessen.	45 50 55
Die Reform des Sozialstaats: Ein sozialdemokratisches Projekt.	
Tatsache ist: Die Strukturreformen der sozialen Sicherungssysteme unseres Sozialstaates sind unabhängig von der wirtschaftlichen Situation unseres Landes dringend notwendig. Die aktuelle Wirtschaftskrise lässt die Reformnotwendigkeit der sozialen Sicherungssysteme nur deutlicher zu Tage treten:	60
1) Der dramatische Wandel im Altersaufbau unserer Gesellschaft und die Fortschritte der letzten Jahrzehnte bei der Herabsetzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit verringern das insgesamt zur Verteilung stehende Beitragsvolumen für die Finanzierung unserer Sozialversicherungssysteme.	65
2) Immer noch unzureichende Absicherungen von Kindererziehungszeiten und Familientätigkeit im Steuerrecht und in der Altersvorsorge verschärfen den Trend zur Kinderlosigkeit und im demografischen Wandel.	

Anträge	Notizen
<p>1 3) Veränderte Erwerbsbiografien mit längeren beitragsfreie Zeiten verringern einerseits die individuelle soziale Absicherung, andererseits aber auch die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherungssysteme.</p> <p>4) Die Summe von Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit lässt alltägliche Dienstleistungen z.B. im Handwerk für den einzelnen Arbeitnehmer so teuer werden, dass es zu einer dramatischen Ausweitung von Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft gekommen ist.</p> <p>5 5) Es gibt Fehlsteuerungen in der „Programmierung“ unserer sozialen Sicherungssysteme, die eine Flucht aus beitragspflichtigen Arbeitsverhältnissen in staatliche Transfereinkommen und/oder Schwarzarbeit für den einzelnen geradezu ökonomisch vernünftig erscheinen lassen müssen.</p> <p>6) Staatliche Transferleistungen erreichen teilweise Einkommensgruppen, die sie nicht benötigen (z.B. Kindergeld für Besserverdienende). Gleichzeitiger existieren Unterversorgungen in anderen gesellschaftlichen Aufgabenbereichen.</p> <p>10 7) Mangelnder Wettbewerb in Leistung und Qualität und fehlende Kontrolle vor allem im Gesundheitswesen führen zu Über- und Unterversorgung in unterschiedlichen Versorgungsbereichen.</p> <p>8) Die fast ausschließliche Finanzierung der sozialen Einheit Deutschlands über die Sozialversicherungsbeiträge von Arbeitern und Angestellten ist nicht nur ungerecht gewesen, sondern vor allem ein wirtschaftlicher Fehler: Die Kaufkraft der Arbeitnehmer/innen wird bis zum heutigen Tag ebenso nachhaltig geschwächt wie die mittelständischen Unternehmen durch zu hohe Lohnnebenkosten belastet werden.</p> <p>15</p> <p>Sozialdemokraten und Gewerkschafter sind an einem funktionsfähigen Sozialstaat interessiert und dürfen deshalb diese Befunde nicht länger ignorieren. Jeder Tag, der ohne grundlegende Reformen des Sozialstaats ins Land geht, hilft denjenigen aus CDU und FDP, die ihn grundsätzlich diskreditieren und zerschlagen wollen. Wer aber grundlegende Reformen will, darf nicht schon zu Beginn den derzeitigen Leistungsstandard zum quasi grundgesetzlich verbrieften Besitzstand erklären und damit die entsprechenden Mentalitäten in unserer Gesellschaft konservieren helfen.</p> <p>20</p> <p>Es gibt bei dieser Reform des Sozialstaates keinen Grund die anstehenden Veränderungen als „unsozial“ und der deutschen Sozialdemokratie als „unwürdig“ zu empfinden. Im Gegenteil, es geht um ein ur-sozialdemokratisches Projekt:</p> <p>Wie in den vergangenen 140 Jahren geht es der SPD um den Erhalt und den Ausbau der Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung und Hilfe in unserer Gesellschaft – um ein solidarisches Gemeinwesen.</p> <p>25</p> <p>Genau das wird aber nur gelingen, wenn nicht gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familie die Belastungen aus dieser gesellschaftlichen Solidarität als zu hoch, ungerecht und letztlich für sich selbst unzureichend empfinden.</p> <p>30</p> <p>Es geht um neues Vertrauen und neues Zutrauen in den Sozialstaat. Dafür zu kämpfen lohnt sich für Sozialdemokraten.</p> <p>35</p> <p>Mehr Selbstbewusstsein für unsere eigene Reformvorhaben.</p> <p>Wir Sozialdemokraten haben mit einer Politik des sozialen Ausgleichs und Friedens und mit einer engagierten Wirtschafts- und Sozialpolitik ganz wesentlich zur erfolgreichen Entwicklung der deutschen und europäischen Gesellschaft beigetragen. Auch heute dürfen wir selbstbewusst auf die erfolgreichen Leitlinien dieser Politik vertrauen:</p> <p>40</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Eine auf soziale Gerechtigkeit und Sicherheit ausgerichtete Sozialpolitik erwächst aus der Würde jedes einzelnen Menschen und dem Sozialstaatsgebot unserer Verfassung. ○ Für uns Sozialdemokraten sind die Freiheit des Einzelnen und die soziale Verantwortung für das Gemeinwesen keine prinzipiellen Widersprüche, sondern zwei Seiten der gleichen Medaille. Nur wer frei ist, kann auf Dauer sozial verantwortlich handeln. Und nur eine sozial verantwortungsbewusste und gerechte Gesellschaft garantiert auf Dauer die Freiheitsrechte des einzelnen. ○ Wir wissen, dass eine demokratische Gesellschaft Freiheit und soziale Verantwortung nur nachhaltig sichern kann, wenn sie eigenverantwortliches Handeln ermöglicht. Die sozialen Sicherungssysteme unseres Sozialstaates sollen dieses eigenverantwortliche Handeln und das Leben in unserer Gesellschaft unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung immer wieder ermöglichen – auch in Notlagen. Der Schutz des Einzelnen bei Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit, die Absicherung im Alter und bei Pflegebedürftigkeit, die Hilfeangebote in persönlichen Krisen oder Notlagen oder die Schutz- und Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind Ausdruck dieses sozialdemokratischen Menschen- und Gesellschaftsbildes. ○ In diesem Sinne ist Sozialpolitik nicht Anhängsel der Wirtschaftspolitik. Und sie kann für Sozialdemokraten vor allem kein Hindernis für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Unternehmen und des wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland. Im Gegenteil: Sie hilft bei der Integration der Menschen in die Arbeitsgesellschaft und sichert den sozialen Frieden. ○ Auch wenn soziale Leistungen letztlich auf dem wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft beruhen: Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfen nicht miteinander verwechselt werden. Sozialpolitik ist nicht zuerst ein Instrument der Wirtschaftspolitik und vor allem kein prinzipielles Hindernis für den ökonomischen Erfolg in einer globalisierten Weltwirtschaft. Anders als die neoliberalen Marktideologen aus CDU und FDP dürfen Sozialdemokraten den Abbau sozialer Leistungen deshalb nicht zur Wirtschaftsförderung hochstilisieren. <p>50</p> <p>55</p> <p>60</p> <p>65</p>	

Anträge	Notizen
Den Sozialstaat reformieren, um ihn zu erhalten.	1
Aus diesen Leitgedanken erwächst unsere eigene Reformagenda zum Umbau des Sozialstaates:	
1. Angesichts zu hoher und ungerecht verteilter Belastungen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme entziehen zunehmend mehr Menschen – vor allem junge Familien und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – unserem Sozialstaat ihr Vertrauen.	5
2. Es geht deshalb beim Umbau des Sozialstaates nicht nur um das Niveau sozialer Leistungen. Es geht auch um den generellen Erhalt der Funktionsfähigkeit gemeinsamer sozialer Sicherungssysteme und der Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung und Hilfe – zur Solidarität – in unserer Gesellschaft.	
3. Angesichts eines dramatischen demografischen Wandels aber auch der angesichts der Verschwendung hart erarbeiteter Beiträge und Steuern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch bürokratische Fehlsteuerungen und Fehlanreize gehört zu diesem Umbau auch ausdrücklich ein begrenzter Abbau vorhandener sozialer Leistungen des Staates und der solidarischen Versicherungssysteme.	10
4. Die Reformvorschläge des Bundeskanzlers vom 14. März 2003 zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme in Deutschland dienen diesen Zielen und sind grundsätzlich verantwortbar:	15
4.1. Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (...) ist sinnvoll. Die bisherige Trennung ist weder in sich logisch noch sozial gerecht, denn aus „fremden“ Steuergeldern werden – und nicht aus „eigenen“ Beitragsmitteln – werden zwei unterschiedliche soziale Unterstützungssysteme finanziert.	
Die Bundesregierung wird in ihrem Bemühen ausdrücklich unterstützt, diese Zusammenlegung nicht zu einer Vereinheitlichung von Sozialhilfe und dem zukünftigen Arbeitslosengeld II zu nutzen, sondern ebenso wie in der Arbeitslosenhilfe auf die Anrechnung von Vermögen zu verzichten.	20
Die Zusammenlegung muss schrittweise und unter Vermeidung sozialer Härten für die bisherigen Arbeitslosenhilfeempfänger erfolgen.	25
4.2. Die Herausnahme des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ist nur dann vertretbar, wenn das Gesundheitssystem ganzheitlich reformiert wird. Ziel ist es, seine Leistungsfähigkeit zu verbessern und seine Bezahlbarkeit zu sichern. Dies schafft auch die Voraussetzungen dafür, dass die mit der Herausnahme des Krankengeldes beabsichtigte Senkung des Beitragssatzes an die Versicherten weitergegeben werden kann und nicht im Verteilungskampf der Leistungsanbieter „versickert“. An die Streichung des Krankengeldes werden deshalb folgende Bedingungen geknüpft:	30
– Das gesamte Gesundheitswesen benötigt mehr Wettbewerb in den Bereichen Leistung und Qualität. Kostentreibende Wettbewerbsbeschränkungen, die keine Qualitätssicherung beinhalten – z.B. für Apotheken (Filialbildung) oder die Verbindung von stationärer und ambulanter Versorgung – müssen aufgegeben werden.	35
– Die beabsichtigte Aufhebung des Vertrags- und Abrechnungsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigungen wird ausdrücklich begrüßt. Die bisherigen bürokratischen Verfahren der Finanz- und Budgetsteuerung müssen abgelöst werden durch direkte Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen zwischen den Kostenträgern (Krankenkassen) und den ambulanten, teilstationären und stationären Leistungsanbietern.	40
– Leistungen, die unsere Gesellschaft braucht, die aber nicht zum ursprünglichen Auftrag der Krankenversicherung zählen (versicherungsfremde Leistungen), müssen aus der Beitragsfinanzierung in eine Steuerfinanzierung überführt werden. Notwendige Lasten sind sozial gerecht auf alle Schultern zu verteilen statt sie weiterhin nur Arbeitern und Angestellten aufzubürden.	45
– Die Leistungsanbieter müssen substantielle Beiträge zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems erbringen. Dafür sind Unter- und Fehlversorgungen insbesondere bei Vorbeugung, Vorsorge und Früherkennung zu beseitigen. Dies erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen. Die angekündigte Positivliste für Arzneimittel ist hierzu ein richtiger, aber allein noch nicht ausreichender Schritt.	50
– Für die Versicherten ist eine nachvollziehbare Transparenz der Kostenermittlung und Abrechnung von Leistungen zu schaffen.	55
– Die paritätische Finanzierung der originären Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht durch das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrages aufgelöst werden.	
– Die Einnahmehasis der Gesetzlichen Krankenversicherung muss gestärkt werden. Hierbei sind auch andere Einkommensarten mit einzubeziehen.	
– Ebenso wie die Einführung von Kopfpauschalen wird die von CDU und FDP befürwortete Einführung einer obligatorischen privaten Krankenversicherung mit höheren Selbstbeteiligungen z.B. bei Zahnersatz und der Familienversicherung als unsozial und familienfeindlich abgelehnt.	60
4.3. Wir begrüßen, dass grundsätzlich am Kündigungsschutz festgehalten wird. Unter dieser Voraussetzung ist es vertretbar den Kündigungsschutz in der vom Kanzler vorgeschlagenen Weise praktikabler zu machen. (Nichtanrechnung von Teilzeitbeschäftigten und Leiharbeitnehmern beim Schwellenwert, Wahlmöglichkeit im Kündigungsfall zwischen Rechtsweg und Abfindung zur Entlastung der Arbeitsgerichtsbarkeit und Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Sozialauswahl für Betriebsräte und Belegschaften.)	65
5. Die vorgeschlagene generelle Reduzierung des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer allerdings ist abzulehnen.	70
Es darf auch in Zukunft nicht darum gehen, unabhängig von der objektiven Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme Arbeitslosen ab 55 Jahren das Arbeitslosengeld von 32 auf 18 Monate zu kürzen. Die Voraussetzung – unabhängig vom Alter – für die Streichung von Ansprüchen auf Arbeitslosengeld muss die Ablehnung zumutbarer	75

1 Beschäftigung sein. Ebenso wichtig ist es, ihm den erworbenen Leistungsanspruch auf Arbeitslosengeld auch dann möglichst lange zu erhalten, wenn er eine schlechter bezahlte Stelle annimmt aber zu einem späteren Zeitpunkt wieder arbeitslos wird. Wir brauchen einen Mentalitätswechsel in Wirtschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die Beschäftigung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

5 Wer im Sinne eines aktivierenden Sozialstaates auch von alten Arbeitnehmern mehr fordert, muss gleichzeitig konkrete Beschäftigungsperspektiven aufzeigen.

Wir unterstützen geeignete Maßnahmen um den verbreiteten Personalabbau auf Kosten der Sozialversicherungskasse entgegen zu wirken.

10 6. Die von der SPD- Bundesregierung angekündigten Maßnahmen werden aber nicht ausreichen, um die Finanzierung der Sozialsysteme und der sozialstaatlichen Angebote in Deutschland auch in Zukunft sicher zu stellen.

Wir werden unter dem Gesichtspunkt einer gerechten und für Arbeitnehmer- Haushalte und Familien tragbaren Finanzierung die staatlichen Zahlungen an einzelne Gruppen der Gesellschaft noch wesentlich weiter verändern und umbauen müssen. Beispiele dafür sind:

15 ○ Die notwendigen Leistungen der Sozialversicherungen für die deutsche Einheit müssen endlich aus allgemeinen Steuermitteln und damit durch alle finanziert werden. Allein diese Maßnahme würde zur deutlichen Verringerung der Beitragszahlungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber führen. Der dabei notwendigen Erhöhung von Verbrauchssteuern muss allerdings an weitere Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuern gebunden sein.

20 ○ Es ist ungerecht, dass Menschen mit hohem Einkommen Ansprüche auf Kindergeld haben, während z.B. ein Koch mit zwei Kindern inzwischen 10 Prozent seines Nettogehaltes aufbringen muss, um zwei Kindergartenplätze zu bezahlen. Die SPD muss hier eine Verfassungsänderung erreichen, nach der Kindergeld u. a. Leistungen nicht mehr an Besserverdienende gezahlt werden.

25 **Die SPD braucht ein eigenes Programm für Wachstum und Arbeit.**

Am Ende wird der Erfolg sozialdemokratischer Regierungspolitik allerdings nicht allein am Aufbau eines modernen und tragfähigen Sozialstaates gemessen, sondern allein an der Verringerung der Arbeitslosigkeit. Wenn wir die Beschäftigungskrise überwinden wollen, werden wir mehr tun müssen, als die finanziellen Grundlagen des Sozialstaates neu zu ordnen.

Auch der Umfang des für Sozialdemokraten so schwierigen Umbaus und teilweisen Abbaus sozialer Leistungen wird letztlich bestimmt von den Ergebnissen wirtschaftlichen Wachstums in Deutschland und von der Verteilung der Ergebnisse dieses Wachstums. Gelingt es wieder zu einem höheren und stetigen Wirtschaftswachstum zu kommen, so werden entsprechende Leistungskürzungen geringer ausfallen müssen als bei anhaltender Rezession.

Wir brauchen deshalb ein sozialdemokratisches Wachstumsprogramm. Die SPD muss ihren Führungsanspruch für den Abbau der Arbeitslosigkeit zurück erobern, und das geht nicht nur über den Umbau des Sozialstaates. Es kommt darauf an, die neoliberalen Marktideologen von CDU und FDP mit einem in sich schlüssigen Programm für Wachstum und Arbeit zu konfrontieren, das gerade nicht den Sozialstaat aufgibt. Diese politische Konfrontation ist überfällig. Wenn wir Sozialdemokraten diesen Anspruch nicht einlösen, dann sind die Menschen auf ein einziges – ein liberales – Gesellschaftsmodell angewiesen.

Die sozialdemokratischen Ziele eines Programms für Wachstum und Beschäftigung sind klar:

- 45 **(1) Private Investitionen und Wachstum fördern,**
(2) Öffentliche Investitionen trotz Maastricht ermöglichen
(3) und den Sozialstaat umbauen statt ihn zu zerschlagen.

Vorschläge dafür gibt es genug, die in der SPD jetzt diskutiert werden müssen:

50 Vorziehen der Steuerreform, um wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit der deutschen Steuer- und Abgabepolitik zu schaffen.

Einen zweiten Schritt in der Lohn- und Einkommenssteuerreform: Mit deutlich sinkenden Steuersätzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Dafür deutliche Vereinfachung und Streichung aller Ausnahme- und Abschreibungsregelungen und steuerrechtlicher Subventionen.

55 Verzicht auf weitere Energiepreiserhöhungen in der aktuellen Konjunkturkrise.

Umbau der Wirtschaftsförderung zu Beteiligungskapital für den deutschen Mittelstand.

Herausnahme der Kosten der sozialen Einheit Deutschlands aus den Sozialversicherungen zur schnellen Senkung der Lohnnebenkosten und Finanzierung dieser Kosten über Verbrauchssteuern.

60 Parallel zur Senkung der Einkommenssteuern schrittweise Entkoppelung der Sozialversicherungen von den Arbeitskosten und Aufbau einer Finanzierung durch Verbrauchssteuern.

Schaffung eines neuen und sozial gerechten Verhältnisses zwischen den Steuerarten unserer Verfassung: Einkommensbesteuerung, Verbrauchssteuern und Vermögensbesteuerung.

Strukturelle Entlastung der Kommunen von den arbeitsmarktbedingten Kosten der Sozialhilfe um mindestens 3 Milliarden € pro Jahr, um wieder Investitionen in Schulen, Straßen und Gebäude zu ermöglichen. Gleichzeitig Aufbau eines Entschuldungsprogramms für die Städte, Gemeinden und Landkreise im Rahmen des Gemeindefinanzreform.

65 Zentrales Infrastrukturprogramm und Beibehaltung der Arbeitsbeschaffungsprogramme für Ostdeutschland.

Start einer nationalen und europaweiten Initiative zum Vorschriftenabbau für Existenzgründer/innen und zur Beschleunigung von Innovations- und Investitionsvorhaben.

Anträge	Notizen
Schaffung eines bundesweiten Tariftreuegesetzes bei öffentlichen Auftragsvergaben zur Abwehr von Sozialdumping, Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung.	1
Neufassung der Regelungen über die wöchentliche Arbeitszeit in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit zur Verringerung der Zahl der Überstunden.	
Sicherung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an beruflichen Ausbildungsplätzen durch freiwillige Vereinbarungen mit der gesellschaftlichen Gruppe der Arbeitgeber oder durch ein Bundesgesetz für eine Berufsbildungsabgabe.	5
Gemeinsame Initiative mit Frankreich zur Neudefinition der Maastricht-Kriterien während der aktuellen Weltwirtschaftskrise. (Differenzierung nach strukturellen und konjunkturellen Defiziten.)	10
Reformen brauchen Zuversicht und Zutrauen .	
Nichts braucht Deutschland weniger als ein Klima der Unsicherheit und der Angst. Nur Konservative und Neo-Liberale setzen in eine solchen gesellschaftlichen Stimmungslagen ihre „Reformen“ durch. Verunsicherte Menschen eher auf Ab- und Ausgrenzung setzen, in der trügerischen Hoffnung, sich selbst zu den Stärkeren hinüber retten zu können. Und nichts brauchen Sozialdemokraten für ihre Reformvorhaben mehr als Zuversicht und Mut – und den Anspruch auf Gerechtigkeit. In einem solchen Klima wächst die Bereitschaft zu gegenseitiger Verantwortung auch der „Stärkeren“ für die vermeintlich „Schwächeren“.	15
Auch im 140. Jahr geht es um das klassische sozialdemokratische Projekt: Für gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sorgen. Nur dafür – zur „Inklusion“ der zur Zeit aus dem Gemeinwesen ausgeschlossenen oder marginalisierten Gruppen (z.B. Arbeitslose oder Behinderte) – wird eine SPD gebraucht. Zur „Exklusion“ nicht; das können CDU/CSU und FDP tatsächlich besser.	20
Der SPD muss dieser Mentalitätswandel zuerst bei sich selbst gelingen. Nur dann wird sie ihn auch in die Gesellschaft glaubhaft vermitteln. Denn es gibt in unserer Gesellschaft viele Partner der SPD, für die der Umbau des Sozialstaats wichtig ist. Nicht eine schwer zu ortende „Neue Mitte“, sondern die „alte Mitte“ und die klassischen Verbündeten der SPD sind unsere Zielgruppen: Die jungen Familien und die beruflichen Leistungsträger zwischen Ende 20 und Anfang 50. Denn mit und für sie wollen wir Zusammenhalt, Verantwortung und Hilfsbereitschaft sichern und eine solidarische Gesellschaft erhalten.	25
Die Menschen in Deutschland müssen neue Zuversicht und neues Zutrauen in ein sozialdemokratisches Reformprojekt gewinnen. Denn es geht um lohnenswerte Ziele:	30
<ul style="list-style-type: none"> • Leistung und soziale Verantwortung wieder zueinander zu bringen und sie nicht als Gegensätze auftreten zu lassen. • Eigeninitiative und die Bereitschaft zur Verantwortung für sich selbst aber auch für andere zu wecken. • Arbeitslosigkeit nachhaltig bekämpfen. • Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Senkung von Steuern und Abgaben wieder mehr Verfügungsfreiheit über ihr eigenes Einkommen geben. • Die Familiengründung und die Kindererziehung wieder zu einem Lebensziel statt zum Armutsrisiko werden zu lassen. • Ein neues kollektives System sozialer Sicherheit aufzubauen, das vor allem das Kernversprechen des Sozialstaats auch in Zukunft einlöst: Für jedermann eine optimale medizinische Betreuung zu gewährleisten unabhängig von Einkommen oder Alter. 	35 40
Wir wollen dem modernen Staat ein neues Gesicht geben.	
Uns Sozialdemokraten geht es auch heute und morgen noch um eine menschlichere Gesellschaft. Unsere Aufgabe lautet: Emanzipation ermöglichen, um das Leben für alle Menschen offen zu halten.	45
Auch in den modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts sind wirtschaftliche Prozesse nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Sie dienen dem sozialen, kulturellen und ökologischen Fortschritt der Menschen. Die Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik sollen helfen die unvermeidbaren Brüche in unserer modernen Gesellschaft zu überwinden und Menschen zu befähigen, diesen Fortschritt mit zu bestimmen und an ihm teilzuhaben.	50
Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgt für uns Sozialdemokraten das Ziel, dem modernen demokratischen Staat wieder ein neues und menschlicheres Gesicht zu geben – weniger bürokratisch dafür aber besser fähig seine ureigensten Aufgaben wahrzunehmen mit:	
<ul style="list-style-type: none"> ○ mehr Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten seiner Bürgerinnen und Bürger; ○ lebendigen Städten und Gemeinden; ○ einem modernen Bildungssystem, das ebenso fördert wie fordert; ○ Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für alle Menschen und Mitbestimmung am Arbeitsplatz; ○ einer modernen Forschungs- und Wissenschaftslandschaft; ○ jungen Familien und gleichen Chancen für Frauen und Männer; ○ Erfolgen in der Integration von Menschen aus anderen Kulturkreisen in unser Gemeinwesen; ○ einer effizienten, den Bürgerrechten verpflichtenden Polizei und Justiz, die trotzdem schnell und effizient arbeiten; ○ einem engagierten Umwelt- und Verbraucherschutz; ○ internationaler Solidarität und Hilfe für die Hungernden und Verfolgten dieser Welt. 	55 60 65

Antrag I 9b*Bezirk Braunschweig***Unser Weg nach vorn:
Dem Fortschritt eine soziale Richtung geben****1. Die Widersprüche unserer Zeit**

Wir stehen mitten in einem ebenso raschen wie radikalen Wandel der sozialen, ökonomischen, technischen und demographischen Rahmenbedingungen – mit enormen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Wir können den Menschen nicht garantieren, dass diese Umbrüche an ihren Lebensbereichen spurlos vorüber gehen werden. Die Menschen aber erwarten zu Recht von uns eine verantwortungsvolle Politik, die sie vor den großen Risiken des Lebens schützt und mit dem Wandel verbundene Lasten gerecht verteilt. Noch wichtiger aber ist es, die Dynamik des Wandels für bessere Lebenschancen aller Menschen zu nutzen. Wissenschaftlicher Fortschritt und technische Innovationen schaffen schon heute die Voraussetzungen für mehr Mobilität, ein gesünderes und längeres Leben sowie einen Zugewinn an Wissen und Fähigkeiten. Für diesen Fortschritt wollen wir die Gestaltungskräfte der Politik nutzen und stärken. Die Qualität des Lebens werden wir nur dann verbessern können, wenn wir dem Fortschritt eine soziale Richtung geben.

Willy Brandt hat uns mit auf den Weg gegeben, dass wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen müssen und dass jede Zeit ihre eigenen Antworten fordert. Gutes kann nur bewirken, wer auf der Höhe der Zeit ist. Nur wenn die SPD dabei einen eigenen inneren Kompass hat, wenn der Zusammenhang zu sozialdemokratischen Werten und Zielen erkennbar ist, werden wir der Gesellschaft Orientierung geben und Überzeugungskraft entwickeln können. Die zunehmende soziale Differenzierung unserer Gesellschaft und der gestiegene Wohlstand – bei gleichzeitig immer noch vorhandenen sozialen Verwerfungen – macht es immer schwieriger, für alle oder doch für einen Großteil der Bevölkerung nachvollziehbare Antworten und Lösungsvorschläge zu bieten. Um so mehr müssen wir deutlich machen, *wofür* und *für wen* wir Politik machen.

2. Grundwerte als Maßstab unserer Politik.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist vor 140 Jahren als Emanzipationsbewegung entstanden. Kernanliegen unserer Arbeit war, ist und bleibt es, jedem – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit oder politischer Überzeugung – individuelle Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen. Weil die SPD die Partei der Freiheit ist, gestalten wir Politik für soziale Gerechtigkeit. Wir arbeiten für die individuellen Lebenschancen jedes Einzelnen *und* den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens. Fortschritt bedeutet für uns die Bedingungen für Gleichberechtigung, Autonomie, Selbstverantwortung und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, nachvollziehen zu können, dass unser praktisches politisches Handeln diesen übergeordneten Zielen tatsächlich dient. Institutionen, Verfahren und Regelwerke sind immer nur die Mittel, um unsere Ziele zu verwirklichen. Werte an sich sind sie nicht. Ihr praktischer Nutzen bemisst sich daran, ob sie geeignet sind, die angestrebten Ziele tatsächlich zu erreichen. Wir dürfen deshalb niemals im strukturkonservativen Bewahren verharren. Weil wir die Teilhabe alle Gruppen der Bevölkerung am Wohlstand ermöglichen und soziale Gerechtigkeit wollen, haben wir heute entschlossen für wirtschafts- und sozialpolitische Veränderungen zu kämpfen.

3. Für wen und wofür wir stehen

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen täglich das Vertrauen rechtfertigen, dass uns die Bürgerinnen und Bürger entgegen bringen. Wo wir in Verantwortung sind, verdanken wir dies der Überzeugung unserer Wählerinnen und Wähler, dass wir die wirtschaftliche und soziale Erneuerung des Landes auf eine Weise bewerkstelligen, die alle mitnimmt. Voraussetzung für die Mehrheitsfähigkeit der SPD in der gesamten Gesellschaft ist ihre Mehrheitsfähigkeit in den breiten Mittelschichten und der aktiv im Erwerbsleben Tätigen. Unserer Gesellschaft drohen im Wandel neue Spaltungen. Es gibt nicht wenige, die die Lasten des Wandels nur auf den Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Schwächeren abladen und dessen Chancen nur den Privilegierten zugänglich machen wollen. Wir dagegen stehen für die faire Verteilung von Chancen und Lasten. Nur wir können den fairen Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen, zwischen Staat und Bürgern, zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen stiften. Die strukturelle Modernisierung unseres Landes ist nämlich nur durch die Verbindung von politischer Führung und Interessenintegration zu bewerkstelligen. Die Verfechter von sozialer Kälte und gesellschaftlicher Spaltung werden dies nie leisten können.

4. Zukunft in Arbeit

Für uns ist der derzeitige Ausschluss viel zu vieler Menschen aus dem Erwerbsleben unerträglich. Arbeitslosigkeit bringt Millionen von Menschen Tag für Tag um ökonomische wie um gesellschaftliche Teilhabe, um sozialen Status, um Zugehörigkeit und Selbstwertgefühl – und damit um sehr handfeste Lebenschancen. Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieser Zustand in ganz fundamentaler Weise sozial ungerecht und deshalb nicht dauerhaft hinnehmbar. Der Teufelskreis aus Wachstumsschwäche und hoher Arbeitslosigkeit muss durchbro-

Anträge	Notizen
<p>chen werden. Notwendig ist dazu eine Politik, die gleichzeitig einen Beitrag zu mehr qualitativem Wirtschaftswachstum, einer Reduzierung der Lohnnebenkosten, mehr unternehmerischer Selbständigkeit sowie zu einer Senkung der Beschäftigungsschwelle leistet. Vor allem ist es jetzt notwendig, durch eine berechenbare Politik neues Vertrauen zu schaffen, um der verbreiteten Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmen entgegenzuwirken. Geeignete Schritte zur Stärkung der Binnennachfrage und zur Steigerung der Investitionstätigkeit sind geboten.</p>	1 5
<p>Am Ziel der Haushaltskonsolidierung werden wir festhalten, weil nur ein handlungsfähiges Gemeinwesen seinen Beitrag für mehr Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit leisten kann und nur so die Chancen und Lasten auch fair zwischen den Generationen zu verteilen sind. Angesichts der dramatischen konjunkturellen und welt-politischen Lage gilt es jedoch, die vorhandenen Spielräume des Stabilitätspaktes flexibel zu nutzen. Ein Strecken der Haushaltskonsolidierung ist allerdings nur vertretbar, wenn gleichzeitig strukturelle Reformen entschlossen angegangen werden und erkennbar bleibt, dass am Ziel der Haushaltskonsolidierung grundsätzlich festgehalten wird. Nur so gelingt es, dass die Europäische Zentralbank eine Zinspolitik betreibt, die zu neuen Wachstumsimpulsen beiträgt.</p>	10 15
<p>5. Die Qualität des Lebens verbessern</p>	15
<p>Die Modernisierung Deutschlands umfasst mehr als die zweifelsohne notwendige Steigerung unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit durch technischen, infrastrukturellen, wissenschaftlichen Fortschritt und die Erneuerung unserer sozialen Sicherungssysteme. Es geht um weitaus mehr, als um eine Umstrukturierung der „Deutschland AG“. Wirtschaftliches Wachstum ist die entscheidende Grundlage für Beschäftigung und Wohlstand. Es geht uns aber nicht um die bloße Vermehrung von Quantitäten. Unsere sozialdemokratische Modernisierung verbessert zugleich die Qualität der Lebensbedingungen. Dazu gehört der Schutz der Umwelt genauso wie ein geistiges Klima der Offenheit, der Kreativität und des Zusammenhalts.</p>	20
<p>6. Individuelle Freiheit und gegenseitige Verantwortung</p>	25
<p>Wir wollen kein Land, das sich an den falschen Idealen von Überindividualisierung, Vereinzelung und passivem Konsum ausrichtet. Wir setzen auf Chancengleichheit, gegenseitige Verantwortung und Mitgefühl. Die Ausdifferenzierung der Lebensverhältnisse birgt viele Risiken, aber vor allem auch Chancen für eine individuelle Gestaltung des eigenen Lebens. Darauf war die emanzipatorische Bildungspolitik der SPD stets ausgerichtet. Niemand sollte wegen seiner sozialen Herkunft an eine bestimmte Entwicklung gebunden sein. Individuelle Lebensgestaltung darf aber nicht mit Vereinzelung oder gar Egoismus verwechselt werden. Wir wollen eine Gesellschaft, die sowohl allen Menschen Raum für persönliche Entfaltung eröffnet als auch Zusammenhalt und Gemeinschaft bietet. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen sich immer auch um die Kehrseite der Individualisierung kümmern, in dem sie sozialer Vereinsamung und Orientierungsverlust entgegen treten.</p>	30 35
<p>Dafür müssen wir Engagement für die Gemeinschaft ermöglichen, fördern und fordern. Unsere Politik soll Familien den Rücken stärken, die im ökonomischen und sozialen Wandel stark belastet sind. Die Familien, als kleinste soziale Gruppen unserer Gesellschaft leisten den größten Beitrag zu sozialem Zusammenhalt. Hier werden Kinder erzogen und Werte weitergegeben. Hier entscheidet sich, ob gegenseitiges füreinander eintreten gelernt wird. Eine Politik des sozialen Schutzes für die Familien muss ein Markenzeichen der SPD sein. Eine wesentliche Aufgabe unserer Politik besteht zu dem darin, jedem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Auch wer sich an anderen Stellen für die Gemeinschaft engagiert, muss sich auf die Sozialdemokratie verlassen können. Dieses gilt beispielsweise für den ehrenamtlichen Trainer im Fußball, der Jugendlichen beibringt, was Fairness und Teamgeist ist, für die Schülerin, die sich für amnesty international und damit ganz praktisch für Menschenrechte engagiert, und für alle, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern.</p>	40 45
<p>7. Für das vereinigte Europa und eine Stärkung des Völkerrechts</p>	
<p>In einer Welt, die mit neuen Bedrohungen durch Terrorismus und Krieg konfrontiert ist, steht die SPD in der Tradition der Friedenspolitik und des Völkerrechts. Wir kämpfen hart gegen Aggression und Terror. Wir kämpfen jedoch ebenso hart gegen deren Ursachen. In einem Umfeld globaler Verunsicherung gilt es, das Vertrauen in die Institutionen und Regeln der Völkergemeinschaft zu stärken und Krieg allenfalls als letztes Mittel zu erwägen. Eine Stärkung der Vereinten Nationen und ein demokratisches, soziales und wirtschaftlich erfolgreiches Europa sind dafür die entscheidenden Voraussetzungen. Wir setzen auch in der internationalen Politik auf die Stärke des Rechts und nicht auf das Recht des Stärkeren.</p>	50 55
	60
	65

1 **Antrag I 10****SPD-Bezirk Hessen-Süd**5 **Veränderung braucht Mut**

Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Fähigkeit der SPD die Probleme, die sich aus dem Wandel in der Gesellschaft ergeben, sozial gerecht zu lösen, sind die Voraussetzungen für langfristige Regierungsfähigkeit der SPD. Die Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben gezeigt, dass beides verloren gegangen ist. Es gilt jetzt, die Entscheidung der Wähler ernst zu nehmen, Fehler zu korrigieren und an einer Politik zu arbeiten, die den Menschen auch in Zeiten des Wandels Sicherheit gibt.

a.) Vorrang für Beschäftigung

15 In Zentrum der Bundespolitik muss die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stehen. Alle Politikbereiche müssen auf dieses Ziel ausgerichtet werden, auch die Finanzpolitik.

- Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist unverändert notwendig, in einer Wirtschaftskrise ist die aber nur durch Herauswachsen, nicht aber durch Heraussparen möglich.
- Auf europäischer Ebene muss mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik gesteuert werden.

Ein Schritt zu mehr Beschäftigung ist die Erhöhung der zu niedrigen Investitionsrate in Deutschland. Wenn dies schnell in Beschäftigung umgesetzt werden soll, dann müssen in erster Linie die Kommunen wieder in die Lage versetzt werden, zu investieren. In diesem Bereich enthält die Agenda 2010 richtige Schritte:

- 25 – Die Übernahme der Kosten für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger gibt den Kommunen neue Möglichkeiten für notwendige und überfällige Investitionen, das gleiche gilt für die Übernahme der Kosten für die Flutopfer.
- Angekündigte Investitionen der Bundesregierung gehen in die richtige Richtung; Wohnungsmodernisierung beschreibt ein gesellschaftliches Bedarfsfeld auch über den Tag hinaus und der Investitionsbedarf der Kommunen ist für Infrastrukturen auch dauerhaft sehr groß.
- 30 – Die vorgesehenen Kreditprogramme sind ein sinnvoller Weg, da hier die Mittel ganz oder größtenteils wieder zurück fließen und die Verschuldung kaum oder gar nicht steigt. Die Kommunen müssen durch eine Erklärung der Bundesländer in die Lage versetzt werden, ihre Haushalte bei Nutzung dieser Programmmittel von der Aufsicht genehmigt zu bekommen.

35 Über das aktuell angekündigte Investitionsprogramm hinaus gilt:

- Der Investitionsrückstand gegenüber anderen europäischen Staaten liegt bei über 1% des BIP (Bruttoinlandsprodukt). Diese Lücke muss geschlossen werden, um bei Arbeit und Beschäftigung tatsächlich wesentliche Fortschritte zu erreichen. Bis zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Erholung sind deshalb Investitionsprogramme zu verstetigen. Den Schwerpunkt setzen wir bei Umweltschutz und Innovation, Wohnungsbau und kommunalen Infrastrukturen sowie dem Öffentlichen Personenverkehr. Das direkte Investitionsvolumen beträgt über 20 Mrd. € p.a.
- Investitionen auf europäischer Ebene sind erforderlich, um beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene umzusetzen. Niedrige Zinsen durch die EZB (Europäische Zentralbank) tragen ebenso dazu bei wie die Neuausrichtung der EU-Initiativen durch die EIB (Europäische Investitionsbank) auf verstärkte Investitionstätigkeit und die Schaffung kurzfristiger Sonderfonds mit nicht eingesetzten EU-Strukturmitteln für Arbeit und Beschäftigung.
- Darüber hinaus muss die angekündigte Gemeindefinanzreform rasch umgesetzt werden, um die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu verbessern. Im Zentrum dieser kommunalen Finanzreform steht die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Sie lässt sich nur sinnvoll zu einer kommunalen Betriebssteuer entwickeln, wenn die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitert wird und die Besteuerung konsequent am Ort der Wertschöpfung stattfindet. Dazu muss die gewerbesteuerliche Organschaft abgeschafft werden. Bemessungsgrundlage einer kommunalen Betriebssteuer müssen alle im örtlichen Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte sein: die Gewinne, alle vom Betrieb netto bezahlten Schuldzinsen sowie ein angemessener Teil der bezahlten Mieten, Pachten und Lizenzgebühren. Dadurch entsteht auch Spielraum für eine maßvolle Absenkung der nominalen Steuersätze. Die steuerliche Privilegierung von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital wird durch diese Maßnahmen aufgehoben. Im Ergebnis sollen die Kommunen mehr und nicht weniger an Steuereinnahmen zur Verfügung haben. Hinzu kommt eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage von 30% auf 20%.

60 Ein weiteres wichtiges Element ist die Stärkung der Binnenkaufkraft. Ihre Schwäche ist eine der Hauptursachen für die derzeitigen konjunkturellen Probleme.

- Die Durchschnittseinkommen müssen bei den nächsten Schritten der Steuerreform weiter entlastet werden. Hier ist zu prüfen, ob dieser Teil der Reform vorgezogen werden kann. Aus Gründen der Gerechtigkeit und angesichts der Finanzsituation muss im Gegenzug die Absenkung des Spitzensteuersatzes unterbleiben; 65 ohne dass dadurch negative Auswirkungen durch die Steuerprogression im Vergleich zur beschlossenen Steuerreform für kleinere und mittlere Einkommen entstehen.

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> – Die Stärkung der Binnenkaufkraft darf nicht dadurch konterkariert werden, dass die Netto-Einkommen durch die Verlagerung von Kostenanteilen der sozialen Sicherung auf die Arbeitnehmer reduziert werden. Eine Ausgliederung des Krankengeldes lehnen wir deshalb ab. 	1
<p>Eine gesetzliche Regelung zur Ausbildungsfinanzierung ist überfällig, weil die Unternehmen ihre Zusagen zur Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen nicht eingehalten haben. Das Gesetzgebungsverfahren dazu muss noch 2003 eingeleitet werden.</p>	5
<p>Der Kündigungsschutz wurde von der SPD zu Beginn der Wahlperiode 1998 nach den negativen Erfahrungen mit den Experimenten der Kohl-Regierung wieder vernünftig gestaltet. Es gibt keinen Grund daran etwas zu ändern.</p>	10
<p>b.) Sicherheit im Wandel</p> <p>Gerade in Zeiten beschleunigten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels müssen die sozialen Absicherungen funktionieren. Wir wissen aus unserer Geschichte, der Sozialstaat ist nicht das Ergebnis, sondern die Voraussetzung für Wohlstand. Wer Veränderungen will, muss den Menschen Mut machen, nicht Angst.</p> <ul style="list-style-type: none"> – die Zuständigkeit und die Leistungen für Arbeitslose in einer Hand zu bündeln, verbessert die Effektivität von Vermittlung und Qualifizierung. – hier muss die hohe Kompetenz kommunaler Beschäftigungspolitik integriert und erhalten werden. 	15
<p>Auf dem Weg zu einer Arbeitsversicherung ist die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe der richtige Schritt. Die Leistungen müssen aber über dem Sozialhilfesatz liegen und die Anrechnung von Altersversorgung und Vermögen wie bei der Arbeitslosenhilfe begrenzt bleiben. Die notwendige Pauschalierung einmaliger Hilfen erfolgt oberhalb der Sozialhilfe einschließlich der ergänzenden Sozialhilfe. Es wird zu keinen Verschlechterungen bei der Regelung von Partnereinkommen über die zum 1.1.2003 beschlossenen Maßnahmen hinaus kommen, insbesondere um den Ausschluss einer großen Zahl von Frauen aus Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik zu verhindern.</p>	20
<ul style="list-style-type: none"> – Nicht akzeptabel ist der Vorschlag, dass Menschen, die nach einem zum Teil langen Berufsleben keine Arbeit mehr finden, nur noch das Minimum der Existenzsicherung erhalten. Die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld lehnen wir ab. 	25
<p>c.) Gerechte Finanzierung</p> <p>Die Lasten der Finanzierung öffentlicher Aufgaben sind noch immer ungleichmäßig verteilt. Einer hohen Abgabenlast auf durchschnittlichen Lohneinkommen stehen deutlich geringere Belastungen bei hohen Einkommen und bei Einkommen aus Unternehmen und Vermögen gegenüber. Zusammen mit den diskutierten Kürzungsvorschlägen in bei den Sozialversicherungen ergibt dies eine soziale Schieflage.</p>	30
<ul style="list-style-type: none"> – Das Projekt einer Steuersenkung für Zinsen durch eine Abgeltungssteuer von 25% ist zu beenden. – Eine angemessene Belastung großer Vermögen durch eine Weiterentwicklung der Vermögens- und Erbschaftssteuer muss weiter verfolgt werden. Auch wenn es für dieses Projekt derzeit keine Mehrheit im Bundesrat gibt, wird diese Zielrichtung von uns weiter vertreten. 	35
<p>Die durchschnittliche Steuerbelastung muss sich an der Leistungsfähigkeit orientieren, zu einer Absenkung des Spitzensteuersatzes gibt es derzeit keinen Anlass.</p>	40
<p>d.) Solidarität im Gesundheitswesen</p> <p>Die notwendigen Reformen im Gesundheitssystem müssen sich daran orientieren, dass jeder unabhängig von seiner wirtschaftlichen und gesundheitlichen Situation eine effiziente und qualitativ gute medizinische Versorgung erhalten kann. Dies ist nur in einem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem möglich. Dazu gehört auch, dass die Beiträge paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Die Effizienz im Gesundheitssystem muss deutlich verbessert und damit die Kosten gesenkt werden.</p>	45
<ul style="list-style-type: none"> – Durch gezielte Interventionen sind die Arzneimittelkosten dem europäischen Durchschnitt anzugleichen. – Im Zuge einer Strukturreform ist das Nebeneinander von ambulanter und stationärer Versorgung durch ein integriertes System zu ersetzen. – Um eine gerechtere Verteilung der Lasten zu erreichen, muss die Beitragsbemessungsgrenze und Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung schrittweise angehoben werden und langfristig alle Einkommen in die Beitragspflicht einbezogen werden. 	50
<p>e.) Zukunftsfähige Sozialversicherungssysteme</p> <p>Neben der langanhaltenden Arbeitslosigkeit ist die sich verändernde Altersstruktur eine der Herausforderungen für die Alterssicherungssysteme. Dem können wir begegnen, wenn wir mittelfristig, dem Modell anderer europäischer Länder folgend, die Abhängigkeit der Sicherungssysteme von den Löhnen und Gehältern durch eine breitere Finanzierung zum Beispiel durch einen höheren Anteil, der aus Steuern finanziert wird, ersetzen. Insgesamt darf eine Neukonzeption der sozialen Sicherungssysteme nicht bei der Bearbeitung einzelnen Detailfragen stehen bleiben. Das gilt nicht nur für die Rentenversicherung, sondern auch für die anderen Versicherungszweige. Mit dem Konzept einer Arbeitsversicherung, bei der nicht mehr die Arbeitslosigkeit finanziert wird, sondern Qualifikation und Beschäftigung, und dem Konzept einer Bürgerversicherung für die Krankenversicherung, in die alle Berufsgruppen einbezogen sind, liegen Vorschläge vor, die die sozialen Sicherungssysteme bei demographischen Veränderungen stabiler machen. Diese zukunftsweisenden Konzeptionen müssen weiterentwickelt und durch ein Finanzkonzept für den gesamten Bereich sozialer Sicherung ergänzt werden.</p>	55

Antrag I 11**Landesverband Saar****Agenda 2010****Einleitung**

In 16 Jahren Kohl-Regierung sind notwendige Strukturreformen liegen geblieben. Die Steuer- und Abgabenbelastung für ArbeitnehmerInnen und Wirtschaft sind stetig gestiegen, die Verteilung der Lasten wurde immer ungerechter, notwendige Zukunftsinvestitionen sind nicht erfolgt und trotzdem wurde die Schuldenlast immer größer.

Diese schweren Fehler der Vergangenheit können nicht in einer oder zwei Wahlperioden beseitigt werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat in den vergangenen vier Jahren viel auf den Weg gebracht, um unserem Land bessere Perspektiven für die Zukunft zu ermöglichen. Dieser Weg muss auch bei schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden.

Dabei müssen sich alle Maßnahmen an den Prinzipien Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit orientieren und die Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme im Hinblick auf Beschäftigungswirkung und gerechte Verteilung der Lasten überprüft werden.

Gerechtigkeit und Solidarität sind die Grundlagen unseres politischen Handelns. Die Sozialdemokratie kann nur dauerhaft mehrheitsfähig bleiben, wenn sie an der Vision einer besseren und gerechteren Gesellschaft festhält und die Gestaltungs- und Interventionsfähigkeit der Politik wieder entdeckt.

Für die Regierungsfähigkeit der SPD kommt es in erster Linie darauf an, ob das, was in der Agenda 2010 drinsteht geeignet ist, die Massenarbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Ebenso kann es mit der SPD nur eine Reformpolitik geben, die dem Gebot der sozialen Ausgewogenheit gerecht wird. Letzteres ist nach Auffassung der SPD Saar in nicht ausreichendem Maße der Fall.

I. Nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik – Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung

Wir wollen die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten und keine Politik zu Lasten der nachfolgenden Generationen machen. Die Finanzsituation aller staatlichen Ebenen erzwingt Handlungsbedarf. Dabei müssen sowohl die Einnahme- als auch die Ausgabeseite ständig überprüft werden. Gerade in Zeiten einer stagnierenden Konjunktur macht es aber keinen Sinn, den Einnahmeausfällen hinterher zu sparen. Dies würde die Spirale weiter nach unten drehen.

Deshalb muss das Ziel, die Nettokreditaufnahme des Bundes bis 2006 auf Null zu bringen, in der heutigen Situation überdacht werden. Es macht Sinn, dieses Ziel zeitlich zu strecken, um Spielraum für die dringenden notwendigen Zukunftsinvestitionen zu erhalten.

Dies muss eingebettet sein in eine beschäftigungs- und wachstumsorientierte Geldpolitik der EZB und ein europäisch abgestimmtes und von der EU finanziertes Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung. Dies setzt voraus, dass die Bundesregierung zusammen mit anderen Mitgliedsstaaten der EU eine Initiative zur Flexibilisierung des Europäischen Stabilitätspaktes ergreift.

Der Bund hält auch in diesem Jahr die Zukunftsinvestitionen mit knapp 27 Milliarden Euro auf hohem Niveau. Die Einbrüche bei den kommunalen Investitionen und die Rückgänge der privaten Investitionen können damit aber nicht kompensiert werden.

Wir begrüßen daher das angekündigte Investitionsprogramm der Bundesregierung, das Investitionen in Höhe von 15 Mrd. Euro mobilisiert. Diese Investitionen kommen unmittelbar der lokalen und regionalen Wirtschaft zu Gute. Durch die Freistellung der Gemeinden von ihren Zahlungsverpflichtungen in den Fluthilfefonds in Höhe von 800 Mio. Euro erhalten die Gemeinden schon in diesem Jahr mehr Handlungsspielräume. Durch die Blockadehaltung von CDU/CSU und FDP im Bundesrat beim Steuervergünstigungsabbaugesetz erhalten die Gemeinden statt wie von der Bundesregierung vorgesehen 6,7 Mrd. Euro bis zum Jahr 2006 lediglich rund 600 Mio. Euro. Dies verhindert dringend notwendige Investitionen im kommunalen Bereich und trägt zur Verschlechterung der Situation am Arbeitsmarkt bei.

Wir wollen die Einnahmehasis der Gemeinden durch eine kommunale Finanzreform festigen. Dabei steht die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer im Zentrum. Durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und eine Besteuerung am Ort der Wertschöpfung kann sie zu einer kommunalen Betriebssteuer entwickelt werden. Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird die Gemeinden nachhaltig entlasten. Dabei müssen die Einsparungen in vollem Umfang bei den Gemeinden verbleiben.

Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, dass das Zukunftsinvestitionsprogramm im Rahmen der Agenda 2010 verstetigt und fortgeführt wird. Die Mittel für Bildung, Forschung und technologische Innovation müssen kontinuierlich erhöht werden. Für den gesellschaftlichen Fortschritt ist die öffentliche Förderung von Forschung, Bildung und Innovationen unverzichtbar.

II. Entlastung der Arbeitseinkommen stärkt die Binnennachfrage

Die Struktur des gesamten Aufkommens an Steuern und Sozialabgaben in Deutschland macht die wachsende Belastung des Faktors Arbeit deutlich. Der deutsche Steuerstaat ist im Laufe der Zeit zunehmend zum Lohnsteuer- und Sozialabgabenstaat geworden.

Anträge	Notizen
<p>Die Senkung der Einkommenssteuer auf Arbeitseinkommen ist daher ein wichtiges Ziel. Durch die Absenkung des Eingangsteuersatzes (1998 – 25,9 %) von jetzt 19,9 % auf 17 % im Jahr 2004 und 15 % im Jahr 2005 werden alle Einkommen, insbesondere die unteren Einkommen entlastet. Dies stärkt die Binnennachfrage. Eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes (derzeit 48,5 %) kann in der jetzigen Situation nur dann erfolgen, wenn die Steuerausfälle durch den Abbau von Abschreibungsmöglichkeiten und Subventionsabbau kompensiert werden.</p>	1 5
<p>Deutschland hat bereits gemessen am Bruttoinlandsprodukt mit 21,7 Prozent (2001) nach Japan die niedrigste Steuerquote aller OECD-Länder. Weitere Steuerausfälle sind aufgrund der desolaten Situation der öffentlichen Kassen nicht mehr finanzierbar.</p>	
<p>Die Erhebung einer Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge wird zu dauerhaften Einnahmeausfällen von ca. 3 Mrd. Euro führen. Das insbesondere deshalb, weil zukünftig Besserverdienende ihre Zinserträge nicht mehr mit ihrem Spitzensteuersatz versteuern müssen, sondern mit einem Pauschalsteuersatz von 25 %. Während also von Arbeitslosen Einschnitte verlangt werden, wird Wohlhabenden, trotz Konsolidierungszwang, das Geld nachgeworfen. Das ist geradezu unanständig. Deshalb lehnen wir eine solche Abgeltungssteuer ab. Stattdessen sollte endlich wie in anderen Ländern auch eine Besteuerung von Aktienkursgewinnen eingeführt werden.</p>	10 15
<p>Insbesondere bei der Besteuerung des Vermögens und der Erbschaften bildet Deutschland hinter Österreich das Schlusslicht im internationalen Vergleich. Die Einkommens- und Vermögensschere geht aber immer weiter auseinander. Wir erwarten, dass auch die Vermögensbesitzer und Spitzenverdiener ihren Beitrag zu den notwendigen Maßnahmen leisten. Deshalb muss die private Vermögenssteuer wieder eingeführt und die Erbschaftssteuer auf hohe Erbschaften weiter entwickelt werden. Es bleibt dabei: Breite Schultern müssen mehr tragen als schmale.</p>	20
<p>Anstatt den Spitzensteuersatz weiter zu senken, wäre es sinnvoller, die Steuersenkungen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen vorzuziehen.</p>	25
<p>III. Sozialversicherungssysteme zukünftig steuerfinanzieren!</p>	
<p>Die Finanzierungsanteile für die gesamtstaatlichen Aufgaben- und sozialen Sicherungssysteme haben sich in den letzten 40 Jahren dramatisch verschoben.</p>	
<p>Deutschland hat im europäischen und internationalen Vergleich die höchste Sozialabgabenquote. Insgesamt werden derzeit etwa 18 % des Bruttoinlandsproduktes für Sozialbeiträge aufgewandt. In allen anderen Ländern liegt dieser Anteil deutlich niedriger. In den Niederlanden, Österreich und Schweden liegt dieser Anteil bei 15 %, in Italien und Japan bei 12,5 %, in den USA und Großbritannien bei 7 %, in Dänemark sogar nur bei zwei Prozent.</p>	30
<p>Die Sozialbeiträge sind von 24 % eines Bruttolohnes im Jahre 1957 auf aktuell 41,3 % gestiegen und würden sich ohne grundlegende Korrekturen des Systems in den nächsten Jahren verdoppeln. Nach Auffassung nahezu aller vorliegenden Gutachten stellen aber bereits heute die relativ hohen Sozialabgaben in Deutschland und die damit einhergehende Belastung des Faktors Arbeit einen die wirtschaftliche Entwicklung stark hemmenden Faktor dar. Das DIW Berlin geht davon aus, dass jede zusätzliche Erhöhung der Sozialabgaben um ein Prozentpunkt rund 100.000 Arbeitsplätze kostet bzw. umgekehrt eine entsprechende Anzahl erhält bzw. schafft.</p>	35 40
<p>Dagegen ist die gesamtwirtschaftliche Steuerquote im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland relativ niedrig. Mit einem Anteil von 22,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt Deutschland gemeinsam mit USA und Japan am unteren Ende der Skala. Die Mehrheit der Länder hat Steuerquoten, die von etwa 25 bis 30 Prozent reichen.</p>	45
<p>Der abgabenfinanzierte Sozialstaat steht nunmehr vor einer entscheidenden Herausforderung. Unabhängig von der konjunkturellen und beschäftigungspolitischen Bedeutung der mittlerweile enormen Abgabenlast für Arbeitnehmer und Arbeitgeber stellt sich die Frage, ob die demografische Entwicklung in Zukunft dem abgabenfinanzierten Sozialsystemen nicht den Boden entzieht. Immer weniger Beitragszahlern stehen demnächst immer mehr und länger lebende Leistungsempfänger gegenüber.</p>	50
<p>Wer darauf lediglich mit Leistungseinschränkungen reagiert, wird irgendwann Größenordnungen erreichen, bei denen die Substanz des Sozialstaates gefährdet wird.</p>	
<p>Deshalb ist es langfristig sinnvoll auch zur gerechteren Lastenverteilung die Beitragsfinanzierung zurückzuführen und die Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme auszuweiten.</p>	
<p>Die folgenden Vorschläge zur Reform des Sozialstaates orientieren sich am aktuellen Reformbedarf im Rahmen des bestehenden Systems, ermöglichen aber genauso erste Schritte zu einer grundsätzlichen Neuausrichtung.</p>	55
<p>IV. Rentenversicherung</p>	
<p>Nach der Rentenreform in der letzten Legislaturperiode befindet sich unser Rentensystem bereits im strukturellen Wandel. Die gesetzliche Rente wird zunehmend durch private bzw. betriebliche Alterssicherungssysteme ergänzt.</p>	60
<p>Wenn unsere Altersversorgung insgesamt auch zukünftig eine lebensstandardsichernde und nicht nur eine lebensunterhaltssichernde Funktion haben soll und wir weder die heutigen Beitragszahler noch die künftigen Leistungsempfänger überfordern oder ungerecht behandeln wollen, brauchen wir weitere Reformen.</p>	65
<p>In der Rentenversicherung liegt das eigentliche Kernproblem der sozialen Sicherung, weil der demographische Wandel nirgendwo mehr Veränderungen fordert.</p>	

Anträge	Notizen
<p>1 Wie in vielen anderen Ländern Europas führt dabei kein Weg an einer Verbreiterung der solidarischen Basis zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung, d.h. der ersten Säule, unseres Rentensystems vorbei. Deshalb brauchen wir gerade hier die Einbeziehung Aller ebenso wie die Heranziehung aller Einkommensarten. Beamte, Selbständige und Politiker sollen zukünftig in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Diese</p> <p>5 „Rente für alle“ soll zukünftig die „Basissicherung für jeden“ garantieren.</p> <p>Die zweite Säule, die betriebliche Altersvorsorge, muss dann zukünftig obligatorisch werden. Die Beiträge sollen auch hier von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gemeinsam aufgebracht werden. In dieser Säule behalten auch zukünftig die Sondersysteme, wie sie heute beispielsweise als Versorgungswerke bestehen, ihre wichtige Funktion.</p> <p>10 Die dritte Säule, die eigentliche Privatvorsorge, wollen wir weiterhin steuerlich fördern und auch denen helfen eine eigene private Altvorsorge ergänzend aufzubauen, die aus eigener Kraft alleine zur Privatvorsorge nicht in der Lage sind.</p> <p>Diese langfristig angelegten Reformen bedürfen dringend der kurzfristigen Flankierung. Zur Stabilisierung der Rentenleistungen heute und zur Begrenzung weiterer Beitragsschübe morgen müssen endlich alle versicherungsfremden Leistungen, insbesondere die Folgekosten der deutschen Einheit aus Steuermitteln, d.h. über einen erhöhten Bundeszuschuss finanziert werden.</p> <p>15 Gerade weil wir die beschriebenen weitreichenden Reformen wollen, aber auch die heutigen Transfereinkommen in ihrer jetzigen und zukünftig geplanten Höhe als nachfragesichernd für die ökonomische Entwicklung brauchen, ist es unser Ziel, Leistungskürzungen und Beitragssprünge in der Rentenversicherung zu vermeiden.</p> <p>20 Auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist kein aktuelles Thema. Es besteht noch viel Handlungsbedarf den tatsächlichen Renteneintritt mit dem gegenwärtig gesetzlich festgelegten Renteneintrittsalter in Übereinstimmung zu bringen.</p>	
<p>V. Krankenversicherung</p>	
<p>25 Wenn wir durch die Reduzierung der Lohnnebenkosten kurzfristig die Arbeitskosten entlasten und dadurch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse schaffen oder stabilisieren wollen, müssen wir gerade in der Krankenversicherung Mut zu weitreichenden Veränderungen haben.</p> <p>Unser Ziel ist kurzfristig eine Beitragsreduzierung um 1,5 % Punkte und damit eine Entlastung der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler um rund 16 Mrd. p.a. Euro ohne Leistungsabbau.</p> <p>30 Da der Leistungskatalog der GKV zukünftig nur noch wirklich medizinisch notwendige Leistungen enthalten soll, müssen alle versicherungsfremden, im wesentlichen familienbezogenen Leistungen, steuerfinanziert werden.</p> <p>Da nicht einzusehen ist, dass Versicherte Beiträge zahlen, damit daraus Steuern werden, sollte auf die Erhebung von Mehrwertsteuer auf ärztlich verordnete Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel sowie andere medizinische Leistungen zukünftig verzichtet werden.</p> <p>35 Da in der Vergangenheit den Krankenkassen zur Stabilisierung der Beiträge in der Renten- und Arbeitslosenversicherung, bzw. zur Entlastung der öffentlichen Kassen Finanzkraft entzogen und dadurch ihre Beiträge belastet wurden, muss dies dringend korrigiert werden.</p> <p>40 Weil Wirtschaftlichkeitsreserven im Gesundheitssystem auch kurzfristig aktivierbar sind, müssen schnellsten strukturverbessernde Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung auf den Weg gebracht werden (mehr Festbeträge auf und Ausgrenzung nicht wirksamkeitsgeprüfter Arzneimittel, Verschärfung der Arzneimittelzulassung, strengere Indikationen bei Heil- und Hilfsmitteln, sowie bei Fahrtkosten usw.)</p> <p>Zukünftige Selbstbeteiligungen der Versicherten müssen in jedem Fall eine die Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung steuernde Wirkung erzielen. Nur abkassieren wollen wir nicht.</p> <p>45 Auch zusätzliche Leistungsausgrenzungen wie z.B. das Krankengeld oder dessen ausschließliche Finanzierung durch die Arbeitnehmer lehnen wir ab.</p>	
<p>Unser Ziel ist darüber hinaus längerfristig eine weitere Beitragsreduzierung um 1,5% Punkte sowie in der Folge eine deutliche Stabilisierung der Beitragsentwicklung u.a. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mehr Effizienz, mehr Qualität und mehr Wirtschaftlichkeit in der Leistungserbringung (u.a. Verpflichtung zu wissenschaftlich begründeter Versorgung chronisch Kranker, mehr interessenunabhängige berufliche Fortbildung, Überwindung ineffizienter und kostentreibender Strukturen, mehr Transparenz, Kooperation und Konzentration, sowie mehr Wettbewerb und qualitätsfördernde Arbeitsbedingungen). • Die Verbreiterung der Solidaritätsbasis auch in der Krankenversicherung über die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GKV sowie über die Heranziehung aller Einkommensarten auch zur Finanzierung der sozialen Krankenversicherung. 	
<p>VI. Arbeitsmarktreform</p>	
<p>60 Das Sozialstaatsprinzip ist das tragende Fundament unseres Wohlstands und sichert die Innovationskraft und einen fairen Interessensausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Dazu gehören auch die betriebliche Sicherheit, das Betriebsverfassungsgesetz, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Flächentarifverträge. Soziale Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern entspricht unserem Verständnis von Politik und schafft die Voraussetzung für Innovation und Fortschritt.</p> <p>65 Auch die Arbeitslosenversicherung kann einen Beitrag zur Senkung der gesetzlichen Lohnnebenkosten leisten. Es muss deshalb damit Schluss sein über die Arbeitslosenversicherung versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. Diese müssen grundsätzlich steuerfinanziert werden.</p>	

Anträge	Notizen
Wir halten am Kündigungsschutz fest. Es bleibt nach wie vor richtig, was wir in unserem Wahlprogramm beschlossen haben: „Wir haben den sozialen Frieden wieder hergestellt: Der Kündigungsschutz gilt auch in kleineren Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten“. Mit den jetzt vorliegenden Vorschlägen sehen wir den Kündigungsschutz in seiner Substanz nicht gefährdet. Wir halten es allerdings für erforderlich, dass diese Regelung auf 5 Jahre befristet wird und durch jährliche Auswertungen die Auswirkungen auf Beschäftigung überprüft werden, um gegebenenfalls Konsequenzen ziehen zu können.	1 5
Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld schafft persönliche Sicherheit und sorgt für soziale Stabilität. Gerade bei älteren ArbeitnehmerInnen (ab 55 Jahre), die in der jetzigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die individuelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden.	10
Das Arbeitslosengeld soll es auch weiterhin als beitragsbezogene Versicherungsleistung geben. Wer länger ein-zahlt, soll auch länger Leistung beziehen. Das Ziel die Frühverrentungspraxis der Unternehmen zu beenden unterstützen wir. Dazu ist eine generelle Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeit-nehmerinnen und Arbeitnehmer nicht der richtige Weg. Es bedarf dazu differenzierter Lösungen.	15
Die Leitlinie der gerade beschlossenen Reformgesetze zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes „Fördern und Fordern“ kann dann eingehalten werden, wenn benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chan-ce der Wiedereingliederung erhalten. Wir halten die neuen Regelungen (Zumutbarkeit und Sanktionsregelun-gen) in Verbindung mit den bestehenden Regelungen der Sozialauswahl für ausreichend.	20
Bei der Umsetzung der „Hartz“-Gesetze müssen die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik auch weiter genutzt werden anstatt, wie jetzt geschehen, von der Bundesanstalt für Arbeit massiv zurückgefahren werden. Aktive Arbeits-marktpolitik darf sich nicht nur auf leicht vermittelbare Arbeitslose beschränken. Gerade die benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt brauchen verstärkte Förderung und den 2. Arbeitsmarkt als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt.	25
Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll vor allem eine schnelle und passgenaue Vermittlung aller Arbeitslosen und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden. Dabei sind funktionierende kommunale und frei gemeinnützige Strukturen der aktiven Arbeitsmarkt-politik zu erhalten und die neue Aufgabe der Arbeitsverwaltung erst in Gänze zu übertragen, wenn die Moder-nisierung der Arbeitsverwaltung abgeschlossen ist. Es muss darüber hinaus sichergestellt, dass Personen, die zunächst nicht vermittlungsfähig sind, durch aktivierende Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung an den ersten Arbeitsmarkt heran geführt werden. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozi-alhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der Empfänger der neuen Leistung oberhalb der Sozialhilfe ge-währleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, schont.	30
Alle Ausbildungsplatzsuchende müssen einen Ausbildungsplatz bekommen. Die Wirtschaft ist ihrer im Bünd-nis für Arbeit gegebenen Zusage im letzten Jahr nicht nachgekommen. Auch in diesem Jahr muss befürchtet werden, dass 140 000 Ausbildungsplätze fehlen. Wir begrüßen und unterstützen die Erklärung von Bundes-kanzler Gerhard Schröder, dann gesetzlich einzugreifen, wenn die Unternehmen ihre Ausbildungsbereitschaft nicht verbessern. Wir halten die Ausbildungsumlagefinanzierung für ein richtiges Instrument, um die Ausbil-dungsverpflichtung der Unternehmen einzufordern.	35
	40
Antrag I 12	
Landesverband Schleswig-Holstein	
Änderungsantrag zum Leitantrag	45
Kapitel „Gerechtigkeit heute“, Stichwort „Vermögenssteuer“ Spiegelstrich einfügen hinter „Verstetigung der Steuereinnahmen anschließen wird ...“	
„Wir wollen die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung weiterentwickeln, um eine angemessene Belas-tung von großen Vermögensbesitzern zu erreichen. Dieses Ziel ist auch dann richtig und wird weiter ver-folgt, wenn es keine aktuellen Bundesratsmehrheiten für seine Umsetzung gibt.“	50
Kapitel „Unser Weg“, 5. Absatz, Stichpunkt „Mitbestimmung“ „Starke Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften bleiben für die Stabilität unseres Landes unverzicht-bar. Deshalb werden die Mitbestimmung, die Tarifautonomie und der Flächentarifvertrag uneinge-schränkt ihren jetzigen gesetzlichen Schutz behalten. Sie haben sich in Deutschland als anpassungsfähig an veränderte Verhältnisse erwiesen und als Garanten für wirtschaftliche und soziale Sicherheit bewährt. Vielfach haben Tarifverträge auf betriebliche Besonderheiten und Krisen flexibel reagiert und damit den Be-triebspartnern Spielräume eröffnet, um Beschäftigung zu sichern.“	55
	60
Kapitel „Arbeit und Wirtschaft“, 2. Absatz, Stichpunkt „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ Passus „Wir müssen die Rahmenbedingungen... bis Konsolidierung der Staatsfinanzen ist.“ ersetzen: „Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen ist unverändert notwendig, aber aus einer Wirtschaftskrise können wir uns nicht heraussparen, sondern nur herauswachsen. Auf europäischer Ebene brauchen wir ein abgestimmtes Investitions- und Innovationsprogramm. Es muss flankiert werden durch eine beschäf-tigungsorientierte und wachstumsfördernde Geld- und Wirtschaftspolitik der EU. Ziel ist es, die öffent-lichen Investitionen in Deutschland – vor allem der Städte und Kommunen – auf das europäische Niveau von 2,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen.“	65

1 Kapitel „Steuern senken“, Stichwort „Steuerreform 2004/2003“
 „Die Steuerpolitik dieser Bundesregierung wird die privaten Haushalte bis einschließlich 2004 um insgesamt
 26,7 Mrd. entlastet haben. **Um eine sozial ausgewogene Beteiligung aller Einkommensgruppen an der Finan-**
 5 **zierung der notwendigen Reformen zu gewährleisten, werden wir im Zuge der Steuerreformstufe**
2005 den Spitzensteuersatz nicht absenken.) Mit dieser sozial ausgewogenen Entlastung werden vor al-
lem Kaufkraft und Nachfrage von kleineren und mittleren Einkommen gestärkt und Familien begün-
stigt: (...)

Kapitel „Investitionen anregen“, 3. Absatz, Stichpunkt „Gemeindefinanzreform/Gewerbesteuerreform“
 10 Passus „Eine nachhaltige Stärkung der Investitionskraft... ist die Verstetigung der kommunalen Steuereinnah-
 men“. ersetzen durch:

15 **„Die Gemeindefinanzreform muss den Kommunen langfristig und konjunkturunabhängig mehr Spiel-**
raum für Zukunftsinvestitionen geben. Das geht nur über eine erneuerte Gewerbesteuer. Die Gewerbe-
steuer lässt sich nur sinnvoll zu einer kommunalen Betriebssteuer entwickeln, wenn die Bemessungs-
grundlage deutlich verbreitert wird und die Besteuerung konsequent am Ort der Wertschöpfung statt-
findet. Dazu muss die gewerbesteuerliche Organschaft abgeschafft werden. Bemessungsgrundlage ein-
 20 **er kommunalen Betriebssteuer müssen alle im örtlichen Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte**
sein: die Gewinne, alle vom Betrieb netto bezahlten Schuldzinsen sowie ein angemessener Teil der be-
zahlten Mieten, Pachten und Lizenzgebühren. Die steuerliche Privilegierung von Fremdkapital gegenü-
ber Eigenkapital wird durch diese Maßnahmen aufgehoben. Das kommunale Hebesatzrecht ist beizu-
behalten.“

4. Absatz, Stichpunkt „Zinsabgeltungssteuer“
 Passus „Es ist ein Gebot der Vernunft ... rückgängig gemacht und verhindert werden.“ ersetzen:
 25 **„Die angedachte Zinsabgeltungssteuer ist unter den heute gegebenen Bedingungen nicht zielführend.**
Statt der versprochenen Mehreinnahmen wird es bei Bund, Ländern und Gemeinden voraussichtlich zu
dauerhaften Einnahmeausfällen in Höhe von 3 Milliarden Euro kommen. Die Voraussetzungen für eine
Rückkehr von im Ausland angelegtem Kapital sind wegen der bisher nicht erreichten Einigung in der
 30 **EU über die Informationspflichten bei den Zinserträgen nicht erfüllt. Deshalb muss dieses Projekt auf-**
gegeben werden.“

Kapitel „Frühverrentung beenden“, 4. Absatz, Stichpunkt „Arbeitslosengeld“
 Passus ersetzen „Es ist deshalb notwendig die Bezugsdauer ... bis ein neuer Beschäftigungsaufbau entste-
 hen.“:

35 **„Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll der betrieblichen Praxis ein Ende setzen,**
wonach ältere Arbeitnehmer unter Ausnutzung eines bis zu 32-monatigen Arbeitslosengeldes vorzeitig
und in einen de facto Vorruhestand geschickt werden. Dieses Ziel ist richtig. Die geplante Kürzung der
Bezugsdauer auf 12 Monate (bzw. 18 Monate für über 55-Jährige) kann dieses Ziel jedoch nur errei-
 40 **chen, wenn jedem Arbeitslosen in den ersten 12 Monaten seiner Arbeitslosigkeit konkret ein zumutbares**
Arbeitsplatzangebot gemacht werden kann. Kann dies nicht garantiert werden, ist eine Verkürzung der
Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes nicht akzeptabel. Die Folge wäre nur ein fiskal- und sozialpoliti-
sches Verschieben der Arbeitslosen in das steuerfinanzierte und zukünftig abgesenkte Arbeitslosengeld
II.“

45 Kapitel „Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“, 4. Absatz, Stichpunkt „Zusammenfüh-
 rung Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“:

„Wir wollen eine armutsfeste Regelung. Die neue Leistung **muss – wie im Regierungsprogramm zugesagt –**
oberhalb der Sozialhilfe liegen. Sie gewährleistet die Sicherung des Unterhaltes einschließlich Beiträge zur
 gesetzlichen Krankenversicherung, sozialen Pflegeversicherung und zur Rentenversicherung sowie Einglieder-
 50 ingsleistungen. Sie umfasst auch Leistungen für die im Haushalt lebenden Kinder, den im Haushalt lebenden
 nicht erwerbsfähigen Partner und die Kosten der Unterkunft. **Nach der bereits am 1.1.2003 verschärften An-**
rechnung von Partnereinkommen darf es keine weitere Verschlechterung geben. Konkret heißt dies, die
Anrechnung von Partnereinkommen bei der Gewährung von Arbeitslosenhilfe II darf nicht nach den
 55 **Bestimmungen der Sozialhilfe erfolgen. Durch die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhil-**
fe ergeben sich für die Kommunen erhebliche Einsparungen bei den Aufwendungen für die Sozialhilfe.
Diese Einsparungen müssen in vollem Umfange bei den Kommunen verbleiben und für beschäftigungs-
fördernde Zukunftsinvestitionen und die Bereitstellung von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtun-
gen eingesetzt werden.“

60 Kapitel „Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht“, 4. Absatz „Kündigungsschutz“
 „Kleine Betriebe, die heute nicht unter das Kündigungsschutzgesetz fallen, können künftig in begrenz-
 tem Umfang befristet Beschäftigte einstellen. Bei betriebsbedingten Kündigungen wollen wir den Be-
 standsschutz erhalten, aber durch einen **Rechtsanspruch auf Abfindung** für den Arbeitnehmer oder die
 Arbeitnehmerin ergänzen. (...) Die Sozialauswahl wird auf drei Kriterien begrenzt: das Alter, die Be-
 65 triebszugehörigkeit und eventuelle Unterhaltspflichten. Wir wollen auch dazu beitragen, dass das be-
 rechtigte Interesse der Betriebe an einer ausgewogenen Personal- und Altersstruktur berücksichtigt
 wird.“

Anträge	Notizen
Kapitel „Bezahlbare Gesundheit für alle“, Stichpunkt „Krankengeld“	1
Letzter Spiegelstrich ersetzen:	
<p>„Das solidarische und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Hierzu ist eine Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen notwendig. Es muss der Personenkreis, der durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst ist, erweitert werden. Neben Löhnen und Gehältern müssen weitere Einkommensarten in die Beitragsbemessung einbezogen werden. Ziel ist eine allgemeine Bürgerversicherung. Hierbei ist auch zu prüfen, ob und in wie weit die private Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden kann. Zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist eine stärkere Steuerfinanzierung zu prüfen.“</p>	5 10
Kapitel „Die Rente für die Zukunft sichern“, Stichpunkt „Rentenversicherung“	
<p>„Die Riester-Rente hat eine zusätzliche Säule der Alterssicherung etabliert. Weitere strukturelle Reformschritte müssen alle Berufsgruppen in die Beitragspflicht einbeziehen. Ziel ist der Aufbau einer Erwerbstätigenversicherung.“</p>	15
Antrag I 13	
<p>Distrikt Eimsbüttel-Süd (LV Hamburg)</p>	20
Mut zur Veränderung	25
<p>Deutschland braucht Mut zur Veränderung. SPD und SPD-geführte Bundesregierung brauchen daher Mut zu langfristigen Antworten und grundlegenden Konzepten im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Sanierung unserer Sozialversicherungssysteme und den Umbau des Sozialstaates, für eine gerechte Lastenverteilung und für nachhaltige Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Punktueller Aktionismus und ein politischer „6-Wochen Horizont“ mit dem Ziel kurzfristiger Erfolge reicht nicht aus. Aus der Agenda 2010 wird noch kein Gesamtkonzept erkennbar – auch deshalb wirkt sie sozial unausgewogen. Die Menschen in Deutschland und auch die Mitglieder der SPD sind zu weitergehenden und grundlegenden Veränderungen bereit. Sie wollen Ergebnisse sehen. Schon deshalb darf die Kritik nicht als ein Ruf nach „Weiter So“ missdeutet werden, denn wir fordern mehr Mut zur Veränderung:</p>	30
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung, um endlich ein einfaches und sozial gerechtes Steuersystem zu schaffen. Wir brauchen klare, ggfs. auch niedrigere Steuersätze, die aber dann auch wirklich von allen gezahlt werden. Daher brauchen wir eine radikale Streichung aller Steuerprivilegien und den Abschied von intransparenten und indirekten Subventionen durch Steuervergünstigungen. Um den Faktor Arbeit zu entlasten müssen viele sinnvolle, aber versicherungsfremde Aufgaben aus den Sozialversicherungen heraus und in die Steuerfinanzierung hereingenommen werden. Das geht nur durch eine gerechte Lastenverteilung, in einem übersichtlichen, einfachen und damit auch kostengünstigerem Steuersystem. 	35 40
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung, um einen konsequenten und umfassenden Subventionsabbau durchzusetzen, denn es ist nicht gerechtfertigt, wenn einerseits Sozialleistungen gekürzt, andererseits aber z.B. private Häuslebauer gefördert werden. 	45
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung unseres Gesundheitssystems, damit die Kostenexplosion nicht allein von den Versicherten finanziert wird. Unser Gesundheitssystem muss zukunftstauglich werden durch eine verbindliche Integration von ambulanter und stationärer Versorgung, eine echte Stärkung der Hausärzte, effizientere Strukturen und eine grundlegende Veränderung der ambulanten Vergütungsstrukturen weg von einer einseitigen Bevorzugung der Apparatemedizin. Versicherungsfremde Leistungen müssen konsequent aus der gesetzlichen Krankenkasse herausgenommen werden, das „Zunftwesens“ bei den Apotheken und die „Schutzräume“ der deutschen Pharmaindustrie müssen aufgehoben werden. Daher brauchen wir den Mut, unsere Vorschläge auch gegen die Angriffe und das Klagegeheul von Interessengruppen durchzusetzen. 	50
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung, um die Arbeitslosenversicherung auf ihre eigentliche Funktion als „Versicherung für die Zeit der Arbeitslosigkeit“ zu beschränken und den Faktor Arbeit von allen sonstigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entlasten. Die Schaffung von Arbeit und der Kampf gegen Arbeitslosigkeit müssen als vordringlichste gesellschaftliche Aufgaben steuerfinanziert werden. Wir brauchen eine konsequente Dezentralisierung und Kommunalisierung des zweiten Arbeitsmarktes, von Fort- und Bildungsmaßnahmen, damit jeder und jede – ob alt oder jung – einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhalten kann. Auch Arbeitsvermittlung und Fortbildung müssen am Bedarf orientiert und individuell ausgerichtet sein, Großbürokratien der Arbeitsverwaltung müssen aufgelöst werden. 	55 60
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung, um eine Rentenversicherung einzuführen, in die alle – ob Beamte oder Selbständige – einzahlen und die alle Einkommensarten berücksichtigt. Die Erhöhung der Lebensalterzeit macht erst dann Sinn, wenn zunächst dafür gesorgt wird, dass der Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bis zur bestehenden Altersgrenze arbeitet. 	65
<ul style="list-style-type: none"> Wir brauchen Mut zur Veränderung, um den arbeitsplatzschaffenden Mittelstand gezielt und spürbar zu fördern und die mit besseren Lobbyisten ausgestatteten Großunternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen. 	

- 1 • Wir brauchen Mut zur Veränderung, damit wir im Bereich von Kinderbetreuung, Bildung, Schule und Hochschule Klotzen statt kleckern können. Denn die Zukunft unseres Landes steckt in den Köpfen unserer Kinder und Jugendlichen.
- 5 • Aber wir brauchen auch Mut zur Veränderung unserer Partei, damit wir uns nicht zu einem inhaltsleeren Kanzlerwahlverein entwickeln, sondern eine lebendige, offene und in der Sache diskutierende und werbende Partei bleiben, die mit der Zeit geht, ohne ihr Profil zu verlieren oder ihre „Seele“ zu verkaufen und in der nicht jede Kritik an der Parteiführung als Zweifel an der Regierungsfähigkeit missdeutet wird.

10 **Antrag I 14**

**Kreisverband Reutlingen
(Landesverband Baden-Württemberg)**

15 **Agenda 2010**

- 20 1. Wir begrüßen ausdrücklich die Irakposition und außenpolitische Linie von SPD und Regierung. Mit der klaren und konsequenten Haltung hat die sozialdemokratische Regierung eine erkennbare Friedensposition eingenommen, die Sensibilität dafür erhöht, dass bei internationalen Konflikten ein demokratisch legitimes internationales Gewaltmonopol, nämlich die UNO, eine entscheidende Rolle erhalten muss, dass nicht Zinnsärge deutscher Soldaten aus dem Irak zurückgeschickt wurden.
- 25 2. Wir begrüßen ausdrücklich, dass in der Agenda 2010 notwendige Reformen auf den Weg gebracht werden:
- Investitionsprogramme für Kommunen und Bauwirtschaft
 - Umgestaltung und Effektivierung des Gesundheitssystems
 - Förderung von Mitteln der aktiven Arbeitsmarktpolitik priorisiert gegenüber passiven mitteln der Arbeitsmarktpolitik
- 30 3. Wir begrüßen ausdrücklich die Aussagen der Agenda zu den Themen:
- Schaffung von Ausbildungsplätzen und Ausbildungsumlage, Entbürokratisierung für Ausbildungsbetriebe und Entwicklung entsprechender Qualifikationskonzepte
 - Zahnersatz
 - Freizeit- und Hausunfälle
 - Positivliste
 - Rechnungsoffenlegung nach Arztbesuchen
 - Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen der Krankenversicherungen
 - Erweiterung der Basis für Beitragszahler
- 40 4. Wir sind für die Einführung von Gebühren beim Besuch von Fachärzten ohne vorherige Konsultation mit dem Hausarzt (mit zu regelnden Ausnahmen z.B. Frauenarzt, Zahnarzt), um die Lotsenfunktion des Hausarztes zu stärken und teures Facharztthopping zu vermeiden.
- 45 5. Wir sind für die Einführung der Positivliste bei Medikamenten.
6. Wir fordern bei einer Einführung der privaten Absicherung von Krankengeld:
- das Dach der gesetzlichen Krankenkasse als Pflichtversicherung
 - Die Gesamtentlastung der Krankenversicherungsbeiträge durch effektivere Leistungen und Herausnahme von versicherungsfremden Leistungen.
 - Dies soll für den Einzelnen die Entlastung bringen, um diesen Beitrag zu bezahlen.
- 50 7. Um Zweifel und Ängste vor der Veränderung des Kündigungsschutzes zu verhindern wollen wir abgesichert wissen, dass keiner, der heute Kündigungsschutz genießt, diesen verliert und für kleine Betriebe bis 5 Beschäftigte nach wenigen Jahren überprüft wird, ob die neue Regelung zur Schaffung von Arbeitsplätzen beigetragen hat. Dies ist das Kriterium für die Weiterführung der Regelung oder deren Abschaffung.
- 55 8. Bei Einführung von Arbeitslosengeld II soll geregelt werden, dass
- die Definition von Erwerbsfähigkeit nach dem Rentenversicherungsrecht stattfindet (mindestens drei Stunden arbeitsfähig)
 - bisherige Sozialhilfeempfänger kranken-, renten- und pflegeversichert werden
 - bei der Neuregelung abgesichert wird, dass es zu keiner neuen Altersarmut kommt und die Neuregelung armutsfest ist. Lebenslang für das Alter Ersparnes muss erhalten bleiben (Hauseigentum/Kapitallebensversicherung u.ä.)
 - der 2.Arbeitsmarkt unter Einbeziehung des Arbeitslosengelds II soll auf kommunaler Ebene so ausgebaut werden, dass jedem Leistungsempfänger eine angemessene Beschäftigung angeboten werden kann. Dabei soll das Arbeitslosengeld II als Lohnbestandteil eingesetzt werden.
- 60
- 65

Anträge	Notizen
<p>9. Wo bei der AGENDA 2010 Belastungen erfolgen, müssen diese so verteilt werden, dass erkennbar wird, dass Stärkere mehr schultern müssen, als Schwächere. Durch Neuregelungen im Steuerrecht soll eine adäquate Finanzierung auch aus Kapitaleinkünften und -vermögen sichergestellt werden, damit sowohl die Kommunen über eine neu zu gestaltende Gewerbesteuer die notwendigen Einnahmen bekommen, als auch die Menschen nachvollziehen können, dass es mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gerecht zugeht. Dazu gehört auch die bessere Darstellung des bisher Erreichten (historisch größte Steuerreform mit starker Entlastung gerade mittlerer und unterer Einkommen; Familientransferleistungen; BaföG u.a.)</p>	<p>1 5</p>
<p>10. Für die Finanzen der Kommunen soll konsequent das Konnexitätsprinzip umgesetzt werden (wer Aufgaben zuweist, muss diese auch bezahlen), die gewerbesteuerliche Organschaft wird abgeschafft, damit nicht mehr Gewinne in einer Stadt mit Verlusten in der anderen ausgeglichen werden können und es werden insgesamt finanzielle Entlastungen für die Kommunen in die Wege geleitet.</p>	<p>10</p>
<p>11. Wir fordern die SPD-Bundespartei auf, künftige Diskussionsprozesse so zu organisieren, dass eine bessere und breitere Beteiligung und Einbeziehung der Mitglieder in entscheidenden Fragen der Politikgestaltung möglich wird. Nur so können Positionsfindungen und -veränderungen überzeugend vertreten werden.</p>	<p>15</p>
<p>Reformen des Sozialsystems sind notwendig und richtig. Wir wollen auch in Zukunft eine sozialdemokratisch geführte, starke Regierung, die diese Prozesse sozial verträglich, gerecht und zukunftsfähig vorantreiben kann.</p>	<p>20</p>
<p>Antrag I 15</p>	<p>25</p>
<p>UB Aurich <i>(Bezirk Weser-Ems)</i></p>	
<p><i>Innovation und Gerechtigkeit</i></p>	<p>30</p>
<p>1. Deutschland in einer zusammenwachsenden Welt</p>	
<p>Deutschland, wie auch alle anderen Nationen, stecken in dem tiefgreifendsten Umbruch seit dem 2. Weltkrieg, dessen Triebkräfte die weltweite Integration (Globalisierung) der Märkte, die daraus sich ableitende Verschärfung des Wettbewerbes und das Übergewicht von Finanzinteressen sind.</p>	<p>35</p>
<p>In der Folge kann nationalstaatliche Politik weniger Einfluss nehmen und gestalten. Das schließt die soziale Demokratie mit ein. Sozialdemokraten müssen hierauf Antworten geben können.</p>	
<p>In vielen anderen Ländern stärken die Folgen dieser Entwicklung autoritäre und rechtspopulistische Bewegungen. Deshalb ist die Sozialdemokratie noch zusätzlich gefordert, die wirtschaftliche Entwicklung mit sozialer und nachhaltiger Verantwortung zu verbinden.</p>	<p>40</p>
<p>Unsere Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur so kann in einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, neuer Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit möglich werden.</p>	
<p>Das Bestehende nur zu verteidigen hieße, das Erreichte zu gefährden. Es durch Innovationen im umfassenden Sinn zu verändern, eröffnet dagegen Chancen für mehr Lebensqualität, Freiheit und Zusammenhalt.</p>	
<p>Die Chancen sind da. Ob sie jedoch für eine Welt der Vielfalt, Demokratie und Zusammenarbeit genutzt werden, hängt auch in einem entscheidenden Maße von der Entwicklung in Europa ab. Soziale Demokratie im Geiste des kulturellen Erbes der europäischen Geschichte muss mit innovativer Leistungsfähigkeit weiter entwickelt werden. Bei dieser Aufgabe hat die Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle. Sie kann und wird sie ausfüllen, wenn unsere Gesellschaft gemeinsam handelt, wirtschaftlich stark ist und reformfähig bleibt.</p>	<p>45 50</p>
<p>2. Deutschland erneuern</p>	
<p>Wir wollen die Aufgabe, unser Land zu erneuern, mit Nachdruck vorantreiben. Wir sehen große Reformnotwendigkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft. Wir wollen die Reformen, die unser Land braucht, nicht verwässern, sondern verbessern und erweitern.</p>	<p>55</p>
<p>Reformen müssen den Menschen Ängste nehmen und ihnen Sicherheit geben. Dafür setzen wir mit Hilfe technischer Innovationen auf eine neue wirtschaftliche Dynamik, die hohe Produktivität mit mehr Beschäftigung verbindet. Auf dieser Basis können wir zu mehr sozialer Sicherheit und Nachhaltigkeit kommen, damit Willkür und Ausgrenzung zurückgedrängt und verhindert werden.</p>	
<p>Die weltwirtschaftliche Entwicklung hinterlässt dramatische Spuren auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten. Durch strukturelle Umwälzungen und demographische Faktoren, aber auch durch Versäumnisse der Regierung Kohl in den 90er Jahren muss unser Land gewaltige Herausforderungen bewältigen. Dies muss nun unter sehr viel schwierigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschafft werden. Im Zentrum steht dabei die Stabilisierung der Wirtschaft. Ohne eine Politik, die Impulse und Innovationen gibt und gleichzeitig die Konsolidierung vorantreibt, werden wir in der Globalisierung nicht bestehen können.</p>	<p>60 65</p>
<p>Konservative Kreise in Politik, Wirtschaft und Publizistik setzen fälschlicherweise Anpassung mit Reformen gleich. Diese konservative Sichtweise, die vor allem von CDU/CSU und FDP vertreten wird, ist auch vor dem Hintergrund von geschichtlichen Erfahrungen ein gefährlicher Irrweg.</p>	

1 Dieser Weg führt zur Spaltung der Gesellschaft und verursacht große Krisen. Die Folgen gefährden Demokratie und Freiheit.

3. Reformen brauchen Ziele und Wertorientierungen

5 Wir Sozialdemokraten wollen Reformen, die sich daran messen lassen, ob sie zu gesellschaftlichem Fortschritt beitragen. Sie müssen der Fortentwicklung der Gesellschaft insgesamt dienen, damit mehr Gerechtigkeit und Freiheit verwirklicht werden.

10 Der Bundeskanzler Gerhard Schröder hat die Linie vorgegeben: Die Erneuerung des europäischen Gesellschaftsmodells, das allen Menschen mehr Chancen und Teilhabe ermöglicht. Dafür brauchen wir eine solidarische Kraftanstrengung.

15 „Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit ... Entweder wir modernisieren – und zwar die soziale Marktwirtschaft – oder wir werden modernisiert – und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen“, so Gerhard Schröder in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003.

Damit ist der Weg für eine sozialdemokratisch geprägte Agenda 2010 vorgezeichnet. Unser Ziel ist es – wie der Bundeskanzler herausgestellt hat – die Erneuerung und Zukunftsfähigkeit des „europäischen Gesellschaftsmodells“.

20 Die soziale Frage spitzt sich sonst noch weiter zu. Selbst ein starkes Wirtschaftswachstum wird uns die Antworten nicht abnehmen können. Es gilt aber auch: Wenn es uns nicht gelingt, die Veränderungsprozesse sozial zu regeln, droht uns ein autoritäres Jahrhundert.

Deshalb müssen Gruppen- und Eigeninteressen in einer großen und solidarischen Gemeinschaftsanstrengung überwunden werden. Nur dann erreichen wir wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt.

4. Unsere Aufgaben

Gerade in Zeiten, in denen die bisherigen Sicherheiten nicht mehr funktionieren, neue aber erst geschaffen werden müssen, stützen wir uns auf den Kernbestand unserer programmatischen Identität, um sie in neuer Form zu bewahren.

30 Deshalb verteidigen wir selbstbewusst unsere historischen Erfolge von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Flächentarifvertrag, von der Mitbestimmung bis zum Kündigungsschutz. Wir bekennen uns zu diesen Errungenschaften, sie sind ein unverzichtbarer Teil des sozialen Friedens in unserem Land. Sie schaffen das Vertrauen, das wir für die notwendigen Veränderungen in unserem Land brauchen.

35 Die soziale Demokratie ist kein Selbstzweck. Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit bei der Bewältigung der großen Lebensrisiken sind unser Leitbild bei der Erneuerung von Wirtschaft und Gesellschaft.

5. Für mehr Beschäftigung – Die Agenda 2010 unterstützen

40 Die SPD unterstützt grundsätzlich die vom Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleiteten und vom SPD-Parteivorstand gebilligten Reformvorhaben der Agenda 2010.

Wir stimmen dem Bundeskanzler zu: Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt die Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um wieder an die Spitze der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Europa zu kommen. Wir müssen die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern, auch wenn dies im Einzelfall zu einer Kürzung der Leistungen des Staates führen wird. Angesichts der strukturellen Probleme unserer Sozialsysteme, die sich in den kommenden Jahren noch verschärfen, muss Eigenverantwortung gefördert und mehr Eigenleistung von jedem Einzelnen abgefordert werden.

Die Umbaumaßnahmen müssen jedoch so organisiert werden, dass sie die folgenden drei Kriterien erfüllen:

- Sie müssen insgesamt sozial gerecht und in der Verteilung der Lasten ausgewogen sein;
- Sie müssen so ausgestaltet werden, dass die Umbauphase nicht zu unvermeidbaren Brüchen und Härten führt;
- Fördern und Fordern heißt, auch tatsächlich neue Chancen zu eröffnen, also Innovationen voran zu bringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dafür wollen wir die Voraussetzungen für Innovationen in einem umfassenden Sinne verbessern und unserer Politik der Erneuerung eine dauerhafte Grundlage geben.

6. Stärkung der öffentliche Haushalte

Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen auf europäisches Niveau erfordert in Deutschland in den nächsten Jahren eine starke Anstrengung. Um die Wirtschaftskrise dauerhaft zu überwinden, braucht unser Land qualitatives Wachstum.

Wir begrüßen deshalb die Maßnahmen der Bundesregierung, vor allem bei den Kommunen die öffentlichen Investitionen mit Nachdruck zu stärken. Zinsverbilligte Kredite sind ein erster guter Schritt.

Sie reichen jedoch bei der katastrophalen Finanzsituation der Kommunen nicht aus.

Die Bundesregierung hat mit ihrem Soforthilfeprogramm in der Agenda 2010 den ersten Schritt zur Sanierung der Gemeindefinanzen getan.

Die Gemeindefinanzreform aber muss dafür sorgen, dass die öffentlichen Einnahmen der Kommunen auch dauerhaft verbessert wird.

Anträge	Notizen
7. Den sozialen Frieden bewahren	1
Der Wohlstand, die Innovationskraft und der soziale Frieden gründen sich auf einem fairen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Die soziale Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern entspricht unserem Verständnis von Politik. Sie schafft Vertrauen für Sicherheit im Wandel. Hierin lag und liegt die Grundlage des gesellschaftlichen Konsens und für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.	5
Deshalb weisen wir alle Angriffe auf die Gewerkschaften, wie wir sie in einer unsozialen Allianz aus Unternehmensverbänden, Teilen der Publizistik und der CDU/CSU und FDP erleben, mit aller Schärfe zurück. Wir sehen hierin einen Angriff auf das Grundverständnis unserer Verfassung und die soziale Marktwirtschaft.	10
Wir halten am Kündigungsschutz fest. Es ist nach wie vor richtig, was wir in unserem Wahlprogramm beschlossen haben: „Wir haben den sozialen Frieden wiederhergestellt: Der Kündigungsschutz gilt auch in kleineren Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten.“	15
Die geplante Regelung, dass befristete Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen, halten wir für vertretbar. Es erscheint uns sinnvoll die Regelung erst einmal auf 5 Jahre zu befristen und auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen, um gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.	15
8. Arbeitslosigkeit darf nicht in die Armut führen	
Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld schafft persönliche Sicherheit und sorgt für soziale Stabilität. Gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die individuelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden.	20
Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes einer Regelung, die den Bezug dieser Leistung im bisherigen Umfang verlängert, wenn nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten wird.	25
Wir fordern gezielte und nachhaltige Anstrengungen für Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Wir brauchen den differenzierten zweiten Arbeitsmarkt, damit durch die Verbesserung der Erwerbsfähigkeit die Chancen für eine Erwerbstätigkeit verbessert werden.	30
Durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll vor allem eine schnelle und passgenaue Vermittlung aller Arbeitslosen- und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden. Auf der Grundlage vorhandener Strukturen wird ein effizienter Mitteleinsatz ermöglicht. Bürokratische Hindernisse sind zu vermeiden und Verwaltungsverfahren zu vereinfachen.	35
Bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der Empfänger der neuen Leistung gewährleistet sein, ohne das eine ergänzende Sozialhilfe notwendig ist. Das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, muss geschont werden.	35
9. Ausbildung sichert unsere wirtschaftliche Zukunft	
Jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht, muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Die Wirtschaft steht in der sozialen Marktwirtschaft in der Bringschuld, diese Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.	40
Wir unterstützen nachdrücklich die Ankündigung des Bundeskanzlers, dass es zu einer gesetzlichen Regelung kommen wird, wenn die Wirtschaft ihre gesellschaftspolitischen Verpflichtungen nicht einhält.	40
Das JUMP-Programm gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit muss über das Jahr 2003 hinaus gesichert werden.	40
10. Für mehr Qualität und Effizienz im Gesundheitswesen	45
Im Gesundheitswesen stehen wir vor der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen. Sie betreffen nicht nur die Einnahme- und Ausgabenseite. Vielmehr gilt es, das System mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt zu reformieren. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und Vorsorge eine besondere Bedeutung zu.	50
Ein weiteres wichtiges Ziel ist die Stabilisierung der Beitragshöhe in der gesetzlichen Krankenkasse bei der Sicherung der für die gesundheitliche Versorgung notwendigen Leistungen. Das ehrgeizige Ziel der Senkung der Krankenkassenbeiträge auf 13 Prozent und darunter muss in einer Weise verwirklicht werden, dass es nicht zu neuen Fehlentwicklungen oder Überforderungen kommt.	55
Das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es zu erhalten und zukunftsfest zu machen.	55
Hierzu ist die Verbreiterung der Finanzgrundlagen notwendig. Es muss der Personenkreis, der durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst ist, erweitert werden.	60
Wir begrüßen die Ankündigung der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die Krankengeldversicherung in der GKV zu belassen.	60
Der Vorschlag des Bundeskanzlers, versicherungsfremde Leistungen aus der Finanzierung durch die Krankenversicherung heraus zu nehmen und über Steuern zu finanzieren, wird ausdrücklich unterstützt.	60
11. Soziale Symmetrie erhalten	65
Es besteht kein Zweifel, dass tief greifende Reformen notwendig sind. Unser Land muss für die Herausforderungen der Globalisierung fit gemacht werden, damit wir die soziale Demokratie bewahren und als Modell zur Gestaltung der Globalisierung ausbauen können. Dies ist nur möglich, wenn es zu einer großen und solidari-	65

1 schen Gemeinschaftsanstrengung kommt. Hierzu müssen alle Menschen in unserer Gesellschaft beitragen.
 Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache Schultern.
 Wenn es, wie zur Zeit, keine Mehrheit für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer im Bundesrat gibt, so
 muss aus Gründen der sozialen Symmetrie am gesamtstaatlichen Steueraufkommen darüber diskutiert werden,
 5 ob die Senkung des Spitzensteuersatzes auf 42% vorgenommen werden kann.

Antrag I 16

10 **UB Dresden-Elbe-Röder**
(LV Sachsen)

Zur Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse 15 in Deutschland

Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird die „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensver-
 hältnisse“ in Deutschland gefordert. In der Einleitung des „Vertrags über die Schaffung einer Währungs-, Wirt-
 schaftsa- und Sozialunion“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Re-
 publik von 1990 haben beide Seiten ihren Willen betont, „die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für die
 20 weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mit sozialem Ausgleich und sozialer Absicherung“
 in ganz Deutschland einzuführen und dadurch „die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen“ im Osten
 Deutschlands „stetig zu verbessern“.

25 Die Entwicklung seit 1990 hat gezeigt, dass formale rechtliche Gleichstellungen zur Verwirklichung dieser
 Ziele nicht ausreichen. Um das vereinte Deutschland sozial und demokratisch zu gestalten, bedarf es besonde-
 rer wirtschafts- und sozialpolitischer sowie finanzieller Maßnahmen in den und für die neuen Länder.

Zu den Leistungen der Bundesregierung auf diesem Gebiet gehören:

- der Solidarpakt II
- 30 • das schnelle und umfassende Handeln zur Bewältigung der Flutkatastrophe von 2002
- die Bereitstellung und der Wille zur Beibehaltung der Investitionszulage für Ostdeutschland
- die Forschungsinitiativen „InnoRegio“ und „Regionale Wachstumskerne“
- die Ausbildungsplatzprogramme für die neuen Länder
- das Programm „Stadtumbau Ost“
- 35 • der gesamtdeutsche Risikostrukturausgleich der Gesetzlichen Krankenversicherung
- der geplante Aufbau eines Osteuropazentrums für Wirtschaft und Kultur.

Diese und andere Maßnahmen der Bundesregierung sind geeignet, die wirtschaftliche und soziale Einheit
 Deutschlands nachhaltig zu fördern.

Um so wichtiger ist es, bei den im Rahmen der Agenda 2010 vorgesehenen Reformen und Umbaumaßnahmen
 die Besonderheiten in ostdeutschen, aber auch in anderen strukturschwachen Regionen zu berücksichtigen. Ge-
 40 gerade diese Regionen mit ihrer vergleichsweise schwächeren wirtschaftlichen Entwicklung, hohen Arbeitslosig-
 keit, mit geringeren privaten Vermögen und höherer Verschuldung der öffentlichen wie insbesondere der priva-
 ten Haushalte sind in erheblichem Umfang auf soziale Transferleistungen angewiesen. Die geplanten sozialen
 Kürzungen betreffen hier den Einzelnen und – darin liegt die strukturelle Besonderheit – zugleich die gesamte
 45 Region. Zur Verhinderung der Abwanderung der aktiven Teile der Bevölkerung und zur Stärkung der wirtschaft-
 lichen Entwicklung bedarf es daher eines auf die Besonderheiten der ostdeutschen und anderen strukturschw-
 achen Regionen zugeschnittenen Leistungsprogramms. Wo auf eine freie Stelle 30 Arbeitssuchende kommen,
 greifen die üblichen Instrumente der Arbeitsmarktförderung nur beschränkt. Wo Betriebe trotz voller Auftrags-
 bücher mit dünner Eigenkapitaldecke und geringer Liquidität wirtschaften müssen, sind viele staatliche Förder-
 50 programme wirkungslos. Wo überschuldete Kommunen nicht in der Lage sind, Kredite zu finanzieren, helfen
 ihnen Infrastrukturkredite und öffentliche Förderungen mit hohen Kofinanzierungssummen nicht.

Ostdeutschland braucht einen wirtschaftlichen Aufbruch und neue Arbeitsplätze. Den besonderen Bedingun-
 gen ostdeutscher und anderer strukturschwacher Regionen ist daher bei der Umsetzung der Agenda 2010
 Rechnung zu tragen. In Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit um mehr als 50 Prozent über dem Bundes-
 55 durchschnitt liegt und solange dies so bleibt und die notwendigen Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft-
 kraft und Kaufkraft nicht greifen, sind daher folgende im Rahmen der Agenda 2010 vorgesehenen und disku-
 tierten Maßnahmen auszusetzen:

- die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
- die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf Sozialhilfeniveau und zu Sozialhilfebedin-
 60 gungen
- die Absenkung der Mittel für die Arbeitsmarktförderung.

Um die Wirtschaftsdynamik zu stärken und Arbeitsplätze zu schaffen, sind folgende zusätzliche Maßnahmen
 für den Osten Deutschlands und andere strukturschwache Regionen auf die Agenda 2010 zu setzen:

- Qualitative Verbesserungen bei der Arbeitsmarktförderung mit dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen
 65 auf dem 1. Arbeitsmarkt (Lohnzusatz- statt Lohnersatzleistungen)
- ein Investitionsprogramm zur Schließung der Infrastrukturlücken beim Verkehr, insbesondere aber bei der
 Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen in Form von Zuschüssen an Kommunen bis hin zur Vollfi-
 nanzierung

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> • stärkere einzelbetriebliche Förderung, insbesondere in den Bereichen Export, Marketing und Management • zusätzliche Investitionen in die ostdeutsche Forschungslandschaft • Unterstützung von kleinen und mittelständigen Unternehmen aus dem Technologiebereich zum Ausgleich der Kapitalschwäche. Dabei geht es vor allem um die finanzielle Sicherung durch ein für Kapitalanleger attraktives System auch verhältnismäßig kleiner Investitionen • die Einrichtung eines Demographiezentrums in den neuen Ländern mit der Aufgabe der Forschung und Beratung von Kommunen, öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen • die Verlagerung und Neuansiedelung weiterer Bundesbehörden und ähnlicher Einrichtungen nach Ostdeutschland (u.a. auch zur Entlastung des Wohnungsmarktes in einigen Gebieten Westdeutschlands). 	1 5
<p>Zur Gegenfinanzierung ist vorzusehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Abbau von Steuervergünstigungen durch Maßnahmen wie die konsequente Besteuerung der Einkünfte aus Kapitalvermögen, von Erbschaften und privaten Veräußerungsgewinnen, die Überprüfung und zeitliche Befristung aller (auch steuerlicher) Subventionen • die Entlastung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen durch die schrittweise Überführung der vereinigungsbedingten Kosten in die Steuerfinanzierung • die Erweiterung des versicherungspflichtigen Personenkreises für die gesetzliche Krankenversicherung. 	10 15
<p>Antrag I 17</p>	20
<p>Unterbezirk Aachen-Stadt (LV Nordrhein-Westfalen)</p>	
<p>Aachener Memorandum</p>	25
<p>Präambel</p> <p>Die Grundwerte der Sozialdemokratie – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sind Maßstab und Orientierung für das Handeln aller Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Aus ihnen erwächst der Anspruch der Partei, soziale Gerechtigkeit einzulösen, die Freiheit des Individuums zu garantieren und aktiv als Regierungs- und Friedenspartei den inneren und äußeren Frieden zu stärken.</p> <p>Wir wollen die Menschen in ihren kreativen Möglichkeiten und in ihrer Arbeitskraft als Arbeitnehmer/in oder Unternehmer/in als eigenverantwortliche Persönlichkeiten in der Solidargemeinschaft stärken. Eigenverantwortung und Solidarität sind kein Widerspruch, sondern sind Wesensmerkmale einer sozialdemokratischen Werten verpflichteten menschlichen Gesellschaft.</p> <p>In einer durch ständige Veränderungen und Globalisierung geprägten Welt ist Bildung der entscheidende Faktor für Orientierungsfähigkeit und Gestaltung der sozialen Demokratie.</p> <p>Der gleichberechtigte Zugang zu Bildung und Ausbildung ist Voraussetzung von Chancengleichheit und zugleich Voraussetzung für eine wirtschaftlich und sozial konkurrenzfähige Gesellschaft.</p> <p>Bildung muss deshalb für alle und zu jeder Zeit zugänglich sein – als ein lebensbegleitender Faktor der persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung.</p> <p>Der Zugang aller zu Erwerbsarbeit ist die Voraussetzung dafür, den eigenen und den Lebensunterhalt der Familien und Lebensgemeinschaften sicher zu stellen, das Selbstwertgefühl der Menschen zu stärken und den sozialen Frieden zu sichern.</p> <p>Innovation und Gerechtigkeit sind die sozialdemokratischen Leitmotive der Regierungsübernahme des Jahres 1998.</p> <p>Wir sind angetreten, die soziale Ausgrenzung der Zwei-Drittel-Gesellschaft zu überwinden, die Arbeitslosigkeit und die Armut von Familien und Kindern zu bekämpfen. Wir sind angetreten, den vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum und die finanziellen Lasten gerechter zu verteilen. Wir sind angetreten, Bildung und Innovation voranzubringen.</p> <p>Sozialdemokratische Regierungspolitik muss sich daran messen lassen können, dass sie in der Lage ist, diesen Zielen gerecht zu werden.</p>	30 35 40 45 50
<p style="text-align: center;">Forderungen:</p>	55
<p>1. Arbeit schaffen</p> <p>Es ist die Aufgabe der SPD als Regierungspartei in Bund, Ländern und Gemeinden den Bürgerinnen und Bürgern auf die Frage nach der Zukunft Antworten zu geben. Die Schaffung der Rahmenbedingungen für mehr Arbeit und Beschäftigung sowie die damit verbundene soziale Sicherung muss hierbei im Mittelpunkt stehen. Wir müssen unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für einen selbsttragenden Aufschwung zu schaffen.</p>	60
<p>Dazu gehören:</p> <ul style="list-style-type: none"> – eine spürbare Senkung der Lohnnebenkosten durch Herausnahme versicherungsfremder Leistungen aus der Sozial- und Gesundheitsversicherung, um die Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken und insbesondere dem Mittelstand Personaleinstellungsperspektiven zu eröffnen 	65

- 1 – differenzierte, flexible Mehrwertsteuersätze, die einerseits den Grundbedarf steuerlich günstiger stellen, andererseits branchenorientiert nach Konjunkturlage erhoben werden können zur gezielten Kostensenkung von Produkten und Dienstleistungen
- die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schützen, indem der Kündigungsschutz erhalten bleibt und gemeinsam mit den Gewerkschaften differenzierte Modelle des Kündigungsschutzes zu entwickeln, die geeignet sind Betriebe zu sichern und auszubauen
- 5 – eine verstärkte betriebliche Vermögensbildung und Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand durch Beteiligungsfonds und Mitarbeiteraktien
- eine Reform der Handwerksordnung mit dem Ziel Selbständigkeit und Ausbildung zu fördern
- 10 – eine steuerliche Begünstigung der Bildung von Eigenkapital zur Stärkung der Eigenkapitalausstattung mittlerer und kleinerer Betriebe
- Überprüfung des Basel-II-Prozesses mit dem Ziel der Stärkung und Unterstützung des Mittelstands bei der Bereitstellung von Betriebskapital und Kreditlinien
- Wiederbelebung der Kultur der Mittelstandsbanken
- 15 – eine Reform der Gemeindefinanzierung zur Stärkung und Verstetigung der finanziellen Grundlagen der Gemeinden
- ein kommunales Investitionsprogramm, auch für die von der Haushaltssicherung betroffenen Gemeinden.

2. Berufsausbildung

Ausbildungsnotstand/Jugendarbeitslosigkeit

Die SPD vertritt die Interessen der jungen Generation, ihre beruflichen und sozialen Zukunftsperspektiven sind die Zukunft unseres Landes.

Wir stehen für die öffentliche Verantwortung für Bildung und Ausbildung. Jeder und jede hat einen Anspruch und damit eine Verpflichtung, die eigenen individuellen Möglichkeiten bestmöglichst auszubilden.

Im Wesentlichen wird unser Bildungssystem steuerfinanziert. Im Bereich der dualen beruflichen Bildung werden ausbildende Betriebe für den betrieblichen Teil der Ausbildung einseitig belastet. Unsere Wirtschaft und Gesellschaft braucht gut ausgebildete Fachkräfte.

- 30 – Wir treten dafür ein, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jedem Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden kann.
- Wir treten dafür ein, betrieblichen Ausbildungskosten in Zukunft durch eine Abgabe oder durch steuerlich unterschiedliche Behandlung ausbildender und nicht ausbildender Betriebe zu finanzieren.
- Wir wollen die Basis für Ausbildung verbreitern.

Die zunehmende Differenzierung und Spezialisierung in der Arbeitswelt führt dazu, dass Betriebe, die ausbilden könnten und möchten, dies nach den bestehenden Ausbildungsordnungen nicht dürfen.

Hierzu gehören u.a.:

- eine Reform der Ausbildereignungsverordnung
 - eine Modularisierung der Ausbildung zur Schaffung neuer und flexibler Ausbildungsberufe
 - 40 – die Förderung von Ausbildungsverbänden.
 - Wir treten für eine bedarfsorientierte berufliche Förderung benachteiligter Jugendlicher ein.
- Von Langzeitarbeitslosigkeit sind insbesondere Personen ohne berufliche Ausbildung betroffen. Eine anerkannte berufliche Grundausbildung, auf der im weiteren **Berufsleben aufgebaut werden kann, eröffnet berufliche Perspektiven für diese Zielgruppe.**

3. Bildung

Leistungsfähige und gesicherte Bildungseinrichtungen auf allen Ebenen sind Voraussetzung und Garanten für ein leistungsfähiges Bildungssystem:

Kindergarten

Kindergärten müssen stärker ihre Möglichkeiten als frühe Wegbereiter für Bildungsbereitschaft wahrnehmen. Dazu gehören u.a. mehr Vernetzungen mit dem Elternhaus, Einbeziehung von anderen Lernorten und Sprachförderung. Die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist deutlich auf diese neuen Anforderungen auszurichten. Eine Anpassung des Berufsabschlusses an europäische Standards ist erforderlich.

Schule

Schulstrukturen sind kontinuierlich in offenen Diskussionen zwischen allen Beteiligten weiterzuentwickeln. Dies wird zu flexiblen, den örtlichen Gegebenheiten angemessenen Lösungen u. a. beim Schuleingangsalter, der Schulzeitdauer und der Nutzung außerschulischer Lernorte führen. Die SPD wird Eigenverantwortung und Selbstständigkeit im Schulwesen vorantreiben.

Hochschule

Die Wissensgesellschaft braucht mehr Hochschulabsolventinnen und – absolventen. Die SPD steht zu ihrer alten Forderung, dass mehr Studierende aus bildungsfernen Schichten nach ihrer schulischen Förderung erfolgreich ein Hochschulstudium abschließen müssen. Dazu muss an den Hochschulen die Studienberatung und -begleitung auf den Ebenen einer sachlichen, auch auf den Arbeitsmarkt hin ausgerichteten Beratung einerseits und einer personenbezogenen, ermutigenden Betreuung andererseits fokussiert werden.

Anträge	Notizen
Weiterbildung	1
<p>Bereitschaft und Möglichkeit zu lebensbegleitender Weiterbildung werden von der SPD als existentiell gesehen. Unter Einbeziehung der Kindergärten, Schulen, beruflichen Schulen, Hochschulen und anderen Anbieter/inne/n ist ein Weiterbildungsangebot vorzuhalten, das in allen Lebensbereichen qualitativ und quantitativ persönlichen und gesellschaftlichen Anforderungen entspricht. Die öffentliche Weiterbildungseinrichtung Volkshochschule mit ihrem flächendeckenden Angebot muss dauerhaft auf eine verlässliche Finanzierungsbasis gestellt werden. Volkshochschulen müssen als kommunale Weiterbildungszentren Bestand haben und ausgebaut werden, damit sie ihren vielfältigen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen Integration von Migrantinnen und Migranten, Alphabetisierung/ Grundbildung, Qualifizierung durch Schulabschlüsse, beruflich bildende Angebote, sowie personenbezogene und politische Bildung nachkommen können. Alle diese Angebote eröffnen vor allem Bildungsbenachteiligten neue Chancen bei der Lebensgestaltung und auf dem Arbeitsmarkt.</p>	5 10
4. Soziale Gerechtigkeit – Sicherung der Sozialsysteme	
<p>Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Jede Zeit hat ihre eigenen Anforderungen, wie dieses Ziel eingelöst wird. Hierbei ist es jedoch unverzichtbar, sozial gerechte Reformen, die die Effizienz des Sozialstaates erhöhen und seine Finanzierungsbasis sichern, durchzusetzen.</p>	15
<p>Wir wollen nicht mehr Sozialhilfeempfänger, wir wollen mehr Arbeitsangebote auf dem 1. und 2. Arbeitsmarkt und Angebote der beruflichen Ausbildung, Fort- und Weiterbildung.</p>	
<p>Jede Person die arbeitsfähig ist, muss für den Erhalt von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe bereit sein, Arbeits- und Bildungsangebote anzunehmen. Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sollen gezielt und personenbezogen zur Finanzierung von tariflich bezahlter Arbeit und Bildung eingesetzt werden.</p>	20
<p>Arbeitslosengeld ist kein öffentliches Almosen, sondern eine Versicherungsleistung, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber hälftig über Jahre finanzieren. Das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Systems der Arbeitslosenversicherung darf nicht beschädigt werden. Arbeitsanreize können nur da wirken, wo tatsächlich offene Stellen vorhanden sind.</p>	25
<p>Die angekündigte Reduzierung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe muss nicht nur in ihrer Auswirkung auf die konkret betroffene Person gesehen werden, sondern in ihrer Wirkung auf Familien und das soziale Umfeld.</p>	
<p>Der Verzicht auf die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer hat bei den Bürgerinnen und Bürgern den Eindruck erweckt, dass die SPD eine Verteilung der Lasten im Wesentlichen auf Kosten des „kleinen Mannes“ anstrebt. Die soziale Symmetrie der geplanten Reformen muss durchgesetzt werden.</p>	30
<p>Hierzu fordern wir</p>	
<ul style="list-style-type: none"> – die Einbeziehung aller Erwerbspersonen und aller Einkommensarten in die Finanzierung der Sozialsysteme; nur so kann ein verlässliches finanzielles Fundament für die notwendigen Sozialausgaben geschaffen und können Gerechtigkeitslücken beseitigt werden 	35
<ul style="list-style-type: none"> – mehr Qualität, Transparenz und Kosteneffizienz im Gesundheitswesen 	
<ul style="list-style-type: none"> – Stärkung der Prävention und der Gesundheitserziehung 	
<ul style="list-style-type: none"> – das Krankengeld muss über die gesetzliche Krankenversicherung weiterhin finanziert werden 	40
<ul style="list-style-type: none"> – die Stärkung der Vermittlertätigkeit der Arbeitsverwaltung 	
<ul style="list-style-type: none"> – die grundsätzliche Beibehaltung und Profilierung von Einrichtungen und Maßnahmen des 2. Arbeitsmarktes 	
<ul style="list-style-type: none"> – die Beibehaltung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes 	
<ul style="list-style-type: none"> – die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer. 	
<p>Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe mit dem Ziel der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau lehnen wir ab. Insbesondere die vermögensrechtliche Behandlung muss sich von derjenigen der Sozialhilfeempfänger unterscheiden.</p>	45
<p>Arbeitsfähige Menschen, welche Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) bekommen, arbeitsverwaltungstechnisch in gleicher Weise zu behandeln wie Arbeitslose im Stadium der Zahlung von Arbeitslosenhilfe (Arbeitslosengeld 2), halten wir für sinnvoll.</p>	50
5. Kinder und Familie	
<p>Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben Kinder und Familie eine hohe Priorität. „Familie ist da, wo Kinder sind“. Aber gerade deshalb sollte das Ziel „ein kinder- und familienfreundliches Klima in der Gesellschaft zu schaffen“ weiter vorangebracht werden.</p>	55
<p>Neben der z. B. bereits erfolgten Anhebung des Kindergeldes, der Kinderfreibeträge und der Schaffung von Freibeträgen für die Betreuung und Erziehung sollten</p>	
<ul style="list-style-type: none"> – neue Steuererleichterungsmodelle für Alleinerziehende und Familien mit Kindern umgesetzt werden. 	
<ul style="list-style-type: none"> – Wir fordern analog des schwedische Modells die steuerliche Gleichstellung aller Berufstätigen, unter Berücksichtigung einer spürbaren finanziellen Entlastung für diejenigen, die Kinder versorgen. 	60
6. Friedenspolitik	
<p>Die Entwicklung hin zum Irak-Krieg hat gezeigt, dass eine Stärkung der Vereinten Nationen unerlässlich ist.</p>	65
<ul style="list-style-type: none"> – Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen muss durchgesetzt werden. 	
<ul style="list-style-type: none"> – Die Europäische Union muss sich in ihren außenpolitischen und sicherheits- wie militärpolitischen Möglichkeiten neu und glaubwürdig international positionieren. 	

1 **Antrag I 18**

*Unterbezirk Dortmund
(LV Nordrhein-Westfalen)*

5 **Änderungsanträge zum Leitantrag**

Abschnitt: 1. **Arbeit und Wachstum**

Unterabschnitt: **Steuern senken**

10 Einfügen eines neuen Spiegelstrichs:

- „Eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes (derzeit 48,5%) kann in der jetzigen Situation nur dann erfolgen, wenn die Steuerausfälle durch den Abbau von Abschreibungsmöglichkeiten und Subventionsabbau kompensiert werden.“

15 Unterabschnitt: **Investitionen anregen**

Vierter Absatz ab „Es ist ein Gebot von Vernunft....Steuerflucht soll damit rückgängig gemacht und in Zukunft verhindert werden.“ Ersatzlos streichen und ersetzen durch:

20 „Eine angemessene Belastung der großen Vermögensbesitzer muss durch die Weiterentwicklung der Vermögens- und Erbschaftssteuer weiter verfolgt werden. Auch wenn dieses Projekt derzeit keine Mehrheit im Bundesrat hat, wird die Zielrichtung von uns weiter vertreten. Es beleibt dabei: Breite Schultern müssen auch mehr Lasten tragen, damit es auch zu einer solidarischen Gemeinschaftsanstrengung kommt.“

Abschnitt: 2. **Bildung, Ausbildung und Innovation**

Unterabschnitt: **Investitionen in Bildung und Forschung**

25 Einfügen nach dem zweiten Absatz:

„Im Vordergrund der Agenda 2010 steht, mehr Arbeit zu schaffen. Dafür wollen wir die Voraussetzungen für Innovationen in einem umfassenden Sinne verbessern und unserer Politik der Erneuerung eine neue und dauerhafte Grundlage geben. Der entscheidende Schlüssel für den Erfolg ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

30 Ein strategischer Hebel für dieses Ziel ist die Fortentwicklung der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Sie ist über die massive Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie über den Ausbau der Solarwirtschaft in der Lage, Wettbewerbsfähigkeit mit mehr Beschäftigung zu verbinden. Deshalb bleibt der Klimaschutz ein wichtiger Bestandteil in einem Bündnis von Arbeit und Umwelt. Dazu zählen ebenso höhere Ausgaben für Investitionen in die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen sowie in Forschung und Entwicklung.

35 Mehr wirtschaftliche Dynamik als Grundlage für Wertschöpfung, Beschäftigung und Umweltschutz braucht neue Produkte, Verfahren und Märkte. Die ökologische Modernisierung erschließt diese Chancen im breiten Stil, insbesondere in Handwerk und Mittelstand, weil sie Kostensenkungen mit starken Nachfrageimpulsen verbindet, die über die ganze Wirtschaft wirken. Wir sparen Megawatt, Material und Abfall statt Arbeitsplätze abzubauen.“

40 Letzter Absatz „Wenn die Wirtschaft ihre Zusage... kommen müssen“ wird ersetzt durch:

„Wenn die Wirtschaft ihre Zusage nicht einhalten kann, werden wir zu einer gesetzlichen Regelung (z. B. Einführung einer Ausbildungumlage) kommen müssen, die das Recht auf Ausbildung für alle jungen Menschen verankert.“

45 Unterabschnitt: **Ausbau der Kinderbetreuung**

Zweiter Absatz, zweiter Satz wird ergänzt:

„Kommunen sollen einen Teil der finanziellen Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote einsetzen.“

50 Unterabschnitt: **Frühverrentung beenden**

Vierter Absatz bleibt textgleich bis „Der notwendige Vertrauensschutz...gewährleistet.“ anschließend wird der Text ergänzt durch:

55 „Trotzdem bleibt es dabei, dass das einkommensabhängige Arbeitslosengeld für persönliche Sicherheit und soziale Stabilität sorgt. Gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ab 55 Jahre), die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die individuelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (geplant 18 Monate) einer Regelung, die in diesen Fällen den Bezug dieser Leistung im bisherigen Umfang verlängert, wenn nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz durch das Arbeitsamt oder auf andere Weise angeboten wird.“

60 Unterabschnitt: **Mehr Transparenz und Rechtssicherheit im Arbeitsrecht**

Vierter Absatz wird ergänzt um:

„Diese Regelung wird zunächst auf fünf Jahre begrenzt und jährlich auf ihre arbeitsmarktpolitische Wirksamkeit überprüft, um gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.“

65 Abschnitt: 4. **Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme**

Unterabschnitt: **Bezahlbare Gesundheit für alle**

Anträge	Notizen
Der letzte Spiegelstrich „Zur Entlastung der...der Gesetzlichen Krankenversicherung rund 7 Mrd. Euro.“ Wird gestrichen und ersetzt durch:	1
<ul style="list-style-type: none"> „Das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Hierzu ist die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlage notwendig. Es muss der Personenkreis, der durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst ist, erweitert werden. Neben Löhnen und Gehältern müssen weitere Einkommensformen in die Beitragsbemessung einbezogen werden. Eine angemessene Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen ist zu prüfen. Das Krankengeld muss, bei gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen, im Leistungskatalog der GKV verbleiben und paritätisch finanziert werden.“ 	5
Antrag I 19	10
Unterbezirk Düsseldorf (LV Nordrhein-Westfalen)	15
Agenda 2010	
Wir wollen die Aufgabe, unser Land zu erneuern, mit Nachdruck vorantreiben. Vor allem die weltwirtschaftliche Entwicklung hinterlässt dramatische Spuren auf dem Arbeitsmarkt und in den öffentlichen Haushalten. Angesichts der strukturellen Umwälzungen und demographischen Faktoren, aber auch durch die Versäumnisse der Regierung Kohl in den 1990er Jahren muss unser Land gewaltige Herausforderungen bewältigen. Im Zentrum steht dabei die Stabilisierung der Wirtschaft. Ohne eine Politik, die Innovationen anstößt und gleichzeitig die Konsolidierung vorantreibt, werden wir in der Globalisierung nicht bestehen können.	20
Konservative Kreise in Politik, Wirtschaft und Publizistik setzen Reformen mit Anpassung gleich. Diese Sichtweise, die vor allem von CDU/CSU und FDP vertreten werden, ist ein gefährlicher Irrweg, der zu Spaltungen und Krisen und damit zu einer Gefährdung von Demokratie und Freiheit führt.	25
Wir Sozialdemokraten wollen Reformen, die sich daran messen lassen, ob sie zu gesellschaftlichem Fortschritt beitragen. Sie müssen der Fortentwicklung der Gesellschaft insgesamt dienen, damit mehr Gerechtigkeit und Freiheit verwirklicht werden. Gerhard Schröder hat die Linie vorgegeben: Die Erneuerung des europäischen Gesellschaftsmodells, das allen Menschen mehr Chancen und Teilhabe ermöglicht. Dafür brauchen wir eine solidarische Kraftanstrengung.	30
1. Die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft	35
Wir befinden uns in einer Zeit der Zuspitzungen. Unser Land wie auch die Weltwirtschaft stecken in dem tiefgreifendsten Umbruch seit den 1950er Jahren. Die Triebkräfte der Globalisierung sind die weltweite Integration der Märkte, die Radikalisierung des Wettbewerbs und das Übergewicht von Finanzinteressen. Dadurch wurde die nationalstaatliche Politik – und damit die soziale Demokratie – geschwächt.	40
In anderen Ländern trugen die Folgen dieser Entwicklung zu einem Erstarken autoritärer und rechtspopulistischer Bewegungen bei. Von daher ist besonders die Sozialdemokratie gefordert, für die Einbindung der Wirtschaft in eine soziale und ökologische Verantwortung und für einen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit zu kämpfen. Unsere Zeit braucht neue Antworten zur Erneuerung der sozialen (und ökologischen) Marktwirtschaft.	45
Unsere Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Nur so kann in einer Welt, die immer schneller zusammenwächst, neuer Fortschritt möglich werden. Das Bestehende nur zu verteidigen hieße, das Erreichte zu gefährden. Es durch Innovationen im umfassenden Sinn zu verändern, eröffnet dagegen neue Chancen für mehr Lebensqualität, Freiheit und Zusammenhalt.	50
Ob diese Chancen genutzt werden, hängt entscheidend von der Entwicklung in Europa ab, die soziale Demokratie und innovative Leistungsfähigkeit weiter zu entwickeln. Bei dieser Aufgabe, die letztlich über die Ausgestaltung der Globalisierung entscheidet, hat die Sozialdemokratie eine Schlüsselrolle. Sie kann sie ausfüllen, wenn unsere Gesellschaft gemeinsam handelt, wirtschaftlich stark ist und reformfähig bleibt.	55
2. Soziale Demokratie oder liberaler Kapitalismus	55
Die Alternative, um die es heute geht, heißt liberaler Kapitalismus oder soziale Demokratie. Mit dem Ende der zweigeteilten Welt setzte sich der Vorrang einer Kurzfrist-Ökonomie durch, die sich in erster Linie auf immer schneller fließende Finanzströme und multinational tätige Kapitalgesellschaften stützt. Geprägt wird diese fragwürdige Entwicklung von der Ideologie des so genannten Washington-Konsenses, der von den Interessen großer Kapitalanleger bestimmt wird. Diese 1989 in den USA entwickelte neoliberale Anpassungsstrategie setzt zu Lasten von Beschäftigung und sozialer Sicherheit auf Steuersenkungen um jeden Preis, auf Deregulierung und auf die strikte Zurückführung öffentlicher Aufgaben.	60
Das Diktat der kurzen Frist zeigt – verstärkt durch den demographischen und technologischen Wandel – verhängnisvolle Folgen: Investitionen in produktive Bereiche gehen zurück, Infrastruktur wird vernachlässigt, die Finanzkrise der öffentlichen Haushalte spitzt sich zu, die Systeme der sozialen Sicherheit sind gefährdet, Arbeitslosigkeit verfestigt sich, die Umweltzerstörung wird nicht gestoppt.	65

1 Nach der großen Weltwirtschaftskrise kam das britische Wirtschaftsblatt *The Economist* in den 1930er Jahren zu dem warnenden Fazit, das auch heute aktuell ist: „Das größte Problem unserer Gesellschaften besteht darin, dass die Entwicklung auf wirtschaftlicher Ebene die Entwicklung auf politischer Ebene dermaßen übertrifft, dass die Politik nicht mithalten kann. ... Die Spannung zwischen diesen beiden gegensätzlichen Entwicklungen löste reihenweise Erschütterungen und Spannungen aus“.

5 Wir Sozialdemokraten stellen uns der schwierigen Aufgabe, einerseits der Wirtschaft neue Dynamik zu ermöglichen und andererseits soziale und ökologische Reformen durchzusetzen. Beide Ziele gehören zusammen, denn einerseits sind Reformen ohne eine starke ökonomische Basis nicht möglich und andererseits verlangt eine leistungsfähige Wirtschaft den inneren Frieden.

10 Deshalb führen wir die Auseinandersetzung zwischen dem Modell des liberalen Kapitalismus und der sozialen Demokratie offensiv, um die Globalisierung zu gestalten. Dies ist umso wichtiger, weil die Weltwirtschaft von der Krisenhaftigkeit der amerikanischen Wirtschaft bedroht ist. Auch deshalb brauchen wir eine offensive Wirtschafts-, Geld- und Finanzstrategie in Deutschland und Europa.

15 3. Das sozialdemokratische Projekt der Gestaltung

„Die Welt verändert sich in rasender Geschwindigkeit ... Entweder wir modernisieren – und zwar als soziale Marktwirtschaft – oder wir werden modernisiert – und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen“, so Gerhard Schröder in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 14. März 2003. Damit ist der Weg für eine sozialdemokratisch geprägte Agenda 2010 vorgezeichnet: Unser Ziel ist die Erneuerung und Zukunftsfähigkeit des „europäischen Gesellschaftsmodells“.

20 Kein automatisches Wachstum wird uns diese Aufgabe abnehmen. Doch wenn es nicht gelingt, die Prozesse, die unter dem Stichwort der Globalisierung gefasst werden, im weitesten Sinne sozial zu regeln, droht uns ein autoritäres Jahrhundert. Reformen müssen den Menschen Ängste nehmen. Dafür setzen wir auf Innovationen, die hohe Produktivität mit mehr Beschäftigung verbindet. Auf dieser Basis können wir zu mehr sozialer Sicherheit und ökologischer Verträglichkeit kommen.

25 Wir passen uns nicht den Konzepten des Marktradikalismus an, der von einem ökonomischen Einheitsdenken ausgeht, das keine Perspektive für eine gute Zukunft bietet. Wir sehen die Entwicklung der Gesellschaft insgesamt. Dieser Weg ist schwierig, aber er wird sich für alle auszahlen.

30 Gerade in Umbruchzeiten, wenn die bisherigen Sicherheiten nicht mehr funktionieren, aber die neue erst geschaffen werden muss, stützen wir uns auf den Kernbestand unserer programmatischen Identität, um sie in neuer Form zu bewahren. Deshalb verteidigen wir selbstbewusst unsere historischen Erfolge von der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bis zum Flächentarifvertrag, von der Mitbestimmung bis zum Kündigungsschutz. Sie sind ein wichtiger Teil der sozialen Balance in unserem Land. Sie schafft das Vertrauen, das wir für die notwendigen Veränderungen in unserem Land brauchen.

35 Unser Leitbild für diese Aufgabe ist das Konzept der Nachhaltigkeit, der Zusammenhang zwischen innovativer Wirtschaft, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und soliden Finanzen. Das ist die große Botschaft für eine gute Zukunft. Nachhaltigkeit ist die Leitlinie und das Ziel für die Modernisierung unserer Gesellschaft unter den globalen Herausforderungen. Sie muss gegen starke Kräfte durchgesetzt werden.

40 Das kann nur erfolgreich sein, wenn die Umbaumaßnahmen so organisiert werden, dass sie drei Kriterien erfüllen:

- Sie müssen sozial gerecht und in der Verteilung der Lasten ausgewogen sein;
- sie müssen so ausgestaltet werden, dass die Umbauphase nicht zu unvermeidbaren Brüchen und Härten führt;
- Fördern und Fordern heißt, dass tatsächlich neue Chancen eröffnet werden, also Innovationen voran gebracht werden.

45 4. Innovationen für eine gute Zukunft

Der entscheidende Schlüssel für den Erfolg der Agenda 2010 ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein strategischer Hebel für dieses Ziel ist die Fortentwicklung der ökologischen Modernisierung der Wirtschaft. Sie ist über die massive Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie über den Ausbau der Solarwirtschaft in der Lage, Wettbewerbsfähigkeit mit mehr Beschäftigung zu verbinden. Deshalb bleibt auch der Klimaschutz ein wichtiger in einem Bündnis von Arbeit und Umwelt. Dazu zählen ebenso höhere Ausgaben für Investitionen in die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungschancen sowie in Forschung und Entwicklung.

50 Mehr wirtschaftliche Dynamik als Grundlage für Wertschöpfung, Beschäftigung und Umweltschutz braucht neue Produkte, Verfahren und Märkte. Die ökologische Modernisierung erschließt diese Chancen im breiten Stil, insbesondere in Handwerk und Mittelstand, weil sie Kostensenkungen mit starken Nachfrageimpulsen verbindet, die über die ganze Wirtschaft wirken.

55 Die Material- und Energiekosten machen anteilig in der Volkswirtschaft die höchsten Belastungen aus und erfordern hohe Importkosten. Von daher schaffen ökologische Innovationen, die Material und Energie einsparen, nicht nur in einem großen Umfang neue Beschäftigung und Märkte. Sie finanzieren sich auch in einer kurzen Frist. Das Payback, in dem sich die Investitionen in derartige Maßnahmen auszahlen, liegt oftmals bei weniger als 12 Monaten.

60 Hier kann die Bundesregierung nahtlos an ihre Politik der ökologischen Modernisierung seit 1998 anknüpfen. In der Erschließung dieser Zukunftsmärkte liegt weltweit das größte Innovations- und Beschäftigungspotential.

65 Dieses Bündnis für Arbeit und Umwelt wollen wir durch verbesserte Investitionsanreize und Abschreibungsmöglichkeiten fördern, zumal es nicht nur ökonomisch wie ökologisch, sondern auch vor dem Hintergrund der instabilen Situation in der Golfregion vernünftig und geboten ist, eine Strategie „Weg vom Öl“ zu forcieren. Darauf müssen die Anstrengungen konzentriert werden.

Anträge	Notizen
<p>5. Offensive für Bildung und Innovationen</p>	1
<p>Wir wollen die technologische Stärke unseres Landes nutzen. Durch ein zielgenaues und erweitertes Finanzierungssystem für neue Technologien kann unser Land seine innovativen Stärken besser nutzen. Zudem muss sie technologische Fähigkeiten bündeln und Anreize für den schnelleren Transfer von Erkenntnissen in wirtschaftliche Anwendungen schaffen. Sie muss Existenzgründungen aus dem Technologiebereich besser unterstützen. Dabei geht es auch um die Sicherung kleiner und mittlerer Unternehmen durch ein für Kapitalanleger attraktives System für die Finanzierung selbst kleiner Investitionen.</p>	5
<p>Mit der Steigerung der Bundesmittel für Bildung und Forschung um 25 Prozent in den letzten 5 Jahren ist hier ein guter Weg vorgezeichnet. Wir begrüßen die Absicht des Bundeskanzlers, dass die Forschungsorganisationen im nächsten Jahr wieder einen Zuwachs von 3 Prozent erhalten sollen. Auch die Projektmittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm (UMTS-Mittel) müssen im Rahmen der Agenda 2010 verstetigt werden. Bei den Mitteln für Bildung, Forschung und technologische Innovation muss in diesem Rahmen ein kontinuierlicher Aufwuchs erfolgen.</p>	10
<p>6. Stärkung der öffentlichen Haushalte</p>	15
<p>Vor dem Hintergrund der schlechten Lage der Weltwirtschaft müssen die Anstrengungen für Konsolidierung und Innovationen durch ein EU-weit abgestimmtes Investitionsprogramm verstärkt werden. Dies muss durch eine abgestimmte Geldpolitik flankiert werden, die qualitatives Wachstum fördert.</p>	
<p>Die Erhöhung der öffentlichen Investitionen – vor allem in den Städten und Kommunen – auf europäisches Niveau, das derzeit rund 2,5 Prozent des BIP beträgt, erfordern in den nächsten Jahren eine starke Anstrengung. Um die Wirtschaftskrise dauerhaft zu überwinden, braucht unser Land ein qualitatives Wachstum. Wir begrüßen deshalb die Maßnahmen der Bundesregierung, bei den Kommunen die öffentlichen Investitionen mit Nachdruck zu stärken. Zinsverbilligte Kredite sind ein guter erster Schritt. Sie reichen vor dem Hintergrund der zum Teil katastrophalen Finanzsituation der Kommunen allerdings nicht aus. Dies zeigt sich in besonderer Weise in den neuen Bundesländern und in den strukturschwachen Regionen.</p>	20
<p>Wir begrüßen die Pläne, die kommunale Finanzsituation zu verbessern. Die Gemeindefinanzreform muss dafür sorgen, dass die öffentlichen Einnahmen nicht nur stabilisiert, sondern auch nachhaltig verbessert werden. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in der Regierungserklärung vom 14. März zu Recht festgestellt, dass für weitere Steuersenkungen kein Spielraum besteht.</p>	25
<p>Die Bundesregierung hat mit ihrem Soforthilfeprogramm den ersten Schritt zur Sanierung der Gemeindefinanzen getan. Die Entlastung bei der Fluthilfefinanzierung sowie das kommunale und private Investitionsprogramm stärken die lokale und regionale Wirtschaft. Die Reform der kommunalen Finanzen soll pünktlich zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Im Zentrum steht die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer. Sie lässt sich nur sinnvoll zu einer kommunalen Betriebssteuer entwickeln, wenn die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitert wird und die Besteuerung konsequent am Ort der Wertschöpfung stattfindet. Dazu muss die gewerbsteuerliche Organschaft abgeschafft werden.</p>	30
<p>Bemessungsgrundlage einer kommunalen Betriebssteuer müssen alle im örtlichen Betrieb erwirtschafteten Kapitalentgelte sein: die Gewinne, alle vom Betrieb netto bezahlten Schuldzinsen sowie ein angemessener Teil der bezahlten Mieten, Pachten und Lizenzgebühren. Dadurch entsteht auch Spielraum für eine maßvolle Absenkung der nominalen Steuersätze. Die steuerliche Privilegierung von Fremdkapital gegenüber Eigenkapital wird durch diese Maßnahmen aufgehoben. Insgesamt muss durch die Maßnahmen den Kommunen mehr Geld zur Verfügung stehen.</p>	40
<p>Das kommunale Hebesatzrecht ist auch für die weiterentwickelte Gewerbesteuer zu beizubehalten. Die ange-dachte Zinsabgeltungssteuer muss aufgegeben werden. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern und Gemeinden zu dauerhaften Einnahmefällen in der Höhe von voraussichtlich 3 Milliarden Euro führen. Nachdem die Opposition aus Union und FDP im Bundesrat eine Verbesserung der Einnahmeseite weit gehend blockiert hat, sind zusätzliche Einnahmefälle nicht mehr zu verantworten. Außerdem sind die Voraussetzungen für eine Rückkehr von im Ausland angelegtem Kapital wegen der bisher nicht erreichten Einigung in der EU über die Informationspflichten bei den Zinserträgen nicht erfüllt.</p>	45
<p>Die absehbaren Mindereinnahmen gefährden die Haushaltskonsolidierung und die Einhaltung der Maastricht-Kriterien. Zudem macht eine Zinsabgeltungssteuer das Steuersystem komplizierter. Die Eigenkapitaldecke bei deutschen Unternehmen würde dünner werden, da es steuermindernd wäre, Eigenkapital durch Eigentümerdarlehen zu ersetzen. Eine angemessene Belastung der großen Vermögensbesitzer durch die Weiterentwicklung der Vermögens- und Erbschaftssteuer muss weiter verfolgt werden. Auch wenn dieses Projekt derzeit keine Mehrheit im Bundesrat hat, wird die Zielrichtung von uns weiter vertreten. Es bleibt dabei: Breite Schultern müssen auch mehr Lasten tragen, damit es auch zu einer solidarischen Gemeinschaftsanstrengung kommt.</p>	50
<p>7. Den sozialen Frieden bewahren</p>	60
<p>Der Wohlstand, die Innovationskraft und der soziale Frieden in unserem Land gründen sich auf einem fairen Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit. Die soziale Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern entspricht unserem Verständnis von Politik. Sie schafft Vertrauen für Sicherheit im Wandel. Hierin liegt die Grundlage für den gesellschaftlichen Konsens und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.</p>	
<p>Deshalb weisen wir auch den Angriff auf die Gewerkschaften, wie wir ihn in einer unheiligen Allianz aus Unternehmensverbänden, Teilen der Publizistik und der CDU/CSU und FDP erleben, mit aller Schärfe zurück. Wir sehen hierin einen Angriff auf das Grundverständnis unserer Verfassung, um die „Revolution des Kapitals“ vorzubereiten, mit der die soziale Marktwirtschaft beerdigt werden soll.</p>	65

Anträge	Notizen
<p>1 Wir halten am Kündigungsschutz fest. Es bleibt nach wie vor richtig, was wir in unserem Wahlprogramm beschlossen haben: „Wir haben den sozialen Frieden wiederhergestellt: Der Kündigungsschutz gilt auch wieder in kleineren Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten“. Die geplante Regelung, dass befristet Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen, halten wir für vertretbar. Es erscheint uns sinnvoll, diese Regelung erst einmal auf 5 Jahre zu befristen und jährlich auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen, um gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.</p> <p>5 Das einkommensabhängige Arbeitslosengeld schafft persönliche Sicherheit und sorgt für soziale Stabilität. Gerade bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ab 55 Jahre), die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die individuelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (geplant 18 Monate) einer Regelung, die in diesen Fällen den Bezug dieser Leistung im bisherigen zeitlichen Umfang verlängert, wenn nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz durch das Arbeitsamt oder auf andere Weise angeboten wird.</p> <p>10 Die Leitlinie der beschlossenen Reformgesetze zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes heißt „Fördern und Fordern“. Sie kann dann eingehalten werden, wenn es nicht zum Missbrauch bisheriger Regelungen kommt und benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt eine echte Chance der Wiedereingliederung erhalten. Wir halten die neuen (Hartz-) Regelungen (Zumutbarkeit und Sanktionsregelungen) in Verbindung mit den bestehenden Regelungen der Sozialauswahl für ausreichend.</p> <p>15 Wir fordern gezielte und nachhaltige Anstrengungen für Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen. Wir brauchen den differenzierten zweiten Arbeitsmarkt, damit die Chance für eine Teilhabe an der Erwerbsarbeit erhalten bleibt, wobei dies nicht z.B. die Mini-Jobs sein können.</p>	
<p>8. Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe</p>	
<p>25 Durch die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll vor allem eine schnelle und passgenaue Vermittlung aller Arbeitslosen- und erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger in den ersten Arbeitsmarkt erreicht werden. Auf der Grundlage der vorhandenen Strukturen wird ein effizienterer Mitteleinsatz ermöglicht. Dabei sind bürokratische Hindernisse zu vermeiden und Verwaltungsverfahren zu vereinfachen. Es muss sichergestellt sein, dass Personen, die zunächst nicht vermittlungsfähig sind, durch aktivierende Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung an den ersten Arbeitsmarkt heran geführt werden.</p> <p>30 Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der Empfänger der neuen Leistung wegen der notwendigen Pauschalierung einmaliger Hilfen oberhalb der Sozialhilfe gewährleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, geschont wird.</p> <p>35 • Leitprinzip bleibt der Grundsatz „Fördern und Fordern“, der als Einheit gesehen werden muss. Die Forderung nach einer stärker finalen und vorsorgenden Orientierung der Sozialpolitik ist nicht neu. Anspruch, Inhalt und Organisationsform der Leistung begründen sich aus dem jeweiligen sozialen Problem und richten sich sehr viel stärker auf dessen konkrete Beseitigung.</p> <p>40 • Aktivierende Leistungen haben Vorrang gegenüber passiven Leistungen. Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes müssen als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Regionale und strukturelle Besonderheiten, insbesondere in den ostdeutschen Ländern, müssen dabei berücksichtigt werden.</p> <p>• Die Vermittlung erwerbsfähiger Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfe-Empfänger in den ersten Arbeitsmarkt wird durch Leistungen aus einer Hand (Job-Center) verbessert und kommt somit ohne bürokratische Erschwernisse aus.</p> <p>45 • Die zur besseren Arbeitsvermittlung bewährten und leistungsfähigen Strukturen in den Kommunen müssen erhalten bleiben und in das neue System integriert werden. Dies kann beispielsweise über den „Einkauf“ von Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit bei Kommunen und privaten Anbietern unter dem Gesichtspunkt von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erfolgen.</p> <p>• Personen sind als „erwerbsfähig“ einzustufen, wenn sie gemäß der Definition im SGB VI mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können. Durch diese Auslegung der „Erwerbsfähigkeit“ können die Arbeitskraftpotenziale unserer Volkswirtschaft voll ausgeschöpft werden. Die im Rahmen von Job-AQTIV eingeführte Methode der Profilingstufen ermöglicht in strittigen Einzelfällen auch die Einstufung in die Sozialhilfe.</p> <p>50 • Die neue Leistung muss für die Leistungsbezieher einen Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung bieten.</p> <p>• Den Empfängern der neuen Leistungen werden unterstützende Hilfen (u. a. Betreuungskosten) gewährt, sofern sie die individuelle Vermittlungsfähigkeit verbessern.</p> <p>55 • Die neue Leistung muss das „Lebensrisiko Arbeitslosigkeit“ absichern und nachhaltig armutsfest sein. Bei rentennahen Jahrgängen (ab 50 Jahren) entfällt die Bedürftigkeitsprüfung entsprechend den Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung. Bei der Ausdifferenzierung der neuen Leistung muss geprüft werden, ob die bisherigen „Kosten der Unterkunft“ (BSHG) nicht durch Zahlung von Wohngeld ersetzt werden können. Hierbei darf keine Sozialhilfebedürftigkeit entstehen.</p> <p>60 • Bei der Bedürftigkeitsprüfung für Leistungsempfänger, die jünger als 50 Jahre sind, gelten die Regelungen der Arbeitslosenhilfe.</p> <p>• Die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, sowie zur Rentenversicherung werden gemäß den Regelungen bei der Sozialen Grundsicherung steuerfinanziert übernommen. Geprüft werden muss die Höhe der Versicherungsbeiträge.</p> <p>65 • Bei der Ausgestaltung der neuen Leistung ist Vertrauensschutz zu gewähren. Folglich dürfen bestehende Arbeitslosenversicherungs- und Sozialhilfeansprüche nicht verloren gehen.</p>	

Anträge	Notizen
9. Ausbildung für alle	1
<p>Jeder Jugendliche, der einen Ausbildungsplatz sucht, muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Die Wirtschaft steht in der sozialen Marktwirtschaft in der Bringschuld, diese Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Die Ausbildungsplätze müssen den qualitativen Ansprüchen an eine vollwertige Berufsausbildung entsprechen bzw. den stufenweisen Aufbau einer solchen Ausbildung ermöglichen. Es müssen deutlich mehr Betriebe – als gegenwärtig – ausbilden und diese Chance zur Ausbildung und Berufsqualifizierung anbieten.</p>	5
<p>Wir unterstützen nachdrücklich die Ankündigung des Bundeskanzlers, dass es zu einer gesetzlichen Regelung kommen wird, wenn die Unternehmen ihre Verpflichtungen nicht einhalten. Mit einer Ausbildungsabgabe, die sich an der Wertschöpfung orientiert, liegen praktikable Konzepte vor. Das JUMP-Programm gegen Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit muss über das Jahr 2003 hinaus gesichert werden.</p>	10
10. Solidarische Gesundheitspolitik	
<p>Wir stehen vor der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen im Gesundheitswesen. Sie betreffen nicht nur die Einnahme- und Ausgabeseite. Vielmehr gilt es, das System mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt zu reformieren. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Pläne, entsprechende Maßnahmen auch auf Betriebe und Verwaltungen auszudehnen, begrüßen wir.</p>	15
<p>Ein wichtiges Ziel ist die Stabilisierung der Beitragshöhe in der gesetzlichen Krankenkasse bei der Sicherung der für die gesundheitliche Versorgung notwendigen Leistungen. Das ehrgeizige Ziel der Reduktion auf 13 Prozent muss in einer Weise verwirklicht werden, dass es nicht zu neuen Fehlentwicklungen oder Überforderungen kommt. Deshalb geht es in erster Linie um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems, einschließlich der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich. Hierbei kommt den Leistungserbringern und der Pharmaindustrie eine besondere Verantwortung zu. Entscheidend wird zudem das Aufbrechen verkrusteter Standesorganisationen und monopolartiger Strukturen sein.</p>	20
<p>Das solidarisch und paritätisch finanzierte System der gesetzlichen Krankenversicherung gilt es zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Hierzu ist die Verbreiterung der Finanzierungsgrundlagen notwendig. Es muss der Personenkreis, der durch die gesetzliche Krankenversicherung erfasst ist, erweitert werden. Neben Löhnen und Gehältern müssen weitere Einkommensformen in die Beitragsbemessung einbezogen werden. Hierbei ist auch zu prüfen, ob und in wieweit die private Krankenversicherung in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Krankenversicherung einbezogen werden kann.</p>	25
<p>Der Vorschlag des Bundeskanzlers, versicherungsfremde Leistungen aus der Finanzierung durch die Krankenversicherung heraus zu nehmen und über Steuern zu finanzieren, wird grundsätzlich unterstützt. Das Krankengeld muss im Leistungskatalog der GKV bleiben und paritätisch finanziert werden. Unsere Finanzierungsvorschläge sind ein Beitrag zur Sicherung der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.</p>	35
Antrag I 20	40
<p>Unterbezirk Hamm (LV Nordrhein-Westfalen)</p>	
Die Agenda 2010 als Zukunftsprogramm formulieren	45
<p>Die Verbindung von Innovation und Gerechtigkeit ist Leitmotiv der sozialdemokratischen Regierungspolitik seit 1998. Unsere Regierungspolitik muss sich daran messen lassen, dass sie in der Lage ist, diesen Zielen gerade in schwierigen Zeiten gerecht zu werden. Die Agenda 2010 muss daher zu einem Zukunftsprogramm weiterentwickelt werden.</p>	45
<p>Kern einer zukunftsfähigen Strategie muss so eine fortschrittliche Wirtschafts- und Innovationspolitik zur Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen sein. Die aktuelle v.a. unter dem Eindruck schwindender Steuer- und Beitragseinnahmen geführte Rückschnittsdebatte reagiert dagegen nur auf ein Symptom. Die Umsetzung vieler Vorschläge wird die konjunkturelle Krise eher vertiefen, als aus ihr heraus helfen. Dabei ist angesichts veränderter Rahmenbedingungen auch eine Reform der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Diese darf jedoch nicht darauf angelegt sein, die großen Lebensrisiken und ihre Absicherung zu privatisieren, sondern muss ihre kollektive Absicherung zukunftsfest machen.</p>	50
<p>Die konjunkturelle und strukturelle ökonomische Krise kann nur durch substanzielle ökonomische Entscheidungen und eine gemeinsame Kraftanstrengung überwunden werden. Offensichtliche Symbolpolitik und die Verweigerungshaltung der Eliten des Landes helfen dabei nicht weiter sondern behindern einen solchen Aufbruch. Die Lasten, die aktuell zu tragen sind, müssen solidarisch finanziert werden. Wir erwarten hierbei auch einen Beitrag der Vermögenden.</p>	55
<p>Die Sozialdemokratie muss einen Perspektivwechsel einleiten. Statt jeden Tag neue Zumutungen zu verkünden, muss die Orientierung darauf gerichtet werden, was wir gemeinsam für die Menschen erreichen wollen und welchen Zielen die anstehenden Reformen dienen. Die Agenda 2010 bietet den Rahmen, in dem die Politik der kommenden Monate diskutiert werden muss. Sie bedarf der Weiterentwicklung, Ergänzung und Korrektur an verschiedenen Punkten:</p>	60
	65

1. Für eine aktive Wirtschafts- und Innovationspolitik.

Eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand. Wohlstand braucht Beschäftigung für alle und soziale Sicherheit. Die Sozialdemokratie tritt an, durch eine aktive Wirtschafts- und Innovationspolitik die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Notwendig bleibt weiterhin ein kluge Kombination aus Angebots- und Nachfragepolitik, die das Wachstum stärkt, die öffentlichen und privaten Investitionen unterstützt und den wirtschaftlichen Strukturwandel gestaltet.

- Die im Januar beschlossene Mittelstandsoffensive und die Vorschläge zur Öffnung der Regelungen der Handwerksordnung weisen in die richtige Richtung. Ergänzt werden müssen diese Ansätze durch eine aktive Struktur- und Innovationspolitik sowie die gezielte Förderung von zukunftsfähigen Branchen und Qualifikationen.
- Notwendig ist eine nachhaltige Stärkung der öffentlichen Investitionsnachfrage. Eine mutige Gemeindefinanzreform kann hier wichtige Impulse geben, wenn die Investitionskraft der Gemeinden dadurch nachhaltig gestärkt wird. Das NRW-Modell zur Ertüchtigung der Gewerbesteuer (gemeindliche Betriebssteuer) muss deshalb Grundlage der notwendigen Verhandlungen werden. Als konjunkturstützende Brücke für das Jahr 2003 ist kurzfristig ein kommunales Investitionshilfeprogramm in Höhe von 15 Mrd. € aufzulegen.
- Bildung entscheidet über die Zukunft. Deswegen war es richtig, dass die Bundesregierung die Bildungsinvestitionen Jahr für Jahr erhöht hat. Sorgenkind bleibt die berufliche Ausbildung. Weit über 100.000 Jugendliche drohen in diesem Jahr unversorgt zu bleiben. Notwendig ist – sollte die Wirtschaft ihr Versprechen auch in diesem Jahr nicht einhalten – die Einführung einer gesetzlichen Umlagefinanzierung. Wir erwarten dann eine entsprechende Gesetzesinitiative noch im Jahr 2003.
- Zur Bekämpfung der wieder ansteigenden Jugendarbeitslosigkeit ist das im Regierungsprogramm enthaltene Programm JUMPplus kurzfristig umzusetzen.

2. Für eine sozialdemokratische Reform der sozialen Sicherungssysteme.

Die sozialen Sicherungssysteme bedürfen grundlegender und weitreichender Reformen. Mit dem Wandel der Arbeitswelt und dem demographischen Wandel sind auch hier wichtige Grundlagen strukturell in Frage gestellt. Wichtige Parameter müssen neu justiert werden. Jedoch werden die Probleme des demographischen Wandels und des Wandels der Arbeitswelt durch eine Privatisierung sozialer Risiken nicht gelöst, sondern verschärft.

- Notwendig ist vor allem eine schrittweise Verbreiterung der Träger der Sozialversicherungen auf alle Einkommensarten und die Einführung einer Produktivitätskomponente in die entsprechenden Beitragsformeln, um die Sozialversicherungssysteme strukturell in einer sich wandelnden Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken.
- Die Reform der Krankenversicherung muss mit dem Ziel der Verbesserung der Qualität und der Steigerung der Effizienz insgesamt reformiert werden. Hierbei kommt der gezielten Förderung von Prävention und Vorsorge eine besondere Bedeutung zu. Darüber hinaus geht es um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems einschließlich der Preisgestaltung im Arzneimittel- und Hilfsmittelbereich. Hierbei kommt den Leistungserbringern und der Pharmaindustrie eine besondere Verantwortung zu. Das Krankengeld muss als gesetzliche Pflichtleistung im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung verbleiben und weiterhin paritätisch von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert werden. Stattdessen ist auch hier eine Herausnahme und Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen angezeigt. In einem ersten Schritt sind die privaten Krankenkassen in den Risikostrukturausgleich der gesetzlichen Kassen miteinzubeziehen.
- Die geplante Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für alle arbeitsfähigen Erwerbslosen ist ein wichtiger Schritt heraus aus dem unwürdigen Verschiebebahnhof der vergangenen Jahre und hin zu Hilfen zur Arbeit aus einer Hand. Personen sind als „erwerbsfähig“ einzustufen, wenn sie gemäß der Definition im SGB VI mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig sein können.
- Die Absenkung des sog. Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau lehnen wir ab. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfeste Absicherung der EmpfängerInnen der neuen Leistung auch wegen der notwendigen Pauschalierung einmaliger Hilfen deutlich oberhalb der Sozialhilfe gewährleistet sein, bei der keine ergänzende Sozialhilfe erforderlich ist und in der das im Arbeitsleben erarbeitete Vermögen, das der Alterssicherung dient, sowie der Besitzstand von Familienangehörigen geschont wird. Bei rentennahen Jahrgängen (ab 50 Jahren) entfällt die Bedürftigkeitsprüfung entsprechend den Regelungen bei der sozialen Grundsicherung. Die Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung sowie zur Rentenversicherung werden gemäß den Regelungen bei der sozialen Grundsicherung in voller Höhe steuerfinanziert übernommen.
- Mit der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes wird eine Abkehr von der über die Sozialversicherungssysteme finanzierten Frühverrentungspolitik propagiert. Diese darf aber nicht dazu führen, dass die dadurch entstehenden Probleme der Finanzierung der Frühverrentung auf die älteren Arbeitslosen abgewälzt werden. Gerade bei diesen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, muss die Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert werden. Dazu bedarf es nach Ablauf der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes einer formlosen Verlängerung der Leistungen im bisherigen Umfang, wenn nicht konkret ein zumutbarer (nach heutiger Gesetzeslage/keine MiniJobs) Arbeitsplatz durch das Arbeitsamt angeboten werden kann.

Wir sprechen uns in Anlehnung an die schon im Hartz-Konzept unter dem Titel „Beschäftigungsversicherung“ für die Einführung einer Arbeitsversicherung aus, die durch die finanzielle Flankierung von Arbeitszeitverkür-

Anträge	Notizen
zung und Weiterbildung, öffentlicher Beschäftigung und Qualifizierung einen neuen strategischen Ansatz für eine präventive und nachhaltige Arbeitsmarktpolitik bietet.	1
3. Für eine solidarische Finanzierung der Lasten.	5
Die aktuelle Situation der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes spiegelt sich zwangsläufig in den öffentlichen Kassen aller Ebenen und aller Institutionen wieder. Diese Lasten müssen solidarisch geschultert werden. Es gilt das Prinzip, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern.	
<ul style="list-style-type: none"> • Notwendig ist die Wiedereinführung der privaten Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer. Beide Einnahmearten würden direkt den Bundesländern zugute kommen und können so wichtige Aufgaben im Bildungssektor und im Bereich der Ganztagsbetreuung finanzieren. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Zu prüfen ist eine Spreizung des Mehrwertsteuersatzes, durch die handwerkliche und dienstleistungserbringende Tätigkeiten begünstigt, Luxusgüter im Gegenzug belastet würden. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die angedachte Zinsabgeltungssteuer ist nicht zielführend und muss deshalb aufgegeben werden. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern und Gemeinden zu dauerhaften Einnahmeausfällen in der Höhe von voraussichtlich 3 Milliarden Euro führen. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Die Entlastung unterer und mittlerer Einkommensarten ist sinnvoll, um die Binnennachfrage zu steigern. Allerdings sollte von der Reduzierung des Spitzensteuersatzes Abstand genommen werden. 	
Antrag I 21	20
Unterbezirk Frankfurt am Main (Bezirk Hessen-Süd)	25
Reformen sozial gestalten	
Nach den Wahlniederlagen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein liegen viele Denkmäler auf dem Tisch der Sozialdemokratie. Es gilt jetzt, Fehler zu korrigieren, lernfähig zu sein und an einer Politik zu arbeiten, die den Menschen auch in Zeiten des Wandels Sicherheit gibt und faire Chancen bietet.	30
Die Wählerinnen und Wähler erwarten keine unrealistischen Versprechungen, sondern dass wir notwendige Veränderungen sozial und gerecht gestalten.	
Die Agenda 2010 enthält wichtige Schritte, um unser Land voran zu bringen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Übernahme der Kosten für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger gibt den Städten und Gemeinden neue Möglichkeiten für notwendige und überfällige Investitionen. 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Die Zuständigkeit und Leistung für Arbeitslose in einer Hand zu bündeln, verbessert die Effektivität für Vermittlung, für Qualifizierung und ähnliche Maßnahmen. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Übernahme der Kosten für Flutopfer durch den Bund hilft den Kommunen ebenfalls und ermöglicht ihnen, einen Beitrag zur wirtschaftlichen Belebung zu leisten. 	40
<ul style="list-style-type: none"> • Die Ankündigung einer gesetzlichen Regelung zur Ausbildungsfinanzierung ist überfällig, weil die Betriebe ihre Zusage zur Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze nicht eingehalten haben. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Erweiterung der Zuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose ohne Einkommenseinbußen stärkt den Anreiz, eine Beschäftigung aufzunehmen. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Reduzierung des bürokratischen Aufwandes für kleinere Betriebe beseitigt Hindernisse bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. 	45
<ul style="list-style-type: none"> • Die Beendigung des Vertragsmonopols der Kassenärztlichen Vereinigung ist ein wichtiger Beitrag, um zu kostengünstigeren Strukturen im Gesundheitswesen zu kommen. 	
Dieses Programm braucht jedoch Ergänzungen und Veränderungen in wichtigen Fragen, damit es dem Anspruch sozial und gerecht zu sein entspricht.	50
Dies muss der bevorstehende Sonderparteitag leisten.	
Dabei haben die folgenden Punkte für uns Priorität:	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist richtig, aber sie darf nicht zur faktischen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe führen. Die Leistung muss deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen und die Lebensleistung in Form von Beitragsjahren der betroffenen Arbeitnehmer muss bei der Gestaltung Berücksichtigung finden. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Die angekündigte Gemeindefinanzreform muss rasch umgesetzt werden, um die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden zu verbessern. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Damit die Kommunen wieder verstärkt investieren können, brauchen wir eine reformierte Gewerbesteuer, deren Basis verbreitert und verfestigt wird und eine Absenkung der Gewerbesteuerumlage von 30 % auf 20 %. 	60
<ul style="list-style-type: none"> • Der Kündigungsschutz wurde von uns zu Beginn der Wahlperiode 1998 nach den negativen Erfahrungen mit den Experimenten der Kohl-Regierung wieder vernünftig gestaltet. Es gibt keinen plausiblen Grund, daran etwas zu ändern. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung ist sachlich nicht zu rechtfertigen. Bei der Reform der Krankenversicherung muss eine Erweiterung des Kreises der Beitragszahler durchgesetzt werden. Krankengeldzahlungen müssen Bestandteil eines paritätisch finanzierten Gesundheitswesens bleiben. 	65

- 1 • In vielen europäischen Ländern leisten neben den Beschäftigten auch die Besitzer großer Vermögen einen deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates. Auch in Deutschland müssen deshalb bei notwendigen Belastungen große Unternehmen und große Einkommen einen gerechten Beitrag leisten. Dazu gehört auch eine entsprechend gestaltete Vermögens- und Erbschaftssteuer.
- 5 Es geht in dieser Debatte nicht um „alles oder nichts“. Es geht darum, dass wir gemeinsam – Partei, Regierung und Bundeskanzler – notwendige Veränderungen herbeiführen und dabei sozialdemokratisches Profil zeigen. Dazu gibt es keine Alternative.

10 **Antrag I 22**

**Unterbezirk Erlangen
(LV Bayern)**

15 **Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit**

Am 22. September 2002 hat die SPD gerade noch mal das Ruder herumgerissen und zusammen mit den Grünen die Wahl gewonnen. Die Wende in den Umfragen kam erst, als die Partei und vor allem der Kanzler sich wieder auf klassische sozialdemokratische Themen berufen hat:

- die Betonung des solidarischen Gesundheitssystems
- die Berufung auf erreichte Errungenschaften in der Arbeitsordnungspolitik (Scheinselbstständigkeit, 630-DM-Gesetz, Betriebsverfassungsgesetz)
- Das klare „Nein“ zu einer deutschen Beteiligung im Irak-Krieg

25 Die Welle der Solidarität als Folge der Flutkatastrophe hat diese Effekte noch verstärkt. Aber nicht nur die WählerInnen hat dieser Kurswechsel dazu bewogen die SPD wiederzuwählen, auch die Partei ist ab diesem erst so richtig aufgewacht und hat den Kampf mit dem politischen Gegner aufgenommen. Die massive Pressekampagne vor und nach der Wahl sollte den letzten Zweifler und die letzte Zweiflerin davon überzeugt haben, dass es bei dieser Wahl durchaus auch um Verteilungskämpfe und Widersprüche gegangen ist. Im Ergebnis hat 30 Rot-Grün knapp, vor allem im Osten und bei den Frauen, trotz Verlusten der SPD in ihrem traditionellen Wählerschichten, gewonnen.

Die ersten Maßnahmen nach der Bundestagswahl sprachen dann aber, trotz einiger Ausnahmen eine andere Sprache.

Wir akzeptieren keine weiteren verbalen und schon gar keine tatsächlichen Angriffe auf die Rechte der ArbeitnehmerInnen, ihrer organisierten VertreterInnen und der sozial benachteiligten Menschen in der Bevölkerung. Die neuerdings so beliebte Vorstellung, Armen ebenso zu nehmen wie den Reichen, sowie die tatsächlich bisher praktizierte und als Fortschritt gelobte einseitige Belastung der Ärmeren spiegelt jedoch unter keinen Umständen unser Verständnis von Gerechtigkeit wieder und ist von klassischer sozialdemokratischer Politik meilenweit entfernt.

40 Wir fordern daher:

- Keine Kürzung von Arbeitslosengeld und -hilfe und der Rente
- Keine Abschaffung des Krankengeldes
- Keine Einschränkung des Kündigungsschutzes

Wir begrüßen die Forderung nach einem Investitionsprogramm. Es zeigt den Weg auf, wie die wirtschaftliche Krise überwunden werden kann und bricht mit dem neoliberalen Glaubensbekenntnis. Allerdings muss dieses Investitionsprogramm auch von den Kommunen genutzt werden können. Viele Städte, wenn auch nicht Erlangen, sind kaum noch in der Lage weitere, wenn auch kostengünstige, Kredite aufzunehmen. Daher fordern wir, dass das Investitionsprogramm um direkte Zuschüsse an die Kommunen ergänzt wird.

Ebenfalls begrüßen wir, dass wieder laut über die Ausbildungsumlage nachgedacht wird, sie muss sofort umgesetzt werden.

Um wirkliche soziale Gerechtigkeit zumindest erst einmal in Teilen herbeizuführen und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, schlagen wir u.a. vor:

- Die schon 1998 versprochene Wiedereinführung der Vermögenssteuer muss unverzüglich verwirklicht werden
- Die aufgrund Waigels und Eichels Politik gegen null tendierende steuerliche Belastung von Großunternehmen muss wieder heraufgesetzt werden

In die Sozialversicherung müssen alle Einkommensarten einbezogen werden.

Anträge	Notizen
Antrag I 23	1
UB Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	
Agenda 2010	5
Der SPD-Parteitag begrüßt die nunmehr erfolgte Einberufung des SPD-Sonderparteitages durch den SPD-Parteivorstand.	
Die SPD hält es auf diesem Parteitag für zwingend erforderlich, nicht nur über die so genannte „Agenda 2010“ zu diskutieren und Beschlüsse zu fassen, sondern die grundlegenden Linien zukünftiger Reform-Politik festzulegen.	10
1. So muss die Gesetzliche Krankenversicherung auf breitere Füße gestellt werden, d. h. alle Bevölkerungsgruppen müssen in die Gesetzliche Krankenversicherung einzahlen.	
2. So müssen die Beiträge aller Sozialversicherungen von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden, d. h. die steuerfinanzierten Anteile an den Sozialversicherungen müssen steigen, damit die Sozialabgaben sinken können.	15
3. So muss die ideologisch geprägte Diskussion um die Steuern in Deutschland versachlicht und müssen daraus weitere Konsequenzen gezogen werden, d. h. nicht die Steuerlast am Bruttosozialprodukt mit etwas über 20 Prozent ist das Problem, sondern die Sozialabgabenlast von etwas mehr als 20 Prozent.	20
4. So muss das leidige Thema des mangelnden Ausbildungsplatzangebotes zwischen den Betrieben solidarisch geregelt werden, d. h. das Duale Ausbildungssystem muss erhalten werden. Dazu ist mangels Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe eine Umlagefinanzierung und damit die Förderung der ausbildenden Betriebe erforderlich.	
Die mit dem Titel „Agenda 2010“ verbundenen Maßnahmen sind nach Ansicht des SPD-Parteitages nicht geeignet, die Massenarbeitslosigkeit auch nur im Ansatz zu überwinden. Deshalb müssen grundlegendere Reformen angegangen werden, um die sozialen Sicherungssysteme auch für die Zukunft sturmfest zu machen.	25
	30
Antrag I 24	
UB Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	
Agenda 2010 – Reformprogramm der Bundesregierung	35
Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, die sozial unausgewogenen Vorschläge der Regierungserklärung vom 14. März 2003 abzuändern und im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verbessern.	40
	45
Antrag I 25	
UB Hersfeld-Rotenburg (Bezirk Hessen-Nord)	
Agenda 2010 – Reformprogramm der Bundesregierung	50
Die sozialdemokratischen Funktions- und Mandatsträger werden aufgefordert, weiteren Eingriffen in die sozialen Sicherungssysteme nicht zuzustimmen und einer weiteren Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegen zu treten.	
Im Einzelnen werden die Adressaten aufgefordert,	
a) das Krankengeld in der gesetzlichen Krankenversicherung zu belassen,	55
b) eine Praxisgebühr für gesetzlich Versicherte nicht einzuführen,	
c) die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld nicht weiter einzuschränken,	
d) bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die bisherigen Freigrenzen für Empfänger von Arbeitslosenhilfe (500,- EURO bzw. 1000,- EURO je Lebensjahr) beizubehalten,	
etwaigen weiteren Einschränkungen des Rentenniveaus und/oder der Erhöhung der Lebensarbeitszeit nicht zuzustimmen.	60
	65

Antrag I 26

*UB Hersfeld-Rotenburg
(Bezirk Hessen-Nord)*

Agenda 2010 – Reformprogramm der Bundesregierung

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die geplante Strukturreform nicht die abhängig Beschäftigten einseitig mehr belastet als all die anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Antrag I 27

*Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)*

Gerechte Verteilung von Lasten und Abgaben

Die Bundestagsfraktion und die Bundesminister der SPD werden aufgefordert, bei der gegenwärtigen Reformdiskussion die Grundlagen für eine gerechte Verteilung von Lasten und Abgaben zu sorgen.

Insbesondere fordern wir:

- Wiedereinführung bzw. Reform von Vermögens- und Erbschaftssteuer
- Ausbildungsplatzumlage für Firmen, die nicht ausbilden
- Rückzahlung der Subventionen von Firmen, die ins Ausland verlagern
- Schließen weiterer „Steuerschlupflöcher“
- Keine Absenkung des Arbeitslosengeldes II auf Sozialhilfeniveau
- Beteiligung von Selbstständigen in der Sozialversicherung
- Keine Abschreibungsmöglichkeiten von Spekulationsobjekten
- Entflechtung von marktbeherrschenden Konzernen

Wir verweisen darauf, dass einige dieser Punkte bereits Beschlusslage von Parteitag und AfA-Konferenzen sind und fordern erneut deren Umsetzung.

Antrag I 28

*Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)*

Eckpunkte für eine sozial gerechte SPD-Regierungspolitik

Die Grundlage des Regierungshandelns für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten muss die soziale Gerechtigkeit sein. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind und bleiben unsere Grundwerte, auf die sozialdemokratisches Regierungshandeln auf allen Ebenen ausgerichtet sein muss. In der aktuellen Regierungspolitik der rot-grünen Bundesregierung wird dies nicht immer hinreichend deutlich. Von der Bundesebene der Partei und von der SPD-Bundestagsfraktion fordern wir eine konsequente Formulierung sozialdemokratischer Politikangebote besonders in den folgenden Aufgabenfeldern:

- **Arbeitslosigkeit senken**

Die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland muss gesenkt werden. Dies ist nur durch ein hohes, qualitatives nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Hierfür müssen die richtigen Schritte unternommen werden. Dazu zählt eine Wirtschaftspolitik, die eine Senkung der Abgabenlast und eine adäquate Beteiligung der Vermögenden an den staatlichen Aufgaben und zur Investitionsankurbelung ermöglicht. Deshalb müssen eine verfassungskonforme Vermögensbesteuerung und eine angemessene Erbschaftsbesteuerung eingeführt werden.

- **Kündigungsschutz**

Eine Lockerung des Kündigungsschutzes bietet keine Garantie für mehr Arbeitsplätze. Es besteht kein nachweisbarer Zusammenhang zwischen Arbeitsrecht und der Höhe der Arbeitslosigkeit. Namhafte Ökonomen, u. a. der OECD kommen zu dem Ergebnis, dass arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen empirisch nicht als Ursache für Arbeitslosigkeit nachzuweisen sind.

Deshalb erinnern wir die Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung an ihre Aussagen im Bundestagswahlkampf: Faire Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt, Erhaltung von Betriebsverfassung und Mitbestimmung, die Förderung von Selbständigkeit und Teilzeitarbeit sowie die konsequente Bekämpfung von illegaler Beschäftigung, Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit sind aus sozialdemokratischer Sicht eher geeignet, Arbeitslosigkeit abzubauen als eine Lockerung des Kündigungsschutzes.

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> • Keine Absenkung der Arbeitslosenhilfe 	1
<p>Für die Misere auf dem Arbeitsmarkt sind nicht die Arbeitslosen verantwortlich. Deshalb ist eine Absenkung der Arbeitslosenhilfe ungerecht. Genauso ungerecht ist die Senkung der Anspruchsdauer des Arbeitslosengeldes. Gerecht ist, für mehr Beschäftigung zu sorgen. Dadurch werden auch die öffentlichen Kassen und damit Arbeitnehmer/innen und Arbeitgeber/innen entlastet.</p>	5
<ul style="list-style-type: none"> • Verantwortung von Arbeitgeber/innen und des Staates 	10
<p>Auch in einer globalisierten Wirtschaft sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber nicht aus ihrer sozialen Verantwortung für abhängig Beschäftigte zu entlassen. Geschäftspolitik alleine unter dem Diktat der Profitmaximierung ist sozial unverantwortlich, steht im Widerspruch zum Grundgesetz und ist ethisch nicht zu rechtfertigen. Staatliche Förderungspolitik muss darauf Acht geben, dass in der Wirtschaft keine Mitnahmeeffekte entstehen, Subventionen nicht zu neuen Ungerechtigkeiten oder Wettbewerbsverzerrungen führen, damit Arbeitsplätze nachhaltig gesichert oder neue gefördert werden. Eine Neuausrichtung der Subventionspolitik ist in diesem Sinne dringend geboten.</p>	15
<ul style="list-style-type: none"> • Solidarische Versicherung für Alle in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung 	20
<p>Wir fordern jeweils eine solidarische Versicherung für das Gesundheitswesen und im Bereich der Alterssicherung. Alle Berufsgruppen dieser Gesellschaft müssen sozial gestaffelt nach Einkommen ihre Beiträge in diese Kassen entrichten. Außerdem muss der volle Umfang des Leistungskatalogs erhalten bleiben. In dem Zusammenhang fordern wir, den gesetzlichen Krankenkassen die flächendeckende Grundversorgung Aller zu übertragen. Auf jeden Fall muss die bewährte Pflegeversicherung in ihrer jetzigen beitragsfinanzierten Organisationsform erhalten bleiben.</p>	25
<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung und Erstellung einer Positivliste 	30
<p>Das bürokratische Ungetüm „Kassenärztliche Vereinigung“ muss abgeschafft werden. Es muss eine Positivliste für Medikamente eingeführt werden. Mit den Besitzstandswahrerinnen und Besitzstandswahrern der Pharmalobby und der Ärzteschaft ist der Konflikt auszutragen. Die zusätzlichen Belastungen im Bereich des Gesundheitswesens dürfen nicht allein den Patientinnen und Patienten und den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufgebürdet werden.</p>	35
<ul style="list-style-type: none"> • Keine Aushöhlung der Flächentarifverträge 	40
<p>Die SPD muss stärker anerkennen, dass die Gewerkschaften in den letzten Jahren bereits konstruktiv und flexibel an der Weiterentwicklung unseres Landes mitgearbeitet haben. Das Gleiche gilt für Teile der Arbeitgeberinnen- und Arbeitgeberschaft; andere wiederum haben den eigenen Profit weit über das Gemeinwohl gestellt. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber voll ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen müssen. In der Diskussion um die Flächentarifverträge vertreten wir eine klare Position: Eine weitere Aushöhlung darf es nicht geben!</p>	45
<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildung 	50
<p>Die nichtausbildenden Betriebe haben lange genug ihre Versprechungen nicht eingehalten. Wir fordern die SPD auf, in der Regierung, möglichst zügig eine Ausbildungsplatzumlage für diese nicht ausbildenden Betriebe einzuführen.</p>	55
<p>Antrag I 29</p>	
<p><i>Unterbezirk Recklinghausen (LV Nordrhein-Westfalen)</i></p>	50
<p>Für eine nachhaltige Entwicklung des Sozialstaates</p>	
<p>Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die SPD muss sich diesen Veränderungen im Rahmen ihrer Politik stellen. Dazu müssen jedoch Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse in der Partei organisiert werden. Dieses ist in den vergangenen Monaten und Jahren nicht in ausreichender Weise geschehen. Wir erwarten, dass ein konkreter Fahrplan erstellt wird, der bis zum Parteitag im November und bis zum Parteitag zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms in 2004 diesen notwendigen Prozess strukturiert. Nur so kann sich die SPD in gemeinsamer Überzeugung und mit der Festigung eines eigenständigen Profils den Herausforderungen stellen.</p>	60
<p>Wir unterstützen eine Reformpolitik, die sich den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen in unserem Land stellt. Die jetzt anstehenden Maßnahmen können aber nur der Anfang sein für die notwendigen großen Reformen, die Wirtschaft und Gesellschaft brauchen, um zukunftsfähig zu werden. Wir wollen jedoch, dass deutlicher sichtbar wird, dass die SPD bei diesen Veränderungen in besonderer sozialer Verantwortung handelt. Reformen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie Menschen Ängste nehmen und ihnen Sicherheit geben. Deshalb muss deutlich werden, dass die Reformen zum gesellschaftlichen Fortschritt – und damit zu mehr Gerechtigkeit und Freiheit – beitragen.</p>	65

1 In einer Kraftanstrengung zur Sicherung von sozialstaatlicher Handlungsfähigkeit und zur wirtschaftlichen
Gesundung müssen alle Bereiche der Gesellschaft ihren Teil beitragen. Die Maßnahmen müssen so angelegt
sein, dass Eigeninitiative gefördert, sozialer Abstieg jedoch bei denjenigen verhindert wird, die sich durch Ei-
geninitiative nicht helfen können.

5 Wir wollen, dass bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ab 55 Jahre), die in der gegenwärtigen
Arbeitsmarktsituation kaum Chancen haben, wieder in den ersten Arbeitsmarkt integriert zu werden, die indi-
viduelle Lebensleistung berücksichtigt und ein sozialer Abstieg verhindert wird. Deshalb muss es für diese
Personengruppe nach Ablauf der geplanten verkürzten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld (18 Monate) eine
10 Regelung geben, die in diesen Fällen den Bezug der bisherigen Leistungen in vollem Umfang verlängert, wenn
nicht konkret ein zumutbarer Arbeitsplatz angeboten werden kann.

Im Rahmen des Krankengeldes muss deutlich werden, dass es sich bei der Entlastung der Arbeitgeber von die-
sen Lohnnebenkosten nicht um den Einstieg in den Abbau des Sozialstaates, sondern in den Einstieg zum Um-
bau des Sozialstaates handelt.

15 Alle müssen im Rahmen der Agenda 2010 Veränderungen mittragen. Deshalb sollen auch Vermögende mehr
als bisher beteiligt werden. Überlegungen zur Besteuerung von Vermögen und großen Erbschaften über 1 Mil-
lion € weisen in die richtige Richtung.

Ein Kernpunkt der Reformpolitik muss die Beseitigung des dramatischen Ausbil-dungsplatzmangels sein.
Dabei muss der katastrophalen Situation auf dem Ausbildungsmarkt in der Emscher-Lippe Region besonde-
re Beachtung geschenkt werden. Denn hier ist für das Jahr 2003 konjunkturbedingt ein weiterer Rückgang
20 des Angebotes betrieblicher Ausbildungsplätze zu befürchten, der die ohnehin angespannte Situation noch
verschärfen wird. Es ist unser Ziel, jedem jungen Menschen unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz anzu-
bieten oder ein zumutbares Beschäftigungsangebot zu machen. Um dies zu erreichen müssen deutlich mehr
Betriebe ausbilden. Zum Erreichen dieses Zieles muss auch über eine Ausbildungsabgabe nachgedacht wer-
den, wenn die Wirtschaft ihrer Verpflichtung hier nicht nachkommen sollte. Die in der Reformpolitik der
25 Bundesregierung vorgesehenen Hilfen für die Kommunen insbesondere über Sonderkredite helfen in unse-
rer Region mit vielen Kommunen ohne genehmigten Haushalt nur bedingt. Wir müssen umgehend dafür
sorgen, dass die Kommunen wieder Handlungsspielräume erhalten, um öffentliche Investitionen tätigen zu
können.

30

Antrag I 30

35 **UB Kassel-Land**
(Bezirk Hessen-Nord)

SPD – Partei mit Zukunft

40 „Eine Politik, die nicht für die Menschen da ist, sondern für sich selbst, kann uns gestohlen bleiben“.
Willy Brandt

Die SPD ist eine Mitglieder- und Volkspartei. Unserer Mitglieder sind in der Bevölkerung verankert und haben
das Ohr an der Basis. Dieses Basiswissen muss verstärkt genutzt werden, um den politisch Verantwortlichen in
Bund, Land und auf kommunaler Ebene Entscheidungshilfen zu geben.

45

Bundes-SPD, Bundestagsfraktion, Bundesregierung

Partei braucht Grundwerte, Nähe zur Basis, Transparenz

50 Der Bundesverband erscheint aufgebläht, Wege sind zu lang, Strukturen nicht klar erkennbar, es gibt Kompe-
tenzgerangel. Politiker und Mitarbeiter im Willy-Brandt-Haus haben teilweise ihre Basisanbindung verloren
bzw. nie gehabt. Demzufolge werden durchaus gute, aber immer sehr theoretische, Strategiepapiere, Empfeh-
lungen etc. an die Gremien gegeben, die vor Ort nicht umsetzbar sind und nicht verstanden werden. Als Fazit
folgt, dass sich die Mitgliedschaft nicht ausreichend informiert fühlt und sich an Entscheidungen nicht betei-
ligt sieht.

55 Weiterhin wird der Umfang der externen Zuarbeiter, wie Werbeagenturen und Sicherheitsdienste (es ist für ein
normales Mitglied der SPD inzwischen leichter den Reichstag zu besuchen als „sein“ Parteihaus) sowie die
Werbung (z.B. SPD-Card), kritisch gesehen.

Unsere Forderungen:

- 60 • Das Zitat von Willy Brandt: „Eine Politik, die nicht für die Menschen da ist, sondern für sich selbst, kann
uns gestohlen bleiben“, wird oberstes Motto der Bundes-SPD
- Abbau der Parteibürokratie sowie eine bessere Vernetzung der Parteigremien, um mehr Mitbestimmung
der Basis und Transparenz zu erreichen
- Leitende Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses sollten einmal jährlich ein 4-wöchiges Praktikum in einem
Unterbezirk absolvieren
- 65 • Der Umfang externer Zuarbeit wie Werbeagenturen und Sicherheitsdienste sowie die Werbung der Bun-
des-SPD sind zu überprüfen

Anträge	Notizen
Partei braucht Glaubwürdigkeit und Profil	1
„Vor dem Reden bitte Hirn einschalten“. Dieses Zitat eines Mitglieds gibt die Meinung einer Vielzahl unserer Mitglieder wieder. Unüberlegte Aussagen von Mitgliedern der Partei- und/oder Regierungsspitze werden sehr kritisch gesehen. Gerade weil unsere Spitzenpolitiker wissen, dass ihnen unzählige Medienvertreter „auflaufen“, müssen sie sich ihrer Verantwortung bewusst sein und eine einheitliche Sprache sprechen. Auch die externen Kommissionen und ihre „undichten“ Stellen verunsichern unsere Mitglieder. Voreilige Äußerungen in den letzten Monaten haben uns schmerzlich erfahren lassen, dass die Bürger eine klare Linie vermissen, gute Vorschläge zerredet werden oder Gedanken, die nie zum Tragen kommen, hohe Wellen schlagen.	5
<i>Unsere Forderungen:</i>	
• Von unseren Spitzenpolitikern erwarten wir Führungsstärke	10
• Von unseren Abgeordneten erwarten wir eine starke Beteiligung an der innerparteilichen Diskussion und dass sie deren Ergebnisse in die Bundestagsfraktion einbringen	
• Grundsatzentscheidungen werden auf Parteitage, gemeinsam mit der Basis, beschlossen	
• Die Umsetzung der Beschlüsse erfolgt in den dafür gewählten Gremien, durchaus unter Hinzuziehung von Experten. Externe Kommissionen werden abgeschafft	15
• Vorschläge und Bausteine von Programmen und Reformen werden intern beraten, diskutiert und entschieden	
• Erst Entscheidungen werden kommuniziert und dem Bürger mit verständlichen Aussagen erläutert	
• Die Öffentlichkeitsarbeit wird im Hinblick auf lesbarere und plakativere Aussagen verbessert. Positive Aspekte der sozialdemokratischen Politik (z.B. Grundsicherungsgesetz) müssen in den Vordergrund gestellt werden	20
Deutschland braucht Reformen – kein Wirrwarr	
Unsere Mitgliedschaft sieht durchaus die Notwendigkeit mutiger Reformen und wird diese den Bürgern gegenüber auch vertreten, wenn die Reformen verständlich und sozial ausgewogen sind. Es wird kritisiert, dass zu viel auf einmal geschultert wird und deshalb nur Stückwerk entsteht. Weiterhin bemängeln die Mitglieder, dass die soziale Gerechtigkeit nicht genügend Berücksichtigung findet.	25
Konjunktur und Haushalt	
Die dramatische Wirtschaftslage erfordert auch weiterhin die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, jedoch darf dies nicht dazu führen, dass konjunkturelle Impulse unterbleiben. Daraus folgernd muss der Bund die Steuergesetzgebung auf den Prüfstand stellen, um neue Einnahmequellen zu erschließen.	30
<i>Unsere Forderungen:</i>	
• Die Gemeindefinanzreform muss umgehend umgesetzt werden	
• Eine zeitlich begrenzte Förderung der Kommunen für Investitionen – nicht zum Schuldenabbau	35
• Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre	
• Wiedereinführung der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen	
• Abbau von Subventionen	
• Sicherung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung	
• Der Solidaritätszuschlag muss auf den Prüfstand	40
• Die Steuerreform muss vorgezogen werden	
Arbeit und Wirtschaft	
Die Mitglieder begrüßen, dass die Regierung den Mittelstand stärken und Beschäftigungshemmnisse abschaffen will, um Arbeitsplätze zu schaffen. Auch ein moderneres Handwerksrecht begrüßt. Kritisch wird jedoch die Aufweichung von Kündigungsschutz und Mitbestimmungsrechten der Arbeitnehmer gesehen, da dies weder geschichtlich belegt noch jemals zu mehr Arbeit geführt hat. Während die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, wenn auch zähneknirschend, akzeptiert wird, stößt der Abbau von Mitteln im Bereich der Beschäftigungsprogramme über die Arbeitsämter auf harte Ablehnung.	45
<i>Unsere Forderungen:</i>	50
• Jugendarbeitslosigkeit null – mit Ausbildungsplatzumlage	
• Investitionen in Bildung und Ausbildung	
• Stärkung der Beschäftigungsprogramme	
• Leistungsbereitschaft von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern muss honoriert werden	
• Kein Abbau von Mitbestimmungsrechten	55
• Bekämpfung der Schwarzarbeit	
• Unterstützung von Kleinbetrieben (Mittelstand neu definieren)	
• Investitionen in regenerative Energien	
Sozialstaat	60
Oberste Priorität hat für die Mitgliedschaft die Beibehaltung der solidarisch finanzierten Kranken- und Rentenversicherung. Ein Aufbrechen von Verkrustungen und Monopolstrukturen im Gesundheitswesen wird begrüßt. Kritisch wird gesehen, dass sozial-staatliche Aufgaben nicht von allen geschultert werden und dass die Rentenkassen unter Kanzler Kohl mit Fremdleistungen belastet wurden (Deutsche Einheit, Aus- und Übersiedler).	65
<i>Unsere Forderungen:</i>	
• Fremdleistungen aus der Rentenkasse müssen durch allgemeine Steuermittel ausgeglichen werden	
• Mehr Kostentransparenz bei Ärzten und Krankenkassen	

- Harte Preisverhandlungen mit der Pharma-Industrie
- Vertragsmonopol der Kassenärztlichen Vereinigung aufweichen
- Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen reduzieren – Dumpingangebote unterbinden
- Der Leistungskatalog der Krankenkassen sollte überprüft werden, dabei müssen soziale Härten vermieden werden
- Kein „Eintrittspreis“ für Arztbesuche
- Stärkung der sozialen Berufsstände

Antrag I 31

**UB Oberhausen
(LV Nordrhein-Westfalen)**

Erneuerung – Gerechtigkeit – Nachhaltigkeit auch kommunal

Die SPD begrüßt die in der Koalitionsvereinbarung festgelegte Absicht „die Finanzkraft der Kommunen zu stärken und auf eine breite, solide Basis zu stellen“. In der Vereinbarung sind eine Reihe wichtiger Ansätze zur Umsetzung dieser, für Oberhausen existenziellen Forderung enthalten.

Insbesondere die angekündigte Reform der Gemeindefinanzen ist für die Kommunen unabdingbar. Die SPD erwartet die zügige Umsetzung dieses Vorhabens. Durch die Gemeindefinanzreform muss die finanzielle Ausstattung der Kommunen nachhaltig verbessert und die Einnahmen der Gemeinden verstetigt werden. Ein Schwerpunkt bei der Reform muss die Verbesserung der Lage strukturell benachteiligter Kommunen bilden. Gerade auch Oberhausen mit seiner, nicht selbst verschuldeten, äußerst schwierigen Finanzlage muss von dieser Reform profitieren.

Um das Ziel einer Vergrößerung kommunaler Handlungsspielräume zu erreichen gilt es aber auch bei der Umsetzung von Einzelpunkten der Koalitionsvereinbarung die Interessen der Kommunen zu beachten. Dies gilt insbesondere bei folgenden Vorhaben:

– Reform des Arbeitsmarktes – Umsetzung des Hartz-Konzeptes

Die SPD begrüßt, dass die Bundesregierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit absolute Priorität einräumt und den Arbeitsmarkt umfassend reformieren wird. Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist gerade für Kommunen, die sich im Strukturwandel befinden, von herausragender Bedeutung. Gerade auch die geplante Übernahme der Verantwortung für arbeitlose Sozialhilfeempfänger kommt Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit besonders zu Gute. Die in diesem Zusammenhang angekündigten Einsparungen müssen voll bei den Kommunen verbleiben. Eine Einschränkung kommunaler Handlungsspielräume durch Festlegungen für die Verwendung dieser Mittel wird abgelehnt. Durch die geplante Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe darf es keine zusätzlichen Belastungen der Kommunen im Bereich der ergänzenden Sozialhilfe geben.

– Ausbau der Betreuung für unter dreijährige Kinder

Die Oberhausener SPD teilt ausdrücklich die Einschätzung, dass die Betreuung in diesem Bereich ausgebaut werden muss und begrüßt, dass sich die Bundesregierung hier finanziell stark engagieren will. Bei der geplanten Festlegung von Betreuungsquoten muss aber sichergestellt werden, dass die Kommunen einen zu hundert Prozent kostendeckenden finanziellen Ausgleich zur Umsetzung der Pflichtquoten erhalten.

– Ausbau der Ganztagsbetreuung für Schulkinder

Die SPD unterstützt die Bundesregierung bei ihrem Vorhaben, die Bildungspolitik durch den Ausbau von Ganztagschulen in den Mittelpunkt ihres Handelns zu stellen. Bei der Verteilung der hierfür mobilisierten 4 Milliarden Euro muss darauf geachtet werden, dass Kommunen mit Finanzproblemen nicht durch verpflichtende Eigenanteile benachteiligt werden. Eine Situation, in der sich nur reiche Kommunen zusätzliche Angebote leisten können, darf nicht entstehen. Dies gilt auch für entsprechende Überlegungen auf Landesebene. Gefordert ist ein integriertes Konzept von Bund und Land, dass den Gegebenheiten vor Ort Rechnung trägt.

– Ausbildung für junge Menschen – Jump plus Programm

Die SPD sieht im geplanten Jump plus Programm einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, mit dem gerade Städten mit einem geringen Angebot an Ausbildungsplätzen geholfen werden kann. Bei der Ausgestaltung des Programms muss sichergestellt werden, dass die Kommunen nach ihrem Bedarf und nicht nach regionalen Gesichtspunkten beteiligt werden.

Der Koalitionsvertrag sieht in einzelnen Punkten auch zusätzliche Belastungen für die Kommunen vor, so etwa durch die Sozialversicherungspflicht für Sozialhilfeempfänger und die erweiterte Kinderbetreuung. Diese Belastungen müssen in die Gesamtbetrachtung der kommunalen Finanzen einbezogen und entsprechend kompensiert werden. Bei allen Entscheidungen hat das Konexitätsprinzip zu greifen, nachdem derjenige eine Leistung bezahlt, der sie beschließt. Insgesamt beinhaltet der Koalitionsvertrag die Möglichkeit, die Handlungsfähigkeit und die finanzielle Ausstattung der Kommunen merklich zu verbessern. Dies gilt es schnellstmöglich umzusetzen. Denn nur mit handlungsfähigen Kommunen lässt sich das im Koalitionsvertrag beschriebene Ziel, „ein wirtschaftlich starkes, soziales und ökologisches Deutschland“, erreichen.

Anträge	Notizen
Antrag I 32	1
Unterbezirk Bochum (Landesverband NRW)	5
Soziale Gerechtigkeit	
Die SPD erwartet von Bundesregierung und Bundestag, dass die in der Regierungserklärung vorgestellte Absicht, das Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer von derzeit 32 Monaten auf 18 Monate Bezugsdauer zu reduzieren, nicht umgesetzt wird. Wenn langjährig Beschäftigte nach 35 oder 40 Jahren Arbeit der erworbene Anspruch aus der Arbeitslosenversicherung in einer solchen Weise wieder genommen werden soll, so ist das Unrecht und Willkür in unserer sozialen Demokratie. Die Arbeitslosenversicherung ist ein Versicherungssystem. Wenn eine solche Absicht vom sozialdemokratischen Bundeskanzler erklärt wird, so entsteht bei den Beschäftigten ein Bruch des Vertrauens in die Sozialdemokratie.	10
Die SPD tritt mit ihrer Politik für soziale Gerechtigkeit ein. Wir erwarten deshalb vom Bundeskanzler und SPD-Vorsitzenden, Gerhard Schröder, dass die in seiner Rede formulierten Überlegungen nicht umgesetzt werden. Von den SPD-Bundestagsabgeordneten erwarten wir, dass sie sich in der SPD-Bundestagsfraktion massiv gegen derartige Überlegungen stellen und einer evtl. Gesetzesänderung in dieser Richtung nicht zustimmen.	15
In gleicher Weise wenden wir uns entschieden gegen – ein evtl. beabsichtigtes „Eintrittsgeld bei Arztbesuchen“, – gegen den Wegfall des Krankengeldes nach 6 Wochen und – gegen eine höhere Versteuerung von kleinen Altersrenten.	20
Der SPD-Vorstand wird aufgefordert, entsprechend dem Vorschlag der Gewerkschaft Verdi ein „Bündnis für soziale Politik“ gemeinsam mit den Gewerkschaften, Kirchen, Arbeitsloseninitiativen und Sozialverbänden zusammen zu rufen. Dieses „Bündnis für soziale Politik“ soll eine „Wertediskussion menschliche Gesellschaft“ für unseren sozialen und demokratischen Rechtsstaat in Deutschland im Bezug zur handelnden Politik für die Felder Gesellschaft, Ökonomie, Soziales und Bildung neu konkretisieren.	25
Antrag I 33	35
Kreisverband Westliche Altmark (LV Sachsen-Anhalt)	
Agenda 2010	40
1. Der Parteitag fordert, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in den Leitantrag aufzunehmen. 2. Im Kapitel „Ausbildung oder Beschäftigung für alle unter 25“ ist einzuarbeiten, dass Betriebe, die nicht ausbildungswillig sind, eine Ausbildungsabgabe zu zahlen haben.	45
Antrag I 34	50
OV Obercastrop-Mitte (LV Nordrhein-Westfalen)	
Agenda 2010	55
Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die SPD muss sich diesen Veränderungen im Rahmen ihrer Politik stellen. Dazu müssen jedoch Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse in der Partei organisiert werden. Dieses ist in den vergangenen Monaten und Jahren nicht in ausreichender Weise geschehen. Wir erwarten, dass ein konkreter Fahrplan erstellt wird, der bis zum Parteitag im November und bis zum Parteitag zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms in 2004 diesen notwendigen Prozess strukturiert. Nur so kann sich die SPD in gemeinsamer Überzeugung und mit der Festigung eines eigenständigen Profils den Herausforderungen stellen.	60
Wir unterstützen den Willen der Bundesregierung, sich mit einer neuen Dynamik den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu stellen. Wir begreifen die aktuelle Diskussion um die Agenda 2010 als den Auftakt eines Prozesses, durch mutiges politisches Handeln die politische Steuerungsmöglichkeit wirtschaftlicher und sozialer Prozesse zu sichern. Wir wollen jedoch, dass deutlicher sichtbar wird, dass die SPD bei diesen Veränderungen in besonderer sozialer Verantwortung handelt. Deshalb wollen wir, dass die sozialdemokratische Politik in dieser Hinsicht deutlicher konturiert und erweitert wird.	65
Dabei muss deutlich werden, dass in einer Kraftanstrengung zur Sicherung von sozialstaatlicher Handlungsfähigkeit und zur wirtschaftlichen Gesundung alle Bereiche der Gesellschaft ihren Teil beitragen müssen. Die	

1 Maßnahmen müssen so angelegt sein, dass Eigeninitiative gefördert wird, sozialer Abstieg jedoch bei denjenigen verhindert wird, die sich durch Eigeninitiative nicht helfen können.
Wir wollen deshalb, dass insbesondere ältere Arbeitnehmer dann weiterhin 32 Monate Arbeitslosengeld beziehen, sofern ihnen keine zumutbare Arbeit angeboten werden kann. Ältere Arbeitnehmer dürfen keine Angst haben, ohne eigenes Verschulden, im Bereich der Sozialhilfe zu landen. Im Rahmen des Krankengeldes muss deutlich werden, dass es sich bei der Entlastung der Arbeitgeber von diesen Lohnnebenkosten nicht um den Einstieg in den Abbau des Sozialstaates, sondern in den Einstieg zum Umbau des Sozialstaates handelt. Wir regen deshalb in der Frage des Krankengeldes einen Einstieg in die Logik einer stärkeren Steuerfinanzierung an. Alle Schultern müssen im Rahmen der Agenda 2010 Veränderungen mittragen. Deshalb bedarf es eines zusätzlichen Beitrages besonders Vermögender. Wir treten deshalb für eine gerechte Wiederbelebung der Vermögenssteuer und eine erhöhte Steuer im Bereich hoher Erbschaften ein. Dies ist unsere politische Position, die wir in die politische Auseinandersetzung in Deutschland einbringen und für die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen.

15 Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muss außerdem die Auseinandersetzung mit der dramatischen Ausbildungsplatzsituation stehen. Eine besonders soziale Ausgestaltung der Agenda 2010 allein in den ostdeutschen Bundesländern greift zu kurz. Insbesondere vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation auf unserem regionalen Ausbildungsmarkt fordern wir umgehende Schritte zur Realisierung einer gerechten Ausbildungsplatzumlage. Die in der Agenda 2010 vorgestellten Hilfen für die Kommunen insbesondere über Sonderkredite helfen in unserer Region mit vielen Kommunen ohne genehmigten Haushalt nur bedingt. Wir müssen umgehend dafür sorgen, dass die Kommunen wieder Handlungsspielräume erhalten, um öffentliche Investitionen tätigen zu können.

20 Ab dem 1. Juni muss eine breit angelegte Debatte über die sozialdemokratische Position zur Gestaltung der zukünftigen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beginnen. Dabei muss es insbesondere darum gehen, die Diskussion über eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme insbesondere im Rahmen der Transferleistungen in die ostdeutschen Bundesländer auf die Agenda der Debatten über einen veränderten Sozialstaat zu setzen.

30 **Antrag I 35**

Ortsverein Landkirchen
(Landesverband Schleswig-Holstein)

35 **Soziale Ausgewogenheit**

Folgende Gesichtspunkte sollten berücksichtigt werden:

1. Beamte und Selbständige sollten in die Sozialversicherung einzahlen.
2. Ärzte, Apotheker und die Pharma-Industrie sollten einen Beitrag zur Reform der Sozialsysteme leisten.
- 40 3. Die Vermögenssteuer (allein das Geldvermögen in Deutschland beträgt 3,6 Billionen €) ist wieder einzuführen.

45 **Antrag I 36**

Ortsverein Leer
(Bezirk Weser-Ems)

50 **Agenda 2010**

1. Die Reformvorschläge der „Agenda 2010“ werden überarbeitet und erst nach ordnungsgemäßer und parteiüblicher Diskussion und Beschlussfassung in der Parteibasis als Grundlage der Regierungsarbeit durch die Bundestagsfraktion in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht.
- 55 2. Die vorgesehenen Leistungskürzungen beim Arbeitslosengeld für ältere Anspruchsberechtigte werden zurückgenommen, die angedachten Verschlechterungen beim Kündigungsschutz und Krankengeld auf Sozialverträglichkeit überprüft.
3. Das Sozialsystem wird überwiegend von Beitragsfinanzierung auf Steuerfinanzierung umgestellt, um so zu mehr sozialer Gerechtigkeit für die Arbeitnehmer/innen zu kommen.

60

65

Anträge	Notizen
Antrag I 37	1
Ortsverein Ostfildern (Landesverband Baden-Württemberg)	5
Soziale Sicherungssysteme	
In dem Bestreben, <ul style="list-style-type: none"> • die sozialen Sicherungssysteme unserer Gesellschaft zu erhalten und zu verbessern • sie den gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen • und die mit ihnen verbundenen Belastungen der Arbeitskosten (Lohnnebenkosten) deutlich zu senken setzt der Parteitag eine Arbeitsgruppe ein, die zur Beschlussfassung auf Landesebene folgende Rahmenbedingungen prüft:	10
Die Strukturen der sozialen Sicherungssysteme werden grundlegend reformiert durch die Realisierung folgender Grundsätze:	15
<ul style="list-style-type: none"> • Eigenverantwortung der Betroffenen • Solidarität mit den Bedürftigen • Unterstützung durch die öffentlichen Hände. 	
1. Die Altersversorgung	20
<ul style="list-style-type: none"> • Jedes (Gesamt)Einkommen wird mit einer (prozentualen) Abgabe belastet (Rentenabgabe), die einen bestimmten monatlichen Betrag der Altersversorgung ab einem bestimmten Alter gewährleistet. Höchstgrenzen für diese Abgaben entfallen. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Diese solidarische Abgabeverpflichtung aller wird ergänzt durch eine weitere Umlage, an der sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte beteiligen (paritätische Finanzierung), und die ebenfalls von allen am Nationaleinkommen Beteiligten (Inländerkonzept) zu erbringen ist. 	25
<ul style="list-style-type: none"> • Der Eigenverantwortung der Betroffenen entspricht eine zusätzlich (verbindlich) abzuschließende kapitalgedeckte private Mindest-Versicherung für die Altersvorsorge. 	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Höhe der Rentenversorgung soll 1050 Euro monatlich oder 12.600 Euro pro Jahr betragen. Den Mindest-Anteil aus der Rentenabgabe in Höhe von 350 Euro monatlich erhält jeder mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Die Rentenanteile aus der paritätischen Finanzierung und der (obligatorischen) Privatversicherung richten sich nach den erbrachten Leistungen. 	30
2. Die Arbeitslosenversicherung	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Arbeitslosenunterstützung wird auf sechs Monate begrenzt. Sie beträgt in dieser Zeit jedoch 90% des letzten Bruttolohnes. Steuern und Versicherungen, die der Arbeitnehmer zu tragen hat, laufen weiter; gleiches gilt für die Abgabe zur Altersversorgung. Der (bisherige) Arbeitgeber trägt in dieser Zeit seinen Anteil an den sozialen Versicherungen (z.B. Krankenversorgung, Altersversorgung) weiter. 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Zu den gleichen Bedingungen erhält ein Erziehungsberechtigter Arbeitslosenunterstützung, wenn er Kinder bis zur Vollendung des 5. Lebensjahres betreut. (Denkbar wäre, dass sich die Unterstützung für ein Kind nach 6 Monaten auf ein Drittel reduziert, bei zwei Kindern auf zwei Drittel, und bei drei und mehr Kindern voll ausgezahlt wird. Die Zahlungen enden, wenn das letzte Kind das fünfte Lebensjahr vollendet hat.) 	40
<ul style="list-style-type: none"> • An die Zeit der Arbeitslosenunterstützung schließt sich unmittelbar die Unterstützung durch ein <u>Bürgergeld</u> (Sozialhilfe) an. Seine Gewährung kann (teilweise) von Auflagen wie Weiterbildung, Umschulung, Ortswechsel oder Annahme von bisher nicht ausgeübten Tätigkeiten abhängig gemacht werden. 	45
<ul style="list-style-type: none"> • Für die Übernahme neuer Tätigkeiten als Bürgergeld-/Sozialhilfeempfänger muss ein System greifen, das für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer Anreize schafft für eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Das gilt insbesondere für geringfügige Beschäftigungen oder Arbeitsverhältnisse, die unter der Vollzeitbeschäftigung liegen. Ein solches Anreizsystem könnte darin bestehen, dass die Aufnahme einer Tätigkeit nicht automatisch zum vollständigen Verlust der Sicherung durch das Bürgergeld/die Sozialhilfe führt, oder dass gezielte Zuzahlungen aus einem Wiedereingliederungsfonds erbracht werden. 	50
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenträger für die Arbeitslosenversicherung sind nach wie vor Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte. Sie werden jedoch durch die deutliche Verkürzung der Unterstützungszeit entlastet. Zusätzliche Belastungen ergeben sich aus der Verpflichtung zu ‚nachlaufenden‘ Versicherungen und für die Unterstützung Erziehender. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Kostenträger der Sozialhilfe/des Bürgergeldes sind die öffentlichen Hände. Eine Kostenverteilung unter ihnen muss wegen der beträchtlichen Ausweitung der Unterstützungsfälle neu bedacht werden. 	
3. Kranken- und Pflegeversicherung	60
<ul style="list-style-type: none"> • Alle Bürger werden in Zukunft, unabhängig von ihrem Einkommen, zur Krankenversicherung verpflichtet, und alle Arbeitgeber zu einer paritätischen Beteiligung hieran. Aus der derzeitigen Pflichtversicherung für einen Teil der Gesellschaft wird die Pflichtversicherung für alle. 	
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Alternative:</u> Die paritätische Finanzierung der Versicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer entfällt. 	65
<ul style="list-style-type: none"> • Das jetzige System wird so umgestellt, dass seine Kosten und die sie verursachenden Maßnahmen für alle Beteiligten transparent werden. Die jeweiligen Behandlungskosten werden dem betroffenen Patienten in Rechnung gestellt. Dieser fordert Kostenersatz von seiner Versicherung/seinem Arbeitgeber. 	

Anträge	Notizen
<p>1 • Versicherer sind Krankenkassen, die im Wettbewerb agieren. Sie erfüllen die Versicherungsprinzipien ‘privater Krankenkassen’. Probleme der Alterungsrückstellungen und ihrer Übertragbarkeit müssen gelöst werden.</p> <p>5 • Die Versicherungsprämien errechnen sich risikoäquivalent. Belastungen der jeweiligen Einkünfte mit Versicherungsbeiträgen für die Krankenvor- und -fürsorge dürfen einen sozial vertretbaren Rahmen nicht übersteigen. Bei sozial nicht vertretbaren Belastungen ermöglichen finanzielle Transfers die Vertretbarkeit der Beitragszahlungen.</p> <p>10 • Krankenhäuser, Ärzte sowie Pharmaindustrie (mit ihren Verkaufsstellen, den Apotheken) versorgen die Bürgergeld-/Sozialhilfeempfänger und deren Abhängige kostenlos. Erstattet wird lediglich das Material zum Selbstkostenpreis, an denen sich der Sozialhilfeempfänger ggf. zur Hälfte beteiligt. Dies bedeutet</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kostenlose Behandlung durch niedergelassene Ärzte – Kostenlose Behandlung durch die Krankenhäuser – Abgabe der Arznei- oder sonstiger medizinischer Hilfsmittel zu Kosten des Materialaufwands – (Ggf. hälftige) Erstattung von Materialaufwand durch die Träger der Sozialhilfe. <p>15 <u>Alternative:</u> Sozialhilfeempfänger werden durch einen entsprechenden Versicherungsbeitrag, der unmittelbar von den Trägern der Sozialhilfe an die Kassen abzuführen ist, den übrigen Versicherungsnehmern gleichgestellt.</p> <p>• Die öffentlichen Hände legen Mindestverpflichtungen der Krankenkassen für die Gesundheitsvor- und -fürsorge fest.</p> <p>20 • Die öffentlichen Hände sorgen dafür, dass mit der Gründung eines ‘Zentrums für Qualität in der Medizin’ geeignete Qualitätsprüfungen erfolgen, und mit einem – allgemeinverständlichen – Berichtswesen kontinuierlich über die Leistungen im Gesundheitswesen Rechenschaft abgelegt und informiert wird.</p> <p>• Es wird eine Versicherungskarte eingeführt, die, neben den reinen Versicherungsdaten, die Krankengeschichte sowie alle medizinisch relevanten Daten speichert, außerdem die Zahl der Arztbesuche, der Untersuchungen und Verordnungen (Gesundheitsbuch). Dabei ist der Datenschutz zu berücksichtigen. Die Versicherungskarte muss den Versicherten eindeutig legitimieren.</p> <p>25 Die Pflegeversicherung ist nach den gleichen Kriterien zu reformieren.</p>	
<p>30 Antrag I 38</p> <p>Ortsverein Seefeld (Bezirk Weser-Ems)</p> <p>35 Agenda 2010</p> <p>Erweiterung der Agenda um folgende Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einführung einer Vermögenssteuer 2. Streichung des Kindergeldes für Besserverdienende 3. Senkung der Einkommensgrenze für die Eigenheimzulage 4. Ausnahme von Krankenversicherungsfremden Kosten aus der Krankenkasse (Verträge mit der Türkei und Ex-Jugoslawien aus den Jahren 1964 und 1968) 5. Bezahlbare Länderregierungen: Zusammenführung 6. Rücknahme der Streichung von Feiertags- und Nachtzuschlägen <p>Wir hoffen das eine SPD-Regierung eine ausgewogene Sozialreform gelingt. Die Vorschläge der Union gehen zu weit, um eine gerechte Reform auf den Weg zu bringen.</p> <p>Wir denken, das vom Bundesparteitag ein Motivationsschub auf die Bevölkerung ausgeht und es wieder Spass macht in Deutschland zu leben und zu arbeiten.</p> <p>50</p>	
<p>55 Antrag I 39</p> <p>OV Wahlstedt (LV Schleswig-Holstein)</p> <p>Agenda 2010</p> <p>60 • Die Agenda 2010 löst nicht die langfristigen Probleme unserer Sozialsysteme. Dazu sind weitere grundsätzliche Strukturveränderungen z.B. Finanzierung über die Verbrauchssteuern nötig.</p> <p>• Die Belastungen durch die Agenda 2010 sind unausgewogen und treffen nur sozial Schwache und Arbeitnehmer. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung muss auch andere gesellschaftliche Gruppen angemessen beteiligen (Beamte, Selbständige, Vermögende usw.).</p> <p>65 • Für die kurzfristigen Problemlösungen werden mit der Agenda 2010 grundsätzlich richtige Schritte eingeleitet.</p> <p>• Wir bitten jedoch die Agenda 2010 in folgenden Punkten zu modifizieren:</p>	

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> > die Veränderungen beim Kündigungsschutz müssen befristet werden. > ältere Arbeitnehmer, die langjährig Beiträge gezahlt haben, dürfen nicht nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit auf das Niveau der Sozialhilfe herabfallen > das Krankengeld sollte wie bisher paritätisch finanziert werden. • Außerdem soll zur Sanierung der Staatsfinanzen die Vermögenssteuer eingeführt werden und die Erbschaftssteuer deutlich erhöht werden. 	1 5
<p>Antrag I 40</p>	10
<p>Ortsverein Wulfen (LV Nordrhein-Westfalen)</p>	
<p>Es darf unter einer SPD-Regierung nicht zu einem Sozialabbau kommen!</p>	15
<p>Die Streichung von Sozialleistungen bringt keinen einzigen neuen Arbeitsplatz!!!!!!</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alle Einkommen und Geschäftsgewinne müssen sofort und ohne Verrechnung versteuert werden. 2. Steuerflucht und -hinterziehung müssen intensiver verfolgt und stärker bestraft werden. 3. Der Sonderparteitag beschließt die Einführung einer Aktien- und Vermögenssteuer. 4. Der Sonderparteitag beschließt den Erhalt des Sterbegeldes. 5. Der Sonderparteitag beschließt die Beibehaltung des Arbeitslosengeldes bis zu 32 Monate für über 55jährige. 6. Der Sonderparteitag beschließt: Die Arbeitslosenhilfe darf nicht unter 60% des letzten Nettoehaltes absinken, also deutlich über dem Sozialhilfe-Niveau bleiben. 7. Der Sonderparteitag beschließt: <ul style="list-style-type: none"> – Die SPD entwickelt Programme, die verhindern, dass Kinder unterhalb der Armutsgrenze leben müssen (derzeit über 1,1 Mio. Kinder in Sozialhilfehaushalten) – Die SPD entwickelt Programme, die bewirken, dass jede/r Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält! (Soziale Verantwortung der Arbeitgeber) 8. Der Sonderparteitag beschließt: Das bisherige Verfahren bei der Zahlung des Krankengeldes soll wie bisher paritätisch von der Arbeitgebern und -nehmern getragen werden. 	20 25 30 35
<p>Antrag I 41</p>	
<p>Stadtverband Castrop-Rauxel (Landesverband NRW)</p>	40
<p>Agenda 2010</p>	
<p>Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die SPD muss sich diesen Veränderungen im Rahmen ihrer Politik stellen. Dazu müssen jedoch Diskussions- und Meinungsbildungsprozesse in der Partei organisiert werden. Dieses ist in den vergangenen Monaten und Jahren nicht in ausreichender Weise geschehen. Wir erwarten, dass ein konkreter Fahrplan erstellt wird, der bis zum Parteitag im November und bis zum Parteitag zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms in 2004 diesen notwendigen Prozess strukturiert. Nur so kann sich die SPD in gemeinsamer Überzeugung und mit der Festigung eines eigenständigen Profils den Herausforderungen stellen.</p> <p>Wir unterstützen den Willen der Bundesregierung, sich mit einer neuen Dynamik den wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen zu stellen. Wir begreifen die aktuelle Diskussion um die Agenda 2010 als den Auftakt eines Prozesses, durch mutiges politisches Handeln die politische Steuerungsmöglichkeit wirtschaftlicher und sozialer Prozesse zu sichern. Wir wollen jedoch, dass deutlicher sichtbar wird, dass die SPD bei diesen Veränderungen in besonderer sozialer Verantwortung handelt. Deshalb wollen wir, dass die sozialdemokratische Politik in dieser Hinsicht deutlicher konturiert und erweitert wird.</p> <p>Dabei muss deutlich werden, dass in einer Kraftanstrengung zur Sicherung von sozialstaatlicher Handlungsfähigkeit und zur wirtschaftlichen Gesundung alle Bereiche der Gesellschaft ihren Teil beitragen müssen. Die Maßnahmen müssen so angelegt sein, dass Eigeninitiative gefördert wird, sozialer Abstieg jedoch bei denjenigen verhindert wird, die sich durch Eigeninitiative nicht helfen können.</p> <p>Wir wollen deshalb, dass insbesondere ältere Arbeitnehmer dann weiterhin 32 Monate Arbeitslosengeld beziehen, sofern ihnen keine zumutbare Arbeit angeboten werden kann. Ältere Arbeitnehmer dürfen keine Angst haben, ohne eigenes Verschulden, im Bereich der Sozialhilfe zu landen. Im Rahmen des Krankengeldes muss deutlich werden, dass es sich bei der Entlastung der Arbeitgeber von diesen Lohnnebenkosten nicht um den Einstieg in den Abbau des Sozialstaates, sondern in den Einstieg zum Umbau des Sozialstaates handelt. Wir regen deshalb in der Frage des Krankengeldes einen Einstieg in die Logik einer stärkeren Steuerfinanzierung an.</p>	45 50 55 60 65

1 Alle Schultern müssen im Rahmen der Agenda 2010 Veränderungen mittragen. Deshalb bedarf es eines zusätz-
 2 lichen Beitrages besonders Vermögenger. Wir treten deshalb für eine gerechte Wiederbelebung der Vermö-
 3 genssteuer und eine erhöhte Steuer im Bereich hoher Erbschaften ein. Dies ist unsere politische Position, die
 4 wir in die politische Auseinandersetzung in Deutschland einbringen und für die wir als Sozialdemokratinnen
 5 und Sozialdemokraten stehen.

6 Im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik muss außerdem die Auseinandersetzung mit der dramatischen
 7 Ausbildungsplatzsituation stehen. Eine besonders soziale Ausgestaltung der Agenda 2010 allein in den ost-
 8 deutschen Bundesländern greift zu kurz. Insbesondere vor dem Hintergrund der katastrophalen Situation auf
 9 unserem regionalen Ausbildungsmarkt fordern wir umgehende Schritte zur Realisierung einer gerechten Aus-
 10 bildungsplatzumlage. Die in der Agenda 2010 vorgestellten Hilfen für die Kommunen insbesondere über
 11 Sonderkredite helfen in unserer Region mit vielen Kommunen ohne genehmigten Haushalt nur bedingt. Wir
 12 müssen umgehend dafür sorgen, dass die Kommunen wieder Handlungsspielräume erhalten, um öffentliche
 13 Investitionen tätigen zu können.

14 Ab dem 1. Juni muss eine breit angelegte Debatte über die sozialdemokratische Position zur Gestaltung der zu-
 15 künftigen Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik beginnen. Dabei muss es insbesondere darum
 16 gehen, die Diskussion über eine stärkere Steuerfinanzierung der Sozialsysteme insbesondere im Rahmen der
 17 Transferleistungen in die ostdeutschen Bundesländer auf die Agenda der Debatten über einen veränderten So-
 18 zialstaat zu setzen.

20

Antrag I 42

OV Köln-Zollstock

25 **(LV Nordrhein-Westfalen)**

Kölns Beitrag zur Zukunft des Sozialstaats

26 Als Parteigliederung in der viertgrößten Stadt der Bundesrepublik Deutschland erfüllt uns die Kontro-
 27 verse um die wirtschaftliche und soziale Erneuerung unseres Landes mit Sorge. Die Menschen in Köln
 28 und in Deutschland insgesamt sind tief verunsichert. Vor dem Hintergrund einer weltweit schwachen
 29 Konjunktur spüren die Älteren, dass der über Jahrzehnte hart erarbeitete Wohlstand gefährdet ist. Die
 30 Jüngeren fürchten um ihre Chancen, ihr Leben in die Hand nehmen und Perspektiven aufbauen zu kön-
 31 nen.

35

1. Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung: Versäumnisse in sechzehn Jahren konservativ- liberalen Laissez-faire treffen mit international schleppender Konjunktur zusammen

Die SPD als Partei, die im Bund in der Regierungsverantwortung steht, ist mit einer doppelten Herausforde-
 rung konfrontiert.

40 Sie muss zum einen die längst überfälligen Korrekturen an unserem wirtschaftlichen und sozialen Rahmen
 41 vornehmen, um einem Kollaps unserer sozialstaatlichen Verfassung zu begegnen und sichere Lebensgrundl-
 42 agen für die Zukunft zu schaffen. In sechzehn Jahren konservativ-liberaler Regierungszeit sind erkennbare Pro-
 43 bleme verschleppt und kaschiert worden.

- 44 – Aus Furcht vor Popularitätsverlust sind – etwa bei der Rentenanpassung in Ostdeutschland – Lasten aus
 45 falschen Kassen bezahlt oder durch hemmungslose Schuldenaufnahme auf künftige Generationen verschoben
 46 worden.
- 47 – 1998 standen wir vor einem Schuldenberg von 1.153 Milliarden €.
- 48 – Dennoch war die Zahl der Arbeitslosen in den davor liegenden sechzehn Jahren von 1,7 auf 4,1 Millionen
 49 angestiegen.
- 50 – Die Lohnnebenkosten stiegen im selben Zeitraum von 34 auf fast 42 Prozent.
- 51 – Alle Versuche, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen einzudämmen, waren halbherzig und sind des-
 52 halb fehlgeschlagen.
- 53 – Die Finanzierung der Renten drohte zu einem Desaster zu werden.

54 Die Folge ist, dass viele Korrekturen keinen Aufschub mehr dulden und sofort und zeitgleich vorgenommen
 55 werden müssen. Um so wichtiger ist es, den Menschen die Lage in Deutschland zu erklären und sie mitzuneh-
 56 men auf dem Weg der Sicherung unserer Zukunft.

57 Die zweite Herausforderung besteht darin, dass wir gerade in einer Zeit handeln müssen, in der die kaum be-
 58 einflussbaren weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen denkbar ungünstig sind:

59 Der Zusammenbruch des Neuen Marktes mit den Kursstürzen an den Börsen und einer Kapitalvernichtung
 60 von 700 Milliarden € hat nicht nur Anleger und Investoren tief verunsichert, er hat das wirtschaftliche Klima
 61 insgesamt schwer erschüttert – weltweit.

62 Der Irak-Krieg und die Unsicherheit darüber, wie die Entwicklung im Nahen Osten weitergeht, haben die
 63 Chancen auf eine schnelle Aufhellung dieses Klimas gemindert.

64 Dazu kommen Ereignisse bei uns, die zu tiefen Einbrüchen in die Binnennachfrage geführt haben. Die wichti-
 65 ge und richtige Einführung des Euro als gemeinsamer europäischer Währung hat in der ersten Phase in sensi-
 66 blen Bereichen zu Preissteigerungen mit der fatalen Folge geführt, dass die Menschen in Deutschland ihren
 67 Konsum auch deshalb dramatisch eingeschränkt haben.

Unvorsehbare Lasten wie die in Folge der Flutkatastrophe haben ihr übriges getan.

Anträge	Notizen
Anders als andere Industriestaaten steht unser Land nach wie vor vor der Herausforderung, die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland denen im Westen unseres Landes anzugleichen – eine Aufgabe, zu der wir stehen, die aber mit jährlichen Transfers von 80 Milliarden € Lasten verursacht, die andere nicht haben.	1
2. Herausforderungen erläutern – Licht am Ende des Tunnels aufzeigen – Deutschland ist ein wohlhabendes Land	5
Diese schwierigen Herausforderungen darzustellen, sie in ihrer Tragweite zu erklären und das Licht am Ende des Tunnels glaubwürdig zu beschreiben, ist nach unserer Auffassung eine wichtige Voraussetzung dafür, die Depression zu überwinden. Wenn die Menschen das Gefühl haben, dass die Probleme ihnen und denen, den sie die Regierungsverantwortung übertragen haben, über den Kopf wachsen, wenn sie die Probleme nicht fassen können und wenn wir ihnen nicht das sichere Gefühl geben, dass ihre Sorgen und ihre Sichtweise der Maßstab unseres Handelns sind, gewinnen wir nicht das unbedingt notwendige Vertrauen, und wir erreichen auch keine Besserung des wirtschaftlichen Klimas. Mehr noch: Die wichtigen Weichenstellungen der vergangenen Legislaturperiode geraten in Vergessenheit und entfalten nicht ihre Wirkung. Und nicht zuletzt: Wir verlieren das Bewusstsein dafür, dass Deutschland eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt ist und dass wir zu den wohlhabendsten Staaten der Erde gehören. Mit mangelndem Wohlstand ist die gegenwärtige Depression nicht zu erklären. Sie ist Folge der Verunsicherung darüber, was wir in der Zukunft zu erwarten haben.	10
Deutschland ist nicht nur ein wirtschaftlich starkes Land. Auch unsere sozialen Standards sind Weltspitze. Ein Vergleich mit den führenden Industrienationen zeigt, dass wir weder beim Niveau unserer Renten noch bei der Gesundheitsversorgung, weder bei Arbeitnehmerrechten noch beim Jahresurlaub nicht nur keinen Vergleich scheuen müssen – wir sollten ihn machen! Unsere soziale Marktwirtschaft, von der auch die Wirtschaft profitiert, weil sie gut ausgebildete, verlässliche, verantwortungsbewusste und motivierte Beschäftigte hervorgebracht hat, haben wir auch den Gewerkschaften zu verdanken. Aber wir stehen in einem harten internationalen Wettbewerb. Wenn wir uns den niedrigeren Standards der anderen nicht anpassen wollen, können wir auf Dauer nur konkurrieren, wenn wir bereit sind, für die Sicherung unseres höheren Niveaus – auch finanziell – Mitverantwortung zu tragen. Das gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und das gilt auch für Unternehmerinnen und Unternehmer, die auf die hochentwickelte wirtschaftliche, soziale, kulturelle und bildungsbezogene Infrastruktur und die Stabilität unseres Gemeinwesens gewiss nicht verzichten wollen.	15
Nachhaltige Politik muss auch die Veränderungen durch den demografischen Wandel berücksichtigen. Die Menschen werden auch durch medizinischen Fortschritt immer älter. Gleichzeitig sinkt die Geburtenrate. Im Jahr 2030 müssen statt heute drei nur noch weniger als zwei Beitragszahler für einen Rentner eintreten.	20
3. Die Kultur des Neinsagens überwinden	
Die generelle Bereitschaft zur Veränderung ist zweifellos vorhanden. Aber das hört sich leichter an und liest sich leichter als es ist. Gerade weil wir in Deutschland ein so hohes Niveau an Sicherheit und staatlicher Daseinsfürsorge erreicht haben, ist bei uns die Furcht vor einer Verschlechterung liebgewonnener Standards am größten. Es klingt wie ein Hohn, dass in Umfragen regelmäßig zwei Drittel der Befragten ihre eigene wirtschaftliche Lage für gut, aber gleichzeitig drei Viertel die allgemeine Lage für schlecht halten. Tatsache ist, dass eine große Mehrheit Reformen und Leistungseinschränkungen generell für unumgänglich hält, aber persönliche Zugeständnisse für unzumutbar hält.	25
Wer für unsere Gesellschaft als Ganzes die richtigen Entscheidungen treffen will, darf harte Auseinandersetzungen in der Sache nicht scheuen. Am Schluss muss aber auch die Bereitschaft zu einer Grundsolidarität in der gemeinsamen Umsetzung mehrheitlich getroffener Beschlüsse stehen. Die soziale Marktwirtschaft ist eben mehr als hemmungslose Vertretung von Partikularinteressen. Ihr Kennzeichen ist die Übernahme von Verantwortung durch jeden Einzelnen und jede gesellschaftliche Gruppe. Das gilt für uns alle, auch für die politischen Parteien.	30
Wenn wir die Kultur des Neinsagens überwinden wollen, brauchen wir Überzeugungskraft. Die SPD muss zeigen: Ja, wir haben eine Grundüberzeugung. Wir stehen für die Mehrheit der Menschen in unserem Land. Aber wir spielen die Kräfte nicht gegeneinander aus. Die Stellung Deutschlands ist vor allem durch das Zusammenspiel aller Kräfte zustande gekommen.	35
4. Die Bundesregierung handelt	
Anders als ihre Vorgängerin handelt die rot-grüne Bundesregierung. Gerhard Schröder hat das bei der Regionalkonferenz West in Bonn am 28. April 2003 eindrucksvoll dargestellt. Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit der Riester-Rente eine wichtige Säule der Sicherung unserer Altersversorgung geschaffen, die noch zu wenig genutzt wird. Für die Bezieherinnen und Bezieher von Kleinstrenten ist die Einführung der Grundsicherung ein großer Schritt zur Vermeidung von Altersarmut.	40
Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit der Ökosteuer nicht nur einen Anreiz zu umweltverträglichem Verkehrsverhalten gegeben, sondern damit ein Versäumnis der Regierung Kohl ausgeglichen und einen beachtlichen Teil der Rentenversicherung steuerfinanziert. Die SPD-geführte Bundesregierung hat mit der großen Steuerreform kleine und mittlere Einkommen besonders entlastet. Inklusiv der Steuerreformstufe 2005 beträgt die Entlastung allein der privaten Haushalte insgesamt rd. 42 Mrd. €.	45
Jetzt müssen wir diesen Weg fortsetzen. Wie erfolgreich wir dabei sind, hängt auch davon ab, wie weit es uns gelingt, deutlich zu machen, dass wir die wirtschaftliche Situation und die Sorgen der breiten Bevölkerung im Blick haben. Die Menschen verstehen, dass zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen eine florierende Wirtschaft gehört. Sie wissen, dass wir nur verteilen können, was wir auch gemeinsam erarbeiten. Bei aller internationalen Konkurrenz weiß aber auch die Wirtschaft in Deutschland, dass soziale Verwerfungen keine Grundlage für dauerhaften Wohlstand sind. Alle haben ihren Beitrag zu leisten.	50

5. Wir in Köln haben Erfahrung

Ein großer Teil der Reform-Bausteine in der Agenda 2010, die eine Modernisierung des Arbeitsmarktes zum Ziel haben, ist in der Zeit der SPD-geführten Stadtspitze in Köln schon mit Erfolg praktiziert worden. Wir in der KölnSPD wissen, dass aktivierende Reformen machbar sind. Mit unserer Erfahrung wollen wir uns an der Diskussion und Umsetzung der Agenda 2010 beteiligen. Mit unserer Erfahrung werden wir aber auch auf die fatalen Folgen einer Politik der Mehrheit im Rat unserer Stadt aufmerksam machen, die dabei ist, die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen für die Zukunft unserer Stadt zu verspielen. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Agenda 2010 ist für uns wichtig:

Das „Kölner Modell“ der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hat für weite Teile der Hartz-Vorschläge zur Neuordnung der Bundesanstalt für Arbeit Pate gestanden. Dabei haben Landesregierung und Bundesregierung die Stadt wirksam unterstützt.

Impulsgeber für dieses Programm war in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Notwendigkeit einer städtischen Haushaltskonsolidierung. Erstmals leistete auch die aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit stark angestiegene Sozialhilfe dazu einen großen Beitrag, durch eine Strategie, wie sie auch der Agenda 2010 zugrunde liegt.

Dazu gehörte:

die strikte Einführung des Prinzips „Fördern und Fordern“, nachdem eine städtische Sozialleistung den Bürger dazu verpflichtet, eine Gegenleistung zu erbringen, nämlich durch Teilnahme an beruflichen Qualifizierungen, die Mitwirkung an der Lösung seiner sozialen Probleme und Annahme zumutbarer (tariflich geregelter!) Arbeit auf dem 1. oder 2. Arbeitsmarkt,

- die Konzentration der Hilfen auf diejenigen Personen, die sie am dringendsten brauchen,
- die Begleitung der Betroffenen auf dem Weg in die beruflich-soziale Integration durch speziell ausgebildete Fallmanager, die sie motivieren und ihnen die vielfältigen Hilfs- und Beratungsangebote der freien Wohlfahrtspflege erschließen,
- die vertragliche Zusammenarbeit mit dem Kölner Arbeitsamt,
- die strengere Kontrolle von Bedarfen für Einmalleistungen,
- der Ausbau des Hilfesystems durch:

- ein dichtes Netz an JobBörsen und Beschäftigungsträgern für die Vermittlung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen,

- das Pro-Veedel-Programm mit intensiven Hilfen in Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit,

- die Gründung der JobBörse Junges Köln mit der Praktikumsmaßnahme „Sprungbrett“ (gedacht als Alternative zur „Hängematte“ der Sozialhilfe), durch die jeder arbeitsfähige junge Erwachsene eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit erhält, die ihn unabhängig von Sozialhilfe macht (Köln wurde dadurch die Stadt mit dem größten Abbau an Jugendarbeitslosigkeit. Arbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement will dieses Kölner Programm jetzt bundesweit einführen.),

- die Gründung des JobCenter Köln für arbeitslose Sozialhilfe-Empfänger ab dem 25. Lebensjahr, das vom Bundesarbeitsministerium als Modell der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gefördert wird und von der Hartz-Kommission zur Einführung in allen Arbeitsämtern empfohlen worden ist.

Im JobCenter Köln arbeiten Fallmanager des Sozialamtes und Vermittler des Arbeitsamts zusammen mit Ärzten des Gesundheitsamtes und Fachleuten sozialer Dienste der Kölner Wohlfahrtsverbände Hand in Hand. Die Arbeitslosen finden hier alle Hilfen „unter einem Dach“. Das ist auch erforderlich, denn vielfach fehlen ihnen wegen Überschuldung, Bildungs- und Qualifizierungsdefiziten, Gesundheits- und Familienproblemen die Voraussetzungen für den Start ins Erwerbsleben. Mit anderen Worten: Stadt und Arbeitsamt fordern von Arbeitslosen hier zwar Initiative und Anstrengungen, aber sie lassen sie nicht allein, sie fördern sie auch.

- die Schaffung eines flächendeckenden Netzes von Schuldnerberatungsstellen

Der Erfolg zeigt, dass sich diese Strategie für alle Beteiligten auszahlt:

40% der Klienten des JobCenters wurden schnell unabhängig von Sozialhilfe, entweder durch Arbeitsaufnahme (das gelingt mit oder ohne vorausgehende Qualifizierung jedem 2. „Abgänger“) oder durch sonstiges Ausscheiden aus dem Hilfebezug. Zu letzterem gehört auch die Einstellung der Leistungen wegen mangelnder Mitwirkung. Dies zeigt: Ein ausgebautes Hilfesystem wirkt auch immer als Kontrollsystem, indem es Trittbrettfahrern oder Schwarzarbeitern auf die Schliche kommt.

Auf dieser Grundlage werden wir unsere Politik als die soziale und zukunftsorientierte politische Kraft in unserer Stadt weiter entwickeln und genau so selbstbewusst unsere Rolle als Stimme eines gewichtigen Unterbezirks innerhalb der Bundespartei wahrnehmen.

6. Die SPD ist eine Partei des offenen Wortes – und das ist gut so

Die Bundesregierung hat mit der Agenda 2010 wichtige und richtige Schritte zu einer überfälligen Korrektur unseres Sozial- und Gesundheitssystems auf den Weg gebracht. Ein so umfassender Ansatz zur Erneuerung unserer sozialen Sicherungssysteme und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleibt nicht ohne Widerspruch. Was den einen nicht reicht, greift anderen viel zu weit. Deshalb ist eine intensive Debatte nicht nur unumgänglich, sie ist angesichts der notwendigen tiefgreifenden Veränderungen ein Muss. Schnelle Entscheidungen ohne langes Fackeln können ernsthaft nur diejenigen fordern, die fürchten, eine intensive Diskussion könnte offenbaren, dass die anstehenden Entscheidungen ihnen Vorteile verschaffen, die einer offenen und ehrlichen Auseinandersetzung nicht standhalten würden. Wem etwas abverlangt wird, der hat auch das Recht, nachzufragen und seine Interessen zu vertreten. Das gilt nicht nur für die Wirtschaftsverbände.

Anträge	Notizen
Die Zeit drängt. Bei allem Bedarf an intensiver Diskussion müssen wir schnell zu tragfähigen Ergebnissen kommen. Und wir müssen darauf achten, dass Diskussionen und Auseinandersetzungen nicht den Zusammenhalt gefährden, den wirtschaftlicher Aufschwung unbedingt braucht.	1
Vor diesem Hintergrund begrüßt die KölnSPD, dass sich die Bundes-SPD dazu entschlossen hat, die Agenda 2010 auf vier Regional Konferenzen offen zu diskutieren. Der Parteitag am 1. Juni ist ebenfalls ein wichtiges Signal. Er kann und muss deutlich machen, dass wir Politik für die Zukunft der Menschen in Deutschland machen. Und er muss von der Bereitschaft geprägt sein, Hinweise und Verbesserungsvorschläge aufzugreifen und in die Agenda aufzunehmen.	5
7. Unsere Erwartungen	10
Die KölnSPD stellt zur Agenda 2010 fest:	
<ul style="list-style-type: none"> • Die Bundesregierung stellt sich der Herausforderung, die politischen Weichenstellungen vorzunehmen, die notwendig sind, um <ul style="list-style-type: none"> – unsere soziale Sicherung auf Dauer und auf hohem Niveau zu erhalten, – durch Senkung der Lohnnebenkosten die Belastungen des Faktors Arbeit zu reduzieren, – die Binnennachfrage in Deutschland spürbar zu beleben, – das Investitionsklima zu verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern, – den Solidaritätsgedanken zu stärken, indem die unzweckgemäße Inanspruchnahme Leistungen der Solidargemeinschaft auf allen Ebenen eingedämmt wird. Das gilt für den Missbrauch von Sozialleistungen ebenso wie für Steuerschlupflöcher, mit denen sich Großverdiener ihrer Verantwortung entziehen, – Anreize und qualifizierte Hilfen für eine eigenverantwortliche Teilhabe an der Gesellschaft zu geben. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Der von der Bundesregierung eingeschlagene Weg geht in die richtige Richtung. • Die Verunsicherung der Menschen in Deutschland und der enorme Vertrauensschwund im öffentlichen Meinungsbild ist auch eine Folge von Defiziten in der Kommunikation. Die KölnSPD erwartet, dass die Spitzenvertreter der Politik auf Bundes- und Landesebene besser erkennbar werden lassen, dass sie die Korrekturen am System der sozialen Sicherung für die Menschen und nicht gegen die Menschen vornehmen. 	25
Dazu gehört auch, die soziale Symmetrie der geplanten Maßnahmen deutlicher herauszustellen und da nachzubessern, wo noch Defizite bestehen:	
<ul style="list-style-type: none"> • Die 1984 von der schwarz-gelben Bundesregierung eingeführte Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für Arbeitnehmer über 55 Jahre auf 32 Monate hat eine unerwünschte Nebenwirkung: Tausende werden so durch Vereinbarungen mit ihren um Personalabbau bemühten Arbeitgebern in den vorzeitigen Ruhestand geschickt. Dies verursacht enorme Kosten und senkt die Chancen Älterer auf Teilhabe am Arbeitsleben. Das ist unsozial. Der Trend einer älter werdenden Bevölkerung bei gleichzeitiger Verjüngung der Belegschaften ist nicht auf Dauer durchhaltbar. Zur Vermeidung individueller Härten bei der Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes fordern wir Ausnahme- und Übergangsregelungen. Dabei müssen auch die Dauer der Beitragszahlung, das Alter und Fragen einer angemessenen Alterssicherung berücksichtigt werden. 	30
<ul style="list-style-type: none"> • Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist ein wichtiges und richtiges Signal. Sowohl aus der Interessenlage der Betroffenen heraus, die künftig alle Hilfen aus einer Hand erhalten, als auch der Kommunen, die wesentlich vom Risiko der Folgekosten der Arbeitslosigkeit entlastet werden. Das heutige Nebeneinander zweier steuerfinanzierter Fürsorgesysteme mit sehr unterschiedlichen Regelungen im Detail ist unverantwortlich, weil die Betroffenen zwischen die Maschen zweier Behörden fallen, keiner sich richtig zuständig für ihre Hilfe fühlt und unnötiger Verwaltungsaufwand vor allem für diejenigen betrieben werden muss, die von beiden Ämtern gleichzeitig Geld beziehen. Die „Kunden“ beider Systeme haben vielfach die gleichen Lebensleistungen und Schicksale – es ist kaum zu rechtfertigen, dass in einem mehr gezahlt wird als im anderen. 	40
Die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unter finanzieller Verantwortung des Bundes bedeutet eine große Entlastung insbesondere von Städten wie Köln, die unter überproportionaler Arbeitslosigkeit zu leiden haben.	50
Für Köln könnte dies bedeuten, dass die fachliche und finanzielle Verantwortung für über 15.000 Sozialhilfehaushalte zum Bund wechselt. Die Stadt, die derzeit unter der schwersten Finanzkrise seit Ende des 2. Weltkrieges zu leiden hat, würde damit um 60 bis 80 Mio. Sozialhilfeaufwand entlastet. Dies würde Raum schaffen für den Erhalt dringend erforderlicher und jetzt von der Schließung bedrohter Dienste im Sozial-, Gesundheits-, Jugend-, Bildungs- und Sportbereich. Und es würde ein Fenster öffnen für mehr städtische Investitionen für mehr städtische Investitionen für Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Damit würden aktuell Arbeitsplätze gesichert und geschaffen und mittelfristig positive Entwicklungen für die Zukunft möglich.	55
Die KölnSPD erwartet aber, dass bei der Umsetzung die folgenden Rahmenbedingungen sicher gestellt werden:	60
<ul style="list-style-type: none"> – das neue Miteinander von Arbeitsamt und Stadt (insbesondere Sozialamt) muss partnerschaftlich gestaltet werden. – In die Fortführung der bewährten Kooperation müssen auch die freien Wohlfahrtsverbände mit ihren Beschäftigungsträgern, der Schuldnerberatung und vielen anderen unverzichtbaren Fachberatungsstellen miteinbezogen werden, weil hilfebedürftige Arbeitssuchende sonst keine faire Chance haben. 	65

Anträge	Notizen
<p>1 – Es muss auf städtischer Ebene weiter ein Gremium geben, das – wie jetzt der Verwaltungsausschuss – die Arbeit des Arbeitsamtes mitbestimmt: Außer der Stadt müssen hier auch die Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen weiter Sitz und Stimme haben. Man darf die Arbeitsverwaltung nicht allein lassen.</p> <p>5 – Auch die Jugendhilfe der Stadt und der Verbände muss weiter aktiv und mitgestaltend einbezogen werden, wie dies jetzt z.B. bei der JobBörse Junges Köln und anderen Programm der Fall ist. Analoges gilt für die Beschäftigungsförderung des Wirtschaftsdezernates, das die Vernetzung mit der Landes- und Europapolitik sicherstellt.</p> <p>10 – Mittel, die durch Kürzungen bei Transferleistungen eingespart werden, sind dem gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Gebot der sozialen Balance. Auch das Prinzip „Fördern und Fordern“ ist ohne eine solche Angebotserweiterung nicht umsetzbar.</p> <p>– Die Stadt darf sich aus der Beschäftigungspolitik nicht zurückziehen. Viele Langzeitarbeitslose mit Bildungs- und Gesundheitsproblemen werden für längere Zeiträume auf einen leistungsfähigen 2. Arbeitsmarkt und seine Beratungsdienste angewiesen sein.</p> <p>15 – Für die große Zahl Behinderter, die dem Arbeitsmarkt bei entsprechender Förderung noch zur Verfügung stehen könnten und nicht das Kriterium der dauerhaften Erwerbsminderung (nicht mehr als drei Stunden pro Woche Arbeit möglich) nach Sozialgesetzbuch VI erfüllen, sind Rehabilitationsleistungen zu Lasten der jeweils zuständigen Versicherung systematisch zu erschließen.</p> <p>– Die freie Wohlfahrtspflege, die Beschäftigungsträger und die Kommunen haben in den vergangenen Jahren wirksame Dienste für Qualifizierung, Vermittlung und Beschäftigung benachteiligter Gruppen geschaffen. Deren Existenz ist durch die aktuelle Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit gefährdet. Es werden jetzt Strukturen zerstört, die später für die Umsetzung der Hartz-Maßnahmen bzw. der Agenda 2010 dringend benötigt werden. Die Bundesregierung muss daher eine Übergangsregelung schaffen, die den Fortbestand weiterhin erforderlicher Angebote bis zum Inkrafttreten der neuen Gesetze sichert (die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird nicht vor Mitte 2004 beginnen können!).</p> <p>• Die Kritik an der Agenda ist auch deshalb so stark, weil ein breites und zunehmendes Unbehagen an der aktuellen Geschäftspolitik der im Umbau befindlichen Bundesanstalt für Arbeit quer durch die Republik herrscht. Dies macht auch vor dem Arbeitsamt Köln, das bislang als Vorreiter bürgerfreundlicher Reformen galt, nicht halt. Es wachsen die Zweifel, dass die neue Führung der Bundesanstalt in Nürnberg den notwendigen Modernisierungsprozess mit ausreichendem Verständnis für die regionalen Belange angeht. Eine Fülle neuer gesetzlicher Vorschriften und interner Dienstanweisungen verunsichert, überfordert und demotiviert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Arbeitsamtes. Als besonders belastend werden von ihnen Arbeitsanforderungen empfunden, die auf die Verweigerung gesetzlicher Pflichtleistungen (bei Behinderten!) beziehungsweise fast schikanöse Vorgehensweisen zur Verhängung von Sperrzeiten hinauslaufen. Arbeitslose beklagen sich zunehmend über die Unmöglichkeit, „ihren“ Vermittler zu erreichen. Die KölnSPD appelliert an die Bundesregierung, den Kostendruck auf die Arbeitsämter, der für die Bundesanstalt in Nürnberg offenbar Auslöser der Aktionen ist, zurückzunehmen und die Haushaltlücke der BA zu schließen. Dabei müssen auch ausreichend Mittel für Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Behinderte zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>• Der Verzicht auf die Vermögenssteuer zugunsten einer Zinsabgeltungssteuer ist falsch. Die Besitzer großer Vermögen müssen sich an den Investitionen in das Bildungspotenzial unserer Gesellschaft angemessen beteiligen. In diesem Sinne fordert die KölnSPD ein praktikables und gerechtes Modell zur Heranziehung großer Vermögen, großer Erbschaften und großer Einkommen zur Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben, insbesondere der Bildung.</p> <p>• Die gegenwärtige Konjunkturlage führt zu Steuerausfällen, die die Haushaltskonsolidierung enorm erschweren. Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ausschließlich durch Minderausgaben und Leistungskürzungen schließen zu wollen, entzieht der Binnennachfrage weitere Substanz und ist unsozialer als der Verzicht auf oder zumindest die Streckung weiterer Einnahmensenkungen. Jeder öffentlich ausgegebene Euro ist auch ein Euro, den ein öffentlich Bediensteter oder ein Auftragnehmer einnimmt. Kürzungen belasten die Betroffenen weit härter als sozial gestaffelt verteilte Steuereinnahmen.</p> <p>55 • Zur Sicherung Konjunktur unterstützender öffentlicher Investitionen kommen wir nach sechzehnjährigem Weg in die Staatsverschuldung während der Ära Kohl gegenwärtig nicht umhin, den Konsolidierungspfad europäisch abgestimmt und mit einer festen Zielmarke versehen über das Jahr 2006 hinaus zu strecken.</p> <p>60 • Der Kündigungsschutz ist eine wichtige Errungenschaft. Die vorgeschlagenen Neuregelungen stellen diesen in seiner Substanz nicht in Frage. Niemand der heute Kündigungsschutz hat, wird ihn verlieren. Durch die Nichtanrechnung befristeter Arbeitnehmer auf den Schwellenwert von fünf Beschäftigten besteht die Chance auf zusätzliche Beschäftigung. Die KölnSPD erwartet aber, dass die Beschäftigungseffekte dieser Neuregelung sorgfältig überprüft werden. Nach fünf Jahren ist zu entscheiden, ob sich die Regelung bewährt hat, oder eine Aufhebung bzw. Änderung erforderlich ist.</p> <p>65 • Der aktuelle Lehrstellenmangel ist ein Skandal und lässt ernste Zweifel an der Mitverantwortung der Wirtschaft für die Zukunft unseres Landes entstehen. Falls die eingeleiteten Aktionen nicht bis zum Herbst die-</p>	

Anträge	Notizen
<p>ses Jahres zum Ziel führen, schließt sich die KölnSPD der Forderung nach einem Ausbildungsfonds an, der ab 2004 von den Unternehmen finanziert werden muss, die ihren Ausbildungsverpflichtungen nicht nachkommen wollen oder können. Organisatorisch könnte dies einfach mit dem bewährten Verfahren der Ausgleichsabgabe für Schwerbehinderte verknüpft werden, eine neue Bürokratie bräuchte dafür nicht entwickelt zu werden.</p>	1 5
<ul style="list-style-type: none"> • Mit der Ökosteuern ein erster wichtiger Beitrag zur anteiligen Steuerfinanzierung der Rentenversicherung geleistet worden. Die KölnSPD steht dafür ein, alle versicherungsfremden Leistungen, vor allem die Folgekosten der deutschen Einheit, über einen erhöhten Bundeszuschuss aus Steuermitteln zu finanzieren. Darüber hinaus müssen sich alle Einkommensbezieher – und damit auch Selbstständige, Beamte und Politiker an der Rentenfinanzierung beteiligen. 	10
<ul style="list-style-type: none"> • Auch in die gesetzliche Krankenversicherung sind in Zukunft alle Erwerbstätigen einzubeziehen. Es ist nicht einzusehen, dass es eine Solidargemeinschaft für die Bezieher/innen von Einkommen von 400 € bis 3.750 € gibt. Die Bezieher/innen von Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze sollten ebenso wie Selbstständige und langfristig auch Beamtinnen und Beamte in vollem Umfang an der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt werden. Die Private Krankenversicherung dient dann zur Absicherung individuell gewünschter zusätzlicher Leistungen. 	15
<ul style="list-style-type: none"> • Die KölnSPD unterstützt die Bundesregierung in dem Ziel, die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens durch mehr Effizienz und Qualität der Leistungserbringung zu sichern. Die beabsichtigte Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung belastet die Arbeitnehmer. Dieses Opfer hält die KölnSPD nur dann für zumutbar, wenn auch andere Akteure des Gesundheitswesens, insbesondere die Pharmaindustrie, spürbar zur Entlastung herangezogen werden. 	20 25
<p>8. Wir bleiben die Partei für die große Mehrheit der Menschen in Deutschland</p>	
<p>Wir haben eine Bundesregierung, die nach sechzehn Jahren Stillstand und Problemkaschierung den Handlungsbedarf nicht nur erkennt. Wir haben auch eine Bundesregierung, die sich diesem Handlungsbedarf seit viereinhalb Jahren auch stellt und vieles auf den Weg gebracht hat.</p>	
<p>Wir haben mit Gerhard Schröder einen mutigen und zupackenden Bundeskanzler. Das hat sich bei der Flutkatastrophe im vergangenen Sommer und an der Haltung zum Krieg im Irak gezeigt. Und das zeigt sich auch in der eingeschlagenen Reformpolitik.</p>	30
<p>Wir sind davon überzeugt, dass die Menschen den Weg der Reformen mit uns gehen, wenn wir zeigen: Die SPD war nicht nur die Partei der arbeitenden Menschen und derer, die besonders darauf achten müssen, wie sie mit dem, was auf's Konto kommt, über die Zeit kommen. Sie ist diese Partei immer noch, und ihre Zukunft liegt darin, dass sie es bleibt. Wenn uns diese Menschen nicht vertrauen, tun es andere auch nicht. Aber das Vertrauen können wir nicht einklagen, wir müssen es verdienen.</p>	35
<p>Unsere Glaubwürdigkeit liegt zuallererst darin, dass der einfache Bürger und die einfache Bürgerin wissen, diese Partei hat meine Zukunft im Blick, auch wenn damit Einschränkungen, ja sogar Zumutungen verbunden sind.</p>	40
<p>Wir können kurzfristige Erfolge genauso wenig versprechen wie andere, aber wir machen Politik für die Menschen. Wir verbessern die Bedingungen für die Wirtschaft, weil wir für Arbeitsplätze sorgen wollen. Das gilt auch für Überlegungen zum Kündigungsschutz. Das gilt für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe und für die Senkung der Lohnnebenkosten. Und: Wir achten darauf, dass es sozial und gerecht zugeht.</p>	45
<p>Antrag I 43</p>	
<p>Ortsverein Hennigsdorf (LV Brandenburg)</p>	50
<p><i>Geschlossenheit lässt sich nicht verordnen</i></p>	
<p>Eine der großen Stärken der SPD war und ist ihr Wille, die innerparteiliche Meinungsbildung zur Grundlage des Parteihandelns zu machen und bei der Entscheidungsfindung innerhalb eines Regierungsbündnisses zu berücksichtigen. Es ist also nicht verwunderlich, dass die Rede des Kanzlers und Parteivorsitzenden am</p>	55
<p>14. März 2003 im Deutschen Bundestag zur sog. „Agenda 2010“ nicht nur Anlass für parteiinterne Kritik und Diskussion ist, sondern zu einem Mitgliederbegehren geführt hat, das der Partei allerdings in jedem Fall schadet, egal wie es verläuft und ausgeht.</p>	60
<p>Zu einzelnen Punkten der „Agenda 2010“ ist folgendes anzumerken: Wirtschaftliche Belebung führt eben nicht automatisch zur Schaffung neuer dauerhafter Arbeitsplätze; Arbeitsplätze können noch so billig sein, wenn keine Arbeit da ist, wird kein Unternehmer sie schaffen.</p>	65
<p>Wenn dieser Ansatz der „Agenda 2010“ nicht greift, bleiben die zum Teil rigorosen Kürzungen und Einsparungen, die vor allem Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitslose treffen.</p>	65
<p>Die Finanzierung des Krankengeldes allein durch die Arbeitnehmer ist nach der Kostenbeteiligung bei Medikamenten ein weiterer Schritt zum Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung und wird daher abgelehnt.</p>	

- 1 Ebenso abzulehnen ist die Nivellierung des Arbeitslosengeld II auf Sozialhilfeniveau bei gleichzeitiger Absenkung der Anspruchsmonate für das Arbeitslosengeld I, dies führt zu einem weiteren Anstieg der Armut die dann nahtlos übergeht in die schon vorhandene Altersarmut. Vor allem die Begründung für diese Maßnahme, damit den Anreiz zu erhöhen, sich eine neue Stelle zu suchen, mutet bei 4,7 Millionen Arbeitslosen und einigen 100.000 freien Stellen sehr zynisch an.
- 5 Die SPD fordert die Delegierten des Sonderparteitags auf, auch die anderen Aspekte der „Agenda 2010“ daraufhin zu prüfen, ob sie nachprüfbar zu mehr Arbeit führten und sie ansonsten abzulehnen.

10 **Antrag I 44**

**OV Hohburg-Thallwitz
(LV Sachsen)**

15 **Agenda 2010**

1. Die SPD-geführte Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, gesetzgeberische Initiativen zur Abwehr der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu ergreifen und zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums umfangreiche Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen der Länder, Gemeinden und Landkreise (Artikel 104 a Grundgesetz) unverzüglich bereit zu stellen. Damit soll erreicht werden, dass die Gemeinden – gerade in Ostdeutschland – finanziell gestärkt und beschäftigungswirksame Aufträge an die mittelständische Privatwirtschaft gegeben werden. Als Finanzierungsquellen sollen die nicht EZB-gebundenen Bundesbankreserven sowie eine angemessene Beteiligung großer Vermögen und der Kapitalgesellschaften dienen. Ziel ist, wirtschafts- und beschäftigungswirksame Impulse zu setzen und notwendige Strukturverbesserungen in den Sozialsystemen abzufedern.
2. Leistungskürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ sind abzulehnen.
3. Weil in Ostdeutschland Arbeitsplätze in hohem Maße fehlen, sind ABM in den „gesellschaftlichen Bereichen“ wie Jugendpflege, Kultur und Sport weiterhin zu fördern.

30 **Antrag I 45**

35 **Ortsverein Ingolstadt-Nordost
(LV Bayern)**

Agenda 2010

40 In Zusammenhang der Regierungserklärung vom 14. März 2003 von Gerhard Schröder bestehen u.a. folgende Pläne:

- Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll drastisch gekürzt werden (für bis zu 55-Jährige auf 12 und für über 55-Jährige auf 18 Monate).
- Die Arbeitslosenhilfe soll durch ihre Zusammenlegung mit der Sozialhilfe faktisch abgeschafft werden.
- Der Kündigungsschutz soll flexibilisiert werden.
- Es soll eine von den Versicherten zu zahlende private Pflichtversicherung unter dem Dach der GKV für das Krankengeld eingeführt werden.

Wir lehnen diese Pläne ab. Sie brechen mit der bisherigen Politik der SPD. Mit ihnen werden statt Reformen für viele ArbeitnehmerInnen, einschließlich der Arbeitslosen Verschlechterungen eingeführt. Aus unserer Erfahrung der letzten Jahre gilt es als erwiesen, dass derartige Schritte keine neuen Arbeitsplätze bringen. Die Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätisch finanzierten Gesetzlichen Krankenversicherung höhlen das solidarische, paritätisch-finanzierte öffentliche Gesundheitssystem aus zugunsten den Arbeitgebern und eröffnen die Möglichkeit, eine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Frage zu stellen.

Aufgabe sozialdemokratischer Politik ist die Sicherung unseres Sozialsystems. Die Bundestagswahl konnte nur gewonnen werden, weil sich die SPD nicht nur gegen einen Krieg im Irak, sondern auch gegen die von CDU/CSU vorgeschlagenen Pläne zum Abbau der sozialen Sicherungssysteme wandte.

Anträge	Notizen
Antrag I 46	1
OV Denzlingen (LV Baden-Württemberg)	5
Agenda 2010: Reform sozial und gerecht gestalten	
Die Vorschläge der Bundesregierung für eine Agenda 2010 sind sozial unausgewogen und ungerecht. Deshalb verlangt der SPD-Sonderparteitag:	10
Erhalt des Kündigungsschutzes	
Wenn die Rahmenbedingungen für eine vermehrte Produktion durch gesteigerte Nachfrage nicht gegeben sind, führt ein Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten auch nicht zu mehr Einstellungen.	15
Die in der Vergangenheit jährlich gestiegenen Exporterfolge der deutschen Wirtschaft zeigen, dass bei entsprechender Nachfrage auf dem Weltmarkt, die geltenden Kündigungsschutzbestimmungen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht einschränken.	
Der Kündigungsschutz gibt den Menschen Sicherheit und ermöglicht eine Lebensplanung. Deshalb muss der Kündigungsschutz erhalten bleiben.	20
Keine Verarmung älterer Arbeitnehmer/innen bei längerer Arbeitslosigkeit	20
Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes älterer Arbeitnehmer/innen darf nicht verkürzt werden, die Lebensleistung des Einzelnen muss berücksichtigt werden.	25
Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe darf nicht diejenigen älteren Arbeitslosen bestrafen, die sich um Wiederbeschäftigung bemühen und kein zumutbares Arbeitsangebot abgelehnt haben.	25
Hier muss die Leistung deutlich über dem Sozialhilfesatz liegen, d.h. die bisherige Höhe muss erhalten bleiben.	
Solidarische Finanzierung des Krankengeldes	30
Das Krankengeld muss im Leistungskatalog der Krankenkassen bleiben und weiterhin paritätisch finanziert werden.	30
Solidarische Krankenversicherung	35
Bei der Reform der Krankenversicherung – wie auch der Rentenversicherung – muss eine Erweiterung des Kreises der Beitragszahler durchgesetzt werden.	35
Dies bedeutet, dass eine echte solidarische, gesetzliche Krankenversicherung aufgebaut wird, in der alle Erwerbstätigen (inkl. Selbständige, Beamte) Mitglied sind.	40
Auch sollen zukünftig für die Berechnung von Sozialabgaben Einkünfte aus Vermietungen und Verpachtungen sowie Gewinne aus Kapitalanlagen (Aktien u.ä.) herangezogen werden.	40
Abbau von Steuerprivilegien	45
Der Abbau bestehender Steuerprivilegien, die weder wirtschafts-, familien- noch sozialpolitisch begründbar sind, ist zügig fortzusetzen.	45
Steuervorteile durch Abschreibungsmodelle, die es dem oberen Drittel der Einkommensbezieher erlauben, nur noch mit dem Steuersatz des unteren Drittels der Steuerpflichtigen belastet zu werden sind unsozial.	50
Sie entziehen Bund, Ländern und Gemeinden notwendige Investitionsmittel. Es gehört auch zu einer langfristige angelegten Politik der Verantwortung für spätere Generationen, wenn in einer Zeit steigender Haushaltsdefizite keine Steuererleichterungen für Millionäre gewährt werden.	50
Im Einklang mit der Situation in anderen europäischen Staaten und aus Gründen des sozialen Ausgleichs müssen die Besitzer großer Vermögen einen deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung des Sozialstaates leisten.	55
Wir brauchen deshalb eine Weiterentwicklung der Vermögens-, Erbschaft- und Schenkungssteuer. Die Freibeträge sind dabei so zu gestalten, dass Eigenheimbesitzer verschont bleiben. Weiterhin sind auch die Gewinne aus Aktiengeschäften zu versteuern.	55
Kommunen bei der Arbeitsplatzbeschaffung massiv unterstützen	60
Kommunen sollten bei ihren eigenen Bemühungen zur Gründung neuer Betriebe und bei der Arbeitsplatzbeschaffung massiv mit Finanzmitteln des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit unterstützt werden.	60
Insbesondere auch als Überlebenshilfe für neu gegründete, innovative Betriebe.	
Sozialdemokratische Visionen verwirklichen	65
Wir fordern den Bundesvorstand auf, ein Konzept zu erarbeiten, das darlegt, wie auch in Zeiten der Globalisierung und des Produktivitätsfortschrittes die alte sozialdemokratische Vision, dass „wer arbeiten will auch Arbeit findet“, verwirklicht werden kann.	65

1 **Antrag I 47**

OV Düsseldorf-Tannenhof
(LV Nordrhein-Westfalen)

5

Agenda 2010

Anlässlich der Regierungserklärung von Gerhard Schröder erklärt der Bundesparteitag:

Wir alle wissen, dass unser Land Reformen braucht. Wir alle wollen diese Reformen und sind bereit, dafür auch notwendige Opfer zu bringen. Doch sozialdemokratische Reformen dürfen die gegenseitige Verantwortung der Generationen nicht verdünnen, sondern unterstreichen und stärken.

- Die Agenda 2010 muss daher sozial gerecht und in der Verteilung der Lasten ausgewogen sein.
- Die Agenda 2010 muss daher so ausgestaltet werden, dass die Umbauphase nicht zu unverträglichen Brüchen und Härten führt.

15 Die Agenda 2010 muss daher fördern und fordern, so dass auch tatsächlich neue Chancen eröffnet; also Innovationen voran gebracht werden.

Ausbildungsabgabe:

Wir fordern die Einführung einer Ausbildungsabgabe, die sich an der Wertschöpfung der Unternehmen bemisst.

Die Wirtschaft steht in der sozialen Marktwirtschaft in der Bringschuld. Jeder Jugendliche muss einen Ausbildungsplatz bekommen. Bleiben Jugendliche hingegen ohne Ausbildung entstehen der Gesellschaft Kosten, die durch den Widerstand (Gewalt), die Flucht (Kriminalität), oder die Resignation (Sucht) der Jugendlichen entstehen. Im Zuge der Kostensenkung haben viele Unternehmen in den vergangenen Jahren ihre Ausbildungsanstrengungen stark zurückgenommen. „70 % der Unternehmen entziehen sich ihrer sozialen und ökonomischen Verantwortung“, stellte Gerhard Schröder fest. Die Wirtschaft verspricht seit Jahren dieser Verantwortung gerecht zu werden, kommt diesen Versprechen jedoch bis heute nicht nach. Organisiert und finanziert der Staat die Ausbildung von Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz finden, in außerbetrieblichen Ausbildungszentren oder Hochschulen, verursacht dies Kosten für die Allgemeinheit.

30 Lange genug haben wir auf die Zusagen der Wirtschaft vertraut! Der Bundeskanzler selbst hat in unzähligen Reden immer wieder daran erinnert. Wir unterstützen Gerhard Schröder in seinen Willen und fördern eine gesetzliche Einführung der Ausbildungsabgabe. Einen weiteren Aufschub können wir nicht hinnehmen!

Arbeitslosengeld/Arbeitslosenhilfe:

35 Wir fordern die Staffelung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld anhand des Lebensalters und der Bemessung der Erwerbstätigenzeit;

z. B. ein Jahr Beitragszahlung = Anspruch auf einen Monat Arbeitslosengeld.

Wir fordern keine Absenkung des „Arbeitslosengeldes II“ auf Sozialhilfeniveau

40 Es kann nicht sein, dass ein 50-jähriger Arbeitnehmer, der 35 Jahre lang Beiträge in die Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, nach 12 Monaten in die Sozialhilfe abgeschoben wird.

Ein 25-jähriger Arbeitnehmer, der lediglich 5 Jahre Beiträge geleistet hat, erhält die gleiche Leistungsdauer, obwohl er objektiv größere Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt hat.

45 Darüber hinaus sind die bestehenden Finanzierungsdefizite der Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherungen Auswirkungen der Wiedervereinigung (Transferzahlungen von West- nach Ostdeutschland). Der Staat hat in die Kassen der Sozialversicherungen gegriffen, als wäre es sein Geld. Nun ist es nicht Aufgabe der Beitragszahler der Sozialversicherungen, durch Leistungskürzungen die Kosten der Einheit zu bezahlen.

Das vorhandene Sozialsystem hat sich in der Vergangenheit bewährt, wird im Kern von der breiten Bevölkerung akzeptiert und sorgt für Ausgleich und Sozialen Frieden: An diesem System ist festzuhalten.

50

Warum soll die Streichung des Krankengeldes, die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sowie der Abbau des Kündigungsschutzes zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen?

Allgemein bedient man sich der Formel Senkung der Nebenkosten führt zu geringeren Unternehmensbelastungen führt zu höheren Gewinnen führt zu mehr Investitionen führt zu mehr Arbeitsplätzen?

55 Ein wesentliches Merkmal der Wirtschaftspolitik der Kohl Regierung bestand in einer kontinuierlichen Entlastung der Unternehmen mit dem Ziel, Gewinne zu steigern und damit die Investitionen zu stärken, was wiederum der Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen sollte.

Wollen wir diesen Fehler erneut begehen?

60 Nicht verwunderlich, welche Rückendeckung Gerhard Schröder hinsichtlich der Reformpläne Agenda 2010 seitens der Arbeitgeber erhält. So zum Beispiel Ludwig Georg Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages: „Der Kanzler dürfe dem Druck von Teilen der SPD und Gewerkschaften keinesfalls nachgeben“. Arbeitgeber-Chef Dieter Hundt gibt den Rat, Schröder dürfe jetzt nicht „durch die Kakophonie in den eigenen Reihen von seinen Reformvorschlägen abweichen“.

65 Diese von den Wirtschaftsverbänden immer propagierte Strategie der Kostensenkung dient angeblich dazu, Deutschland international auch weiterhin konkurrenzfähig zu halten. Die gebetsartige Wiederholung macht die Behauptung nicht richtiger. Fast täglich wird von Großunternehmen und Ihren Verbandsvertretern darauf verwiesen, dass Löhne und Lohnnebenkosten in Deutschland zu hoch seien.

Anträge	Notizen
Niedrigere Löhne oder die Senkung der Lohnnebenkosten verschaffen im internationalen Wettbewerb allerdings höchsten kurzfristig Wettbewerbsvorteile. Dauerhafte preisliche Konkurrenzfähigkeit ist nur durch technischen Fortschritt in Verbindung mit einer hohen Qualifikation der Arbeitskräfte zu erreichen. Wollen wir ernsthaft im internationalen Kostensenkungs-Wettlauf mit Billiglohn-Ländern konkurrieren?	1
Deutschland ist ein teurer Standort und wird es – trotz aller notwendigen Kostensenkungen – auch in Zukunft bleiben. Wir können den internationalen Wettbewerb nicht mit den billigsten, sondern nur mit besten Produkten gewinnen.	5
Die Deutsche Wirtschaft hält im globalen Wettbewerb besser mit als die meisten anderen Nationen. Falsch hingegen ist, die Deutschen lebten über Ihre Verhältnisse. Im internationalen Vergleich konkurrenzfähige Lohnstückkosten beweisen das Gegenteil. Wie sonst ließen sich die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft erklären?	10
Nach nunmehr fast zwei Jahrzehnten neo-liberaler Angebotspolitik, dürfte endgültig klar sein, dass diese wirtschaftspolitischen Überzeugungen in der Praxis fehl geschlagen sind. Denn obwohl sich die Belastungen der Unternehmen und Vermögensbesitzer stetig verringerte, obwohl die Gewinn- und Vermögenseinkommen weit stärker stiegen als die Arbeitseinkommen, nahmen die Anlageinvestitionen nur in geringem Maße zu und die Arbeitslosigkeit erreicht erneut Rekordniveau!	15
Was ist die richtige Antwort auf die lahrende Binnenkonjunktur ? Die mangelnde private Nachfrage ist als zentraler Faktor nicht zu kompensieren. Ihr Gewicht ist einfach zu groß. Der Anteil des privaten Verbrauchs am Bruttoinlandsprodukt liegt weit über 50 Prozent. Der Staatsverbrauch macht etwa weitere 20 Prozent aus. Es liegt auf der Hand, dass es zu keinem wirtschaftlichen Aufschwung kommen, wenn die privaten Haushalte aufgrund sinkender Einkommen oder höherer Belastungen zu Kaufzurückhaltung gezwungen werden. Deshalb ist es ein Irrtum zu glauben, Kostensenkungen verbesserten die Bedingungen unseres Wirtschaftsstandortes. Die Agenda 2010 muss diesen Gesichtspunkt stärker berücksichtigen und Arbeitnehmer nicht verunsichern und einseitig belasten.	20 25
Krankengeld: Wir fordern, dass das Krankengeld im Leistungskatalog der GKV bleibt und weiterhin paritätisch finanziert werden muss.	
Im Geschäftsjahr 2001, als die Gewinne der zehn größten Weltunternehmen im Schnitt um 48 Prozent einbrachen, legten die zehn größten Pharmaunternehmen nochmalig um 18 Prozent zu.	30
Alleine in Deutschland haben sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen für Medikamente seit 1990 auf über 23 Milliarden Euro jährlich verdoppelt und übertreffen längst die Honorarkosten für die rund 120 000 niedergelassenen Ärzte. Die Hersteller heizen eine gigantische Verschwendung an, die die Beitragszahler mindestens vier Milliarden Euro jährlich kostet, ohne einen Kranken zusätzlich zu heilen. Ein Expertenteam der Krankenkassen fand heraus, daß die Kassen im Jahr 2001:	35
<ul style="list-style-type: none"> • 3 Milliarden Euro für teure Scheininnovationen bezahlen mussten, die ohne Schaden für die Patienten durch preiswerte, ältere Arzneien hätten ersetzt werden können • 1,9 Milliarden Euro für Medikamente erstatteten, deren Wirksamkeit hoch umstritten ist • 1,5 Milliarden Euro hätten sparen können, wenn Ärzte statt teurer Originale Nachahmepräparate (Generika) für einen Bruchteil des Preises verschrieben hätten 	40
Hier werden offensichtlich von Pharma Unternehmen die Kosten für GKV in die Höhe getrieben und damit auch die Lohnnebenkosten. Warum sollen nun allein die Arbeitnehmer für diese dramatische Kostenexplosion aufkommen? Warum setzen die Reformen nicht hier einen Schlusstrich? Kapitulation vor den mächtigen Lobby-Verbänden? Bedeutet sozialdemokratische Politik, Opfer nur von den Schwachen zu verlangen?	45
Mut zu Veränderungen muss auch bedeuten, sich mit den wirklich mächtigen Gruppen der Gesellschaft kritisch auseinander zusetzen. Das gilt insbesondere für die Pharma-Industrie und die Ärzte-Lobby.	50
Antrag I 48	
OV Elberfeld-Nordstadt (LV Nordrhein-Westfalen)	55
Agenda 2010	
1. Angesichts der ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme notwendig. Der Sozialstaat muss erneuert werden, um ihn im Zeitalter der Globalisierung und angesichts des demographischen Wandels zukunftsfest zu machen.	60
Dazu sind die Vorschläge in der Agenda 2010 im Grundsatz geeignet. Wir unterstützen uneingeschränkt die Vorschläge des Bundeskanzlers zur finanziellen Entlastung der Kommunen, zur Steuerreform, zur Mittelstandsförderung und zur Modernisierung des Handwerksrechtes. Auch die Initiative zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze wird nachdrücklich unterstützt.	65
Die Grundsatzentscheidung Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen zu fassen ist richtig und notwendig. Allerdings muss das Arbeitslosengeld II höher sein, als der Regelsatz der Sozialhilfe ist.	

2. Der rote Faden der sozialen Gerechtigkeit muss bei der Ausgestaltung der Reformen stärker berücksichtigt werden. Eine Beschränkung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Menschen ist nur akzeptabel, wenn für diese Gruppe auch eine realistische Perspektive auf dem Arbeitsmarkt gegeben ist. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Sollte es zu einer Änderung der derzeitigen Rechtslage beim Kündigungsschutz kommen, muss diese zeitlich befristet sein und innerhalb der Frist auf ihre Beschäftigungswirksamkeit überprüft werden.

Die Diskussion über die Reform des Gesundheitswesens ist zwingend erforderlich. Dabei unterstützt der Parteitag nachdrücklich die Pläne der Bundesregierung, durch Aufbrechung von Monopolstrukturen und Verkrustungen zu einem effizienteren Ressourceneinsatz zu kommen. Der Parteitag erwartet allerdings, dass versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert werden. Diese Forderung beinhaltet, dass perspektivisch auch die Besserverdienenden in unserer Gesellschaft einen angemessenen Beitrag leisten müssen.

3. Der Parteitag stellt fest, dass die Reformnotwendigkeiten in unserer Gesellschaft deutlich größer sind, als die vorgelegten Reformvorschläge. Der begonnene Prozess der Diskussion hierüber muss zwingend fortgesetzt werden. Der Faktor Kapital soll stärker als bisher zum Steueraufkommen bzw. zur Finanzierung des Sozialstaates herangezogen werden.

Antrag I 49

**OV Gebhardshain
(LV Rheinland-Pfalz)**

Agenda 2010

1. Die in der Agenda 2010 und im Leitantrag zum Sonderparteitag vorgesehenen Kürzungen sozialer Leistungen sollen unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit und zur Vermeidung gesellschaftlich unerträglicher Brüche und nicht vermittelbarer Paradigmenwechsel überarbeitet werden. Konkret bezieht sich diese Forderung auf die folgenden Bereiche:

1.1 Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes ist in der geplanten Form weder akzeptabel noch vermittelbar. Wir befinden uns in einer Phase des fließenden Übergangs von einer Zeit, in der dieses Instrument im Zusammenhang mit Sozialplänen im großen Stil genutzt wurde, um den Arbeitsmarkt mit faktischer Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu entlasten, hin zu einer in der Zukunft liegenden Zeit des Arbeitskräftemangels aufgrund der demografischen Entwicklung. Die derzeitige Situation ist nicht geprägt von „freiwilliger“ Arbeitslosigkeit, sondern von einschneidenden Schicksalen ganzer Arbeitnehmerfamilien, insbesondere durch marktstrategische und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen sowie durch Arbeitslosigkeit nach Insolvenzen und Konkursen. Diese Zustandsbeschreibung indiziert eine ebenfalls fließende Neugestaltung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Derzeit sollte ein maßvoller Einstieg in einen solchen Prozess formuliert werden, aber auch das Ziel und der Zeitraum zur Erreichung des Ziels festgelegt werden.

1.2 Die Tendenz von 80 % der deutschen Unternehmen, die Ausbildung junger Menschen zu sozialisieren oder weitestgehend dem Handwerk zu überlassen scheint ungebrochen. Daraus folgt die Forderung, noch in diesem Jahr eine Ausbildungsabgabe einzuführen.

1.3 Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt wird unter dem Gesichtspunkt der besseren Betreuung der Betroffenen begrüßt. Seit Jahren erfolgreiche Modelle mit hohem Engagement auf der kommunalen Seite, wie etwa im Main-Kinzig-Kreis, setzen hier Maßstäbe für die Arbeitsverwaltung. In den Fällen, in denen die Anpassung der Arbeitslosenhilfe an das Niveau der Sozialhilfe eine Absenkung zur Folge hat, soll dies nur möglich sein, wenn zumutbare Arbeit nicht aufgenommen wird.

1.4 Die Regierung Kohl hat den Nachweis erbracht, dass die Lockerung des Kündigungsschutzes keine positiven Impulse am Arbeitsmarkt setzt. Die Delegierten sind gegen einen Wegfall des Kündigungsschutzes in der heutigen Form, halten aber die geplante Regelung, dass befristet Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen für vertretbar.

1.5 Die vollkommene Privatisierung des Krankengeldes ist mit sozialdemokratischer Politik nicht vereinbar und würde zudem die falschen Anreize setzen; nach dem Motto: „Jetzt habe ich mich versichert, dann nutze ich das auch aus“.

1.6 Der soziale Staat soll in Zukunft entschieden besser vor Missbrauch geschützt werden. Sozialbetrug muss den Nimbus des Kavaliersdeliktes verlieren. Vor der Einführung verschärfender Regelungen, soll immer die Beseitigung von Vollzugsdefiziten stehen. Vor 20 Jahren gab es einen Krankenkontrolleur. Heute gibt es Ärzte, die Handwerker krank schreiben, damit sie gegen Cash ihr Badezimmer renovieren können.

2. So wie in der Betriebswirtschaft die Einnahmeseite das Gegenstück der Ausgabenseite ist, so gibt es auch einen direkten Zusammenhang zwischen Steuer- und Sozialpolitik. Das hohe Ziel der Politik sollte es sein,

Anträge	Notizen
die Arbeitskosten so stark wie möglich von den so genannten Nebenkosten zu befreien. Daraus ergeben sich konkret die folgenden Erwartungen:	1
2.1 Alle Einkommensarten sind an der Finanzierung der sozialen Absicherung zu beteiligen.	5
2.2 Die Körperschaftssteuer soll – über den aktuellen Bundesratskompromiss hinaus – wieder zu einer verlässlichen Einnahmequelle entwickelt werden.	
2.3 Die starken Schultern dieser Gesellschaft sollen durch die Einführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer in angemessener Weise zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Ausgenommen bleiben Vermögen, die in Wachstum und Arbeitsplätze investiert werden. Maß und Ziel wäre dabei die Orientierung an einem internationalen Durchschnittswert.	10
2.4 Wenn sicher gestellt ist, dass die hierdurch zu erzielenden Einnahmen Eins zu Eins zur Reduzierung der Arbeitskosten verwendet werden (etwa durch steuerfinanzierte Gesundheitskostenanteile), sollte auch die Anhebung der Mehrwertsteuer auf europäisches Durchschnittsniveau nicht tabu sein.	15
3. Durch eine verbesserte Diskussionskultur und Einbindung der Basis sollte in der SPD künftig das Instrument des Mitgliederbegehrens auf absolute Ausnahmefälle beschränkt sein. Es entwickelt sich zum Selbstläufer und blockiert politisches Handeln. Gleichwohl war es in der jetzigen Situation offenbar erforderlich, um die „normale“ Willens- und Meinungsbildung der Partei in Gang zu setzen.	20
4. Die Delegierten fordern, alles dafür zu tun, dass die CDU/CSU nicht die Gelegenheit erhält, sich als das soziale Gewissen der Nation darzustellen. Einer Strategie der Opposition, die Bundesregierung zur Vorlage neoliberal angehauchter Gesetze zu drängen, denen dann durch Frau Merkel oder Herrn Seehofer medienwirksam die sozialen Grausamkeiten genommen werden, ist vorzubeugen. Das beste Mittel hierzu ist eine Agenda 2010 mit sozialdemokratischer Handschrift und Identität.	25
5. Ralf Dahrendorf hat Recht, schreibt die PL in ihrem Positionspapier: Wenn es nicht gelingt, die Prozesse, die unter dem Stichwort der Globalisierung gefasst werden, im weitesten Sinne sozial zu regeln, droht uns ein autoritäres Jahrhundert. Gruppeninteressen und Egoismus müssen in einer großen und solidarischen Gemeinschaftsanstrengung überwunden werden. Dann kommen wir zu mehr Wirtschafts- und Lebensqualität. (Zitat Ende) Die Beherrschung und Steuerung der Europäisierungs- und Globalisierungsfolgen ist zentrale Aufgabe der Politik, weit über den Horizont von 10 Jahren hinaus. Die SPD darf diese Diskussion und die Schlüsse daraus nicht ausschließlich außerparlamentarischen Organisationen wie Attac überlassen. Die schleichende Machtübernahme international agierender Konzerne ist viel weiter fortgeschritten, als es in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die SPD sollte auf allen Ebenen die Problematik der Globalisierungsfolgen in das Bewusstsein rücken.	30 35
<i>Antrag I 50</i>	40
<i>OV Gerwisch</i>	
<i>(LV Sachsen-Anhalt)</i>	45
<i>Agenda 2010</i>	
Es müssen Korrekturen am jetzigen Konzept der AGENDA 2010 vorgenommen werden.	
Die Begrenzung der Zahlung des Arbeitslosengeldes für unter 55-jährige Arbeitslose auf 12 Monate und für über 55-jährige Arbeitslose auf 18 Monate darf nicht umgesetzt werden. Ebenso soll keine Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe (Beitragsleistung) und Sozialhilfe erfolgen.	50
Zur Verbesserung der Beschäftigungsstruktur und zur Weiterentwicklung der regionalen Infrastruktur in den ostdeutschen Bundesländern sind Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen solange im bisherigen Umfang notwendig, wie die äußerst komplizierte strukturelle Arbeitsmarktsituation hier noch besteht.	55
Zur Finanzierung dieser Aufgaben müssen weitere Steuervergünstigungen abgeschafft werden.	
Die angekündigte Reform der Kommunal Finanzen muss schnellstens umgesetzt werden, denn die Kommunen sind wichtige Auftraggeber besonders für den regionalen Mittelstand. In der gegenwärtigen Situation sind fast alle Kreishaushalte und die meisten Gemeindehaushalte in Sachsen-Anhalt nicht ausgeglichen – dadurch werden wichtige Investitionen in den Kommunen nicht getätigt und die sozio-kulturelle Infrastruktur droht zusammenzuberechnen.	60
	65

Antrag I 51

**Ortsverein Halle-Süd
(LV Sachsen-Anhalt)**

Agenda 2010

1. Die AGENDA 2010 ist dahingehend zu qualifizieren, dass im Rahmen der Reformen der sozialen Systeme gleichermaßen alle denkbaren Quellen mit sozial gerechten Belastungen zur Finanzierung der notwendigen Staatsausgaben auf den Prüfstand gestellt werden, beispielsweise angemessene Einkommenssteuer, Vermögens-, Körperschafts- oder Erbschaftssteuer.

Dazu gehören die Steuern und Abgaben der Bürger aus allen Arten von Beschäftigungsverhältnissen.

Dazu gehören Kleinst- und mittelständische Betrieben genau in gleicher Weise wie größere Unternehmen unabhängig ihrer Struktur.

Die Steuerstruktur ist zu vereinfachen, die Transparenz der Finanzierung der Bundesrepublik Deutschland als Staat ist wieder herzustellen.

2. Die sozialpolitischen Aussagen in der AGENDA 2010 bedürfen der Korrektur, insbesondere aus dem Blickwinkel der neuen Bundesländer.

Die Staffellungen des Arbeitslosengeldes ab dem 51. Lebensjahr sind moderater vorzunehmen; der Sockelbetrag der Arbeitslosenhilfe für derzeit Arbeitslose soll bis 2010 nicht unter dem Satz der örtlichen Sozialhilfe liegen.

In den ostdeutschen Bundesländern ist eine weitere Förderung von ABM und SAM erforderlich, die auch in klein- und mittelständischen Unternehmen sowie durch Existenzgründer Anwendung erfahren kann.

Antrag I 52

**Ortsverein Heddesdorf
(LV Rheinland-Pfalz)**

Agenda 2010

Einleitung:

Unsere sozialen Sicherungssysteme sind unter anderen Voraussetzungen des Bevölkerungsaufbaus und der Verteilung der Erwerbstätigkeit entstanden und stoßen aktuell und künftig immer stärker in ihrer jetzigen Form an die Grenzen ihrer Finanzierbarkeit.

Daher ist der Umbau dieser Systeme dringend erforderlich, weil ausschließlich die abhängige Erwerbsarbeit die Mittel dafür erbringt.

Die ArbeitnehmerInnen und die (insbesondere personalintensiv produzierenden) Unternehmen tragen alleine die Last. Arbeit wird dadurch zu teuer.

Wir stimmen Gerhard Schröder zu, wenn er sagt:

„Alle Kräfte der Gesellschaft werden ihren Beitrag leisten müssen: Arbeitnehmer und Unternehmer, freiberuflich Tätige und auch Rentner. Wir werden eine gewaltige gemeinsame Anstrengung unternehmen müssen, um unser Ziel zu erreichen“

Es lässt sich aber nicht mit Einschränkungen einzelner Leistungen für die Arbeitnehmer allein bewerkstelligen, die Belastung des Faktors Arbeit zu minimieren.

Dies ist ungerecht und bringt – wenn überhaupt – nur kurzfristige Erfolge.

Die nächsten Einschnitte bis zur Zerschlagung der Systeme sind abzusehen. Daher ist ein anderer Weg zu wählen, als ihn die Agenda 2010 vorschlägt.

Dieser Weg muss als sozialdemokratisch erkennbar bleiben.

Künftig müssen alle Einkommensarten zur Beitragszahlung herangezogen werden. Dazu gehören Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Erträge aus Vermögen, Vermietung und Verpachtung sowie alle sonstigen zu versteuernden Einkommensarten.

Bei Einkommen aus abhängiger Erwerbstätigkeit ist der Beitrag paritätisch von Arbeitgeber und Arbeitnehmern aufzubringen.

Die Aufhebung bzw. deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen ist vorzusehen.

Unsere konkreten Vorschläge lauten wie folgt:

Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose ist in der geplanten Form weder akzeptabel noch vermittelbar.

Anträge	Notizen
Wir befinden uns in einer Phase des fließenden Übergangs von einer Zeit, in der dieses Instrument im Zusammenhang mit Sozialplänen im großen Stil genutzt wurde, um den Arbeitsmarkt mit faktischer Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu entlasten, hin zu einer in der Zukunft liegenden Zeit des Arbeitskräftemangels aufgrund der demografischen Entwicklung.	1
Die derzeitige Situation ist nicht geprägt von „freiwilliger“ Arbeitslosigkeit, sondern von einschneidenden Schicksalen ganzer Arbeitnehmerfamilien, insbesondere durch marktstrategische und Rationalisierungsmaßnahmen der Unternehmen sowie durch Arbeitslosigkeit nach Insolvenzen. Erst bei einer veränderten Situation kann eine Neugestaltung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes erfolgen.	5
Für die Zeit des Übergangs sind allerdings die bestehenden Regelungen zur Erstattung des Arbeitslosengeldes für ältere ArbeitnehmerInnen durch die entlassenden Unternehmen auch auszuschöpfen. Es ist zu prüfen, inwieweit das Strukturkurzarbeitergeld auf die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes anzurechnen ist, um die durch die Kombination dieser Leistungen entstehende hohe langjährige Belastung der Arbeitslosenversicherung zu minimieren. Die Nutzung der Sozialversicherung zum Personalabbau in den Unternehmen muss beendet werden.	10
Die Tendenz einer hohen Anzahl der deutschen Unternehmen, die Berufsausbildung junger Menschen weitestgehend dem Mittelstand zu überlassen oder auf die Steuer- und BeitragszahlerInnen abzuwälzen, scheint noch anzusteigen. Daraus folgt die Forderung, noch in diesem Jahr eine von den Unternehmen zu organisierende, an der Wertschöpfung orientierte Ausbildungsumlage einzuführen. Dabei soll aber die duale Ausbildung in den Betrieben und Berufsschulen der Normalfall bleiben.	20
Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt für Erwerbsfähige wird unter dem Gesichtspunkt der effizienteren Betreuung der Betroffenen begrüßt. Dies beendet auch bisherige „Verschiebebahnhöfe“ für Leistungserbringer. Durch klare Regelungen muss sichergestellt werden, dass auch keine neuen entstehen. Eine Absenkung der neuen Leistung (Arbeitslosengeld II) auf das Niveau der Hilfe zum Lebensunterhalt ist unangemessen und wenig sinnvoll, weil dabei weiterer familienbedingter Bedarf abgedeckt werden müsste. Bei der Zusammenlegung ist zu beachten, dass aus Steuermitteln die Beiträge zur Renten und Krankenversicherung für alle betroffenen Personen erbracht werden.	25
Versuche der Lockerung des Kündigungsschutzes haben sich als ungeeignet erwiesen, positive Impulse am Arbeitsmarkt zu setzen. Die Delegierten sind daher gegen einen Wegfall des Kündigungsschutzes in der heutigen Form, halten aber die geplante Regelung, dass befristet Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen, für vertretbar.	35
Bei der Krankenversicherung geht es in erster Linie um die Aktivierung der hohen Wirtschaftlichkeitsreserven in allen Bereichen des Gesundheitssystems einschließlich der Preisgestaltung im Arznei- und Hilfsmittelbereich. Der gezielten Förderung der Vorsorge kommt eine besondere Bedeutung zu. Das Krankengeld stellt die am wenigsten versicherungsfremde Leistung dar. Es muss auch künftig paritätisch finanziert werden.	40
Zukunft beginnt vor Ort. Das Leben der Menschen findet an ihren Wohn- und Arbeitsorten statt. Eine Gemeindefinanzreform muss dafür sorgen, dass öffentliche Investitionsmittel an den Orten ihrer benötigten Wirkung zur Verfügung stehen und in lokaler Selbstverwaltung eingesetzt werden können. Das Gewerbe- und Körperschaftssteuerrecht ist dazu weiter zu entwickeln. Alle Unternehmen sind an den Orten ihrer Produktivität angemessen an den Kosten der öffentlichen Infrastrukturen zu beteiligen.	50
Durch eine angemessene Belastung der großen Vermögen müssen diese zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen. Die Weiterentwicklung der Vermögens- und der Erbschaftssteuer muss weiter verfolgt werden.	55
Die Erhebung der Vermögenssteuer ist nicht verfassungswidrig! Das Bundesverfassungsgericht hat 1995 in seinem Urteil nicht die Abschaffung der Vermögenssteuer verlangt, sondern lediglich in der unterschiedlichen Bewertung der Vermögen einen Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip gesehen. Der damaligen CDU/CSU-FDP-Bundesregierung wurde aufgegeben, die Bewertung des Immobilienvermögens bis Ende 1996 verfassungskonform zu ändern. Da dies nicht erfolgte, lief die Erhebung dieser Steuer Ende 1996 aus. Es gibt keinen vernünftigen Grund für eine SPD-geführte Bundesregierung, dieses Versäumnis fortzuführen.	60
Der soziale Staat muss in Zukunft entschieden besser vor Missbrauch geschützt werden. Sozial- und Steuerbeitrag ist asozial und muss bekämpft werden. Vor der Einführung verschärfender Regelungen soll immer die Beseitigung von Vollzugsdefiziten stehen.	65

- 1 Zur Gleichstellung der Geschlechter gehört, dass gleicher Lohn für gleiche Leistung gezahlt wird. Dies ist durch gesetzliche Maßnahmen sicherzustellen. Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verstärkt weitergeführt werden.
- 5 Durch eine verbesserte Diskussionskultur und Einbindung der Basis in der SPD sollte das Instrument des Mitgliederbegehrens künftig auf absolute Ausnahmefälle beschränkt sein.
- Gleichwohl war es in der jetzigen Situation, in der die Parteiführung die vermeintlich richtigen Wege selbstherrlich ohne Basisbeteiligung definieren zu können glaubt, offenbar erforderlich, um die „normale“ Willens- und Meinungsbildung der Partei in Gang zu setzen.
- 10 Es ist und bleibt auch in Zeiten notwendiger großer Geschlossenheit der Partei nicht legitim, Kritik der Basis an Vorschlägen des Vorsitzenden als „Königsmord“ zu diffamieren.

Antrag I 53

15 **Unterbezirk Heinsberg**
(LV Nordrhein-Westfalen)

Solidarität wahren – Soziale Gerechtigkeit sichern – Sozialstaat weiter entwickeln

Wir fordern:

- Das Krankengeld wird weiterhin paritätisch finanziert.
- 25 • Eine Bezugsdauerabsenkung beim Arbeitslosengeld darf erst dann in Betracht kommen, wenn der Arbeitsmarkt -gerade für ältere Arbeitnehmer/innen- eine realistische Arbeitsplatzalternative eröffnet.
- Auch bei Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss die Leistung für arbeitsfähige Hilfeempfänger durch flankierende Maßnahmen oberhalb des Sozialhilfeniveaus bleiben.
- Der Kündigungsschutz soll – wie im Regierungsprogramm ausgeführt – auch künftig in Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten zum sozialen Frieden beitragen.
- 30 • Für Betriebe, die nicht ausbilden, wird eine Ausbildungsabgabe eingeführt.
- Zur Finanzierung der Sozialversicherungen werden Einnahmen aus Vermögen, Grund- und Hausbesitz, sowie Spekulationsgewinne herangezogen.
- 35 • Zur gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit wird die 35-Stunden-Woche flächendeckend und ohne vollen Lohnausgleich eingeführt.

Antrag I 54

40 **Ortsverein Hückelhoven**
Landesverband Nordrhein-Westfalen

Agenda 2010

45 Antrag auf Abänderung der bisher bekannten Agenda 2010 mit dem Ziel der gerechten Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppierungen an den Belastungen und unter Ergänzung der Punkte

- a) Abbau der Bürokratie in allen Lebensbereichen sowie
- 50 b) Ausbau der Ausbildungs-, Fortbildung- und Weiterbildungsangebote für Auszubildende und alle Arbeitnehmer zur besseren Qualifizierung am Arbeitsmarkt

Antrag I 55

55 **Ortsverein Wentorf**
(LO Hamburg)

Agenda 2010

60 Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert,

1. die fehlende Binnennachfrage durch Bereitstellung finanzieller Mittel für zukunftsgerichtete kommunale Investitionen sowie für Investitionen in Bildung und Forschung in wirksamer Größenordnung zu stimulieren, um die Arbeitslosigkeit spürbar und schnell abzubauen;
- 65 begleitend Verhandlungen mit den europäischen Partnern aufzunehmen, um eine angemessene temporäre Überschreitung des Defizitkriteriums zu ermöglichen und gemeinsam mit den Partnern auf eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Geldpolitik der Europäischen Zentralbank hinzuwirken.

Anträge	Notizen
<p>Zugleich ist der sachlich unbegründeten, interessengeleiteten Diffamierung nachfrageorientierter makroökonomischer Maßnahmen entgegenzuwirken und deren Wirksamkeit mit Unterstützung namhafter Ökonomen offensiv zu vertreten, um die realwirtschaftliche Ankurbelung der binnenwirtschaftlichen Investitionstätigkeit nicht durch psychologisch negative Wirkungen konterkarieren zu lassen; nach Abbau der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit zu überprüfen, ob weitere und ggf. welche weiteren Maßnahmen notwendig sind; eine mittel- bis langfristige Haushaltskonsolidierung zu planen, die auf die jeweils sich ergebende konjunkturelle Entwicklung Rücksicht nehmen kann;</p>	1 5
<p>2. sämtliche versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialabgaben herauszunehmen und grundsätzlich steuerlich zu finanzieren. Nur in begründeten Ausnahmefällen ist eine andere Finanzierung zu erwägen;</p>	10
<p>3. in einem weiteren Schritt die strukturellen Probleme gründlich zu analysieren und ohne sachwidrigen Zeitdruck ausgewogene Lösungen für diese Probleme vorzusehen, die wirklich und schon jetzt erkennbar strukturelle Probleme darstellen (Beispiel demographische Entwicklung);</p>	15
<p>4. von Ad-hoc-Maßnahmen zur Lohnkostensenkung (einschließlich Lohnnebenkosten) abzusehen, die entgegen der auch in Wissenschaft und Medien verbreiteten neoliberalen Ideologie die gegenwärtige Arbeitslosigkeit nicht verursachen;</p>	20
<p>5. nach erfolgreichem Abbau der hohen Arbeitslosigkeit und nach Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialabgaben die sich daraus ergebende Entlastung der sozialen Sicherungssysteme auszuwerten, um die erst dann erkennbaren restlichen Strukturprobleme anzugehen;</p>	25
<p>6. die Bevölkerung über die Steuerlastverteilung in Deutschland, über den Nutzen, den insbesondere auch die Kritiker der aktuellen Steuerlast aus der staatlichen Aktivität ziehen, und über das zweckmäßige und faire Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit aufzuklären, um zu gegebener Zeit daraus Konsequenzen zu ziehen.</p>	30
<p>Antrag I 56</p>	
<p><i>Unterbezirk Ingolstadt (LV Bayern)</i></p>	35
<p>Agenda 2010</p>	
<p>Die SPD begrüßt die grundsätzlichen Bemühungen des Parteivorsitzenden und des Parteivorstandes die sozialen Grundsicherungssysteme zukunftsfähig zu machen. Für uns ist jedoch wichtig, dass aus dem Umbau des Sozialstaates kein Sozialabbau wird. Deshalb sind wir der Ansicht, dass bei</p>	40
<ul style="list-style-type: none"> • der Herausnahme des Krankengeldes aus der paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung • der Umlagefinanzierung für Ausbildungsplätze • der Regelung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe für Menschen, die durch Arbeit lange Zeit ihren eigenen Lebensunterhalt und den derjenigen mitfinanziert haben, die nicht arbeiten können 	45
<p>noch Regelungsbedarf besteht. Wir fordern in diesem Bereich sozialverträgliche Nachbesserungen. Ferner fordern wir den Parteivorstand zu versuchen den Dialog mit den Gewerkschaften wieder aufzunehmen, auch wenn dieser nicht von der SPD abgebrochen wurde. Wir sind der Ansicht, dass den Vertretern der Gewerkschaften in oben genannten Punkten Gesprächsbereitschaft für Nachbesserungen signalisiert werden muss.</p>	50
<p>Im Übrigen betont die SPD, dass die Durchführung eines Parteitages zum Thema „Agenda 2010“ dringend angebracht und notwendig ist und diese Vorgehensweise auch künftig für selbstverständlich angesehen wird.</p>	55
<p>Antrag I 57</p>	
<p><i>Ortsverein Lockhausen/Biemsen-Ahmsen (LV Nordrhein-Westfalen)</i></p>	60
<p>Änderungsantrag zur Agenda 2010</p>	
<p>1. Absenkung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes</p>	
<p>Diese Maßnahme darf erst durchgeführt werden, wenn die statistische Vermittlungsdauer durch das Arbeitsamt deutlich reduziert wird! Aufgrund der großen Zahl von Arbeitslosen und der langen Vermittlungsdauer durch das Arbeitsamt bringt die Absenkung der Bezugsdauer zur Zeit keinen Effekt für den Arbeitsmarkt, sondern treibt die Menschen in die Armut.</p>	65

2. Kündigungsschutz

Der Kündigungsschutz muß in seiner heutigen Form erhalten bleiben! Eine Aufweichung des Kündigungsschutzes bringt keine Belebung des Arbeitsmarktes. Diese Erfahrung hat schon die Regierung Kohl machen müssen.

3. Krankengeld privat absichern

Diese Maßnahme darf nur ausgeführt werden, wenn

- a. eine private Absicherung für maximal 20 EUR für alle Altersgruppen, Geschlechter und chronisch Kranke sichergestellt ist.
- b. Wenn die Arbeitgeber auf Grund der paritätischen Zahlung in die Sozialsysteme ebenfalls einen Betrag von 3,3 Mrd. EUR (die Hälfte von 6,6 Mrd. EUR) übernehmen!

Eine weitere Erpressung durch die Arbeitgeber muß unterbunden werden. Vielmehr fordern wir die Aufnahme von Zwangsmaßnahmen in die Agenda 2010, sofern die Arbeitgeber nicht ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nach beruflicher Ausbildung im dualen System nachkommen.

Die Zeit des Shareholder-Value muß beendet werden.

Die Kluft der Einkommen vom Arbeiter bis zum Manager ist zu groß und nicht gerechtfertigt. Sie muß von den Arbeitgebern verringert werden.

Desweiteren muß die Politik der Rot-Grünen Bundesregierung sein, die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitnehmerschaft durch internationale Vereinbarungen abzufedern. Die Welt ist für alle Menschen da. Es gilt, Regeln aufzustellen, die es allen Menschen erlaubt, ohne Not in Frieden und Freiheit zu leben.

Die Arbeitnehmer sind bereit, Opfer zu bringen und die Sozialsysteme den Erfordernissen der heutigen Zeit anzupassen. Aber auch die Arbeitgeber müssen ihren Beitrag leisten.

Antrag I 58

Ortsverein Hansa- Hafen, Münster
(LV Nordrhein-Westfalen)

Agenda 2010

Wir sind von der Notwendigkeit des Umbaus des Sozialstaats überzeugt und wollen nicht grundsätzlich Agenda und Leitantrag in Frage stellen. An einigen Punkten allerdings sehen wir Korrekturbedarf und fordern den Parteitag auf, Folgendes zu beschließen:

- Der Kündigungsschutz bleibt grundsätzlich für alle Betriebe ab fünf Vollzeitbeschäftigte erhalten. Bei betriebsbedingten Kündigungen gilt weiterhin eine Sozialauswahl mit den Schwerpunkten Lebensalter und Beschäftigungsjahre.
- Bei der Veränderung der Anwartschaften auf Arbeitslosengeld wird die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für gekündigte Arbeitnehmer ab dem 58. Lebensjahr auf mindestens 24 Monate festgelegt.
- Das zukünftige „Arbeitslosengeld II“ liegt für alle betroffenen Arbeitslosen, die vor ihrer Kündigung 10 Jahre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, 20% über dem derzeitig üblichen Sozialhilfesatz.
- Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird nicht erhöht. Beitragszahler, die 45 Versicherungsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung nachweisen können, werden nicht mit Rentenabschlägen belegt, wenn sie vor dem gesetzlichen Renteneintrittsalter aus dem Erwerbsleben ausscheiden.
- Auch für Bezieherinnen und Bezieher von „Arbeitslosengeld II“ sowie der veränderten Sozialhilfe müssen Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie zur sozialen Pflegeversicherung abgeführt werden. Für alle Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen besteht Krankenversicherungspflicht. Hierdurch werden die Kommunen von den Kosten für die Krankenhilfe entlastet.
- Um die betriebliche Berufsausbildung auf eine reformierte Finanzierungsgrundlage zu stellen, werden Steuererleichterungen für Betriebe, die nachweislich über Bedarf ausbilden, eingeführt.
- Das Krankengeld verbleibt in der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherungen.
- Bei sämtlichen Maßnahmen und Gesetzesinitiativen sind die unterschiedlichen Lebenssituationen von Frauen und Männer von vornherein zu berücksichtigen. Geschlechterspezifische Benachteiligungen sind zu vermeiden.

Anträge	Notizen
<i>Antrag I 59</i>	1
<i>Abteilung Südliche Friedrichstadt und Abteilung Dahlem (LV Berlin)</i>	5
„Agenda 2010 solidarisch gestalten“	
Die SPD Berlin begrüßt die in der „Agenda 2010“ aufgezeigten Ziele und Leitlinien. Nach den verlorenen Wahlen in Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, angesichts von 4,6 Mio. Arbeitslosen und des un- streitigen Reformbedarfs der sozialen Sicherungssysteme ist es nötiger denn je, das Profil der SPD als Partei der Innovation und sozialen Gerechtigkeit wahrnehmbarer auszugestalten.	10
Der Erfolg der sozialdemokratischen Regierungspolitik wird vor allem an der Verringerung der Arbeitslosig- keit gemessen. Daneben sind die Sicherung eines leistungsfähigen Sozialstaates und die Umsetzung des Kon- zepts der Geschlechterdemokratie sowie der Nachhaltigkeit als der Zusammenhang zwischen innovativer Wirt- schaft, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und soliden Finanzen zentrale Herausforderungen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen sind große und solidarische Gemeinschaftsanstrengungen nötig, zu denen alle Kräfte der Gesellschaft ihre Beiträge leisten müssen. Die notwendige gesellschaftliche Reform- bereitschaft muss dabei auf Überzeugung und Solidarität gründen. Notwendiger Erfolgsfaktor der Agenda 2010 ist daher neben der Organisation eines sachlichen Diskussionsprozesses vor allem die erkennbare soziale Ausgewogenheit der vorgeschlagenen Maßnahmen.	15
Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD, dass der Parteivorstand in seinem Beschluss vom 28. April einen Teil der öffentlichen und parteiinternen Diskussions- und Ergänzungsvorschläge zur Agenda 2010 aufgegriffen hat. Aus Sicht der Berliner SPD muss die Agenda 2010 jedoch noch um einige Klarstellungen ergänzt wer- den:	20
<ul style="list-style-type: none"> • Gerechte Finanzierung: Die Finanzierungslasten öffentlicher Aufgaben sind noch immer ungleichmäßig verteilt. Einer hohen Abgabenlast auf durchschnittliche Lohneinkommen stehen deutlich geringere Belas- tungen bei hohen Einkommen und Einkommen aus Unternehmenstätigkeit und Vermögen gegenüber. Da- her fordern wir unter anderem: 	25
<ul style="list-style-type: none"> <ul style="list-style-type: none"> • Das Projekt einer Steuersenkung für Spitzenverdiener und Spitzenverdienerinnen durch die angedach- te Zinsabgeltungssteuer ist unter den heute gegebenen Bedingungen nicht zielführend und sollte nicht weiterverfolgt werden. Statt der erwarteten Mehreinnahmen wird sie bei Bund, Ländern und Gemein- den zu dauerhaften Einnahmeausfällen. Dagegen sollte das Projekt der Besteuerung von Aktien- und Spekulationsgewinnen weiterverfolgt werden. 	30
<ul style="list-style-type: none"> <ul style="list-style-type: none"> • Auf eine Absenkung des Spitzensteuersatzes im Zuge der Steuerreformstufe 2005 ist zu verzichten. • Das Ziel einer angemessenen Belastung der großen Vermögensbesitzer durch die Weiterentwicklung der Vermögens- und Erbschaftssteuer muss weiter verfolgt werden. Auch wenn dieses Projekt der- zeit keine Mehrheit im Bundesrat hat, wird die Zielrichtung von uns weiter vertreten. Es bleibt dabei: Breite Schultern müssen auch mehr Lasten tragen, damit es auch zu einer solidarischen Gemein- schaftsanstrengung kommt. 	35
<ul style="list-style-type: none"> • Kündigungsschutz: Wir halten am Kündigungsschutz fest. Es bleibt nach wie vor richtig, was wir in un- serem Wahlprogramm beschlossen haben: „Wir haben den sozialen Frieden wiederhergestellt: Der Kündi- gungsschutz gilt auch wieder in kleineren Betrieben mit mehr als 5 Beschäftigten“. Die geplante Regelung, dass befristet Beschäftigte den Schwellenwert nicht erhöhen, halten wir für vertretbar. Es erscheint uns sinnvoll, diese Regelung erst einmal auf 5 Jahre zu befristen und jährlich auf ihre Beschäftigungswirkung zu überprüfen, um gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen. 	45
<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosengeld: Das Arbeitslosengeld soll es auch weiterhin als beitragsbezogene Versicherungsleistung geben. Wer länger einzahlt, soll auch länger Leistung beziehen. Die Frühverrentungspraxis der Unterneh- men muss auf den Prüfstand. Eine generelle Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist dabei nicht der richtige Weg. Es bedarf differenzierter Lösungen, die auch die Sondersituation in den neuen Ländern berücksichtigen. 	50
<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe: Wir stehen zu unserer Wahlaussage von 2002: „Wir bekennen uns zur be- sonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau“. Bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss eine armutsfes- te Absicherung der Empfänger und Empfängerinnen der neuen Leistung oberhalb der Sozialhilfe gewähr- leistet sein und die Anrechnung von Altersversorgung und Vermögen wie bei der Arbeitslosenhilfe be- grenzt sein. Bei der Ausgestaltung der neuen Leistung ist Vertrauensschutz zu gewähren. Folglich dürfen bestehende Arbeitslosenversicherungs- und Sozialhilfensprüche nicht verloren gehen. 	55
<ul style="list-style-type: none"> • Krankenversicherung/Krankengeld: Der Vorschlag, Leistungen ohne Krankheitsbezug („versicherungs- fremde Leistungen“) aus der Finanzierung durch die Krankenversicherung heraus zu nehmen und über Steuern zu finanzieren, wird grundsätzlich unterstützt. Das Krankengeld muss allerdings im Leistungskat- alog der GKV bleiben und paritätisch finanziert werden. 	65

- 1 • **Ausbildung/Jugendarbeitslosigkeit:** Angesichts der 560.000 jungen Arbeitslosen brauchen wir eine
Weiterführung des erfolgreichen JUMP-Programms gegen Jugendarbeitslosigkeit. Angesichts der in die-
sem Jahr fehlenden 140.000 Ausbildungsplätze unterstützen wir die Ausbildungsumlagefinanzierung als
ein geeignetes Instrument, die gesellschaftliche Ausbildungsverpflichtung der Unternehmen einzufordern.
- 5 • **Gleichstellung:** Notwendiger Bestandteil der Agenda 2010 sind gesetzliche Maßnahmen zur Gleichstel-
lung der Geschlechter in allen Bereichen. Dazu gehört vor allem auch ein Gleichstellungsgesetz für die
Privatwirtschaft, das gleichen Lohn für gleiche Leistung schafft. Unsere Initiativen zur Verbesserung von
Familie und Beruf müssen weitergeführt und verstärkt werden.
- 10 • **Alterssicherung:** Wie in vielen anderen Ländern Europas auch führt kein Weg an einer Verbreiterung der
solidarischen Basis zur Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung vorbei. Deshalb benötigen wir
die Einbeziehung aller Personengruppen (Beamte/Beamtinnen, Selbständige, Politiker/innen) ebenso wie
die Heranziehung aller Einkommensarten. Darüber hinaus sind versicherungsfremde Leistungen (z.T. Fol-
gekosten der Deutschen Einheit) stärker steuerfinanziert zu erbringen.

Antrag I 60

*Ortsverein Pütz
(LV Nordrhein-Westfalen)*

Agenda 2010

Der Ortsverein Pütz unterstützt unsere Bundesregierung und unseren Bundeskanzler Gerhard Schröder im Be-
mühen zur Durchsetzung der Reformagenda 2010.

Bei folgenden Themen bitten wir jedoch um Ergänzung des Agendatextes im Sinne einer sozialgerechten Poli-
tik, an der die Basis unserer sozialdemokratischen Partei mitgestalten möchte.

Stichwort: Investitionen in Bildung und Forschung

Unternehmen, die nicht bereit sind Schulabsolventen und junge Menschen auszubilden, haben eine Ausbil-
dungsplatzabgabe zu leisten. Diese Mittel können zusätzlich für die berufliche Förderung von jungen Men-
schen eingesetzt werden (z. B. Auflegen von speziellen Sonderprogrammen).

Stichwort: Frühverrentung beenden

Da in absehbarer Zeit (lt. Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute) keine gravierende Änderung auf dem
Arbeitsmarkt erkennbar ist, erfordern die Übergangsregelungen für die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes
besondere sozialgerechte Maßnahmen. Die Leistungsdauer des Arbeitslosengeldes für eine(n) ArbeitnehmerIn
mit 20, 30 oder mehr beitragsgezählten Jahren in die Sozialversicherungen muß anteilig länger sein als für jün-
gere ArbeitnehmerInnen, die über kürzere oder keine Anwartschaften dieser Art verfügen. Bei z. B. 20 Jahren
Beitragszahlung erhält ein(e) ArbeitnehmerIn für den Fall der Arbeitslosigkeit 20 Monate Arbeitslosengeld, bei
5 Jahren Beitragszahlung ist die Bezugsdauer 5 Monate.

Antrag I 61

*Ortsverein Hannover-Döhren
(Bezirk Hannover)*

Änderungsantrag zum Leitantrag

Kapitel Arbeit und Wachstum

Investitionen anregen
Absatz 4

Es ist ein Gebot von Vernunft und Gerechtigkeit, für die Staatsaufgaben sämtliche Einkommen heranzuziehen,
also auch Einkünfte aus Kapitalvermögen. ...

Der Absatz wird ersetzt durch:

Es ist ein Gebot von Vernunft und Gerechtigkeit, für die Staatsaufgaben sämtliche Einkommen heranzuziehen,
also auch Einkünfte aus Kapitalvermögen.

Angesichts der finanziellen Beschränkungen kann es keine Tabus geben, die dazu führen, auf Steuereinnah-
mequellen zu verzichten. Ab dem 1.1.2004 wird daher die Vermögenssteuer wieder eingeführt. Durch Freibe-
trag wird sichergestellt, dass für Vermögen von weniger als 500 000 € keine Steuer anfällt.

Anträge	Notizen
Kapitel Bildung, Ausbildung und Innovation	1
Investitionen in Bildung und Forschung Letzter Absatz	
Der Absatz wird ersetzt: Wenn die Wirtschaft ihre Zusage in diesem Jahr nicht einhalten kann, werden wir für das Jahr 2004 zu einer gesetzlichen Regelung kommen müssen. Kern dieser Regelung ist, dass Arbeitgeber, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, eine Ausbildungsabgabe entrichten müssen. Diese Ausbildungsabgabe ist zweckgebunden für betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungs- oder Arbeitsplatzmaßnahmen.	5
Folgender Absatz wird angefügt: Ständige Weiterbildung ist Voraussetzung für eine sich entwickelnde Wirtschaft. Die Arbeitgeber haben daher für die berufliche Weiterbildung seiner Mitarbeiter zu sorgen.	10
Ausbildung oder Beschäftigung für alle unter 25 Hinter den 1. Absatz wird eingesetzt: Daher wird das von der Regierung eingeführte Sozialprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit erweitert.	15
Kapitel Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung	20
Frühverrentung beenden 4. Absatz, letzter Satz Es wird angefügt: „und diese regelmäßig veröffentlichen.“	25
5. Absatz Es kann nicht der Sinn einer längeren Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sei, dass Betriebe ihren älteren Beschäftigten eine günstige Brücke in den vorzeitigen Ruhestand bauen, und dies auf Kosten der Beitragszahler ... Es ist deshalb notwendig, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wieder auf zwölf bzw. achtzehn Monate für über 55-Jährige zurückzuführen. ...	30
Folgende Sätze werden gestrichen: „Es ist deshalb notwendig, die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld wieder auf zwölf bzw. achtzehn Monate für über 55-Jährige zurückzuführen. Der notwendige Vertrauensschutz wird durch Übergangsregelungen gewährleistet. Bei erfolgreichem Wirken unserer ökonomischen und konjunkturpolitischen Maßnahmen wird in dieser Übergangszeit ein neuer Beschäftigungsaufbau entstehen.“	35
Folgender Absatz wird angefügt: Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird nicht verschlechtert.	40
6. Absatz Hinter dem Absatz ist einzufügen: Dazu gehören auch Maßnahmen zur Gesundheitsprävention.	45
Kapitel Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	50
4. Absatz Hinter diesem Satz ist folgender Satz einzufügen: Die Bereitschaft, eine geringer bezahlte Arbeit anzunehmen, darf nicht dazu führen, dass bei erneuter Arbeitslosigkeit die Bemessungsgrundlage sinkt. Die Bemessung des Arbeitslosengeldes sowie der Arbeitslosenhilfe muss sich daher nach dem früheren Gehalt richten, wenn innerhalb von 3 Jahren ein erneute Arbeitslosigkeit eintritt.	55
Kapitel Reform der Sozialhilfe – gerechter, effizienter, mehr Eigenverantwortung	60
Folgende Sätze werden gestrichen: „Bei der Reform ist die Ausgestaltung der neuen Leistung „Arbeitslosengeld II“ besonders zu berücksichtigen. Sie soll parallel zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum 1. Januar 2004 in Kraft treten“	65
Kapitel Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme	
3. Absatz Folgender Absatz wird nach danach eingefügt: Im Bereich der Ausgaben muss das Sozialversicherungssystem von den versicherungsfremden Leistungen entlastet werden. Im Bereich der Einnahmen kann das Sozialversicherungssystem künftig nicht allein von Arbeitern und Angestellten finanziert werden, deshalb sind andere Personengruppen mit einzubeziehen.	65

Kapitel: Bezahlbare Gesundheit für alle

Der letzte Spiegelstrich wird ersetzt durch:

Die SPD hält weiterhin an dem paritätisch finanzierten Krankenversicherungssystem fest. Alle Beteiligten an diesem System werden zur größten Effizienz angehalten, damit die vorhandenen Mittel auch zielgenau eingesetzt werden.

Daneben werden bei der Beitragsbemessung alle Einkommensarten der Versicherten berücksichtigt.

Die Unternehmungen sollen durch einen ertragsabhängigen Beitrag zusätzlich an den Kosten beteiligt werden.

Das Krankengeld soll als Bestandteil der Krankenversicherung bleiben.

Die Zuzahlungen sollen nicht erhöht werden.

Kapitel: Die Rente für die Zukunft sichern

Als letzter Absatz wird hinzugefügt:

Eine Erhöhung des gesetzlichen Eintrittsalters in die Rente von 65 auf 67 lehnen wir ab. Wir begrüßen, wenn ältere Arbeitnehmer auch weiterhin in geringem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten wahrnehmen. Dies soll auch nach Erreichen des gesetzlichen Eintrittsalters gelten.

Antrag I 62

*Ortsverein Solingen-Süd
(LV Nordrhein-Westfalen)*

Reformen ja – aber in sozialer Ausgewogenheit**Die Agenda 2010 ist nicht geeignet, die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Probleme zu lösen**

Die Bundesrepublik befindet sich am Rande einer Rezession.

Es gibt in unserem Land mehr als 4,5 Millionen Arbeitslose; hinzukommen über 150.000 Auszubildende, die keinen Ausbildungsplatz zu erwarten haben. Millionen Menschen sind aufgrund der Arbeitsmarktsituation, sowie aus persönlichen und gesellschaftlichen Gründen Sozialhilfeempfänger.

Dieses Land bedarf dringender Reformen.

Unter dem Deckmantel ökonomischer Notwendigkeiten wird der Druck auf Beschäftigte, Erwerbssuchende, sozial Schwache, Rentner und Rentnerinnen und Krankenversicherte erhöht. Sie und ihre Rechte werden momentan als Übel eines finanzschwachen Sozialstaates und als Hindernis für wirtschaftliches Wachstum diffamiert.

Das ist nicht nur ökonomisch falsch, sondern vor allem zutiefst menschenfeindlich und würdelos.

Aus diesem Grund betrübt uns die durch den Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 losgetretene Diskussion und sich abzeichnende Politik.

Wir brauchen keine Fortsetzung der Reformen, die wir 16 Jahre lang unter einem Kanzler Kohl und einem Arbeits- und Sozialminister Blüm als falsch angesehen und politisch bekämpft haben.

Die politischen Ansätze und Gesetze waren damals falsch und unwirksam. Sie sind teilweise von dem 1. Kabinett Schröder richtigerweise korrigiert worden.

Was damals falsch war, kann heute nicht richtig sein.

Wir brauchen keine Politik der Verunsicherung.

Wir brauchen eine Politik, die nachhaltig den Herausforderungen gerecht wird. Wir brauchen eine Politik, die sozialdemokratisch im Denken und Handeln ist.

Wir erwarten zur Durchsetzung einer sozialdemokratischen Politik keinen Sozialabbau, solange nicht ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit zur Behebung der sozialen Schieflage erkennbar ist.

Wir können in den angekündigten Maßnahmen nicht erkennen, dass diese zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen.

- Stattdessen fordern wir eine grundlegende Änderung des Gemeindefinanzsystems, damit dort, wo die Menschen leben und arbeiten, Investitionen in eine bisher vernachlässigte Infrastruktur und öffentliche und gesellschaftliche Einrichtungen gemacht werden können. Das schafft Arbeitsplätze und sichert Steuern
- Als Hilfen und nicht kreditfinanzierte Maßnahmen für die Kommunen müssen mindestens 5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.
- Wir fordern die Ausweitung der Gewerbesteuer auf Selbständige und Freiberufler, aber auch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.
- Wir fordern die Rücknahme einer falschen Unternehmensbesteuerung, die jahrelang dazu geführt hat, dass durch die Verrechnung von Gewinnen und Verlusten die Steuerschuld auf Null, in vielen Fällen sogar zu Rückzahlungen durch die Finanzämter führte anstelle der Absenkung des Arbeitslosengeldes auf 12, bzw. auf 18 Monate.

Anträge	Notizen
<ul style="list-style-type: none"> Wir fordern die Beseitigung der Konstruktionsfehler bei der jüngsten Körperschaftssteuerreform, wie z.B. der Übergangsregelung von dem alten auf das neue Besteuerungsverfahren oder die Steuerfreiheit von Gewinnen bei der Veräußerung von Anteilbesitz durch Kapitalgesellschaften anstelle der Kürzung der Arbeitslosenhilfe. 	1
<p>Wir fordern das Schließen der Steuerschlupflöcher. Steueroasen für Gesellschaften und Einzelpersonen müssen ausgetrocknet, Steuerbetrug und -hinterziehung in internationaler Abstimmung aufgedeckt und verfolgt werden anstelle der Einführung eines Arbeitslosengeld II genannten Sozialabbaus (Das von der Bundesregierung geplante Arbeitslosengeld II bedeutet für 600.000 Haushalte der heutigen Bezieher von Arbeitslosenhilfe, dass sie keine Leistungen mehr erhalten).</p>	5
<ul style="list-style-type: none"> Wir sind für die organisatorische Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Allerdings erwarten wir, dass diese Zusammenlegung nicht für eine erneute Kürzungsaktion zu Lasten der Langzeitarbeitslosen missbraucht wird. In der Verschlechterung des Kündigungsschutzes sehen wir keine arbeitsmarktpolitisch bedeutsame Einstellungspraxis der Arbeitgeber, die so etwas rechtfertigen könnte. Korrekterweise war das auch eine der Hauptforderungen des 10-Punkte-Programms im Bundestagswahlkampf. Deswegen lehnen wir eine Verschlechterung des Kündigungsschutzes gegenüber dem jetzigen Stand ab. Wir sind für die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens und lehnen die zusätzliche Verlagerung auf Arbeitnehmer und die daraus resultierende Abkehr von der paritätisch finanzierten Sozialversicherung ab. 	10
<p>Wir brauchen ein Sozialsystem, das die gesamte Bevölkerung einbezieht. dazu gehört die Aufhebung der Beitragsbemessungs- und Versicherungspflichtgrenze. Sondersysteme für bestimmte Berufsgruppen widersprechen dem Solidarprinzip und höhlen dessen Akzeptanz aus. Wir brauchen Sozialsysteme, bei denen die Qualität der Leistungen im Mittelpunkt steht und nicht die Gewinn- und Einkommensinteressen der Leistungsanbieter.</p>	15
<p>Im Gesundheitssystem stecken Reserven, die gegen viele Widerstände – vor allem von Seiten der organisierten Ärzteschaft – gehoben werden können.</p>	20
<ul style="list-style-type: none"> Wir befürworten die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. <p>Nur 23 Prozent aller Betriebe bilden überhaupt noch aus. Die restlichen profitieren von gut ausgebildeten Menschen, die die Grundlage unseres Landes und unseres Wohlstandes sind, ohne dafür etwas geleistet zu haben. Allerdings sehen wir nicht die Umsetzung der Ankündigung in der Regierungserklärung, da Minister Clement den Unternehmern bereits 100.000 Euro für die Einstellung eines Auszubildenden offeriert hat.</p>	25
<p>Zusammenfassend stellen wir fest: Die Agenda ist sozial unausgewogen. Stärkere Schultern werden nicht belastet. Arbeitnehmer und ihre Familien, sozial Schwache, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger werden einseitig und zusätzlich belastet. Das ist keine sozialdemokratische Politik. Die Agenda verletzt die Grundnormen und Prinzipien, die die 140jährige Geschichte unserer Partei bisher ausmachten.</p>	30
<p>Antrag I 63</p>	35
<p>Ortsverein Kaufbeuren und Neugablonz (LV Bayern)</p>	40
<p>Die soziale Balance wahren – den Sozialstaat auf gerechte Weise modernisieren</p>	45
<p>Die Regierungserklärung von Gerhard Schröder „Mut zum Frieden, Mut zur Veränderung“ hat die Weichen für die weitere Arbeit der SPD-geführten Bundesregierung gestellt.</p>	50
<p>Wir begrüßen dabei insbesondere die konsequente friedenspolitische Haltung der Bundesregierung zum Krieg im Irak, der von der bundesdeutschen Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit mitgetragen wird.</p>	55
<p>Wir begrüßen ebenso den von Gerhard Schröder vorgelegten Plan zur Behebung der kommunalen Finanzkrise. Die Befreiung der Gemeinden von der Fluthilfefinanzierung und das Konjunkturprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau sind eine spürbare Hilfe für die bayerischen Kommunen. Dieser Soforthilfe wird eine langfristige Verbesserung durch die Gemeindefinanzreform folgen.</p>	60
<p>Wir begrüßen ebenfalls das eingeleitete Konjunkturprogramm in Höhe von 15 Mrd Euro, weil es Wachstumsimpulse freisetzen und die stagnierende Wirtschaft beleben wird.</p>	65
<p>Mit seinen Plänen zur Konsolidierung der Kommunalfinanzen und zur konjunkturellen Gegensteuerung hat Gerhard Schröder zentrale SPD-Positionen zum Gegenstand seiner Regierungspolitik gemacht.</p>	65
<p>Im wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Bereich sehen wir dagegen noch einen erheblichen Reform- bzw. Korrekturbedarf:</p>	65
<p>Wenn es richtig ist, dass die bisher vertretene Grundannahme unseres Beschäftigungssystems- und unseres Sozialstaates nicht mehr stimmen, nämlich dass der überwiegende Teil unseres Wohlstandes in einer nationa-</p>	65

Anträge	Notizen
<p>1 len Industriegesellschaft erwirtschaftet wird, die aus sich heraus annähernd Vollbeschäftigung in geregelten Normalarbeitsverhältnissen gewährleistet, dann müssen an diese Erkenntnis anknüpfend grundlegende Reformen angepackt werden.</p>	
<p>5 Das bedeutet z. B., dass</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die vorhandene Arbeit besser verteilt werden muss durch Verkürzung der Arbeitszeit, verstärkte Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Einschränkung/Verbot von Überstunden, etc. einschliesslich der dazu erforderlichen Motivation der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Änderung der Arbeitszeitgesetze usw. 2. nicht nur der Produktionsfaktor Arbeit zur Finanzierung der wesentlichen Einrichtungen unseres Sozialstaates herangezogen wird. <p>10 Erst wenn diese Reformen angepackt werden, kann zeitgleich auch der Umbau mit Kürzungen im Sozialbereich erfolgen.</p>	
<p>Wir glauben jedoch, dass die folgenden geplanten Änderungen weder notwendig noch zweckmässig sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 15 1. Die vorgesehene komplette Ausgliederung des Krankengeldes aus der paritätischen Finanzierung bedeutet letztlich, das Risiko, länger als sechs Wochen krank zu sein, einseitig den Arbeitnehmer aufzubürden – entweder durch einen höheren Beitragsanteil oder durch teure Privatpolicen. Die Lohnnebenkosten für die Arbeitnehmer werden infolgedessen nicht sinken, sondern ansteigen. Wir fordern daher, das Krankengeld weiterhin im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung und in der hälftigen Finanzierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu belassen. Mit einer Herausnahme des Krankengeldes würde ein wesentliches Element der solidarischen Krankenversicherung ausgehebelt. 20 2. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe für die Langzeitarbeitslosen werden mehr als 1,3 Millionen Menschen zu Sozialfällen gemacht. Dies soll entgegen der Verabredungen zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften im Rahmen der Hartz-Reform auch für jene Langzeitarbeitslose gelten, die erwerbsfähig und arbeitswillig sind. Das Versprechen in unserem Wahlprogramm, das einen Aufschlag zur Sozialhilfe für die vermittlungswilligen Langzeitarbeitslosen vorsah, würde dadurch nicht eingelöst. Aus Gründen unserer politischen Glaubwürdigkeit und der sozialen Gerechtigkeit halten wir einen solchen Aufschlag für die vermittlungswilligen Langzeitarbeitslosen für unabdingbar. Wir fordern zudem, die vorgesehenen Hinzuverdienstregelungen für Langzeitarbeitslose großzügig auszugestalten, damit zumindest bei Aufnahme einer Beschäftigung ein angemessener Lebensstandard gewährleistet ist. Durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe drohen den Kommunen zudem neue finanzielle Belastungen. 25 3. Die vorgesehene Aufweichung des Kündigungsschutzes lehnen wir entschieden ab. Schon unter Helmut Kohl hat die Lockerung des Kündigungsschutzes für Kleinbetriebe nicht zu den erhofften Beschäftigungswirkungen geführt. Im Gegenteil: nach Inkrafttreten der Kohl-Reform sind mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze verloren gegangen. Der Schlüssel zu mehr Beschäftigung liegt nicht im Abbau der sozialen Schutzrechte für Arbeitnehmer und damit in deren Demotivierung, sondern vielmehr in motivierten und engagierten Belegschaften, einer spürbaren Belebung der Inlandsnachfrage und einer intelligenteren Verteilung und Verkürzung des Arbeitszeitvolumens. 30 4. Um der sozialen Ausgewogenheit gerecht zu werden, fordern wir neue Initiativen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Die vorgesehene Zinsabgeltungssteuer ist dabei der falsche Weg, weil die Vermögenden dadurch zusätzlich entlastet werden. Stattdessen brauchen wir endlich den von der SPD geforderten neuen Anlauf für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine durchgreifende Konzernbesteuerung. Es darf nicht dabei bleiben, daß unser Gemeinwesen beinahe ausschließlich durch die Lohnsteuer der Arbeitnehmer und die Verbrauchssteuern der Konsumenten finanziert wird. 35 40 	
<p>Grundsätzlich stellen wir fest:</p> <p>50 Der soziale Konsens der Nachkriegszeit wird in den letzten Jahren von großen Teilen der gesellschaftlichen Eliten, insbesondere der Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände, aber auch von FDP und Teilen der Konservativen offen in Frage gestellt. Die Forderungen von Edmund Stoiber nach einer Kürzung der Sozialhilfe um 25 Prozent und einer faktischen Abschaffung des Kündigungsschutzes für Betriebe bis zu 20 Beschäftigten dokumentieren dies besonders drastisch. Diese mit viel publizistischem Einfluß ausgestatteten und neo-liberal ausgerichteten Interessengruppen ignorieren, daß ungezügelter Märkte zur sozialen und kulturellen Ausgrenzung einer großen Minderheit von Menschen führen. Sie ignorieren überdies, daß die härtere Konkurrenz und die verstärkte soziale Auslese, die auch qualifizierte Arbeitnehmer-Mittelschichten unter massiven sozialen Druck setzt, ein denkbar ungünstiger Nährboden für eine stabile demokratische Entwicklung ist. Viel eher führt eine solche Verschärfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu Politikmüdigkeit, zu massenhafter Wahlenthaltung und zu einer Stärkung des latent vorhandenen rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Potentials in unserer Gesellschaft.</p> <p>55 Wir sehen daher eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie darin, den neo-liberalen Angriffen auf die sozialen Rechte der arbeitenden Bevölkerung entschlossen entgegenzutreten. Die Privatisierung sozialer Risiken, drastischer Sozialabbau und die perspektivische Zurückführung der sozialen Sicherungssysteme auf eine Minimalabsicherung nach US-amerikanischer Machart stellen keine moderne Politik dar. Eine solches Politikkonzept ist vielmehr ein zivilgesellschaftlicher Rückschritt von historischer Dimension. Es ist überdies ein Politikkonzept, das in Teilen bereits unter Helmut Kohl erprobt wurde und in jeder Hinsicht gescheitert ist. Auf eine stagnierende Wirtschaft mit Sozialkürzungen und einem Abbau von Arbeitnehmerrechten zu reagieren, hat eben nicht zu mehr Wachstum und Beschäftigung geführt. Ganz im Gegenteil.</p> <p>60 65</p>	

Anträge	Notizen
<p>Die Sicherung unserer sozialen Sicherungssysteme gegen die Herausforderungen, die sich aus der verlängerten Lebenserwartung und infolge der hohen Lohnnebenkosten ergeben, muß durch eine konsequente Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und durch eine stärkere Steuerfinanzierung sozialer Leistungen bewerkstelligt werden. Dazu ist es endlich erforderlich, die massiven Steuerprivilegien von Konzernen und Einkommensmillionären abzubauen. Eine durchgreifende Besteuerung der großen Kapitalgesellschaften gehört hier ebenso dazu wie eine Wiedererhebung der Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen sowie eine stärkere Besteuerung der großen Erbschaften. Auf diese Weise lassen sich unter entschiedener Wahrung der sozialen Balance die Lohnnebenkosten senken und die Wachstumskräfte stärken.</p>	<p>1 5 10</p>
<p>Antrag I 64</p>	
<p>Distrikte Niendorf und Schnelsen (LO Hamburg)</p>	<p>15</p>
<p>Arbeit für Millionen</p>	
<p>Die dauerhaft schlechte Wirtschaftslage mit jährlich über 30.000 Firmenpleiten im Durchschnitt der letzten drei Jahre und die andauernde Massenarbeitslosigkeit von aktuell 4,7 Mio gemeldeten Arbeitslosen verlangen dringend Änderungen bestehender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Die AGENDA 2010 ist bisher einseitig unter dem Aspekt der langfristigen Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme diskutiert worden. Die vorgeschlagenen Massnahmen müssen sich aber vor allem daran messen lassen, ob und inwieweit sie geeignet sind, die Wirtschaft zu beleben und die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Abbau der Arbeitslosigkeit ist der grösste Beitrag zum Erhalt unseres Sozialsystems und zur Beseitigung von sozialer Ungerechtigkeit. Er ist eine nationale Herausforderung an alle politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte guten Willens. Dabei werden von allen Opfer verlangt. Eingriffe in den bisherigen Umfang des Sozialsystems können notwendig sein, sind aber nur als letztes Mittel anzusehen und müssen plausibel machen, dass sie zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit beitragen können. Die Menschen sind zu diesen Opfern bereit, sofern das Ziel klar beschrieben und einsehbar ist. Das hat die grosse öffentliche Zustimmung zur Verschiebung der Steuerreform 2002 gezeigt. Sie hat neben den vielen Spenden dazu beigetragen, dass den Elbe-Hochwasserschädigten rasch und unbürokratisch geholfen werden konnte.</p>	<p>20 25 30</p>
<p>Unter dem Blickwinkel der Beschäftigungsförderung sind die wichtigsten Eckpfeiler der AGENDA 2010:</p>	<p>35</p>
<ol style="list-style-type: none"> 1. Ein öffentliches Sofort-Programm für beschäftigungsintensive Investitionen in Bund, Länder und Kommunen in zweistelliger Milliardenhöhe. Nicht kleckern, sondern klotzen, lautet die Devise. Aufträge sind für Betriebe und Unternehmen wichtiger als Senkung von Lohnnebenkosten. Sie fördern die Bereitschaft zu Investitionen und damit die Chance auf mehr Beschäftigung. 2. Eine massive spürbare Steuersenkung für kleine und mittlere Einkommensbezieher zum 1. Januar 2004 unter Einschluss der für 2005 beschlossenen Steuersenkung. Das fördert das Verbrauchervertrauen und regt den privaten Konsum wieder an. 3. Massnahmen zur Kostenentlastung für Betriebe und Unternehmen (z.B. Kreditleichterungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Bürokratieabbau), die zu mehr Investitionen -auch aus dem Ausland- führen. 4. Stärkung von Bildung und beruflicher Ausbildung als Zukunftsinvestitionen. Die Organisation des Ausbildungssektors ist von alten „Innungszöpfen“ zu befreien und zu modernisieren. Betriebe und Unternehmen sind ggfs. durch gesetzliche Massnahmen zu verpflichten, für ausreichende und zukunftssichere Ausbildung zu sorgen. 	<p>40 45</p>
<p>Wichtigste Eckpfeiler der Finanzierung eines solchen Programms sind:</p>	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Zusätzliche Netto-Kreditaufnahme, falls unvermeidbar. Die aktuelle Staatsverschuldung übersteigt bereits jetzt das Brüsseler Stabilitätskriterium. Eine Neuverschuldung für mehr Beschäftigung birgt die Chance auf raschere Konsolidierung durch verbesserte Staatseinnahmen im Gefolge einer Konjunkturbelebung. Der Hinweis auf die Unzumutbarkeit des Schuldenberges für künftige Generationen ist zwar berechtigt, kann aber nicht überzeugen, wenn die heutige junge Generation von der Jugend-Arbeitslosigkeit über lebenslange Sozialhilfe in die Altersarmut gleitet. 2. Massvolle Anhebung der Mehrwertsteuer, sobald die Konjunktur wieder richtig läuft. Sie ist im EU-Kontext ohnehin harmonisierungsbedürftig. 3. Konsequenter Abbau von öffentlichen Subventionen. Dabei müssen auch bisherige „heilige Kühe“ wie die Kohle-Subvention oder volkswirtschaftlich fragwürdige Prestigevorhaben wie der geplante Metro-Transrapid in NRW und Bayern überprüft werden. Die Ost-Subventionen müssen stärker daraufhin geprüft werden, ob und inwieweit sie beschäftigungswirksam angelegt werden. 4. Überprüfung der Sozial-Budgets auf Einsparmöglichkeiten. Existenzielle Hilfen für sozial Schwächere werden nicht angetastet. Der Bezug des Arbeitslosengeldes I ist Versicherungsleistung. Die geltende Regelung zur Bezugsdauer wird solange nicht geändert, wie arbeitslose ältere Arbeitnehmer keine Chance auf Neueinstellung haben. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im steuerfinanzierten Arbeitslosengeld II darf nicht zur Absenkung der Leistungen auf Sozialhilfeniveau führen. 5. Überprüfung der paritätischen Finanzierung von Sozialabgaben, sofern schädliche Auswirkungen auf die Beschäftigung nachweisbar sind. Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist weitgehend beizubehalten. 	<p>50 55 60 65</p>

1 6. Deutliche Beteiligung der Leistungsanbieter im Gesundheitswesen einschliesslich der Pharmaindustrie an der notwendigen Senkung von Gesundheitskosten zur Entlastung von Versicherten und Wirtschaft.

5 Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen einschliesslich Beamte und Selbständige an der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Mittelfristige Umsteuerung der Systeme von der Beitrags- zur Steuerfinanzierung.

10 **Antrag I 65**

**Ortsverein Weferlingen
(LV Sachsen-Anhalt)**

15 **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Kapitel 1, Arbeit und Wachstum:

Im Abschnitt „Investitionen anregen“ erhält der dritte Absatz folgende Fassung:

20 „Die Stärkung der Investitionskraft der Gemeinden ist eine Grundvoraussetzung, um Wachstumsimpulse insbesondere für die mittelständische Wirtschaft zu geben. Deshalb wollen wir die Gemeindefinanzreform zum 1. Januar 2004 in Kraft setzen. Bereits im Jahre 2003 soll das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Kreditprogramm durch eine kommunale Investitionspauschale ergänzt werden. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe werden die Kommunen weitere Entlastungen erfahren.

25 Gerade in Zeiten, in denen der Umbau der Sozialsystem zusätzliche Belastungen von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verlangt, müssen starke Schultern mehr Lasten übernehmen als schwache. Deshalb werden wir die Vermögenssteuer wieder einführen und eine Mindestbesteuerung für Unternehmen schaffen.“

Kapitel 3, Modernisierung von Arbeitsmarkt und Arbeitsvermittlung:

30 Im Abschnitt „Frühverrentung beenden“ wird der vierte Absatz, im folgenden Abschnitt „Reform der Sozialhilfe“ werden die beiden letzten Sätze gestrichen.

Kapitel 4, Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme:

Im Abschnitt „Bezahlbare Gesundheit für alle“ entfällt der letzte Spiegelstrich.

35 Der Abschnitt „Die Rente für die Zukunft sichern“ wird um folgende Formulierung ergänzt:

„Im Rahmen der notwendigen Reformen werden wir prüfen, wie mittelfristig alle Erwerbstätigen an der Finanzierung des Rentensystems beteiligt werden können.“

40

45

50

55

60

65

S

Sonstige Anträge

1 **Antrag S 1***Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen*5 **Geschlechtsneutrale Sprache**

Der SPD-Parteivorstand (möglichst schon im Vorfeld die Antragskommission) wird aufgefordert, den Leitantrag „Mut zur Veränderung“ durchgängig in eine geschlechtsneutrale bzw. geschlechtsspezifische Sprachfassung zu bringen.

10

Antrag S 215 *Ortsverein Hachmühlen-Brullsen
(Bezirk Hannover)***Regierungsprogramm 2002**

20 Die Beschlüsse zum Regierungsprogramm 2002 werden konsequent umgesetzt.

Antrag S 325 *Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)***Ziele sozialdemokratischer Politik im Bund**

30

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand der SPD auf, dafür Sorge zu tragen, dass die langfristigen Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Bund offensiv, transparent und ausreichend begründet vermittelt werden. Dazu ist es notwendig, dass sich der Parteivorstand, insbesondere aber auch der Parteivorsitzende selbst, stärker um einen Dialog mit der Partei bemüht.

35

Antrag S 440 *Bezirk Braunschweig***Erneuerung der politischen Führung**

1. Der Anteil von hauptamtlichen Mandatsträgern aus Regierungen und Landtagen, dem Deutschen Bundestag und dem Europäischen Parlament in den Vorständen der Parteiorganisation der SPD darf höchstens 50 Prozent betragen.
2. Die ununterbrochene Mitgliedschaft in den Vorständen der Parteiorganisation der SPD auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene wird auf höchstens 10 Jahre begrenzt. Davon ausgenommen sind die Vorsitzenden und ihre Stellvertreter/innen.

50

Antrag S 555 *Unterbezirk Werra-Meißner
(Bezirk Hessen-Nord)***Abschaffung demokratisch nicht legitimierter Strukturen**

60 Die Bundestagsfraktion und die Bundesminister der SPD werden aufgefordert, in der politischen Arbeit mehr auf eigenen Sachverstand und die Kompetenz der Ministerien zu setzen. Kommissionen und Beiräte (Hartz-Kommission, Rürup-Kommission, Rat der „Wirtschaftsweisen“) dürfen nicht die Politik dominieren und die Autorität demokratischer Einrichtungen in Frage stellen.

65

Anträge	Notizen
Antrag S 6	1
<i>Ortsverein Unna-Massen (LV Nordrhein-Westfalen)</i>	5
Bei den Reformen mit gutem Beispiel vorangehen!	
Bundesregierung, Bundestagsfraktion und alle verantwortlichen sozialdemokratischen Politiker/innen werden aufgefordert, bei den dringend notwendigen Reformen in jeder Hinsicht Vorbild und Motor zu sein.	10
Das Motto kann nicht heißen: Ihr müsst den Gürtel schnallen, sondern WIR ALLE MÜSSEN DEN GÜRTEL ENGER SCHNALLEN!	
Privilegien passen nicht in die Agenda 2010.	15
Antrag S 7	20
<i>OV Grunewald (LV Berlin)</i>	25
innerparteiliche Abstimmung	
Der Leitantrag des Bundesparteivorstandes zur Agenda 2010 wird durch folgenden Text ersetzt: Inhalt und fehlende innerparteiliche Abstimmung der Regierungserklärung vom 14. März 2003 (Agenda 2010) geben dem Bundesparteitag Anlass, dem Bundesvorstand folgende Regularien aufzuerlegen:	30
1. SozialdemokratInnen übernehmen Verantwortung in einer Regierung, um die Bundesrepublik – soweit es die Zusammensetzung des Bundestages zulässt – sozialdemokratisch zu prägen.	35
Hierzu gehört, die gesellschaftlichen Gegebenheiten nach den Vorgaben des Grundsatzprogramms zu analysieren und Lasten auf die BürgerInnen sozial gerecht und unter Verfolgung des Ziels der Überwindung der Klassegegensätze zu verteilen (Berliner Programm, Abschnitte I und IV.1). Der Bundesvorstand fordert hierzu von den Regierungsmitgliedern der Partei regelmäßige Rechenschaft.	40
2. Sofern beabsichtigte Beschlüsse einer sozialdemokratisch gestützten Bundesregierung nicht mit – dem Grundsatzprogramm, – dem Bundestagswahlprogramm der Partei zu der jeweiligen Legislaturperiode oder – dem von einem Bundesparteitag abgesegneten Koalitionsvertrag vereinbar sind, haben die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder den Bundesparteivorstand zu unterrichten.	45
Sofern dieser nicht von sich aus eine Abkehr von der beabsichtigten Entscheidung empfiehlt, hat er einen Bundesparteitag einzuberufen. Der Zeitraum bis zum anberaumten Parteitagstermin muss für eine eingehende Erörterung des Parteitagsgegenstandes ausreichend sein, er beträgt mindestens drei Monate.	50
Antrag S 8	55
<i>Unterbezirk Heinsberg (LV NRW)</i>	60
Kommunikationsstrategie	
Mit der Umsetzung der Beschlüsse des Parteitags zur notwendigen Weiterentwicklung des Sozialstaates wird zugleich eine Kommunikationsstrategie entwickelt, die der Partei vor Ort ermöglicht, die Politik der SPD als Gesamtkonzept zu verstehen und den Menschen gegenüber überzeugend zu vertreten.	65

Antrag S 9

*Ortsverein Landau/Pfalz
(LV Rheinland-Pfalz)*

Regionalkonferenzen**Mut zur Veränderung, Teil 2 – das Ende der Denkpause**

Die SPD führt zz. eine stellvertretende Diskussion für alle Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Sie muss aber auch den Mut haben offen auf die Bevölkerung zuzugehen und diese „Mitnehmen“. Die Agenda 2010 zeigt keine Visionen, kein Profil und ist nicht das Ergebnis einer innerparteilichen Debatte. Sie ist in dieser Form nicht geeignet, die Bevölkerung vor Ort und auch unsere Mitglieder im Ortsverein von der unbestreitbaren Notwendigkeit von Veränderungen zu überzeugen.

Eine innerpolitische Diskussion ist in Gang zu bringen, die das Gesellschaftsmodell der SPD in 2010 ff. aufzeigt. Hierzu müssen umgehend Dialogforen aufgebaut werden, die Zukunftsmodelle im kritischen Widerstreit, auf allen Ebenen, von der Parteispitze bis hin zum Ortsverein erarbeiten. Aufgabe des Parteivorstandes ist es, diese Diskussion umgehend anzustoßen. Die Regionalkonferenzen in der jüngsten Zeit hätten hierzu dienen können, wenn sie nicht – anstelle der Willensbildung – nur zur Überzeugungsarbeit stattgefunden hätten.

Wir beantragen daher umgehend Regionalkonferenzen durchzuführen, mit dem Ziel, den o. g. Denk- und Meinungsbildungsprozess auf eine breite gesellschaftliche und parteipolitische Basis zu stellen. Diese Regionalkonferenzen müssen daher an mindestens acht Orten und mindestens einmal im Jahr durchgeführt und somit institutionalisiert werden.

Antrag S 10

*Ortsverein Schwedt-West
(Landesverband Brandenburg)*

Reformierung des Beamtenrechts und des Öffentlichen Dienstes

Die Berufung von Beamten ist nur noch solchen Aufgabengruppen vorbehalten, in denen der Einsatz von Leib und Leben für das Gemeinwohl gefordert wird. Als solche seien beispielhaft Feuerwehr und Polizei genannt. Die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben sind nicht mehr automatisch Zugangsvoraussetzung für eine Verbeamtung. Das gleiche trifft für Leitungspersonal zu. Der Beamtenstatus soll nur noch einem solchen Personenkreis vorbehalten sein, der auf Grund seiner Aufgaben für die Allgemeinheit einen besonderen Schutz des Staates rechtfertigt.

Das öffentliche Dienstrecht ist so zu reformieren, das leistungsabhängige Tarifbestandteile altersabhängige Regelungen ablösen. Dabei sollen sowohl Entgelt als auch Urlaub und Kündigungsschutz an Leistungskriterien gebunden werden.

Antrag S 11

*Ortsverein Schwedt-West
(Landesverband Brandenburg)*

Begrenzung nicht tarifgebundener Leistungen

In Einrichtungen, die sich aus Pflichtbeiträgen finanzieren, sind alle Bezüge der außertariflich Beschäftigten und des Leitungspersonals in Anlehnung an die Regelungen im öffentlichen Dienst festzusetzen.

In Einrichtungen, die einer staatlichen Aufsicht unterliegen, wie Banken und Versicherungen, sind durch Vorgaben der Aufsichtsgremien die nicht tarifgebundenen Leistungen an Beschäftigte und das Leitungspersonal angemessen zu begrenzen.

In gewerblichen Betrieben ist die steuerliche Abzugsfähigkeit von außertariflichen Leistungen zu begrenzen.

Anträge	Notizen
Antrag S 12	1
<i>Unterbezirk Frankfurt am Main (Bezirk Hessen-Süd)</i>	
Bündnis für Arbeit hat nur Sinn, wenn Versprechen auch eingehalten werden	5
Der Parteitag spricht sich dafür aus, dass die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und der Bundeskanzler in dieser Legislaturperiode sich nur dann für die Umsetzung der Empfehlungen des Bündnisses für Arbeit stark machen, wenn die Arbeitgeberverbände die im letzten Bündnis versprochenen Lehrstellen vorher schaffen.	10
Antrag S 13	15
<i>OV Schwerin-Südstadt (LV Mecklenburg-Vorpommern)</i>	
Zahnersatz-Zuschuss gerecht gestalten	20
Bei der Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten ist die Höhe des Zuschusses der Krankenkassen zum Zahnersatz davon abhängig, wie regelmäßig der Patient innerhalb der letzten 10 Jahre einen Zahnarzt besucht hat. Dadurch kann der Zuschuss von 50 % der Kosten auf maximal 65 % der Kosten steigen. Dies ist gerecht, belohnt Vorsorge und bestraft vernachlässigtes Verhalten.	25
Bei Beziehern von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, Bafög, oder niedrigen Einkommen werden dagegen 100 % der Kosten für Zahnersatz übernommen, unabhängig davon, wie regelmäßig der Besuch eines Zahnarztes erfolgte. Dies ist ungerecht, da keinerlei Anreize zur Vorsorge bestehen. Es besteht sogar die Gefahr, das bei Übernahme aller Kosten durch die Krankenkassen vernachlässigtes Verhalten durch die jetzige Regelung belohnt und die Solidargemeinschaft damit unnötig belastet wird.	30
Im Interesse eines wirtschaftlichen Einsatzes der Beiträge von Arbeitgebern und Versicherten werden wir die jetzige Regelung mit dem Ziel überprüfen und verändern, auch die Höhe des Zahnersatz-Zuschusses für sozial Bedürftige davon abhängig zu machen, ob der Zahnarzt regelmäßig aufgesucht wurde.	35
Antrag S 14	
<i>ASG</i>	40
Europäische und internationale Tabakkontrollpolitik	
Infolge des Konsums von Tabak sterben jährlich über 100.000 Menschen in Deutschland. Damit verursacht der Tabakkonsum jährlich mehr Todesfälle als AIDS, Alkohol, illegale Drogen, Verkehrsunfälle, Morde und Suizide zusammen. Hinzu kommen tabakbedingte Krankheitskosten in Höhe von jährlich über 17 Mrd. Euro.	45
Im vergangenen Jahrzehnt hat die Tabakindustrie das Produkt Zigarette mit fast 2,5 Mrd. Euro beworben. Der Zusammenhang zwischen Tabakwerbung und dem beängstigend ansteigenden Tabakkonsum von Kindern und Jugendlichen ist unstrittig. Ein Werbeverbot wird deshalb von allen europäischen Mitgliedsstaaten als gesundheitspolitisch notwendig und gerechtfertigt eingefordert. Die Glaubwürdigkeit der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarten nationalen Anti-Tabak-Kampagne hängt in großem Maße von der Haltung der Bundesregierung in der europäischen und internationalen Tabakkontrollpolitik ab.	50
Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, insbesondere	
<ul style="list-style-type: none"> sich für die baldige Unterzeichnung des von der WHO erarbeiteten Rahmenabkommens zur weltweiten Tabakkontrolle (Framework Convention on Tobacco Control – FCTC) durch die Staaten der Europäischen Union aktiv einzusetzen. 	55
<ul style="list-style-type: none"> das von der Mehrheit der EU-Länder geforderte Werbeverbot für Tabakwaren mit zu tragen und auf eine erneute Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu verzichten. 	60
	65

1 **Antrag S 15**

*Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
(Bezirk Hessen-Nord)*

5

Experimentierklausel Hausgemeinschaften in der Pflegeversicherung

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich dafür einzusetzen, dass eine angemessene Finanzierung von Hausgemeinschaften als eine Lebensform alter, betreuungsbedürftiger Menschen im Rahmen des Pflegeversicherungsgesetzes – eventuell auch durch eine Experimentierklausel – möglich wird.

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65

Notizen

